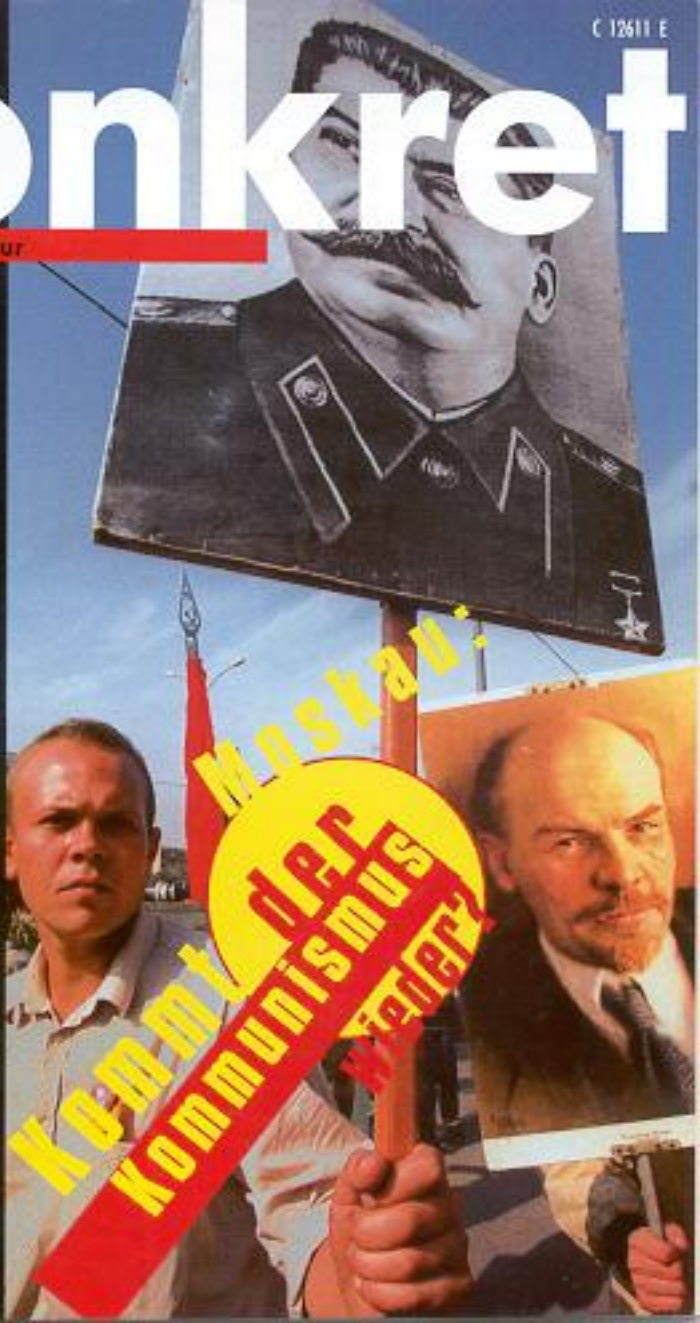
Heft 10 Oktober 1998 8,- DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Holocaust: Gedenken macht frei
- Börse als Massensport
- Grüne, die Atompartei
- Wojtyla in Kroatien: Du sollst töten
- Basken: Wir sind ein Volk!
- M. Walser: Das Glück im braunen Winkel
- Fassbinders ewiger Jude



in konkret Oktober 1998

hier Konkret von Hermann Kant
»Künstler, Wissenschaftler, Autoren, Sportler und Juristen, Persönlichkeiten aus Ost und West« haben einen Aufruf des PDS-Vorstands unterzeichnet, der für Gregor Gysis Wahl in den Bundestag wirbt: »Demokratie braucht Opposition - Opposition braucht Gregor Gysi!« KONKRET fragte Hermann Kant nach seinem Engagement in dieser Sache

von Konkret

an Konkret

Kommt der Kommunismus wieder? von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Der kranke Mann am Kaukasus von Jürgen Elsässer
Worin die russische Krise besteht und in welcher Richtung die Deutschen ihren besonderen Ausweg suchen

Der zweite Zusammenbruch von Robert Kurz
An Rußland hat sich der Kapitalismus überfressen

A fonds perdu von Karl Pawek
Wer als Kleinanleger in den Aktienmarkt einsteigt, kommt darin um. Ein Lehrgang über die Notwendigkeit von Kleinvieh, das Mist macht

Junge Freiheit statt Sozialismus von Jens-Uwe Richter, Gunnar Schubert
Zur Frage der nationalen Frage im »Neuen Deutschland«

Jetztzeit von Peter Hacks
GEBRECHLICHER VIELVÖLKERSTAAT

Ausstieg aus dem Ausstieg von Jutta Ditfurth
Wie die Grünen von einer Antiatom-Partei zu Befürwortern eines »modernen« Atomprogramms wurden

Zu Protokoll
Brunzdumm Herr Stollmann: Damit über dem Wahlausgang, der Schröders Kandidaten für das Wirtschaftsministerium hoffentlich dem Familienleben zurückgeben wird, nicht in Vergessenheit gerät, von was für einer Knallcharge die SPD sich im 150. Jahr nach dem Manifest der Herren Marx und Engels den Kapitalismus erklären ließ, dokumentiert KONKRET Auszüge der Rede, die Jost Stollmann um 19. August 1998 in Berlin vor dem »Initiativkreis Junge Wirtschaft« gehalten hat (Rechtschreibung gemäß Original)

Pohrt antwortet von Wolfgang Pohrt
Keiner wird gewinnen

»Schlachtfest aller Serben« von Peter Wiener
Der Massenmord der kroatischen Faschisten an der serbischen Bevölkerung während des Zweiten Weltkriegs wurde von der katholischen Kirche nicht nur gebilligt. Sie hat ihn befohlen. Der oberste Kanzelhetzer, Zagrebs Erzbischof Stepinac, soll nun seliggesprochen werden

Schwarze Quellen von Mark B. Tauger

Die Hungerkatastrophe Anfang der 30er Jahre in der Ukraine ist eines der Paradebeispiele des »Schwarzbuch des Kommunismus« für roten Terror. Wie beurteilt die seriöse Geschichtsforschung den Fall?

Schwamm drüber von Otto Köhler

Das Ministerium für Wahrheit schreitet voran: Eine DDR-Forschung zur Geschichte der NSDAP scheint es nie gegeben zu haben, und die innige Verbindung von Nazis und Großindustrie wird noch Kräften ignoriert

Alptraum Euskadi von gruppe demontage

Die baskische ETA orientierte sich in den 60er Jahren an den siegreichen Bewegungen in Algerien und auf Kuba. Heute kennt sie nur noch Basken

In diesem Sinne – Hohnveredelung von Horst Pankow

In diesem Sinne - Abs - das war ihr letztes Wort von Michael Schilling

In diesem Sinne - Kleins Legenden von Oliver Tolmein

Kunst & Gewerbe von Christian Y. Schmidt

»Besonders grotesk« von Otto Köhler

Heuchler in braun von Joachim Rohloff

Er ist einen Umweg gegangen und hat doch heim ins Reich zu seinen »Skinheadbuben« gefunden. In diesem Jahr dankt ihm sein Volk mit dem Friedenspreis des deutschen Buchhandels: Martin Walser

Fassbinders ewiger Jude von Gerhard Scheit

Es war wirklich nur eine Frage der Zeit, bis ein Theater der ehemaligen DDR Rainer Werner Fassbinders Stück über den »reichen Juden«: »Der Müll, die Stadt und der Tod« auf den Spielplan setzen würde

Germania 2000 von Tjark Kunstreich

Berlin wird immer deutscher. Während die Öffentlichkeit um Alibi-Projekte wie das Holocaust-Mahnmal oder das jüdische Museum streitet, säubert Innensenator Schönbohm die Stadt von »undeutschen Elementen«

Buch & Deckel von Marit Hofmann

Karen Salmansohn: Erfolgreich ohne Penis. Strategien und Geheimnisse für Karrierefrauen. Signum Verlag, Wien 1998, 288 Seiten, 48 Mark Harriet Rubin: Machiavelli für Frauen. Strategie und Taktik im Kampf der Geschlechter. Krüger Verlag, Frankfurt/Main 1998, 208 Seiten, 34 Mark

»In the Air« von Martin Büsser

Phil Collins ist der erste Mensch, dem es gelang, mit der Erzeugung völliger Interesselosigkeit Milliardär zu werden

Buchheims Sammlung von Georg Seeßlen

Revolte, Exzeß und schöne Barbarei oder. Wie deutsch ist der Expressionismus?

Sturz ins Bild von Werner Fleischer

Eine Ausstellung mit Landschaftsbildern Max Beckmanns in Hamburg öffnet den Blick auf eines der komplexesten Werke der Kunst des 20. Jahrhunderts

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gerettete Welt von Kay Sokolowsky

Spielbergs D-Day-Epos »Der Soldat James Ryan« wird in den USA als »bester Antikriegsfilm aller Zeiten« gefeiert. Diesem Urteil wird auch Alfred Dregger nicht

widersprechen können

Film & Theater von Marit Hofmann

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 10/98, S. 3

Hermann Kant

hier Konkret

»Künstler, Wissenschaftler, Autoren, Sportler und Juristen, Persönlichkeiten aus Ost und West« haben einen Aufruf des PDS-Vorstands unterzeichnet, der für Gregor Gysis Wahl in den Bundestag wirbt: »Demokratie braucht Opposition - Opposition braucht Gregor Gysi!« KONKRET fragte Hermann Kant nach seinem Engagement in dieser Sache

konkret: Herr Kant, auch Sie haben den Aufruf unterschrieben, der da lautet: »An Gysi scheiden sich die Geister. Die Mächtigen in Bonn haben dies gemeinsam: Er soll raus aus dem Bundestag. Was meinen Sie? Wir meinen: Er soll im Bundestag bleiben.« Aber als der Aufruf veröffentlicht wurde, fehlte Ihr Name. Einige andere Leute wollten nur unterschreiben, wenn Hermann Kant gestrichen wurde. Warum lassen Sie sowas mit sich machen?

Kant: Da bitte ich doch, sich an meinen Text im »ND« zu halten. Ich selber war es, der den Veranstaltern vorschlug, auf mich zu verzichten, falls meine Beteiligung ein Hindernis für andere sei. Ich ging nur politisch mit entsprechenden Erfahrungen der letzten Jahre um.

konkret: Was ist so wichtig am Einzug eines Abgeordneten in den Bundestag, wenn er von Leuten gewünscht wird, die das nur wünschen, wenn es nicht der Wunsch von Hermann Kant ist?

Kant: Es ist in diesem Zusammenhang völlig unwichtig, was ich von Leuten halte, die mich nicht aushalten. Sie sind aber wichtig, wenn sie Gysi und Genossen nicht nur aushalten, sondern wählen. Denn die gehören in den Bundestag und zwar als eine Fraktion, der man ihre Rechte beschneiden kann: Was die Leute dort erwartet, ist eine Mehr-oder-Minder-Große-Koalition, die sie weder überstimmen noch überzeugen können, der sie aber die Leviten lesen müssen. Was ja, wie wir alle wissen, mit der Einhaltung von Gesetzen und Versprechen zu tun hat.

konkret: Der Aufruf erweckt den Verdacht, er sei so konzipiert, daß ein Mann ihn unterschreiben sollte, bei dem sich die PDS vor ein paar Wochen um Vergebung für ihre Vergangenheit beworben hat. Richard v. Weizsäcker hat dann doch nicht unterschrieben. Gehörte sein Name zu jenen, denen Sie gegebenenfalls weichen sollten oder wollten? Oder ging es gar nicht um Weizsäcker, sondern eher um Inge Meysel und Walter Jens?

Kant: Es müßte doch mein Lehrgeld zurück, wenn ich nicht die Unterschrift von Frau Meysel und Herrn Jens höher als meine veranschlagte. Von uns dreien bin ich vermutlich der bessere Romanschreiber, aber hier geht es um aufklärend-belebenden PDS-Aufenthalt im Bundestag. - Für euer lustiges Paar Weizsäcker-Kant hätte ich eine Arbeitsteilung: Richard von W. überredet auch euch, Gysi zu wählen, und ich frage diesen beizeiten, ob er nicht, als er ganz allein die Gallier schlug und alle sieben Tore gegen Theben schoß, wenigstens eine Köchin dabei hatte.

konkret: Der Aufruf ist zudem gezinkt: Er gibt vor, es gehe allein um ein Mandat für den frechen Gregor Gysi. Aber die Leser der Zeitungen, in denen er erschien, wie die der »Frankfurter Rundschau«, können zu Gysis Direktwahl nichts beitragen. Auch Sie sagen ja, es gehe um »ein Zwanzigstel der Zweitstimmen«. Und das heißt: Wer Gysi wählt, wählt auch Christine Ostrowski. Auch wir sähen gern, daß Ulla Jelpke mit den Möglichkeiten, die sie als Abgeordnete hat, vier weitere Jahre Politik machen kann. Aber der Preis, nämlich die politische Stärkung einer Partei, die Kant streicht, um an Weizsäcker oder Meysel zu kommen, ist einfach zu hoch.

Kant. Der Aufruf spricht klares Deutsch. Wer die »Frankfurter Rundschau« hält, kennt sich mit Sprache und Wahlordnung aus. Wer Gysi wählt, wählt Gysi. Wer die PDS-Liste wählt, wählt auch Gysi, und bekommt die eine oder andere Zuwaage, die er vielleicht nicht so heftig wollte. Aber, um eine lange Liste kurz zu machen, auf keinen Fall Kinkel.

Wie Ihr mich gegen 1. M. und R. v. W herausstreicht, wärmt es mir das alte Herz. Aber seid der guten PDS nicht gram. Vielleicht wollte sie mich davor bewahren, Unterschriftsteller zu sein, was euch stets als höchster Schimpf gegolten hat. Auch ihr müßt es im Falle Gysi nicht werden. Nur wählen, so oder so, sollt ihr, schon Ulla Jelpkes wegen, den Mann.

Konkret 10/98, S. 4

von Konkret

Die »Berliner Zeitung« (Gruner + Jahr) berichtet:

Für Freunde origineller Verschwörungstheorien ist die Zeitschrift KONKRET schon immer ein guter Lektüretip gewesen. Kein anderes Organ der politischen Linken verschrumpft die Probleme der Gegenwart so verläßlich auf das verderbliche Treiben klar benennbarer Täterkreise: das internationale Großkapital, die deutsche Außenpolitik, die Feuilletons von »FAZ«, »Taz« und »Spiegel«. Mit besonderem Interesse durfte darum auch Roter Holocaust? erwartet werden, eine KONKRET-Anthologie zum Schwarzbuch des Kommunismus. Am Mittwoch wurde das Buch in Hamburg vorgestellt, die versammelten Autoren enttäuschten ihr Publikum nicht. Das zu bewertende Schwarzbuch, darin war man sich einig, sei »wissenschaftlich unhaltbar«. Darum lasse sich die bisherige Vielzahl zustimmender Rezensionen nur durch einen geheimen »Klassenauftrag« an die deutsche Sachbuchkritik interpretieren.

Etwas so Bestußtes wie einen »geheimen Klassenauftrag« hat zwar an diesem Abend (wie in KONKRET) keiner behauptet, aber wenn es um »benennbare Täterkreise« geht, darf die »Berliner Zeitung« gewiß nicht fehlen, die es wie all die anderen Freunde des *Schwarzbuchs* und seines Herausgebers Stéphane Courtois auch diesmal wieder sorgfältig vermied, die Überführung ihres Kronzeugen als antisemitischen Radaubruder auch nur zu erwähnen. Es war nämlich an jenem Mittwochabend auch der Bericht der »Süddeutschen Zeitung« zitiert worden, in dem es hieß:

Noch nie, sagte Courtois jetzt im vollbesetzten Saal des Literaturhauses, habe er öffentlich gesagt, »und das wird hier in Deutschland wohl überraschen«, daß er den Nationalsozialismus, abgesehen vom Verhalten gegenüber den Juden, nur für »semi-totalitär« halte ... Seltsamer noch wurde Courtois, als er eine geheime Rede Himmlers, gehalten 1943 in Posen, erwähnte. Himmler sagte dort, daß die deutsche Bevölkerung die »notwendige« Vernichtung der Juden nicht verstünde. Für Courtois ein Indiz für den Rest eines »Bewußtseins für Moral« bei den Nazis ...

Der daran geknüpften Frage, warum keine der Redaktionen und keines der Institute, die für Courtois (und mit ihm) monatelang Reklame gemacht haben und noch machen, sich von dem Nazi-Apologeten öffentlich distanziert, hat der Reporter von Gruner + Jahr mit seinem Verschweigen die richtige Antwort erteilt: Die deutsche Sachbuchkritik hat einen anderen Klassenauftrag.

Ein wenig komplizierter verhalt es sich mit dem Auftrag, den die deutsche Belletristik-Kritik zu erfüllen hat, aber eben nur ein wenig, wenn die »Süddeutsche Zeitung« an den 53. Roman, den Stephen King in 25 Jahren geschrieben hat, die Erinnerung knüpft:

Für diese Zwangsneurotiker lobte vor Jahren der Literaturkommissar Hermann Gremliza den Karl-Kraus-Preis aus. Die Auszeichnung war allein an die Klausel gebunden, daß der Empfänger fürderhin das Schreiben bitte sein lassen möge.

Denn im deutschen Feuilleton ist der Kommissar-Befehl noch in Kraft. Vielleicht sollte man die Damen und Herren darauf aufmerksam machen, daß der Führer ihn im Mai 1942 aufgehoben hatte - wegen seiner, wie es im Ploetz heißt, »verheerenden Folgen hinsichtlich der Versteifung des Widerstands der Roten Armee«.

KONKRET und Konkret Literatur Verlag auf der Frankfurter Buchmesse: Halle 6.0/Stand E 140-144. Von unseren Autoren können Sie am 8. Oktober Jürgen Elsässer, Otto Köhler, Jutta Ditfurth, am 9. Oktober Hermann Gremliza, Wolfgang Wippermann, Jens Mecklenburg, Rayk Wieland und am 10. Oktober Georg Fülberth, Gerhard Scheit, Horst Tomayer und Georg Seeßlen treffen.

Veranstaltungen während der Frankfurter Buchmesse: Am 8. Oktober, 19.30 Uhr: Buchvorstellung und Diskussion mit Jürgen Elsässer zum *Braunbuch DVU* im KOZ/Campus der Uni Frankfurt, Mertonstr. 26/28, 60325 Frankfurt; am 9. Oktober 19.30 Uhr: Vorstellung der Streitschrift *»Roter Holocaust?« Kritik des Schwarzbuch des Kommunismus* von den Autoren Wolfgang Wippermann und Jens Mecklenburg im KOZ/Campus der Uni Frankfurt. Am 10. Oktober um 20 Uhr liest das gemischte Doppel: Hermann L. Gremliza und Horst Tomayer unter dem Motto: »Dichten daß die Haare rauchen / Dichten daß die Schwarte kracht« im Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, 60313 Frankfurt.

Das »Braunbuch DVU« wird am 7.10. um 20.00 Uhr außerdem in Schwäbisch Hall, Löwenkeller des Club Alpha 60, Stuttgarter Straße 7, vorgestellt.

Das Kunsthaus Hamburg zeigt vom 21. September bis 18. Oktober Christoph Krämers Bilderzyklus »Standort Auschwitz«. Dazu spricht Prof. Ulrich Krempel am 7. Oktober über die Möglichkeit politischer Kunst (19 Uhr, Klosterwall 15).

Konkret 10/98, S. 6

an Konkret

Berichtigung

KONKRET 7/98: »Die Gemsen mahnen dich« von Gerhard Henschel

In ihrem Heft 7/98 beehren Sie mich mit einer von einem Autor namens Gerhard Henschel verfaßten Besprechung meines Buches *Schein und Wirklichkeit.* Ton und Niveau des Pamphlets sprechen für sich. Mein Fell ist dick genug, darüber zu lächeln. Das gilt nicht für die Unverschämtheit ihres Autors, mich der Lüge zu bezichtigen. Am Schluß der Besprechung behauptet jener Herr, an meiner Schilderung der Zusammenarbeit mit Gerhard Henschel im Rahmen des Hauses Bertelsmann »sei kein Wort wahr«; (er) »wüßte das«. Wie groß muß die Selbstgefälligkeit eines solchen Schreiberlings sein, der offensichtlich nur sich selbst, den einzigen und alleinigen Gerhard Henschel kennt -ohne auf die Idee zu kommen, daß es sich vielleicht um eine gleichnamige (wenn auch charakterlich durchaus unterschiedliche) Person gehandelt haben könnte? Sollte es sich aber doch um meinen früheren Kollegen handeln, würde er mir nun wirklich von Herzen leid tun. Es gäbe nämlich keine andere Diagnose als die, daß der Wurm des Gedächtnisverlustes dann wohl einen Teil seines Gehirns zerfressen haben muß. Ich erwarte die vollständige Veröffentlichung dieser Zuschrift als Berechtigungsverlangen im presserechtlichen Sinne.

Edzard Reuter

Stuttgart

Klarstellung

KONKRET 7/98: Gremlizas Express

Hermann L. Gremliza glaubt meinen Senderempfangsherstellungsbemühungen nicht und will »noch seinen Enkeln« meine Glosse vorlesen. Gleich nach »Karlsson auf dem Dach« von Astrid Lindgren, prima, wenn ich den Enkeln auch eher meine Kinderbücher gönnte. Ich sehe ein Nachlassen der GPK (Gremliza-Presse-Kontrolle), sonst währe meine erste Glosse im »Tagesspiegel« zum nämlichen Thema gelesen worden. Sie erklärt alles über den umbenannten Sender, der seine Frequenzen tauschte... Demnächst mehr. Die Wahrnehmungslücken müssen alarmieren. Gremliza ortet einen andern Artikel im Asyl eines Chemnitzer Lokalblattes (immerhin das mit der dritt- oder vierthöchsten Auflage deutscher Tageszeitungen) - der Text erschien zuvor andernorts: »Nordkurier« oder »Parlament« ungelesen? Der Frühkommentar vom Deutschland Radio Berlin unabgehört? Vertritt einer rassistische Anliegen, wenn er sich mit rassistischen Haltungen beschäftigt? Herr Gremliza bestätigt genau meine Kritik an einer Haltung, die sich gern viele Ausländerhasser und Nazis herbeierzählt, damit der eigene Antifaschismus prächtiger strahlt. Und sich nölend bestätigt sehen darf, daß das Kaff Chemnitz zu Recht wieder Chemnitz heiße, weil dort die Tageszeitung etwas druckt, das ein Autor diskutieren möchte und was im wesentlichen erst einmal DDR-Bürger und ihre spezifischen Gründe für eine nicht hinnehmbare Borniertheit behandelt. Warum nicht gleich: »Chemnitzer, raus! Deutschland den KONKRET-Lesern!« Wirklich allen? »Der Kommunismus ist ... erledigt.« (Gremliza, 7/98). Und wohin mit den Erledigern?

Lutz Rathenow

Berlin

Grundlegung

KONKRET 8/98: »Älteste Kamellen« von Carsten Otte

C. Orte zwingt einen, o Klage, schier zum Leserbriefschreiben. »Marcuses Arbeit ... wurde zur Grundlegung eines Theorieverständnisses.« Was immer das heißen mag, und was immer die quälende Substantivierung angeht: Man bringe mir die Grundlegung, die ein Theorieverständnis grundlegt, und man bringe mir hernach eine Theorie, die ein Theorieverständnis ist! Soweit mir bekannt, schrieb Marcuse Texte, die wir Philosophie nennen, und Adorno stellte keine These auf (Adorno »vertritt die These«. Exakt so sprechen all die Ottes heute); die *Negative Dialektik* ist wie vielleicht kein zweiter Text dieses Genres der Versuch, nicht zu behaupten, sondern die Hegelsche Dialektik im Moment ihrer genauesten Kritik zu retten - und damit dem Paradoxon Gestalt zu geben, die Arbeit des Begriffs gegen solch Geschwätz wie von Herrn Otte zu verteidigen, dort, wo es unmöglich wurde, den (phil.) Versprechen der Emanzipation zu trauen.

Das alles tangiert Otte freilich nicht, er hat bei Haug studiert, und bei dem liest man Gramsci und lernt, durch Vorwortlektüre seinen miserablen Stil mit Besserwisserei zu garnieren. Die Sache interessiert schon gar nicht. Was schließlich darauf hinausläuft, daß schon wenige Zeilen später überhaupt nichts mehr stimmt: »Laut Marcuse gehen die Anstrengungen der Vernunft damit auf gesellschaftliche Theorie und gesellschaftliche Praxis über.« Selten so gewiehert. Auf gesellschaftliche Theorie übergehen, tsts - und nicht vielleicht eher, wenn denn überhaupt, auf eine Theorie der Gesellschaft?

Es ist nicht zu verstehen, wenn einer rein gar nichts kapiert hat. Bei Marx (und bei Adorno und bei Marcuse) wird Theorie betrieben, und Theorie bleibt Theorie, Philosophie Philosophie, solange die Massen sie nicht ergreifen und damit aufheben, überflüssig werden lassen etc. Otte indes vermag doch tatsächlich zu schreiben:

»Selten war nach Marx die Theorie so konkret.« Was ein Mist und wohlfeiler feuilletonistischer und grundfalscher Scheiß. »Konkrete Theorie! Macht mehr konkrete Theorie! «

Einer wie Otte, der zwischen Kaffeepausen sich anheischig macht, seinen Fetzen über einen Denker wie Marcuse und en passant über Adorno runterzusemmeln, kann j . a nicht mal rot werden. Zum Glück hab' ich dann sogar bis zum Ende gelesen; und feststellen dürfen, daß Otte mutmaßlich nicht mal die Feindanalysen angesehen hat, über die ich allerdings gerne was erfahren hätte.

Otte sollte weiter studieren. Er paßt gut in die Zeit. Und apropos: Marcuses (und Ottes) Schlußzitat stammt nicht, wie Orte herauskräht, von Marcuse, sondern von Angela Davis - und steht bei Marcuse auch gut sichtbar in Anführungszeichen.

Jürgen Roth

Frankfurt a. M.

Nachdichtung

KONKRET 9/98: »Dichtung und Wahrheit« von Peter Hacks und Bernd Rauschenbach

Bildungsreise nach Bargfeld

Sonett von Peter Hacks, umgearbeitet nach Vorschlägen von Bernd Rauschenbach

Das gar nicht »reiche« Dorf (Arbeitslosigkeit), ist eher *klein* als groß.
Und hat eigentlich *keine* Slums. Das ich zu sehen hier strande,
Das Schmidtsche Hüttchen, von Frau Knop in Schuß gehalten (tadellos!),
Liegt nicht am »Ortsausgang«. Sondern am *Ortsrande.* [Reimt sich doch! W H]

Im relativ *großen (4000* qm!) Garten, der von »Tannen«dickicht
nicht umstanden ist (sondern von: Tujen, Wacholder, Lärchen, Birken, div. Obstbäumen, 1 Weymouthkiefer und Fichten),
Gibt es *keinen* Bunker. Und aus »Zement« schon gar nicht!
(Stand zwar in der Presse, stimmt aber - wie so manches in der Presse! - mitnichten.)

Und vor dem *Schmuckstück* (dank Frau Knop!) »ragt« (falsch!), »gefügt aus« (falsch!) »Klinkern« (richtig!)
Kein »niedersächsisches Bauernhaus«, eher ein Einfamilienbungalow.
Mit »myopischen Zechern« (H. Rowohlt) bevölkert, die sich *nicht zu* »wichtig«
nehmen. Und auch alles *nette Menschen* sind. (Das sowieso!)
Bzw. - wenn wir einmal an A. S. denken - waren.
Darauf einen Klaren!

Wolfgang Herrndorf
Berlin

Konkret 10/98, S. 9

Hermann L. Gremliza

Kommt der Kommunismus wieder?

Das Schwarzbuch des Kommunismus, sein Herausgeber und dessen deutsche Freunde sind eine (nicht zuletzt auf dieser Seite) intellektuell und moralisch erledigte Geschichte. Sie könnte nur noch dazu verleiten, alles zu verteidigen, was aus miesen Motiven mit miesen Mitteln angegriffen wurde.

Manche, auch ich, haben ihre Kritik am realen Sozialismus in jene Form des Lobes oder der Beschwichtigung gekleidet, die man »kritische Solidarität« nannte, und solange die Staaten des Warschauer Pakts für ein ärmliches, aber ordentliches Auskommen ihrer Bewohner sorgten, die Welt und Deutschland geteilt hielten, hatten wir gute Gründe. Die sind entfallen. Der erste Versuch, die Menschheit aus dem Elend zu erlösen, in dem sie als Derivat der Kapitalverwertung vegetiert, ist gescheitert.

Was hat einer so diskreditierten Klasse wie der Bourgeoisie den Sieg über den Kommunismus ermöglicht? Daß sie, vertreten durch Weiße Garden, durch Wehrmacht und SS, durch Nato und Weltbank, ihn mit Gewalt und Spucke nach ihrem Bilde sich hatte formen können: zum Kriegskommunismus statt zur freien Assoziation freier Produzenten, zu Gehorsam statt allseitiger Entfaltung, Großem Vaterländischen Krieg statt Proletarier aller Länder, sozialistischer Moral statt sexueller Befreiung, Kitsch statt Kunst, Glauben statt Kritik. (Wenn schon Moskau, meinte Tucholsky 1933, dann lieber gleich Rom.)

Mit dem, was von diesem Kommunismus übrigblieb, ist kein Staat zu machen, und ein absterbender schon gar nicht. Oder will wer die Verdammten dieser Erde von Sjuganow geweckt sehen? Es gibt also keinen Grund, irgendeine Erfahrung, die das gescheiterte Experiment bereitet hat, zu beschweigen. Auch wer die sogenannte Totalitarismus-Theorie für die Blödmacherei hält, die sie ist, sollte wissen wollen, warum ehemalige Mitglieder der SED, der FDJ und der NVA sich heute bei der NPD oder der DVU wohl fühlen können; und warum in einem östlichen Bundesland 23 Prozent der PDS-Wähler ihre Zweitstimme den neuen Nazis gegeben haben.

Es ist das Verdienst des ehemaligen Zentralorgans der SED, allfällige Illusionen beseitigt zu haben. In einer Debatte »Wie national muß die Linke sein?«, zu deren Eröffnung sie einen bekennenden Nazi ins Blatt holte, trat alles hervor, was die realen Sozialisten in vierzig Jahren DDR - jenseits ihrer großen Leistungen, die heute als ihre großen Verbrechen gelten - wirklich verbrochen haben.

Ein Professor lobte den Diskussionsbeitrag des Nazis: »W äußert auf anständige (!) Weise seine Besorgnis über Erscheinungen, die Folge einer jahrzehntelangen volksfeindlichen Politik des transnationalen Kapitals und der ihr dienenden Bundesregierung sind... Wir Deutsche erleben heute eine immer brutalere Amerikanisierung ... Sklaven des Finanzkapitals ... kulturelle Flächenbombardements ... Weltherrschaft der anglo-amerikanischen Milliardärsgruppen ... « Ein anderer geißelte den »nationalen Nihilismus«, den »von den Herrschenden propagierten Kosmopolitismus«, der »das Nationalbewußtsein untergraben« und »die Identität geraubt« habe. Die »sowjetisierte DDR« sei »bis zu ihrem Ende deutscher geblieben als die amerikanisierte BRD«, deren »Diskoschuppen« zur »Verwahrlosung« der Jugend geführt hätten. Was heute fehle, sei »ein nationaler Jugendverband«.

Völkische Beobachtungen dieser Art füllten tagelang die Seiten des »Neuen Deutschland«. Johann Scheringer, Vizepräsident des Landtags von Mecklenburg-Vorpommein, einer Gegend, deren Straßen kein Mensch dunkler Hautfarbe mit heiler Haut passieren kann, beklagte seine verfolgten Landsleute: »Hunderttausende wurden ausgegrenzt, ihre Biographien zum Teil verfälscht und ausgelöscht. Eine moderne Form der Aneignung, des Völkermords.« Prof. Michael Benjamin, vom linken Flügel der Partei, schickte einen Text von Tucholsky, Titel »Heimat«: »Nun haben wir auf 225 Seiten Nein gesagt, Nein aus Mitleid und Nein aus Liebe, Nein aus Haß und Nein aus Leidenschaft - und nun wollen wir auch einmal Ja sagen. Ja: zu der Landschaft und zu dem Land Deutschland ... Deutschland ist ein gespaltenes Land. Ein Teil von ihm sind wir.« Der Text war schon 1929 peinlich und wurde von seinem Autor in den Jahren 1933 bis zu seinem Tod auf das heftigste widerrufen. Der »Teil«, der »wir« sind, umfaßte, als es drauf ankam, nicht ein Drittel der Kommunisten, kein Fünftel der Sozialdemokratie, kein Zwanzigstel des deutschen Proletariats.

Einer zitierte das Programm der KPD von 1952 für den »nationalen Befreiungskampf« (»führt der amerikanische Imperialismus einen systematischen Kampf gegen die Nationalkultur«) und kommentierte: »Die programmatischen Aussagen der KPD der 50er Jahre gegen den US-amerikanischen Imperialismus sind auch nach der Vereinigung von DDR und BRD aktuell geblieben.« Ein Professor Scholze trat für »gesundes Nationalgefühl« tun sich.

Das sind so die Resultate von 40 Jahren Nationalrat der Nationalen Front, Nationalpreis, sozialistischer Nation, nationalem Erbe, Deutschland einig Vaterland. Noch heiser vom Heil-Gebrüll sollten sie singen: »Und nicht über und nicht unter andern Völkern woll'n wir sein.« Doch, und aus Gründen: *unter,* und vor allem: *nicht* Volk. Es hätte sich ausgevolkt haben

müssen für deutsche Kommunisten, nach den Erlebnissen mit sich und den Deutschen, inklusive deren kleinen Leuten, die sich so ungern Proletarier nennen ließen.

Aber die hießen nun herrschende Klasse, ihre Wünsche, Bedürfnisse, Instinkte, Vorurteile, auf Kaisers und Führers Schulen und in den dazugehörigen Kinderstuben gebildet, mußten bedient werden und wurden bedient. Ihre kollektive Mißgunst hieß jetzt Klassenbewußtsein, ihr Fremdenhaß Liebe zur sozialistischen Heimat, ihr Antisemitismus Solidarität mit den arabischen Völkern, ihre Analdressur sozialistische Moral. Nicht einmal im Westen standen die deutschen Sekundärtugenden in höherem Ansehen. »Ordnung und Sauberkeit, Zuverlässigkeit und Disziplin standen hoch im Kurs«, hieß es, zum Lob der DDR, jetzt wieder im »Neuen Deutschland«.

Ja doch, die DDR war »der bessere Staat«, sie hat die Nazis aus dem öffentlichen Leben entfernt, die deutsche Bourgeoisie entmachtet und politischen Flüchtlingen Asyl gewährt. Ihre Schuld war es nicht, daß die deutschen Arbeiter und Bauern, in deren Namen die Gruppe Ulbricht Politik machen sollte, noch gestern Nazis gewesen waren. Und die hat man dann - mangels Buttercreme, ihnen das Maul zu stopfen - mit der Fütterung ihrer Vorurteile bei Laune gehalten? Auch, aber wäre es bloß das gewesen! Zu vieles geschah aus Überzeugung. Vor und in und außerhalb und nach der DDR nämlich gab und gibt es -hochgehalten auch von sozialdemokratischen Renegaten - in der »sozialistischen Weltbewegung« eine Liebe zum Volk, zum Volkstümlichen, zum Völkischen, die erklärt, warum, bespielsweise, 32 Prozent der gewerkschaftlich organisierten deutschen Jugendlichen, aber nur 17 Prozent der nicht organisierten, sich vorstellen können, eine der Nazi-Parteien zu wählen.

Oder warum der Redakteur der DKP-Zeitung »UZ«, der jüdische Siedler »Netanjahus Siedlerpack« genannt hat, nicht ab dato das Parteiklo schrubbt. Warum der hohe Repräsentant eines Landes, vormals SED, jetzt PDS, Schmonzetten zur nationalen Frage verfaßt, bevor er dafür gesorgt hat, daß ein Afrikaner unversehrt durch Neustrelitz kommt. Warum ein 31jähriger Mozambikaner, der nachts von einer Gruppe Nazis durch Halle-Neustadt gejagt wird, zusammengeschlagen, eine Hand gebrochen, das Gesicht mit einem Messer zerschnitten, ein Auge schwer verletzt, bei der Flucht auf seine Bitte um Hilfe von einer Gruppe Frauen, denen er begegnet, die Antwort erhält, sie hätten Wichtigeres zu tun.

Das hat auch die PDS, der das »Neue Deutschland« ja immerhin gehört. Mit ihr und allen ihren Schwesterparteien, auch der Moskauer, die jetzt einen Vizepremier und Wirtschaftsminister stellt, kommt der Kommunismus nicht wieder. Keiner jedenfalls, der diesen Namen verdiente. Zu dessen Mindestausstattung nämlich gehörte die Liebe zum Kosmopolitismus und die Verächtlichmachung des »gesunden Nationalgefühls«. Für alle anderen Versionen: kein gutes Wort und keine Stimme. Und so sehr sein Ende zu bedauern ist, wäre von allen Attitüden, den Überresten des Roten Oktober zu begegnen, Nostalgie die dümmste.

Konkret 10/98, S. 10

Herrschaftszeiten

Standort-Perspektiven

Als die Sozialleistungen gesenkt werden mußten, erklärte die Bundesregierung, daß wegen der hohen Steuern und Lohnnebenkosten »die ausländischen Investitionen an Deutschland vorbeigehen«. Als die Bundestagswahl gewonnen werden sollte, meldete das Bundeswirtschaftsministerium, daß im ersten Halbjahr 1998 Ausländer 14,3 Milliarden Mark in Deutschland investiert haben - den höchsten Betrag seit Beginn der Erfassung vor 40 Jahren.

Todesstreifen 1

Nach offiziellen spanischen Angaben sind seit Anfang 1998 400 bis 500 Nordafrikaner auf der Flucht nach Spanien in der Meerenge von Gibraltar ertrunken. 17.000 Flüchtlinge sind im selben Zeitraum von der spanischen Polizei aufgegriffen und ausgewiesen worden.

Todesstreifen 2

Bei dem Versuch, die vom Bundesgrenzschutz mit Nachtsichtgeräten gesicherte Grenze der BRD zu überwinden, sind seit 1993 mehr als 60 Flüchtlinge in der Oder und der Neiße ertrunken.

Zivilgesellschaft 1

1997 hat das Bundesinnenministerium 406 Fälle fremdenfeindlich motivierter Körperverletzungen registriert. Das sind 99 Fälle mehr als 1996. Für das erste Halbjahr 1998 meldet das Bundeskriminalamt 399 antisemitische und 937 ausländerfeindliche Straftaten, darunter 203 Körperverletzungen. Die meisten Körperverletzungen pro 100.000 Einwohner wurden in Mecklenburg-Vorpommern begangen, es folgen Brandenburg und Berlin. In Hamburg, wo fast 17 Prozent der Bevölkerung Ausländer sind, wurden 0,58 Übergriffe pro 100.000 Einwohner registriert, in Mecklenburg-Vorpommern, wo der Ausländeranteil 1,45 Prozent ausmacht, waren es 2,69.

Zivilgesellschaft 2

Im Auftrag der Illustrierten »Amica« hat Emnid die deutsehen Frauen gefragt, ob es in Deutschland zu viele Ausländer gibt. 57,6 Prozent antworteten mit Ja, 38,5 Prozent mit Nein. Die höchste Zustimmung gab es bei Niedrigverdienenden (68,3 Prozent) und bei Berlinerinnen (72 Prozent). Auf die Frage, ob die Todesstrafe wieder eingeführt werden sollte und für wen, antworteten mit Ja für Kinderschänder 49 Prozent, für Mörder 40 Prozent, für mehrfache Vergewaltiger 33,5 Prozent. »Grundsätzlich gegen die Todesstrafe« waren nur 41,4 Prozent. Dafür fanden es 67,2 Prozent überhaupt nicht in Ordnung, »daß man gelegentlich mal blaumacht«, und sogar 78,7 Prozent würden niemals »für eine Million Mark mit einem fremden Mann schlafen«. Da kann die deutsche Frauenbewegung aber stolz auf die deutsche Frau sein.

Kalte Kriegsdividende

Wissenschaftler der Brookings Institution in Washington haben errechnet, daß die nukleare Rüstung die USA zwischen 1940 und 1996 insgesamt 5.82 1 ~000.000.000 (gleich 5,821 Billionen) Dollar gekostet hat.

Friedensdividende 1

Bei einem Treffen der 113 blockfreien Staaten erklärte Südafrikas Vizepremier Thabo Mbeki, die freie Marktwirtschaft habe die Erwartungen der drei Kontinente nicht erfüllt. Die Blockfreien könnten nicht wie Sklaven auf die Befreiung durch andere hoffen. Sie müßten sich selbst befreien und eine neue Weltordnung finden.

Friedensdividende 2

Neun Jahre nach der Befreiung vom Kommunismus steht es um die Befreiten so: Das jährliche Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in den Staaten, die in die EU aufgenommen werden sollen, beträgt in Tschechien 5.121 Dollar, in Ungarn 4.275, in Polen 3.494 und in Estland 2.880. Das durchschnittliche BIP in der EU, also mit Spanien, Griechenland, Portugal, Irland, beträgt 23.000 Dollar.

Friedensdividende 3

Aus dem Jahresbericht des Entwicklungsprogramms der Uno (UNDP): In den 29 westlichen Industriestaaten leben mehr als 100 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze, 37 Millionen sind arbeits-, 100 Millionen sind obdachlos, 200 Millionen haben eine Lebenserwartung von weniger als 60 Jahren. Und das, obwohl die reichsten 20 Prozent der Weltbevölkerung 86 Prozent aller Ausgaben für Konsum bestreiten.

Massenmediengrab

Es ist nicht mehr zu ermitteln, wie viele Massengräber, die später nie gefunden wurden, die Titelseiten der deutschen Presse schon gefüllt haben. Ende August wurde wieder eines gemeldet, doch diesmal ganz klein, irgendwo unter den Kurznachrichten. Was war geschehen? Waren die Redaktionen ihrer eigenen Propaganda überdrüssig geworden? Hatte die Furcht, wieder einer jener Enten aufzusitzen, wie sie kürzlich der Kriegsberichterstatter Rathfelder von der »Taz« in die Welt gesetzt hatte, ihr Mütchen gekühlt?

Im Gegenteil. Es muß nämlich gesagt werden, daß das jüngste Massengrab gar kein richtiges Massengrab war. Ein richtiges Massengrab ist eines, das Feinde Deutschlands (Jugoslawen, Serben) Freunden Deutschlands (Kroaten, bosnische Muslime, »ethnische Albaner«) bereiten und das deshalb den Einsatz der Bundeswehr zu einem Gebot der Menschlichkeit macht. Das Massengrab von Klecka aber war ein ganz falsches Massengrab, aus mehreren Gründen: Erstens, und das hätte schon gereicht, lagen darin bloß Körperteile von 22 Serben; zweitens hatten, dummerweise, zwei albanische Terroristen gestanden, an der Ermordung dieser Zivilisten durch die UCK beteiligt gewesen zu sein; und drittens war das Massengrab tatsächlich gefunden worden und konnte von Journalisten besichtigt werden. Scheißspiel!

Doch es sind die Stunden ärgster Not, in denen sich der tapfere Propagandasoldat bewährt. Zum Beispiel der Gefreite Rathfelder. Er, der ein richtiges Massengrab erst gesehen, dann nur noch gerochen, schließlich bloß erzählt bekommen haben wollte und damit die ganze Kompanie in Verdacht gebracht hatte, machte mit dem falschen Massengrab alles wieder richtig. In seiner Kolumne »Verbrannte Erde - Die Tragödie im Kosovo dauert an« beschwerte er sich, daß seit seinem Hinauswurf aus Jugoslawien (wegen Falschmelderei) die Welt alle Orientierung verloren habe: »Die in der Weltöffentlichkeit erhobene Forderung, dem Treiben der serbischen Truppen im Kosovo ein Ende zu bereiten, ist leise geworden.« Zeit, daß Rathfelder der Welt ein Erwache! zuruft: »Jeden Tag gehen albanische Dörfer in Flammen auf... Längst verlassene Dörfer und Städte (werden) abgefackelt ... Mehr als 200.000 Flüchtende müssen sich in den Wäldern verstecken ... Die menschliche Tragödie wird in ihrem Ausmaß weitgehend nicht erkannt ...«

Das geschieht jeden Tag. Was an dem besonderen Tag zu melden war, an dem Rathfelder der Welt erklärte, was sie nicht erkennt, erwähnt er, der Massengrabmelder par excellence, mit keinem Wort. Auf der Seite »Panorama« der »Taz« freilich wird Mitteilung gemacht, und wie das geschieht, verrät den ganzen Mißmut des Hauses:

Belgrad präsentiert Massengrab /Zwei angebliche UCK-Kämpfer gestehen im Fernsehen, Serben hingerichtet und verbrannt zu haben. Menschenrechtsorganisation in Pristina fordert unabhängige Untersuchung.

Die serbische Polizei hat nach Angaben des Belgrader Innenministeriums im Kosovo ein Massengrab mit den Überresten von 22 Serben entdeckt ... Das Massengrab wurde angeblich am Donnerstag ... bei Klecka, 30 Kilometer südlich der Kosovo-Provinzhauptstadt Pristina, entdeckt ...Die in Pristina ansässige »Kommission für den Schutz der Menschenrechte und der Freiheit« protestierte gestern gegen die serbischen Angaben und forderte, unabhängige Gerichtsmediziner sollten das Grab untersuchen.

Gegen das Massengrab, das Rathfelder präsentiert hatte, war kein Protest der Menschenrechtler ergangen. Auch der Ruf nach Medizinern, die es untersuchen sollten, war, mangels Objekts, ausgefallen. Die *»FAZ«* vom selben Tag wählte mit Rücksicht auf die von Rathfelder verursachte, Massengräber betreffende Empfindlichkeit des Publikums den Titel: »Noch ein Massengrab«. Darunter berichtet ihr Kriegsberichterstatter Matthias Rüb: »In dem Bergdorf Klecka wollen die serbischen Behörden ein Massengrab entdeckt haben.« Immerhin räumt Rüb ein: »Es darf als gesichert gelten, daß serbische Zivilisten sowie Kosovo-Albaner, die als >Kollaborateure< in irgendeiner Form mit dem serbischen Regime zusammengearbeitet hatten, von der UCK getötet wurden. Man wird dies als Akte des Terrors bezeichnen dürfen ... « In der *»FAZ«* an diesem Tag, da Rüb auch melden durfte, daß »gut 60 serbische Polizisten ums Leben gekommen« seien und »mehr als 20.000 Serben das Kosovo verlassen haben«, ausnahmsweise schon. In der »Taz« auch an diesem Tag nicht. Wenn's nach Rathfelder ginge, würde niemand erfahren, wer das jüngste Gemetzel angezettelt hat. Es geht aber nicht immer nach Rathfelder:

»Der Krieg ist zu Ende, wenn wir keine modernen Waffen erhalten«, räumt der UCK-Offizier Bequir ein. Er kämpfte bereits im Bosnienkrieg mit den muslimischen Truppen gegen die Serben. Man habe die Situation falsch eingeschätzt, gesteht der Albaner: » Wir waren uns der Hilfe aus dem Westen sicher.« Bundesverteidigungsminister Volker Rühe hat sie ja immer wieder versprochen, bis heute - und damit indirekt den militärischen Widerstandswillen der Albaner angestachelt ...

berichtet, in einem Anfall von Aufklärungswut, eine deutsche Zeitschrift, die Schulter an Schulter mit Reißmüller und seinen Rübs, Duves und Rathfelders diesen und jenen Widerstandswillen angestachelt hat: der »Spiegel«.

Geil

Das Statistische Bundesamt meldet einen Fortschritt: Die Zahl der Verkehrstoten ist auf ein Rekordtief gefallen. Im Mai dieses Jahres starben auf Deutschlands Straßen 1,4 Prozent weniger als im Mai des Vorjahres, nämlich nur 7 10 Menschen. Klasse!

Kleinfamilie & Lohnarbeit

Nach einer Untersuchung der Universität Lüneburg hat sich die Zahl der Scheidungen in Wolfsburg nach Einführung der Vier-Tage-Woche bei VW Ende 1993 um 48 Prozent erhöht - von 314 auf 465 pro Jahr. Grund: Die zwanzigprozentige Arbeitszeit- und Lohnkürzung bedeute »mehr Zeit, Geld auszugeben, von dem aber weniger vorhanden ist«.

Alle gut deutsch sprechen?

Volker Rühe (CDU) zu Gästen eines türkischen Restaurants

Das ist Verrat am deutschen Volk

Johannes Rau (SPD) über die Kürzung des Forschungsetats im Haushalt des Bundes

Konkret 10/98, S. 12

Jürgen Elsässer

Der kranke Mann am Kaukasus

Worin die russische Krise besteht und in welcher Richtung die Deutschen ihren besonderen Ausweg suchen

Oktober ist Revolutionszeit: Zwölf Prozent der Russen sind laut Umfrage bereit zum Streik, elf Prozent zum bewaffneten Aufstand. Für den 7. Oktober haben Gewerkschaften und Kommunisten zum Tag des sozialen Widerstands aufgerufen. Jelzins Gegenspieler Alexander Lebed sagt für diesen Termin den finanziellen Zusammenbruch oder den politischen Ausnahmezustand voraus.

Umfrage und Prognose stammen von Ende August, da mußte man für einen Dollar noch sieben Rubel bezahlen. Bei Redaktionsschluß waren es schon 22 Rubel, der Brotpreis hatte sich im Vergleich zum Sommer verfünffacht, und Rußland hatte noch immer keinen Premier, keine Regierung, keinen Notenbankpräsidenten. Wenn die da unten nicht mehr wollen und die da oben nicht mehr können - dann ist die Zeit reif für einen Umsturz.

Wofür aber sollten die Menschen eine Revolution machen, wenn ihnen doch selbst die Kommunistische Partei nur eine Mischung aus Neuer Ökonomischer Politik und Bad Godesberg anzubieten wagt und Moskaus mafiosen Bürgermeister Luschkow als Nachfolger Jelzins auslobt? Bewaffneter Klassenkampf findet in Rußland beinahe jeden Tag statt - aber es ist kein Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, sondern Kampf in einer Klasse: der kapitalistischen.

»In einer Umfrage erklärten zwischen September 1994 und Januar 1995 die befragten Manager russischer Großbanken, daß der Einsatz bewaffneter Trupps der effizienteste und manchmal der einzig mögliche Weg sei, um Schulden zurückzuerhalten«, heißt es in einem Dossier des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Und: »Von 1992 bis 1997 wurden fast 150 bewaffnete Angriffe auf führende Personen des russischen Bankensektors unternommen. Dabei starben etwa 80 Banker.«

Solche Ereignisse werden in der Regel unter der Rubrik »Mafia« abgehandelt. Der Ausdruck führt in die Irre. In Wirklichkeit handelt es sich um den ganz normalen Konstitutionsprozeß einer nationalen Bourgeoisie: Die Stärksten schießen sich den Zugang zu Absatzmärkten und Rohstoffquellen frei, die Konkurrenten bleiben auf der Strecke. 100 Jahre später werden die einstigen Mafiosi zu mutigen Wirtschaftspionieren geworden sein - wie die Rockefellers, Carnegies und Kennedys.

Im russischen Inner-Klassen-Kampf stehen sich zwei Fraktionen gegenüber: auf der einen Seite die Oligarchen wie Beresowski und Potanin, die die Ö1- und Gasvorräte unter sich aufgeteilt und ein Netz privater Großbanken aufgebaut haben

sowie über die Massenmedien die öffentliche Meinung kontrollieren; ihr politischer Vorposten ist der frühere Gasprom-Chef Viktor Tschernomyrdin; auf der anderen Seite - durch Korruption geschwächt - die Vertreter der ökonomischen Staatsapparate, angeführt von dem früheren Premier Sergej Kirijenko und den schon länger amtierenden Ministern Anatolij Tschubajs und Boris Nemzow. Während die einen die russische Nationalökonomie als Melkkuh betrachten, wollen die anderen den privat angeeigneten Reichtum dem imperialen Staat dienstbar machen.

Um die Macht der einheimischen Neo-Bourgeoisie zu brechen, wollten Tschubajs und Nemzow ausländische Konzerne schon länger zu einem stärkeren Engagement in Rußland bringen - deshalb die angestrengte (letztlich verlorene) Schlacht um die Verteidigung des Rubel-Kurses im Juni: Eine stabile Währung ist wichtig für ausländische Investoren. Die einheimischen Rohstoffexporteure hatten zur Verbesserung ihrer Weltmarktchancen eine Abwertung favorisiert.

Präsident Jelzin, dessen Wiederwahl vor zwei Jahren ohne die finanzielle Unterstützung der Oligarchen nicht geklappt hätte und der deswegen Tschubajs und Nemzow in früheren Kabinetten immer nur unter der Kuratel von Tschernomyrdin geduldet hatte, hatte mit der Ernennung von Kirijenko zum Premier die bisherige Kräftebalance zwischen Raubbourgeoisie und Staatskapital zerstört und, da die Zerrüttung der Staatsfinanzen die Staatlichkeit selbst bedrohte, seinen Paten den Kampf angesagt. Zur Rettung des ideellen Gesamtkapitalisten sollte Kirijenko im wesentlichen zwei Maßnahmen durchführen:

· Bei der Privatisierung von Staatsbetrieben sollten endlich auch ausländische Bieter eine Chance bekommen. Bis dahin waren die entsprechenden Auktionen von russischen Magnaten, zur Not auch mit Waffengewalt, kontrolliert worden, um mißliebige Konkurrenten von der Teilnahme abzuhalten. So brachten die großen Privatisierungen oft nur bescheidene Einnahmen für die Staatskasse, da die wenigen einheimischen Bewerber sich absprachen und mit ihren Geboten an der untersten Grenze blieben.

· Die Großkapitalisten sollten endlich dazu gebracht werden, Steuern an den Fiskus abzuführen. Bis dato hatten sie im Inland erzielte Profite ins Ausland verschoben, je nach Schätzung soll die Kapitalflucht in den Jahren 1990 bis 1995

zwischen 35 und 400 Milliarden Dollar betragen haben, das wären also zwischen einem und zehn Prozent des Bruttoinlandprodukts.

Wie sehr die russischen Privatkapitalisten dabei den Interessen des russischen Gesamtkapitalisten schadeten, wird an den Helfershelfern dieser illegalen Kapitaltransfers deutlich: »Der türkisch besetzte Norden Zyperns ist ... ein Zentrum der Kapitalflucht aus Rußland geworden«, meldet die Wirtschaftszeitung »Kommersant«. Zur selben Zeit stärkt die Moskauer Regierung den griechischen Teil der Insel und will ihn gegen die Aspirationen der Türken sogar mit Raketen aufrüsten. Ein anderes Zentrum der Geldwäsche ist das russophobe Litauen -die russischen Magnaten machen dort Geschäfte mit denselben Banken, die auch den tschetschenischen Sezessionisten dienen.

Wichtiger als der Schaden für die russische Außenpolitik ist allerdings die Austrocknung des Staatshaushaltes: Die Steuereinnahmen lagen 1997 auf einem historischen Tief und erreichten nur noch 60 Prozent der angesetzten Summe - Zahlung in Naturalien und in Geldsubstituten wie Wechseln mitgerechnet. In dieser Situation mußte Jelzin sich von seinen früheren Freunden abwenden und hoffen, daß Kirijenko ihnen endlich die für den Staat dringend benötigten Milliarden abknöpft.

Der Tag der »Entscheidungsschlacht« (FAZ) war der 2. Juli: In einer großangelegten Aktion hatte der Premier Razzien beim weltgrößten Gasproduzenten Gasprom angeordnet, die Konzernzentrale wurde besetzt und die Konten wurden gesperrt. So sollte Gasprom gezwungen werden, seine gewaltigen Steuerrückstände endlich zu begleichen - es ging um ein Viertel der Gesamteinnahmen aller russischen Finanzämter. Doch Gasprom drehte im Gegenzug Staatsbetrieben die Energiezufuhr ab. Als die internationalen Finanzmärkte auf das Powerplay mit Kursverlusten für die russischen Papiere reagierten, gab Kirijenko klein bei. Die Steuerfahnder wurden von der einheimischen Bourgeoisie abgezogen und auf ausländische Unternehmen gehetzt. Dabei ging man nicht gerade zimperlich vor: Die Beamten seien mit Baseballschlägem und Kalaschnikows erschienen, so etwas hätten sie noch nirgends erlebt, klagten die ansonsten eher presseschеuen Residenten ausländischer Konzerne anschließend öffentlich.

Um es deutlich zu sagen: Rußland wird nicht durch das ausländische Kapital geplündert, sondern durch das inländische. Während westliche Geldgeber Milliarden und Abermilliarden nach Rußland hineingepumpt haben, schleppten die einheimischen Bourgeois dieses Kapital genauso schnell wieder aus dem Land heraus. In Zahlen: Zwischen 1992 und 1997 betrugen die Abflüsse im privaten Kapital- und Kreditverkehr zwischen 3,6 und 8,7 Milliarden Mark jährlich - die oben geschätzte illegale Kapitalflucht gar nicht mitgerechnet.

Bei der Ausbeutung russischer Arbeitskraft ist vor allem das deutsche Kapital sehr zurückhaltend: Zum Jahresende 1994/95 standen deutschen Direktinvestitionen in Rußland in Höhe von 260 Millionen Mark russische Direktinvestitionen in der Bundesrepublik in Höhe von 860 Millionen Mark gegenüber. Das Handelskapital fährt zwar schöne Profite ein - der deutsche Export stieg letztes Jahr um fast 50 Prozent auf 18 Milliarden Mark -, doch die werden mit deutschem Kapital bezahlt: Russische Importeure erhalten für den Bezug deutscher Waren Kredite deutscher Banken, für die der Bund über Hermesversicherungen bürgt. Auf diese Weise landeten von jeder Mark, die 1994 netto an deutschen Krediten nach Rußland geflossen ist, 97 Pfennig wieder in den Taschen deutscher Exporteure - das darf man durchaus Ausplünderung nennen, allerdings nicht der russischen, sondern der deutschen Staatskasse.

Geht man also nicht von einzelnen Unternehmen, sondern von der deutschen Nationalökonomie insgesamt aus, so bringt das Rußland-Geschäft bis dato eher Verlust als Gewinn. Gerade das könnte, wie zu zeigen sein wird, eine wachsende Aggressivität deutscher Ostpolitik zur Folge haben. Mangelnde Profitabilität zeichnet auch die deutsche Kreditvergabe aus, die im Gegensatz zu den Direktinvestitionen und dem Außenhandel tatsächlich auf Rekordniveau ist: Von den 17 1,1 Milliarden Dollar Auslandsschulden, die das Institute of International Finance im Mai 1998 für Rußland errechnet hat, entfallen mehr als 50 Prozent auf deutsche Gläubiger (zum Vergleich: bei den Direktinvestitionen liegt Deutschland mit etwa zehn Prozent erst auf Platz vier).

Rechnet man Zahlungen und Kredite zusammen, die zwischen Ende 1989 und Ende 1997 von der Bundesrepublik geleistet beziehungsweise zugesagt worden sind, so kommt man auf den stolzen Betrag von 133,1 Milliarden Mark. Neben Geld-Geschenken in Höhe von immerhin 21,6 Milliarden Mark, die die Zustimmung Gorbatschows und Jelzins zur Wiedervereinigung und den Abzug der Roten Armee finanzierten und bereits abgeschrieben wurden, sind noch gewaltige Beträge offen: Auf 84,1 Milliarden Mark summieren sich die Kredite, Kreditgarantien und Kapitalanlage-Garantien, die von deutscher Seite gewährt worden sind.

Alle diese Kredite wackeln: Nach Angaben der Weltbank wurden 1992 bei Fälligkeiten von 7,8 Milliarden Dollar Zahlungen von 2,3 Milliarden Dollar und 1994 bei Fälligkeiten von 20,6 Milliarden Dollar Zahlungen von 3,7 Milliarden Dollar geleistet, für 1995 betrug das geschätzte Verhältnis 20,3 Milliarden zu sechs bis sieben Milliarden. Mittlerweile wurde Rußland umgeschuldet, das heißt: Moskau zahlt auf alle vom Ausland gewährten Kredite keine Tilgung, sondern nur Zinsen, die zu zahlende Summe lag - vor Gewährung des neuen IWF-Kredits in Höhe von 22 Milliarden Dollar im Sommer - bei etwa 5 Milliarden Dollar jährlich.

Mit dem Rückzahlung des Gros der deutschen Schulden soll vereinbarungsgemäß erst 2002/2003 begonnen werden -erst dann würde sich die Sache für die deutschen Banken zu rentieren beginnen. Doch auch das wäre nur der Fall, wenn Rußland die ab diesem Zeitpunkt jährlich fällige Summe von 20 Milliarden Dollar tatsächlich aufbringen würde - das schien schon vor dem Crash schwierig, jetzt aber ist es ganz aussichtslos.

Warum aber hat Deutschland dem maroden Jelzin-Regime mit solch ungeheuren Summen ausgeholfen, deren profitable Rückzahlung doch nicht erst heute ungewiß ist? Das Motiv könnte dasselbe sein wie bei der Allianz mit dem Osmanischen Reich vor dem Ersten Weltkrieg. Rosa Luxemburg analysierte, »daß im Interesse des deutschen Imperialismus die Stärkung der türkischen Staatsmacht liegt, soweit, daß ihr vorzeitiger Zerfall verhindert wird. Eine beschleunigte Liquidation der Türkei würde zu ihrer Verteilung ... führen, womit für die großen Operationen des deutschen Kapitals die einzigartige Basis verschwinden müßte ... Es gilt also für den deutschen Imperialismus, den bequemen Apparat des >selbständigen< türkischen Staates, die >Integrität< der Türkei zu erhalten, so lange, bis sie, vom deutschen Kapital von innen heraus zerfressen ... als reife Frucht Deutschland in den Schoß fallen wird. «

Eine »beschleunigte Liquidation Rußlands« und sein Zerfall in Mafia-Republiken der verschiedenen Oligarchen wäre im Sinne deutscher Geopolitik heute ebenso kontraproduktiv, wie es der Zerfall des Osmanischen Reiches in Diadochen-Kalifate gewesen wäre. Eine Stützung der Zentralmacht ergab demgegenüber schon damals Vorteile: Als die Hohe Pforte aufgrund innerer Auszehrung Bosnien nicht mehr halten konnte, übergab sie die Provinz 1878 als Protektorat an die K.u.K.-Monarchie - ein ideales Sprungbrett für die Orientpolitik der Mittelmächte. Ähnlich durfte man von Jelzin bis zum Crash eine kontrollierte Filetierung seines Reiches erhoffen. Mit der Parole »Nehmt euch soviel Souveränität, wie ihr schlucken könnt« hatte er 1991 autonome Bestrebungen der Teilrepubliken ermuntert.

Zwar hat der so geförderte Sezessionismus bisweilen Formen angenommen, die Jelzin ebensowenig recht waren wie dem deutschen Kapital - etwa der ruinöse Krieg in Tschetschenien oder die Drohung von Lebed, sich als Gouverneur von Krasnojarsk die dortigen Atomwaffeneineiten zu unterstellen. Viel entscheidender ist aber, was Jelzin friedlich-schiedlich schon aufgegeben hat: Die Republiken Tatarstan, Kabardino-Balkarien und Baschkortostan haben das Recht auf eine eigene Außenpolitik und eigene Außenwirtschaftsbeziehungen bekommen, die mit den Gesetzen der Föderation nicht in Übereinstimmung stehen müssen. In der tartarischen Verfassung etwa ist festgelegt, daß die Republik ein »Subjekt internationalen Rechts« sei, das »mit der Russischen Föderation ... assoziiert ist«. Alle drei Republiken sind Drehscheiben für den Ölexport: Tatarstan und Kabardino-Balkarien liegen, ähnlich wie Tschetschenien, in einem der Durchgangskorridore für die Pipelines der neu erschlossenen Erdölvorkommen rund um das Kaspische Meer, den zweitgrößten der Welt. In Baschkortostan gibt es die größten Raffinerien Rußlands, jede fünfte Tonne Öl wird dort weiterverarbeitet.

Hier hat Deutschland den Fuß in der Tür: Im Außenhandel der Republik nimmt die BRD eine »führende Stellung« ein, so Außenhandelsminister Garifullin gegenüber der »FAZ« - das Gros entfällt auf baschkirische Ölexporte. Mittlerweile haben die zwei größten Banken der Republik, die Baschprombank und die Baschkreditbank, mit deutschen Partnerbanken Rahmenkreditabkommen zur Investitionsförderung geschlossen.

Mit der Ausweitung der Rubel-Krise zu einer Krise des Jelzinismus sind die deutschen Kalkulationen fragwürdig geworden. Wie anfällig Deutschland für die russischen Turbulenzen ist, beweisen die empfindlichen Einbußen des Dax, obwohl die bisherigen Schäden für die deutsche Wirtschaft minimal sind. Der Im- und Export mit Rußland umfaßt nur 1,9 Prozent des deutschen Handelsvolumens, und die Entwertung der russischen Staatspapiere hat bisher nicht die Deutschen getroffen. Vielmehr sind englische und amerikanische Hedge-Fonds die ersten ausländischen Opfer der Krise - sie waren es, ganz anders als die Deutschen, die dem russischen Staat kurzfristige Schuldverschreibungen abgekauft hatten - in der Hoffnung auf die Realisierung der versprochenen Höchstzinsen.

Daß Tschernomyrdin diese Papiere zu 80 Prozent entwerten ließ, hätte die Frankfurter Börse also nicht zu schocken brauchen. Doch es geht nicht um die aktuellen Verluste, sondern um die ungewisse Rückzahlung der ab 2002 fälligen Mega-Kredite: Sollte diese Rückzahlung allzu offensichtlich unmöglich werden oder die russische Regierung gar offiziell den Offenbarungseid leisten, so verlöre auch die Bundesrepublik einen Gutteil ihrer Bonität an den internationalen Finanzmärkten, die deutschen Wertpapiere stürzten in den Keller. Dann wäre Deutschland in der Zwickmühle: Schlösse es mit Rußland eine Sondervereinbarung á la Rapallo, um wenigstens einen Teil der Außenstände zu retten, auch wenn ein Jelzin-Nachfolger mit einer teilweisen Rückkehr zur Kommandowirtschaft drohte, wäre das eine Kampfansage an die Nato-Partner. Setzte Deutschland aber auf die Sezession der ölreichen Regionen wie Baschkortostan, um sich an ihnen schadlos zu halten, wäre das eine Kriegserklärung an Moskau.

Wie das Bündnis mit der Türkei, dem »kranken Mann am Bosporus«, das Deutsche Reich in Widerspruch zum Empire (in der Orientfrage) und zum Zaren (in der Balkanpolitik) brachte, bringt die Verbindung mit dem »kranken Mann am Kaukasus« die Bundesrepublik in Gegensatz zu den USA. Vordergründig zeigt sich dies bereits am Streit um die Stabilisierung des Rubel durch Anbindung an eine Leitwährung über ein Currency Board: Die im Kreml zunächst ventilierte Idee, daß dafür der Dollar ideal wäre, weil viele Rohstoffexporte auf Dollarbasis abgewickelt werden, stieß in

Deutschland auf Mißfallen. »Das wäre meines Erachtens schon deshalb unklug, weil ein Land wie Rußland nicht seine Souveränität in der Geldpolitik ausgerechnet an die Amerikaner abtreten kann«, erklärte ExBundesbankchef Karl Otto Pöhl. Ersatzweise bot die EU-Kommission den Russen den Euro als Leitwährung an.

Während die US-Amerikaner aufgrund ihres minimalen finanziellen Engagements in Rußland zu keinerlei Konzessionen an eine »Wirtschaftsdiktatur« á la Tschernomyrdin bereit sind, scheint man in Deutschland eher geneigt, Rußland das Recht auf eine Art Dritten Weg zuzugestehen - Hauptsache, die Kredite müssen nicht abgeschrieben werden. In der »Zeit« wetterte der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt gegen die von USA und IWF vorangetriebene Deregulierung Rußlands: »Die törichten westlichen Ratschläge, eine achtzig Jahre alte, staatseigene Kommando- und Rüstungswirtschaft in einem schnellen Aufwasch auf eine zivile Marktwirtschaft umzustellen, haben mehr Schaden angerichtet als Nutzen gestiftet.« Im krassen Gegensatz dazu forderte Präsident Clinton die Russen bei seinem Staatsbesuch Anfang September dazu auf, unbeirrt mit den Reformen fortzufahren.

Die amerikanisch-russische Abkühlung wird ebenso wie die deutsch-russiche Liaison befördert durch die jüngste Zuspitzung an der islamischen Südflanke der GUS: Um das Übergreifen der Taliban auf Usbekistan und Tadschikistan zu verhindern, verstärkt Rußland seine Militärpräsenz in diesen Staaten, Iran läßt Truppen aufmarschieren und droht den verfeindeten Glaubensbrüdern mit Krieg. Während die USA, Ussama Ibn Ladin zum Trotz, die Taliban unterstützen, weil deren barbarisches Regime himmlischen Frieden rund um die geplanten Erdölpipelines garantiert, sichert Deutschland seine Ölversorgung durch ökonomische Durchdringung der russischen Regionen und bleibt via Möllemann auf Tuchfühlung zu den Teheraner Mullahs.

Daß Bonn das russisch-iranische Bündnis ähnlich unverblümt unterstützen könnte wie Washington die Taliban, ist in der vom Westen beherrschten One World schlichtweg unvorstellbar. Sollte der Weltmarkt aber, wie in den dreißiger Jahren, kollabieren und in weitgehend autarke Wirtschaftsblöcke zerfallen, darf man auf manche Verrücktheit gefaßt sein. Schon ist die Hälfte der Weltwirtschaft in die Rezession abgerutscht, neben Rußland hat auch Malaysia strenge Kapitalverkehrskontrollen angekündigt, und Japans Finanzminister erwägt eine länderübergreifende »Verteidigung gegen spekulative Angriffe«, im Klartext: eine Blockade des freien Kapitalflusses.

Ähnlich sieht es Helmut Schmidt: Gegen die »habgierigen Dealer und Manager, die auf den Finanzmärkten herumtoben«, müsse Deutschland gemeinsam mit Frankreich und Großbritannien Initiativen ergreifen: »Eine solche Initiative wird kaum von den Vereinigten Staaten ausgehen -schließlich sind die USA das Ursprungsland des spekulativen Raubtierkapitalismus.« Zu Schmidts Amtszeit hätte man für einen solchen Satz Berufsverbot bekommen - im nachhinein muß man sagen: zu Recht.

Konkret 10/98, S. 15

Robert Kurz

Der zweite Zusammenbruch

An Rußland hat sich der Kapitalismus überfressen

Eine Haupteigenschaft des Marktmenschen ist seine Vergeßlichkeit. Deshalb zur Erinnerung: Als vor einem knappen Jahrzehnt der Staatssozialismus unter Führung der Sowjetunion im Zuge der Perestrojka, zusammenbrach, wurde sein trostloses Ende als Beweis fUr die Überlegenheit der westlichen Marktwirtschaft genommen. Außer Betracht blieb, daß dieser Zusammenbruch trotz der gesellschaftlichen Formdifferenzen im Rahmen eines gemeinsamen Bezugssystems von Weltmarkt und allgemeinen Ware-Geld-Beziehungen stattgefunden hatte. Statt das Desaster der Sowjetökonomie als Bestandteil einer historischen Krise des gesamten warenproduzierenden Weltsystems und als Anfang vom Ende seiner »Modernisierungsgeschichte« zu begreifen, gab man die Parole von den »Reformen« aus, die unter Ignoranz der realen Bedingungen die »freie Marktwirtschaft« auch in den Staaten der zerbrochenen Sowjetunion etablieren sollten.

Das zu diesem Zweck vom Westen gepäppelte Personal zeigte freilich schon früh den absurden Charakter des ganzen Unternehmens. Der demokratische Hoffnungsträger Jelzin, der schon mal nicht weiß, wo er sich gerade befindet, gibt nicht einmal mehr eine Karikatur auf die asiatische Despotie ab. Die Mafia-Oligarchie, der er präsidiert, ist das einzige erkennbare Produkt der aufstrebenden »jungen Marktwirtschaft«. Jeder »Reform«schritt hat die Ökonomie Rußlands tiefer in den Ruin getrieben. Das Sozialprodukt, das schon zu Gorbatschows Zeiten permanent gesunken war, halbierte sich in der Jelzin-Ära noch einmal. Nachdem der Verlust der Exportmärkte (und damit der Devisen-Einnahmen) wesentlich zum Exitus des Staatssozialismus beigetragen hatte, brachen nun unter dem Ansturm westlicher Waren auch die industriellen und landwirtschaftlichen Binnenmärkte weg. Rußland ist auf den »klassischen« Status eines Landes der dritten Welt herabgesunken: Während hochwertige Konsumgüter und Komponenten der (dramatisch geschrumpften) industriellen Produktion, ja sogar Lebensmittel importiert werden müssen, beschränkt sich der eigene Export im wesentlichen auf Rohstoffe, vor allem Öl und Gas -kontrolliert von dem undurchsichtigen Monopolkonzern Gasprom, der ganz offensichtlich ein verselbständigtes Zentrum mafiotischer Strukturen und ein Staat im Staate geworden ist.

Je mehr Rußland in Chaos und Massenarmut versank, desto hektischer wurde behauptet, die marktwirtschaftlichen Reformen gingen bloß nicht weit genug. Was wir aber tatsächlich seit Anfang der 90er Jahre sehen, ist der Kollaps einer modernen Geldwirtschaft, jetzt nicht mehr bloß in abgekoppelten Regionen Afrikas und Mittelasiens, sondern erstmals in einem großen Industrieland. An die Stelle des reformierten Marktes ist in den meisten Branchen ein primitiver Naturaltausch getreten. Die Arbeiter werden entweder gar nicht mehr oder ebenfalls in naturalen Produkten ihrer Betriebe entlohnt, von Büstenhaltern bis zu Kugellagern, die sie dann auf dem Schwarzmarkt irgendwie loswerden müssen. Während die städtische Bevölkerung sich von importierten Lebensmitteln ernährt, kehrt das flache Land zu Formen einer vormodernen familialen Subsistenzwirtschaft zurück. Der tiefere Grund für diese katastrophale Entwicklung ist kein spezifisch russischer, sonst hätte ja der Systemwechsel wohl einigermaßen funktioniert. Vielmehr ist nach den Standards der dritten industriellen Revolution für eine lawinenartig anwachsende Masse von Unternehmen, Regionen, Ländern und Bevölkerungen keine realwirtschaftliche Rentabilität mehr herzustellen, auch in tausend Jahren nicht. Ob in den Zentren oder an der Peripherie: Das nicht mehr rentabel reinvestierbare Geldkapital strömt überall in den Kredit- und spekulativen Finanzüberbau.

Während aber das Polster der Liquidität im Westen immer noch ziemlich dick ist und vorerst die gesamtgesellschaftliche Reproduktion des Kapitals simulieren kann, gab es im »reformierten« Rußland von Anfang an nur mehr eine brüchige monetäre Fassade vor dem Schutthaufen einer faktisch bereits ruinierten Realökonomie. Der Staat saugte die Ersparnisse der Bevölkerung und einen kleinen Teil der Mafia-Gewinne durch massenhaft ausgegebene Anleihen zu irreal hohen Zinsen ab und verschuldete sich ebenso auf den globalen Finanzmärkten. Gleichzeitig strömte kurzfristiges spekulatives Geldkapital an die Moskauer Börse (1996 stiegen die Kurse um 140 und 1997 noch einmal um 100 Prozent), während die ausländischen Realinvestitionen ebenso lächerlich gering blieben wie die binnenökonomischen. In diesem prekären russischen »Kasinokapitalismus« bildeten sich eine Glitzerschicht von Halbwelt-Parvenüs und eine brutale postmoderne Wildost-Kultur heraus, zuletzt gefüttert von Notkrediten des IWF.

Im Sommer 1998 kam, was kommen mußte: der zweite, diesmal kapitalistisehe Zusammenbruch - realökonomisch längst vollzogen, nun aber auch als Einsturz der Finanzfassade. Rußland mußte sich als zahlungsunfähig bekennen, die Bedienung der Kredite aussetzen und die Stützung des Rubel aufgeben, der sofort in den freien Fall überging. Die Banken wurden ebenso wie die Devisenmärkte geschlossen, die Guthaben der Bevölkerung faktisch enteignet. Das transnationale Geldkapital verzog sich (unter Verlusten von schätzungsweise 50 Milliarden Dollar) über Nacht auf Nimmerwiedersehen, die Börse wurde geschlachtet. Jetzt explodieren die Preise, die westlichen Waren verschwinden aus den Regalen, die Schlangen vor den Geschäften kehren zurück, und die städtische Versorgung verspricht viel gründlicher zusammenzubrechen, als es der Staatssozialismus jemals fertigbrachte.

Die ideologischen Traumtänzer »marktwirtschaftlich-demokratischer« Reformen haben sich endgültig als historische Idioten blamiert. Ebenso kontrafaktisch sind die Beschwörungen von deutschen Bankern und anderen Berufsoptimisten, der russische Zusammenbruch könne »unserer« angeblich gesunden Wirtschaft nichts anhaben. Dabei sollte es doch eher Furcht erregen, daß das Sozialprodukt von 150 Millionen Menschen auf die Größenordnung Hollands geschrumpft ist. Ein atomar gerüstetes Land kann schließlich nicht still verhungern - der politische Rückschlag bedroht das ökonomische Weltsystem. Außerdem ist die realökonomische Folge zumindest für die fast allein in Rußland und den GUS-Staaten konkurrenzfähige ostdeutsche Exportindustrie verheerend (realistische Prognose: Verlust von weiteren 50.000 Arbeitsplätzen).

Vor allem aber haben wir es nicht nur mit einer ansehnlichen unmittelbaren Geldkapitalvernichtung zu tun, sondern mit den Auswirkungen eines globalen Finanzbebens, das, aus dem südostasiatischen Zusammenbruch herrührend, bereits auf Lateinamerika überzugreifen beginnt. Wie der asiatische hat auch der russische Crash die westlichen Börsen nur leicht touchiert; bald begann die noch vorhandene Liquidität, wenn auch zögernd, wieder zu fließen. Wenn aber die Finanzfassade der gesamten »ernerging markets« irreversibel zerbröselt, werden die realökonomischen Folgen den Crash auch der westlichen Finanzmärkte nachhaltig machen. Der Kapitalismus wird dann die hastig einverleibten Regionen des Ex-Staatssozialismus wieder herauswürgen müssen und seine eigenen Eingeweide gleich hinterher.

Der russische Offenbarungseid läßt die fällige deflationäre Weltdepression ein Stück näher rücken. Dagegen gibt es (vorübergehend) nur noch ein einziges verzweifeltes Mittel: die Liquidierung des Monetarismus und die hemmungslose Betätigung der Notenpresse. Rußlands absehbarer Weg in eine hyperinflationäre national-populistische Diktatur zeigt eine mögliche Verlaufsform der Weltkrise an. Ein letzter Tip also an die ntv-verblödeten Kleinanleger: Kauft Gold, wie soeben die Reste der russischen Mittelschicht. Und dann erschießt euch endlich.

Konkret 10/98, S. 16

Karl Pawek

A fonds perdu

Wer als Kleinanleger in den Aktienmarkt einsteigt, kommt darin um. Ein Lehrgang über die Notwendigkeit von Kleinvieh, das Mist macht

Es schien so einfach: Man kauft Aktien, läßt sie mindestens sechs Monate im Depot liegen und verkauft sie mit 20, 40 oder noch besser 100 Prozent steuerfreiem Gewinn. Das ist nicht nur viel einträglicher und sicherer, als einen Diebstahl leerer Koffer und längst verscherbelter Fotoapparate auf Teneriffa zu organisieren, sondern auch gut fürs Selbstwertgefühl. Als Bausparer oder Lebensversicherter beeindruckt man niemanden, als Aktionär dagegen ist man fast schon ganz oben, nur noch ein paar Nullen von Soros, Buffett und Kostolany entfernt. Und während der Nachbar im Flieger nach Miami die »Bildzeitung« zu entziffern sich müht, wirft man lässig einen Blick in den Kursteil der »FAZ«. Sieh an, die Telekom ist schon wieder um 20 Pf gestiegen, bei 200 Stück sind das 40 Mark, das macht doch Spaß, hat Stil -»noch einen Piccolo, please« - und zeugt sogar von Kultur.

Denn seit dem Börsengang der Telekom gehört die Förderung der »Aktienkultur« zu den ehrgeizigsten weil einträglichsten Vorhaben der Medien- und Finanzwirtschaft. Ehemalige Kleinstgruppensender wie ntv finden als Wirtschaftssender ein 3,5-Millionen-Publikum; die Konkurrenz (Börsenprogramme von NBC, CNN, Bloomberg) drängt sich in die Kabelnetze; Börsendienste, die bis vor kurzem nur wenige hundert Exemplare verkaufen konnten, gehen in den Kioskvertrieb; innerhalb weniger Monate verdoppelten Börsenzeitschriften ihre Auflagen, allen voran Gruner+Jahrs »Börse Online«, was den Axel-Springer-Verlag auf die originelle Idee brachte, mit »Euro am Sonntag« ab Mitte Oktober eine nun wirklich innovative Finanzzeitung zu starten, deren Tips und Analysen »der Anleger am Sonntag (Börsenruhetag!) studieren kann«.

Aber auch die Publikumszeitschriften legen sich mächtig ins Zeug mit Tips und Prognosen für Kleinanleger und Aufklärung über das Börsengeschehen. »Was tun beim Crash?«, fragt der »Stern« am 20.8.98 und empfiehlt Pessimisten, ihre Lieblingsaktien zu halten und die Luschen zu verkaufen, Optimisten dagegen sollten ihre Lieblingsaktien nachkaufen und in die Märkte mit den größten Verlusten neu einsteigen. Diesem Wirtschaftsjournalismus wäre allein durch die Einführung einer Produkthaftung beizukommen, doch die meisten Leser und Zuschauer wollen ihn gar nicht anders. Zuversicht ist gefragt, jede Empfehlung, jede Beteuerung, es werde schon alles gut gehen, greift der verführte Kleinaktionär dankbar auf Skepsis, gar Warnungen dagegen straft er mit geschäftsschädigender Nichtbeachtung. Besonnene, verantwortungsbewußte Analysten und Kommentatoren, die in der Endphase einer Hausse vor der bevorstehenden Baisse warnen, werden in Leserbriefen und Telefonanrufen beschimpft, sie würden »den Markt herunterreden«, als wären sie und nicht Marktgesetze sowie massenpsychologische Erscheinungen für Kursrückgänge verantwortlich. In der Beschwörung einer ewig haussierenden Börsenwelt offenbart sich die Irrationalität des Kleinaktionärs.

Älter noch als der durch die Telekom und heftige Medienunterstützung ausgelöste Kaufrausch der Kleinaktionäre sind die Börsenspiele der Banken und Sparkassen, mit denen Schülern im Unterricht – das nennt sich dann Sozialkunde - angeblich ein Einblick in das Wirtschafts-, besonders in das Börsengeschehen vermittelt werden soll. In Wirklichkeit wird mit solchen Spielen nur Kundenfang betrieben, sollen künftige Einkommensbezieher zum Aktienhandel motiviert werden. Der Trick ist simpel: Man muß nur einer genügend großen Zahl von Mitspielern virtuelles Geld zur Verfügung stellen, mit dem sie, da es schließlich nichts kostet, spekulieren können. Einige Spielergruppen werden dann schon beeindruckende Ergebnisse erzielen, ihren Depotwert um 50 oder 100 Prozent steigern. Die fiktiven Gewinne suggerieren der verlustgeplagten Mehrheit der Mitspieler, daß es doch geht, daß jeder an der Börse sein Glück machen kann. (Veröffentlicht werden nur die Spitzenwerte und vielleicht noch zur Belustigung aller das schlechteste Ergebnis, nicht jedoch die desillusionierenden Durchschnittsergebnisse: außer Spesen nichts gewesen.)

Inzwischen entdeckten auch Börsenmagazine, Wirtschaftszeitschriften und Fernsehsender das Börsenspiel als Werbeträger. Obwohl auch hier mit fiktivem Geld gespielt wurde, gab es doch richtig etwas zu gewinnen, bis zu 100.000 Mark am Schluß, immerhin noch Tausende Mark für Wochensieger. Den Spaß verdorben haben freilich ein paar Profizocker, die über drei hinaus zählen können und daher regelmäßig gewannen. Entweder richteten sie Dutzende unterschiedlich strukturierte Depots ein, spielten Dutzende Strategien für alle denkbaren Fälle und gewannen daher mindestens einmal, oder sie führten ihre Depots bewußt in den Keller, um dann von einer niedrigen Ausgangsbasis aus den prozentual höchsten Gewinnzuwachs innerhalb einer Woche zu erreichen, wobei auch noch nachgeholfen wurde durch die schon mit geringem Einsatz echten Geldes leicht manipulierbaren (und von einigen Banken im Börsenhandel auch auf ähnliche Weise manipulierten) Optionsscheinkurse: Der Spieler investiert sein fiktives Vermögen in fast schon wertlos gewordene Optionsscheine und bittet Freund A., 5.000 solcher Optionen zum Stückpreis von z. B. 3 Pf. = 150 Mark zu kaufen. Am Abrechnungstag des Spiels stellt A. seine Optionen mit einer Mindestforderung (Limit) von 30 Pf. an der Börse zum Verkauf, Freund B. bietet 30 Pf. = 1.500 Mark, das Geschäft kommt als einziges in diesem Schein zustande und legt den

Abrechnungskurs für das Börsenspiel auf 30 Pf. fest. Der Spieler gewinnt und kassiert ein Vielfaches der Auslagen von 1.350 Mark.

Sogar ohne Geldgewinne scheinen Börsenspiele für viele Möchtegernaktionäre so interessant, daß sie für teures Geld auf CD-ROM angeboten werden (z. B. »Wall Street Trader 98 – Börsenfieber« von Virgin Interactiv für rund 100 Mark). Diese Börsenspielleidenschaft brachte Boris Gröndahl und andere auf die Idee, die Bundestagswahl zum Börsenspiel im Internet zu machen (»Wahlstreet«). Jeder Mitspieler kann für maximal 10 Mark Aktien der Parteien kaufen und verkaufen zu Kursen, die den vermuteten prozentualen Anteilen am Wahlergebnis entsprechen. Der demoskopisch nicht uninteressante und in den USA seit Jahren genutzte Sinn der Sache ist es, die Rationalität des Marktes zur Prognostizierung irrational scheinender Entscheidungen (z. B. Wahlen) zu nutzen. Man könnte darüber ins Grübeln kommen und der Reduzierung der Bundestagswahl auf ein Börsenspiel sogar einiges abgewinnen, wären die Finanzkonzerne nicht viel radikaler als die »Wahlstreet«-Initiatoren. Denn selbstverständlich gibt es an der Börse richtige Optionsscheine zu kaufen auf das Ergebnis der Bundestagswahl, und das ohne Limitierung des Einsatzes. 5,20 Mark betrug der anfängliche Verkaufspreis der Calls und Puts auf den Dax-Stand am Montagmorgen nach der Bundestagswahl. Wer glaubt, daß der Dax am Montag höher stehen wird als am vorangegangenen Freitag, kauft Calls. Behält er Recht, wird ihm jeder Call mit 10 Mark vergütet, fällt der Dax, verfällt auch die Option (umgekehrt bei Puts).

Die einfache Konstruktion dieses Optionsscheines enthüllt nicht nur den Wettcharakter von Börsengeschäften, sie kann auch Laien verdeutlichen, wer wirklich an der Börse verdient: Da die Calls und Puts rund einen Monat vor der Wahl aufgelegt wurden und sofort bezahlt werden mußten, erhielt der Emittent zinsloses Kapital, das er nach der Wahl nicht einmal vollständig zurückzahlen muß. Und weil er die gleiche Anzahl von Calls und Puts verkauft, kann er die Gewinner aus den Einlagen der Verlierer bezahlen. Wenn nun die Einnahmen je Option 5,20 Mark, die Zuzahlung bei der Hälfte aller Scheine aber nur 4,80 Mark beträgt, bleiben ihm unabhängig vom Wahlergebnis je verkauften Call (oder Put, jedenfalls bei der Hälfte aller Scheine) 40 Pfennig übrig. Bei je einer Million Calls und Puts (die tatsächlichen Absatzzahlen dürften höher liegen) bedeutet dies ein zinsloses Darlehen über einen Monat in Höhe von 10,4 Millionen Mark zuzüglich eines Schlußgewinnes von 400.000 Mark - ohne Kapitaleinsatz, sieht man von geringen Werbekosten ab. Berücksichtigt man nun noch, daß diese Optionen ständig gehandelt werden und jeder Kauf und Verkauf den Banken 1 Prozent des Umsatzes an Transaktionsgebühren einbringt, erhält die Gesamtheit der glücklichen Gewinner rund 1 Million Mark weniger zurück, als die Gesamtheit der Käufer bezahlen mußte. Bedenkt man zudem, daß die Einnahmen der Gewinner in die sechsmonatige Spekulationsfrist fallen und (theoretisch) versteuert werden müssen, ist jede Klassenlotterie reeller, vom Roulettespiel gar nicht erst zu reden. Die albanischen und russischen Kapitalhaie jedenfalls müssen noch lernen, daß die moderate, dafür ständige Umverteilung des Geldes á la longue sehr viel einträglicher ist als der gierige Griff nach dem Vorhandenen.

Die Brutalität des Marktes ist beeindruckend. Daher erweist sich auch in Deutschland, was anfangs nach einträglichem Volkswandern in die »Aktienkultur« aussah, als Hürdenlauf, bei dem viele straucheln und einige auf die Nase fallen. Denn mit Investitionen, unternehmerischem Handeln oder auch nur wirtschaftlichem Kalkül hat ein Aktienboom wenig zu tun. Wer eine Aktie kauft, geht - wie bei den Optionen -in der Regel nur eine Wette ein auf künftige Kurse, vertraut also darauf, daß er jemanden finden wird, der für die Aktie mehr bezahlt, als sie kostete. Aus diesem Handel fließt der Aktiengesellschaft kein Kapital zu, wie überhaupt die Höhe eines Aktienkurses für ein Unternehmen nur bedeutsam ist im Fall einer Kapitalerhöhung: Je höher der Kurs, desto größer ist die Differenz zwischen dem die Kapitalerhöhung ausmachenden Nennwertbetrag und dem zusätzlichen Erlös aus dem Marktwert. Aber auch bei Kapitalerhöhungen und Neu-Emissionen tritt der Zeichner neuer Aktien seltener als Investor denn als schlichter Käufer auf, fließt doch das eingezahlte Kapital häufig nicht oder nur zu einem geringen Teil in das Vermögen eines Unternehmens - meist landet es in den Taschen seiner Alteigentümer. Vollends pervers wird dieser Vorgang bei Privatisierungen wie der Telekom. Hier haben die deutschen Erstzeichner 1996 nur gekauft, was ihnen als steuerfinanziertes Staatsunternehmen anteilig schon gehörte. Der Trick bei Privatisierungen besteht in der Enteignung eines Gemeingutes zwecks anschließenden Verkaufs an die Enteigneten, um mit dem Erlös Etatlöcher zu stopfen.

Trotzdem war es sinnvoll, die Aktien der im internationalen Vergleich überteuerten und wenig profitablen Telekom, zu kaufen, denn langfristig wächst der Wert von Sachanlagen zumindest in dem Maße, in dem der Wert des Geldes abnimmt. Während deutsche Sparer durch Inflation, Währungskrisen und verlorene Kriege ihr Erspartes in diesem Jahrhundert wiederholt eingebüßt haben, steigerten Sachwerte fast kontinuierlich das Vermögen ihrer Besitzer. Eine Geldanlage in Aktien ist, wie unzählige Analysen beweisen, auf die Dauer profitabler als der Kauf von Anleihen, selbst wenn das Aktien-Engagement zum ungünstigsten Zeitpunkt (z. B. bei Höchstkursen) eingegangen wurde. Die Voraussetzung dieser einzigen wirklich sicheren Anlagestrategie ist freilich Reichtum, ist der Besitz von Geld, das man nicht braucht.

Kleinaktionäre wie Yuppie-Kapitalisten dagegen suchen das schnelle Geld. Da ihnen die Wirtschaft, wie so vieles im Leben, ein Rätsel ist, laufen sie Trends hinterher. Oftmals wissen sie nicht einmal, was das Unternehmen, dessen Anteile sie kaufen, betreibt, wo es angesiedelt ist, wie sein Name ausgesprochen wird, Hauptsache, die Branche ist gerade »in«. So genügte es lange Zeit, daß eine Aktie irgend etwas mit dem Internet zu tun hatte, um fast jeden Preis für sie zu realisieren, auch wenn das Unternehmen mehr Verluste macht als Umsatz. Vor allem der »Neue Markt« wurde zum Zockerparadies.

Jede Neu-Emission von Aktien, soweit sie nicht von einem grundsoliden, also langweiligen Unternehmen stammten, war zigfach überzeichnet, eine Kursverdoppelung binnen Wochenfrist nicht außergewöhnlich. Unternehmen, die jahrelang an der Börse fast unbeachtet geblieben waren, verdoppelten allein durch die Ankündigung, in den »Neuen Markt« wechseln zu wollen, ihren Marktwert.

Kleinaktionäre ähneln einer Herde von Schafen (und werden in der TV-Werbung für Adig-Fonds auch ganz ungeniert als solche dargestellt), sie brauchen den Hirten oder zumindest einen Leithammel. Börsengurus, deren Empfehlungsblättchen jahrelang nur vermögenden Eingeweihten bekannt waren, wurden zu TV-Stars. Der kurstreibende Einfluß ihrer Empfehlungen überraschte sie selbst, so daß sie sich schließlich gezwungen sahen, ihr Publikum zu bitten, die empfohlenen Aktien nicht gleich am nächsten Tag und keinesfalls ohne Limit zu kaufen. Der Verdacht allerdings, sie selbst oder ihre Schwiegermütter hätten die nach der Empfehlung so begehrten Aktien schon ein paar Tage vorher gekauft, konnte bisher in keinem Fall erhärtet werden. Schlauer als ein ehemaliger IG-Metall-Vorsitzender sind die Jungs allemal.

Das wirklich große und sichere Geschäft aber machen auch hierbei die Banken, indem sie ihren Kunden z. T. jährlich über 1.000 Kauf-, Halte- und Verkaufsempfehlungen geben, deren einziger Sinn darin besteht, den Aktienumsatz und damit die Gebühreneinnahmen zu steigern. Im übrigen sind die Empfehlungen bestenfalls wertlos, gewöhnlich falsch. Eine sehr aufwendige Untersuchung aller Anlage-Empfehlungen von einundzwanzig deutschen Banken über einen Zeitraum von drei Jahren ergab: Wer den Empfehlungen der hochgelobten Research-Abteilungen folgte, machte weniger Gewinn als jemand, der sich einfach die dreißig Dax-Werte (gewichtet wie im Dax) gekauft hat. (Gleiches gilt für fast alle Fonds, die das Vermögen ihrer Kunden freilich dadurch noch mehr schmälern, daß sie bis zu sechs Prozent der Anlagesumme als Provision kassieren.)

Trotzdem folgen die ahnungs- und hilflosen Kleinaktionäre diesen Empfehlungen blind und ermöglichen den Banken Extraprofite weit über die Gebühreneinnahmen hinaus. Denn selbstverständlich ist es kein Insidergeschäft, wenn die Research-Abteilung einer Bank der Abteilung für Eigenhandel mitteilt, welche Aktien sie demnächst zu empfehlen oder zu verwerfen gedenkt, damit diese rechtzeitig disponieren kann. Da die Empfehlungen der großen Institute kursbewegend sind, lassen sich im Eigenhandel oft innerhalb weniger Stunden ansehnliche Gewinne machen.

Der Kleinaktionär dagegen kommt meistens zu spät, das ist sein Schicksal, aber auch sein Zweck. Endlich überwältigt von der medial genährten Börsen-Euphorie, kauft er, wenn die Profis ans Verkaufen denken. Denn sie wissen: Jede Euphorie ist nur der Vorbote einer Krise. Die aktuelle reicht weit zurück und begann in Japan. Zwischen 1984 und 1989 hatte sich der japanische Aktienindex Nikkei 225 verdreifacht, die Immobilienpreise erreichten astronomische Höhen. Schnabl/Starbatty errechneten, daß 1989 der Wert aller Immobilien in Tokio und seinen drei Nachbarpräfekturen den Wert der gesamten amerikanischen Landfläche zuzüglich des Wertes aller an der Wall Street notierten Unternehmen überstieg. Schließlich war der Punkt erreicht, an dem niemand mehr die exorbitanten Preise für Sachwerte zahlen wollte oder konnte, die Spekulationsblase platzte, Nikkei und Immobilienpreise verfielen - das Kapital suchte neue hausseverdächtige Wirtschaftsräume und fand sie in Südostasien, solange trotz des exzessiven, inflationären Wachstums die Währungen dieser Staaten stabil blieben, bis 1997 also. Angefangen mit Thailand - und demnächst vorläufig endend in Hongkong und China - mußten immer mehr lahmende Tiger die Dollarbindung aufgeben, ihre Währungen bis zu 80 Prozent abwerten, die Krise kehrte nach Japan, dem größten Gläubiger der Region, zurück, bremste alsbald das Wirtschaftswachstum weltweit, die Rohstoffpreise verfielen, marode, vom Rohstoffexport abhängige Wirtschaften wie die Rußlands kollabierten, Südamerika droht ähnliches.

Diese Entwicklung war absehbar, aber fast niemand im Westen, wo mit dem Ende der Geschichte auch das Ende jeder Veränderung erreicht sein sollte, wollte sie sehen, im Gegenteil, Euphorie wurde geschürt, die beste aller Börsenwelten schien angebrochen. Wofür der Nikkei noch fünf Jahre gebraucht hat (Verdreifachung des Indexstandes) leistete der Dow in vier, der Dax in dreieinhalb Jahren. In-Aktien wie die des Softwareunternehmens SAP verzwölffachten gar ihren Kurs, in der Marktkapitalisierung (dem Unternehmenswert an der Börse) überholte SAP Konzerne wie Siemens oder VW

Wer in solch einer Euphoriephase Aktien kauft, muß wissen, was er tut und sich leisten kann. Aktienbesitzer mit Geduld und Geld können auch Kurseinbrüche um 50 oder gar 80 Prozent verkraften, sie müssen nur abwarten. Kleinaktionären und Fondssparern aber nutzt der Rat wenig. Sie spekulieren auf den schnellen Gewinn, weil sie das Geld spätestens im Alter brauchen, wenn die Rente kaum noch für die Miete oder Hypothekenzinsen reicht. Wenn viele Kleinaktionäre wieder einmal den Ausstieg verpaßt haben (wie sie den nächsten Einstieg verpassen werden), erfüllen sie freilich nur ihren Zweck: Großanleger, die eben doch mehr als nur ein paar Nullen von Kleinaktionären trennt, brauchen sie, um das Letzte aus einer Kursentwicklung herauszuholen - um noch Käufer zu finden bei Höchstkursen. Wenn aber diese Kleinspekulanten ihr Geld verloren haben, werden sie wieder gegen die Großspekulanten wettern, freilich nicht gegen die anonymen in Banken, Industriekonzernen und Regierungen, sondern gegen die klügsten und mutigsten, die auf eigene Rechnung arbeiten, sich keinen nationalen oder gar völkischen Interessen unterordnen und sich nur nehmen, was der Kapitalismus bietet. Verglichen mit den politischen Folgen der laufenden Baisse wird sich die Kapitalvernichtung von ein paar Billionen Mark

(ein Prozent Kursrückgang weltweit läßt ca. 300 Milliarden DM verschwinden) noch als harmlos erweisen.

Konkret 10/98, S. 20

Jens-Uwe Richter, Gunnar Schubert

Junge Freiheit statt Sozialismus

Zur Frage der nationalen Frage im »Neuen Deutschland«

In einer Wochenzeitung hat die PDS-Bundestagskandidatin Angela Marquardt die Kündigung ihres »Neues Deutschland«-Abonnements bekanntgegeben. Als Trennungsgrund benannte sie das Erscheinen eines bestellten Artikels des »wir selbst«- und »Junge Freiheit«Mitarbeiters Roland Wehl zum Thema »Wie national muß die Linke sein?«. Daß die Linke national sein muß, ist für das »ND« noch nie die Frage gewesen, lediglich das Wie. So spricht man in diesen Kreisen gern von einem gesunden Nationalgefühl, welches im Gegensatz zum übersteigerten Nationalismus stehe. Mit dem Kündigungsschreiben wird daher der irrige, zumindest aber verharmlosende Eindruck erweckt, Wehls Autorenschaft sei lediglich das Resultat einer Entwicklung innerhalb der Redaktion, die seit ein, zwei Jahren vonstatten gehe. Die Entwicklung des »ND« zum linken Deutschland-Magazin begann nicht, wie Marquardt suggeriert, vor kurzem. Sie begann nicht im April 1996, als zum ersten Mal seit Jahrzehnten wieder ein retuschiertes Foto erschien, auf welchem der Namenszug der »jungen Welt« unleserlich gemacht worden war. Gleichfalls nicht der Beginn der Entwicklung war im Sommer 1990 eine Buchempfehlung: »Breitgefächert ist das Editionsprogramm vom Ullstein Verlag Westberlin... ein Überlick über die deutsche Nachkriegsgeschichte (Hellmut Diwald: *Deutschland einig Vaterland».* Und auch Claus Dümde steht nicht am Anfang, als er, anläßlich der Ankündigung von UdSSR und Frankreich, die Truppen aus DDR und BRD abzuziehen, mit dem Kommentar »Wann gehen die Amis und Tommies?« nationales Selbstbewußtsein demonstrierte: »... Washington und London... ob sie gehen oder bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag ihr martialisches Kriegsgerät in deutschen Landen auf Straßen, Feldern und in Wäldern, über unseren Köpfen manövrieren wollen. Mit Höllenlärm und Milliardenkosten. Die wir berappen müssen.« Dafür, »daß die Tommies der >Eisernen Lady< bleiben, gibt es keinen plausiblen Grund. Höchstens den, daß die IRA auch in Deutschland >Befreiungskrieg< üben kann. Halten wir uns an Mitterands Logik! Und fragen: Wann gehen Amis und Tommies? ... Geht, meinetwegen mit Gott, aber geht. «

Offen brach dieser Kurs, ein Konglomerat aus kollektivem Opferwahn, Nationalreligiösem sowie aggressiver Volks- und Heimattümelei, sich Bahn, als Revanchistenverbände wenige Wochen nach der Grenzöffnung über ein Deutsches Reich in den Grenzen von 1937 sinnierten. Gänzlich instinktlos hieß es dazu im »ND«, »daß dieses Reich ... schon in den Verbrennungsöfen von Auschwitz, Treblinka und Maidanek verheizt wurde«.

All das sind keine Einzelfälle, sie beginnen auch nicht erst 1989/90. Aber mit den 89er Herbststürmen, dem Aufkommen von Reformerwahn und dessen Ausbreitung, befreit von ZK und Zensor, erhielt alles eine andere Qualität. Wenige Blicke in das zur sozialistischen Tageszeitung transformierte Zentralorgan zeigen, daß es einen Neubeginn nie gegeben hat. Der oft beschworene Bruch mit dem Elend der Zeitung mag bei Banalitäten stattgefunden haben; bei Themen wie Linke oder Antifaschismus greift man gern auf Bewährtes zurück.

Zehn Jahre nach dem Höhepunkt der Friedensbewegung erscheint im Ullstein Verlag Alfred Mechtersheimers *Friedensmacht Deutschland - Plädoyer für einen neuen Patriotismus.* Der »nationale Pazifist« plädiert für Deutschland, Österreich und Schweiz als ein »deutsches Kerneuropa«, wobei es Deutschland zu »entamerikanisieren« gelte. Nationale Erweckungsprosa gegen »gewaltsamen Multikulturalismus« und für die »Stammesgemeinschaft« als einer »Urkraft des Politischen«, eine »Bastion gegen zivilisatorische Verflachung«. - »Selbst wenn der deutsche Nationalstaat aus anderen Gründen antiquiert sein sollte, allein zur Harmonisierung der ethnischen Vielfalt müßte er wiedererfunden werden.« Nur so ließe sich der Frieden bewahren, denn »multilculturelle Vielfalt (ist) latenter Konflikt«, der in der Geschichte bereits eskalierte: »In gewissem Sinne sind Wokuta und Auschwitz Exzesse multikultureller Gewalt.«

»Die deutsche Scham,« so der Peace-Soldat, »über das nationalsozialistische Deutschland darf nicht endlos ausgebeutet werden.« Und die Bundesregierung habe der Ausbeutung des deutschen Schamgefühls Vorschub geleistet, als sie dem »erheblichen Druck« von seiten des Zentralrates der Juden und der Jewish Claims Conference nachgab, damit »Rückgabe oder Entschädigung des nach 1933 arisierten und nach 1945 enteignet gebliebenen jüdischen Vermögens in ihrem Sinne geregelt werde«.

Der »ND«-Chefredakteur referierte das Pamphlet unter der Überschrift »Wann ist national normal?«: »... Mechtersheimers rationaler Pazifismus«, meint Oschmann, »der für ihn zugleich ein nationaler Pazifismus ist, (könnte) Denkanstöße geben.« Nicht Rasse- bzw. Ethno-Wahn des Friedensforschers seien das Problem, sondern »die Gefahr gewollter Mißverständnisse« statt der »Möglichkeit sachlicher Verständigung«.

Verständigung kann Oschmann auch erzielen, wenn er Mechtersheimer zitiert: »In ihrem anormalen Verhältnis zum eigenen Volk und Staat unterscheiden sich diejenigen, die Deutschland verdammen, nicht grundsätzlich von den gewalttätigen Neo-Nazis. Deutschlandfeindlichkeit und Ausländerfeindlichkeit sind verschiedene Symptome desselben Defekts, nämlich der gestörten nationalen Identität.« Diesen medizinischen Befund des Nationalpazifisten wollte der

Rezensent nicht mißverstehen, obwohl ihm die Direktheit noch nicht angebracht schien: »Das ist starker Tobak für jeden rechten Linken, kann aber sachliche Auseinandersetzung mit Mechtersheimer kaum ersetzen.«

Inhaltlich anschließen konnte das »ND« im Mai 1996 mit der Veröffentlichung und Begleitung des »Briefes aus Sachsen« von Christine Ostrowski und Ronald Weckesser. Sowohl die Plazierung des Schreibens, die einleitenden Zeilen von Marcel Braumann sowie Oschmanns einfühlsame Kommentierung waren, so hieß es seinerzeit im Hause »ND«, zwischen dem Autorengespann und der Zeitungsführung abgesprochen. Der Inhalt war ein Sammelsurium aus der Welt des ressentimentgeladenen Spießbürgers.

Die Genehmigungszahl für Einwanderer sei an »der Endlichkeit jeder menschlichen Gesellschaft« zu messen, da »Wohnraum, Arbeitsplätze und Versorgungseinrichtungen nicht unbegrenzt« vermehrbar seien. Als weitere Voraussetzung für den Frieden im Innern, forderten die beiden Funktionäre schärfste Abgrenzung der PDS nach links, zu Leuten mit »pseudo-revolutionäre(n) Aufwallung(en)». Gleichzeitig sollten die sozialen Kämpfe eingestellt werden zugunsten des Aufgehens der Einzelnen in der nationalen Gemeinschaft bzw. dem regionalen Kollektiv. Es bedürfe des »Gegenteil(s) von >Klassenkampf<, nämlich Ideen, wie Mieter und Vermieter, die neuen Ostunternehmer und ihre Beschäftigten, Alte und Junge gemeinsame Sache machen, gemeinsam leben können«.

Ähnlich hatte Oschmann sechs Jahre zuvor unter der schönen Überschrift »Ideen-Blüte« fabuliert. »Es ist ein Zeichen dafür, daß neben so viel begründeter Verunsicherung, Ängsten und Orientierungsverlust auch Phantasie, Aufbruchswille und Entschlossenheit existieren. Eigenschaften, die man schon deshalb nicht übersehen sollte, weil soziale Marktwirtschaft nicht nur rhetorisch begrüßt, sondern vor allem praktisch gestaltet werden muß. Tips, wie's (weiter)gehen könnte und konkrete Geh-Versuche, kein Verharren im Lamento, daß alles unklar, unruhig und unsicher sei - das wird erwartet.«

Allerdings wollten nicht alle Leser dem Duo auf ihrem sächsischen Sonderweg zum Sozialismus folgen, nach dem alles gut werde, »wenn die PDS in der Mitte der ostdeutschen Gesellschaft angekommen«, eine Volkspartei »nach dem strategischen Vorbild der CSU« sei. Ablehnende Schreiben - von »hysterischen Reaktionen der faxbewachsenen Basis« tönte der Redakteur Helfried Liebsch - wurden im »ND« teilweise so verstümmelt, daß die Autoren sie kaum wiedererkannten.

Die Situation spitzte sich derart zu, daß man seitens des »ND« für den 23. Mai eine Podiumsdiskussion u. a. mit Ostrowski und Marquardt unter der Leitung von Liebsch anberaumte. Erschienen war auch der »Junge Freiheit«-Autor Roland Wehl, der kurz vorher in seiner Zeitung und auf einem Flugblatt (»Für einen neuen Regionalismus! Für eine selbstbewußte PDS!«) die Positionen der beiden Erfinder der akzeptierenden Kommunalpolitik nachdrücklich unterstützt hatte. Die anwesenden Jungen GenossInnen verlangten von Oschmann, er solle sein Hausrecht wahrnehmen, indem er Wehl des Saales verweist. Das Ansinnen wurde abgelehnt, Wehl ging von sich aus. Doch auch die Jungen GenossInnen wollten, nachdem sie u. a. durch den »ND«-Mitarbeiter Walther Grenzebach in eine Rangelei verstrickt worden waren, mit der Veranstaltung nichts mehr zu tun haben und gingen. Das brachte Claus Dümde auf die Idee, daß sich die Extreme von links und rechts gegenseitig hochschaukeln, gleichwohl sie ideologische Zwillinge sind. Für die Berlin-Beilage formulierte er die Idee, die er mit »Marquardt verließ mit rechtsextremem Redakteur >ND-Club<« betitelte: »Da ein von Jungen GenossInnen geouteter Redakteur der >Jungen Freiheit(nicht rausgeworfen wurde, machten die Radau und verließen zusammen mit PDS-Vize Angela Marquardt das Haus - mit dem Rechtsextremen.« Ostrowski hatte ihrer Diskussionspartnerin auf dem Podium zugeraunt: »Da sieht man, wer hier randaliert, nämlich eure Leute, nicht die Rechten.«

»Die Fremdenlegion startet in die neue Saison«, hieß es im September 1997 auf der Sportseite. Nach der Zwischenüberschrift »Ausländerflut grenzenlos«, erzählte Jürgen Holz, daß die Berliner Eishockeymannschaft Eisbären »mit einem Kaderkreis von 26 Spielern ..., darunter 20 Ausländer aus sechs Ländern«, in die neue Saison der Deutschen Eishockey-Liga gehen muß. Doch nicht nur in diesem Team gibt es »das Problem mit der Flut an Fremdenlegionären ... In den 16 DEL-Vereinen mit bislang 365 gemeldeten Spielern haben 247 Puckjäger einen ausländischen Paß - fast 70 Prozent. Von den 165 Neuverpflichtungen kommen 139 (82,7 Prozent) nicht aus deutschen Landen. Hier hat sich der Ausländeranteil gegenüber dem Vorjahr sogar verdoppelt!... Das deutsche Eishockey liegt also fest in ausländischen Händen!« Mehr deutsche Spieler scheinen dringend geboten, so Holz, da der Ausländer vom Verhalten her als nur schwer erträglich gelten kann. »Die Eisbären ... glauben auch, zwei alte Schwachpunkte überwunden zu haben: das undisziplinierte Verhalten auf dem Eis, was zu enorm vielen Strafminuten führte, und das Überzahlspiel.« Rettung ist aber auch anderweitig in Sicht, z. B. bei den Berlin Capitals. »Der Capitals-Coach hält allerdings die Ausländerflut für >eine Katastrophe< und hat reagiert: >Wir haben zwölf Deutsche im Team, so viele wie kein anderer Verein. Diesen Weg werden wir fortsetzen.«<

Die Empörung über derlei rassereinen Dreck war seinerzeit zwar groß, doch könne dies, glaubten viele, nur ein einmaliger Ausrutscher, ein eindeutiger, aber eben einmaliger sein. Ein Gang ins Archiv belehrt auch hier eines anderen. Im Januar 1990 wird »von unserem Berichterstatter Jürgen Holz« mit »Der Ruf der Basis >DTSB erwache!< verhallte nicht« die Empörung der Massen beschrieben. »>DTSB erwache!< -dieser Ruf erklang am Sonnabendvormittag in der DTSB-Sportschule in Kienbaum wiederholt«, leitet Holz seinen verständnisvollen Artikel über die Forderungen nach

Sportmöglichkeiten »für ein interessantes traditionsverbundenes Gemeinschaftsleben, für Leistungsstreben auf allen Ebenen« ein.

Die Boy-Band mit Jens-Uwe Richter & Gunnar Schubert tourt z.Z. im Niederschlesischen Oberlausitzkreis

Konkret 10/98, S. 21

Peter Hacks

Jetztzeit

GEBRECHLICHER VIELVÖLKERSTAAT

Gebrechlicher Vielvölkerstaat,
Deutschland, wie soll das enden?
Zwei Welten, die in Rat und Tat
Sich nimmermehr verständen,

Gepreßt in eine Zwangsunion
Von Rußlands dummem Bären,
Die Ostnation, die Westnation,
Wie wenn sie eine wären.

Die Ostnation, die Westnation
Ersticken in einem Reiche.
Man spricht die gleiche Sprache schon,
Doch denkt man nicht das gleiche.

Es überbrückt solch tiefen Riß
Kein Leimen und kein Kleben,
Nur Wut erwächst und Bitternis
Aus dem Zusammenleben.

Entlasse, Deutschland, so mein Schluß,
Die trüben Existenzen
Vom Rheinstrom und vom Isarfluß
Aus deinen engen Grenzen.

0 laß sie atmen, laß sie gehn.
Wir wollen ihnen gönnen,
Daß wir, wenn wir sie nicht mehr sehn,
Sie wieder mögen können.

Die Selbstbestimmung war ein Ziel,
Ein schwer errungenes.
Zwei heile Länder sind besser
Als ein gesprungenes.

Konkret 10/98, S. 22

Jutta Ditfurth

Ausstieg aus dem Ausstieg

Wie die Grünen von einer Antiatom-Partei zu Befürwortern eines »modernen« Atomprogramms wurden

Mit heiserer Stimme kräht er, im August 1998, im Berliner Wahlkampfzelt, daß er es wieder so machen würde wie damals in Hessen: Allein gegen die Atommafia. Joseph Fischer, der es nötig hat, seine Biographie zu fälschen, weil er Minister werden will, lügt mal wieder. Er ist in der Klemme. Den grünen Wählerinnen und Wählern muß er verkaufen, seine Partei sei die, die der Atomenergie den Garaus machen wird. Einen gewissen Herrn Schröder aber (und die Firma Siemens, das US-Außenministerium usw.) muß Fischer überzeugen, daß er mit allen Fasern seines Wesens und seiner neuen Anzüge in den herrschenden Block der bürgerlichen Gesellschaft konvertiert ist.

Fischer, der nachträglich immer an sämtlichen Bauzäunen gerüttelt haben will, schwärmte 1978 für die islamisch-fundamentalistische Massenerhebung im Iran unter einem gewissen Herrn Khomeini. Zur Atomenergie sagte er im gleichen Jahr: »Seien wir doch einmal ehrlich: Wer von uns interessiert sich denn für die Wassernotstände im Vogelsberg, für Stadtautobahnen in Frankfurt, für Atomkraftwerke irgendwo, weil er sich persönlich betroffen fühlt?« Das war seine letzte aufrichtige Aussage zum Thema. Als Fischer und seine Gang Anfang der achtziger Jahre beschlossen, das grüne Projekt zu übernehmen, standen ihnen Personen, Strukturen und inhaltliche Positionen im Weg. Als vorletzte räumten sie den Antimilitarismus beiseite. Die letzte Position, die preisgegeben werden soll, ist die alte und korrekte Bewegungsforderung: Sofortige Stillegung aller Atomanlagen.

Die Grünen waren einmal die einzige Partei gegen die Atomenergie. Ihre Gründung am 13. Januar 1980 endete mit dem Ruf »Weg mit dem Atomprogramm!« Bei allen sonstigen politischen Konflikten in diesem Bündnis: Dies war der Gründungskonsens. 1987 stand im Bundestagswahlprogramm, »die Stillegung aller Atomkraftwerke ist bereits im Sofortprogramm zu verwirklichen«. 1989 forderten die Grünen im Kurzprogramm zur Europawahl »den sofortigen Atomausstieg in ganz Europa und auch anderswo«. Noch 1994 war es nötig, die Wähler über diese Kernfrage früherer grüner Identität zu täuschen: »Die Stillegung aller deutschen Atomkraftwerke innerhalb von höchstens ein bis zwei Jahren ist rechtlich möglich, technisch umsetzbar und wirtschaftlich verkraftbar.« In diesem Bundestagswahlkampf ist nun alles anders.

1982 wollten die hessischen Grünen in ihrem Wahlprogramm mit einem Bündel von Einzelforderungen den sofortigen Abschied von der Atomenergie. Der hessische Wirtschaftsminister Steger kündigte im November 1984 die Genehmigung für den Neubau der Atomanlage Nukem in Hanau an. Die Tolerierung der SPD durch die Grünen -die Realos hatten im Landesverband gegen uns Radikalökologinnen/Ökosozialistinnen noch keine Koalition durchsetzen können -platzte. Im Sonuner 1985 machte Holger Börner (SPD) den Grünen ein Koalitionsangebot. Damit Fischer Minister werden konnte, verwässerte der inzwischen durch Masseneintritte seines Anhangs realpolitische Landesverband sein Programm: Keine Stillegung der Atomanlagen in Hessen mehr, die Atomkraftblöcke in Biblis sollten lediglich begutachtet werden. Die Entscheidung über die Plutoniumumsätze wie über die allgemeinen Verhältnisse in den Hanauer Atomanlagen wurde vertagt. Im August verkündete Wirtschaftsminister Steger den Sofortvollzug des Neubaus von Nukem. Woran die Tolerierung einst gescheitert war, unterbrach jetzt nicht einmal die Koalitionsverhandlungen. Der Bundestagsabgeordnete Fischer kokettierte: »Ich habe nicht die Absicht, Minister zu werden.« Wenig später, im Oktober 1985, ließ er sich - tief beeindruckt vom neuen Amt - vereidigen.

Am 26. April 1986 gab es einen Unfall im Atomkraftwerk Tschernobyl. Der Hessische Minister für Umwelt und Energie Fischer erstarrte, tauchte ab, wußte nicht, was er tun sollte. Erst am 1. Mai wurde in Hessen ein Krisenstab gebildet. Die hauptsächliche Verantwortung schob Fischer dem Sozialminister Armin Clauss (SPD) zu. In seinen Amtsmemoiren wird Fischer später behaupten, er habe am 30. April den grünen Bundesvorstand energisch zum Handeln aufgefordert. In der Taschenbuchausgabe wird er seinen Handlungsersatz auf den 29. April 1986 vordatieren. Holger Börner erklärte, in der Atompolitik weiterzumachen wie bisher. Fischer schwieg.

Ein Jahr später wird herauskommen, daß Fischer bereits damals wußte, daß Sozialminister Clauss 1984 die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für Alkem erteilt hatte. Zunächst zwang die grüne Bundesversammlung im Mai 1986 in Hannover Fischer zu erklären, daß er die hessische Koalition bis zum Ende des Jahres 1986 aufkündigen würde, wenn bis dahin nicht alle Atomanlagen in Hessen stillgelegt seien. Die grüne Landesversammlung schloß sich einen Monat später dem Bundesbeschluß an.

Im Oktober 1986 begann die Staatsanwaltschaft Hanau gegen die Hanauer Atomanlagen zu ermitteln und erhob Anklage gegen die drei wichtigsten Atombeamten im Wirtschaftsministerium sowie gegen den Geschäftsführer von Alkem. Dem untätigen Umweltminister Fischer drohten staatsanwaltschaftliche Ermittlungen. Das hätte das rotgrüne Koalitionsmodell in diesem frühen Stadium auf lange Zeit desavouiert. Mathias Seipel, Rechtsanwalt der Bürgerinitiative gegen die Hanauer

Atomanlagen und grüner Kreistagsabgeordneter, wies Fischer darauf hin, daß das Bundesimmissionsschutzgesetz ihm ausreichend Handhabe gebe, die gefährlichen Plutoniumfabriken in Hanau zu schließen. Fischer erklärte einem Reporter der »Welt«, daß er nicht daran denke, »die Koalition wegen der Atomfrage zu beenden«. Am 8. Januar 1987 gab Wirtschaftsminister Steger auf einer Pressekonferenz bekannt, daß er - mit Unterstützung des hessischen Ministerpräsidenten Börner -Alkem eine nachträgliche Betriebserlaubnis für weitere zehn Jahre erteilen wolle. Fischer wußte mindestens seit dem 10. Dezember 1986 von dieser Absicht und schwieg. Statt dessen gab er Gutachten über Gutachten in Auftrag. Eines schlug gegen ihn zurück, das sogenannte »Geulen-Gutachten« vom Februar 1987.

Rechtsanwalt Reiner Geulen belegte zum Entsetzen seines Auftraggebers Fischer: Die Hanauer Atomanlagen Alkem und Nukem sind illegal betriebene Plutoniumsproduktionsstätten. Fischer hat als Minister Einfluß auf den Betrieb, er kann sein Einvernehmen gemäß Paragraph 4 ff. Bundesimmissionschutzgesetz verweigern. Auch das Gewerberecht gebe ihm Möglichkeiten zu handeln. So geriet Fischer öffentlich und in der Bundespartei unter enormen Druck. Auf der grünen Landesversammlung am 8. Februar 1987 nahm er in bewährter Manier den Mund voll und kündigte mit dramatischem Tremolo seinen letzten Rechenschaftsbericht für den Fall an, daß die SPD bei ihrer Alkem-Entscheidung blieb. Er wollte die Versammlung überleben, ohne Konsequenzen ziehen zu müssen. Ministerpräsident Holger Börner zog sie für ihn. Er feuerte seinen Adjutanten am nächsten Tag.

Das Mißtrauen der grünen Bundespartei gegen Fischer blieb groß. Als er im September 1987 erklärte, die Forderung nach einem sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie sei »irreal«, forderte der Landesverband Nordrhein-Westfalen ihn auf, aus der Partei auszutreten. Auf Bundesebene konnte sich Fischer schließlich nur durchsetzen, indem sein Anhang im April 1988 eine Finanzaffäre gegen den mehrheitlich linken Bundesvorstand anzettelte. Nach acht Monaten war, unter tatkräftiger Mithilfe vor allem von »Spiegel«, »Frankfurter Rundschau« und »Taz«, die Partei mürbe. Dem Bundesvorstand, dem ich seinerzeit angehörte, wurde im Dezember 1988 knapp das Vertrauen verweigert. Wir traten geschlossen zurück. Selbstanzeigen der Betroffenen belegten später, daß die Vorwürfe aus der Luft gegriffen waren. Kein Wirtschaftsprüfungsverband fand Unregelmäßigkeiten, die Staatsanwaltschaft nicht einmal einen Anfangsverdacht. Viel später gab die »Taz« zu, daß es darum gegangen sei, »neue Mehrheiten zu erringen, die in der politischen Debatte nicht zu erzielen waren«. Die Realos übernahmen die Partei. Schritt für Schritt gingen sie daran, die basisdemokratischen Strukturen (Rotation, Diätenbegrenzung, Trennung von Amt und Mandat) zu demontieren, Gremien und Kandidatenlisten von Linken zu säubern und linke Programmpunkte abzuräumen. Peu á peu ließ sich die Partei von Fischer in den Ausstieg aus dem Ausstieg treiben. Die Grünen beteiligten sich jetzt auch an Energiekonsensgesprächen der AKW-Betreiber. Im März 1993 gestand Fischer der »FAZ-Sonntagszeitung«, in den Konsens-Verhandlungen hätten die Grünen »ihr Ziel eines >sofortigen Ausstiegs< aus der Kernenergie aufgegeben«.

Wo immer die Grünen an die sogenannte Macht kamen, waren sie lediglich an der Regierung und kuschten. Auf der Landesversammlung der schleswig-holsteinischen Grünen wurde im September 1996 der Antrag auf sofortige Stillegung des AKW Krümmel abgelehnt. Argument: Der Antrag bringe die rosagrüne Kieler Koalition in Gefahr. Die nordrhein-westfälischen Grünen, die 1984/85 »den sofortigen Ausstieg des Landes NRW aus der Atomenergie« und »politische Konfliktbereitschaft« verlangt und die noch 1987 Fischers Rücktritt gefordert hatten, unterwarfen sich der gleichen Logik. Im Mai 1995 gingen sie in eine Koalition mit der SPD.

Ein Teil der bündnisgrünen Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen bilanzierte im Januar 1997, daß beispielsweise die im Koalitionsvertrag vereinbarte Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Genehmigung der Erweiterung des größten deutschen Atommüll-»Zwischenlagers« in Ahaus von 1.500 auf 4.200 Tonnen und bei der Erweiterung der Urananreicherungsanlage in Gronau nicht hatte durchgesetzt werden können. Im Widerspruch zum Koalitionsvertrag (!) ging auch die Arbeit im Kernforschungszentrum Jülich (Reaktorentwicklung) weiter. Die nordrhein-westfälische war die erste grüne Koalitionsvereinbarung, deren *Grundlage* der Ausbau von Atomanlagen und -forschung war. Und NRW hatte den ersten grünen Polizeipräsidenten, Hubert Wimber, der im Frühjahr 1998 den Castor-Widerstand in Ahaus niederwarf

Anfang 1998 gibt Fischer schließlich den Ton für den Bundestagswahlkampf vor. Ihm ist klar, daß die Bündnisgrünen in der Atomfrage eine radikale Attitüde brauchen. Der Einstieg in den Ausstieg müsse rasch, jetzt, sofort beginnen. Er nannte keine Frist mehr: In 20 Jahren würde ohnehin der letzte Reaktor stillgelegt werden. Fischer ersetzt die wäßrige Floskel »Einstieg in den Ausstieg« durch »Einstieg in ein Ausstiegsgesetz«. Die Verheißung auf Verhandlungen für ein Gesetz wird zum Ersatz für die Handlung. Das neue grüne Sofortprogramm »Neue Mehrheiten nur mit uns. 1998-2002« enthält überhaupt keine Ausstiegsfristen mehr. Und Rainer Baake, grüner Staatssekretär im hessischen Umweltministerium, verfaßt ein sogenanntes Ausstiegspapier, das alle bisherigen Fristen bricht. Betriebsdauer aller Atomkraftwerke: 25 Jahre. Ausstiegsfrist: 14 Jahre gleich 4 Legislaturperioden. »Sofort« abgeschaltet werden sollen nur drei AKWs: Obrigheim, Stade, Biblis A. Alle drei längst überfällige Schrottreaktoren, Fischer verkürzt dieses bescheidene letzte Begehren Ende August 1998 auf Biblis A, ein scheißgefährliches Alt-AKW, das ihn, als er hessischer Umweltminister war, nicht weiter interessiert hatte.

Nicht ein einziges Wort sagen die Grünen noch zu den Zukunftsplänen des Atomkapitals: der Atomfusion. In der Europäischen Union wurden in den letzten zehn Jahren jährlich etwa eine Milliarde Mark, in Deutschland jährlich etwa dreihundert Millionen Mark für die Atomfusion (für die Großforschungszentren Garching, Jülich und Karlsruhe) ausgegeben. Insgesamt sind in Deutschland bisher 2,5 Milliarden Mark in die Atomfusionsforschung investiert worden. Die Beträge für die regenerativen Energien liegen bei lediglich 200 Millionen Mark im Jahr.

Unter der Fahne des Ausstiegs wird das Atomprogramm mit grüner Hilfe modernisiert (Euroreaktor und Atomfusion), die atomare Zukunft gesichert. Die regenerativen Energien werden in ihrer Randexistenz eingefroren, ein Alibi für den atomaren Weg. Die von Grünen und SPD geforderten Zwischenlager direkt an den AKWs sollen die widerstandsanfälligen Castortransporte ersetzen. Das ermöglicht das extrem profitable Auslaufen der Betriebszeit der jetzigen Reaktoren bis zu ihrem Ende - als Übergang zum Euroreaktor oder zur Atomfusion.

Von Jutta Ditfurth erschien im Konkret-Literatur Verlag 1997 »Feuer in die Herzen. Gegen die Entwertung des Menschen.« Darin auch ein Kapitel zur Atomenergie und Atomfusion

Konkret 10/98, S. 24

Zu Protokoll

Brunzdumm Herr Stollmann: Damit über dem Wahlausgang, der Schröders Kandidaten für das Wirtschaftsministerium hoffentlich dem Familienleben zurückgeben wird, nicht in Vergessenheit gerät, von was für einer Knallcharge die SPD sich im 150. Jahr nach dem Manifest der Herren Marx und Engels den Kapitalismus erklären ließ, dokumentiert KONKRET Auszüge der Rede, die Jost Stollmann um 19. August 1998 in Berlin vor dem »Initiativkreis Junge Wirtschaft« gehalten hat (Rechtschreibung gemäß Original)

In der jungen Wirtschaft habe ich meinen Weg gemacht. Junge Wirtschaft heißt für mich: fähig, willens und begeistert zu sein, etwas selbst zu machen und Erfolg zu haben. Junge Wirtschaft steht zugleich für Visionen und den Mut, diese Visionen Wirklichkeit werden zu lassen; denn es geht darum, Neues zu gestalten und die Welt zu verändern.

Zeiten des Umbruchs sind Unternehmerzeiten ...

Nie war die Durchlässigkeit zwischen Politik, Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen nötiger: höchster Änderungsdruck und Handlungsbedarf, wahrscheinlich und hoffentlich übereinstimmende Gestaltungsmöglichkeiten in Bundestag und Bundesrat, ein Regierungs- und Politikwechsel, neue, unverbrauchte Köpfe, Quereinsteiger mit neuen Ideen.

Ich habe schon vor Jahren gesagt, daß wir aufhören müssen, unser Land schlecht und den Standort Deutschland mies zu machen. John E Kennedys Credo war und ist richtig: »Frage nicht, was dein Land für dich tun kann; frage, was du für dein Land tun kannst.« Gerhard Schröder hat mich beim Wort genommen. Und wenn man einen solchen Ruf bekommt, dann muß man Farbe bekennen und mitmachen ...

Wir brauchen neues Denken. Raus aus Schablonen und verkrusteten Strukturen, hinein in die Innovation. Aber dieser Prozeß wird auch weh tun. Ich weiß, wovon ich rede, wenn ich über die Schmerzen spreche, die manch einer beim Neuen Denken empfindet. Aber wer nichts in Frage stellt, prüft nichts. Und wer nichts prüft, sieht nichts Neues. Und wer nichts Neues sieht, ist blind und bleibt blind...

Nun können gerade wir Deutschen uns mit Recht und Befug, ja mit Stolz, rühmen, an vorderster Stelle die heutige Neuzeit geprägt zu haben. Wo wären wir denn ohne die Gutenbergsche Erfindung der Druckmaschine und damit der Verbreitung von Wissen und Schule in breiten Bevölkerungsschichten? Wo wären wir denn ohne die bahnbrechenden Ideen eines Kants, eines Feuerbachs und Hegels und damit der Entwicklung eines aufklärerischen Menschenbildes?

Schon früher gerieten wir zeitweise ins Hintertreffen ... Auch auf dem Weg in die Wissensgesellschaft von morgen sind wir an vorderster Front gestaltend gefordert...

Der Zug in die Zukunft muß endlich in Bewegung kommen und Tempo aufnehmen. Es muß Schluß sein mit einer Politik, die in Langsamkeit erstarrt und wie eine Grabplatte auf dem Lande liegt ...

Die Umwälzungen bergen ungeheure Chancen. Doch wir müssen sie zu nutzen wissen. Angststarres Beharren auf überkommene Strukturen führt direkt und immer schneller in die Krise ...

Das Vertrauen der Menschen ist das Wichtigste. Hier liegt die historische Chance einer sozialdemokratischen Regierung unter Gerhard Schröder. Sie kann glaubhaft die deutsche soziale Marktwirtschaft erneuern, weil die Menschen ihr zutrauen, einen dritten, pragmatischen Weg zu gehen, der Prosperität durch effiziente Märkte mit sozialer Gerechtigkeit zusammenführt.

Dieser dritte Weg, nicht links, nicht rechts, nicht ideologisch, sondern pragmatisch, wird ein NEUER WEG und ein EIGENER, DEUTSCHER WEG sein müssen.

Er wird geprägt sein durch starke politische Führung, effiziente Ordnungspolitik und effektive Regierungsarbeit. Sehr schnell gilt es in einem Bündnis für Arbeit interessen- und lagerübergreifend eine schonungslose Lagebeurteilung herbeizuführen und dann gemeinsam eine Vision für Deutschlands Spitzenposition in der neuen Wissensgesellschaft zu erarbeiten ...

Dieser neue und eigene Weg wird auch von aktiver und innovativer Kommunikationsarbeit der Regierung geprägt sein. Wirtschaftspolitik ist vor allem, neben Ordnungspolitik, Psychologie. Schnell gilt es, die Vision und das Gesamtkonzept zu vermitteln und Transparenz in Entscheidungen und Leistungen zu bringen ...

Kann mir irgend jemand einen vernünftigen Grund nennen, warum wir uns nicht eine weltmarktführende Position in Informations- und Kommunikationstechnik, in Gen- und Materialtechnik, Internet, neuen Medien, in Unterhaltung, Ernährung und Gesundheit erarbeiten? ...

Was diese Republik, was wir Deutsche endlich begreifen müssen, ist also eine ebenso einfache wie dringende Botschaft: Es ist höchste Zeit zum Aufbruch, denn vor allem in der letzten Phase der politischen Untätigkeit sind wir in eine so ungünstige Ausgangsposition gebracht worden, daß das nun anstehende Rennen für uns mit einer Aufholjagd beginnt. Um es noch einmal klar zu sagen: es geht jetzt noch nicht darum, Vorsprung zu sichern, sondern Rückstand aufzuholen ... Wir Deutsche sollten die Spitzenposition in der Wissensgesellschaft wollen, und wir werden sie auch besetzen können ...

Im Grunde geht es um einen radikalen und tiefgreifenden Mentalitätswandel. Dieser Wandel wird durch zwei Schubkräfte in Bewegung gesetzt: Zum einen sind wir zu Recht stolz auf alles, was uns ausmacht, was wir zu leisten in der Lage sind, was im guten Sinne des Wortes typisch deutsch ist; zum anderen wissen wir um die Dringlichkeit der Veränderung, die zur existenziellen Bedrohung wird, wenn wir ihr nicht rasch Raum geben ...

Mit anderen Worten: Entweder wir finden jetzt den Ausweg oder wir verkümmern in selbstverordneter Ausweglosigkeit.

Es gibt keine halbherzige Zwischenlösung. Wer einfach weitermachen will wie bisher und glaubt, daß einige kleinere Reparaturen ausreichen, der glaubt an den Weihnachtsmann und versündigt sich an Deutschland ...

Ich verspreche Ihnen, daß ich meine Verantwortung wahrnehmen werde, den neuen Weg zu planieren. Ich möchte die besten Köpfe in Deutschland und aus dem Ausland gewinnen, um in einer komplexen neuen Welt Schneisen der Erkenntnis in das Dickicht des Nichtwissens zu schlagen ...

Ein revolutionärer Aufbruch vollzieht sich nicht in den ersten 100 Tagen einer neuen Regierung. Aber der Startschuß wird schnell fallen, um die notwendigen und funktionierenden Vernetzungen zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft herzustellen - um den überfälligen Wechsel in eine Wissensgesellschaft zu vollziehen, um ein Deutschland zu schaffen, in dem Innovation und soziale Gerechtigkeit zwei Seiten derselben Medaille und keine Gegensätze mehr sind ...

Mein Credo lautet daher: Neues Denken eröffnet neue Wege. Wir müssen dabei unsere neuen und eigenen Wege entdecken und so gut sein, wie wir nur können - getreu der bewährten Formel, die ich während meiner Zeit in Amerika verstehen gelernt habe: »BE THE BEST YOU CAN BE.« ...

Ich möchte nichts anderes loswerden als diese Botschaft:

WIR haben es in der Hand, unsere Wirtschaft so voranzubringen, daß unser Volk wieder voller Freude und Zuversicht in die Zukunft blicken kann.

Das heutige Zeitalter haben wir führend gestaltet. Warum tun wir es nicht gleichermaßen mit der neuen globalen Wissensgesellschaft? Ich will mit Ihnen zusammen in den spannenden und lohnenden Wettbewerb um die Zukunft eintreten. Die Welt erwartet dies von uns - Ihnen wie mir und unsere Kinder erwarten dies von uns.

Wer so denkt, wer so spricht ' und wer am Ende vielleicht sogar noch so handelt, der darf nicht darauf hoffen, von viel Applaus begleitet zu werden. Im Gegenteil wird ihm der Wind zunächst kräftig von vorne ins Gesicht blasen.

Ich weiß seit einigen Wochen, wovon ich spreche. Aber lassen wir uns nicht irre machen ...

Ich möchte mit einem Satz enden, den meine Kollegen und ich vor drei Jahren in der Öffentlichkeit geprägt haben und der heute genau so richtig ist wie damals: »Dieses Land ist gut für Erfolg - laßt uns machen! «

Jetzt!!!

Konkret 10/98, S. 26

Wolfgang Pohrt

Pohrt antwortet

Keiner wird gewinnen

Anfang September, noch vier Wochen bis zur Wahl. Wie ist sie ausgegangen?

Bundestagswahlen sprechen nun mal die niederen Instinkte an. Und meine sagen mir: Diesmal werden wir verwöhnt. Wer siegen würde, war ja immer Nebensache, aber einen Lieblingsverlierer hatte man. Die Grünen, wie sie schon ganz gierig nach der Beute schnappen und sie dann doch nicht kriegen, das hätte vor vier Jahren am meisten Spaß gemacht. Die frommen Wünsche sind heute noch die gleichen, nur muß man nicht mehr um das Wahlergebnis bangen. Wenn Fischer nicht Außenminister wird, ist er erledigt. Wird er Außenminister, ist er es vielleicht noch mehr.

Wir hören das gern. Beweise?

Ich sehe fern. Bis zur Niedersachsenwahl war Kohl ein alter Mann und Schröder ein junger. Dann wurde Schröder nominiert. Seither hat er sich verwandelt. Er kommt einem vor, wie wenn er aus Attrappe und Prothese bestünde: Ein müder, alter Mann, der krampfhaft als jung und frisch erscheinen will. Neben ihm wirkt Kohl wie verjüngt. Noch schlimmer hat es Fischer erwischt. Als *Heavy* war er immerhin ein Unikum, und er hätte vom Guildo-Horn-Syndrom profitieren können, vom untergründigen Widerwillen gegen das Gestylte. Nun hat er getan, was Aufsteiger heute tun müssen. Er hat sich die Pfunde abgehungert, er treibt Sport. Und was nützt es ihm? Daß gelästert wird, man könne ihn mit seiner eigenen Großmutter verwechseln.

Wie kommt das?

Schröder und die Grünen - sie gehören zum Inventar der Ära Kohl. Kohls Abgang ist ihr Ende. Es ist wie bei einer Wohnung, wo Tapeten, Bodenbeläge und Mobiliar seit Ewigkeiten nicht mehr erneuert worden sind. Solange Leben in der Bude ist, fällt das gar nicht weiter auf Steht sie hingegen leer, weil der Besitzer weggezogen oder krank ist, möchte man sofort den Entrümpeler holen.

Vermutlich wird »das Ende einer Ära« ein viel besungenes Thema sein, wenn dieses Heft erscheint. Was stellen wir uns darunter vor?

»Ära Kohl« - das war die Bundesrepublik. Jetzt kommt Deutschland. Kein Grund für die Welt, in Deckung zu gehen, ganz im Gegenteil. Denn es stimmt ja, was immer erzählt worden ist: 1990 wurde ein »widernatürlicher, künstlicher Zustand« beendet, seither ist die Normalität wiederhergestellt und Deutschland eben Deutschland. »Nie wieder Deutschland«, haben dann manche mehr gekrächzt als gebrüllt. Keiner wollte auf sie hören. Es ist eben das Schicksal der wahren Patrioten hier, daß sie ebenso verkannt werden, wie sie sich selbst verkennen.

Schön dumm, den »künstlichen Zustand« zu beenden. Die Deutschen hatten 40 Jahre lang davon profitiert, daß der Kriegsverlierer und Kriegsverbrecher, nämlich Deutschland, nicht zu fassen war. Es gab ja nur BRD und DDR. Die Landsleute wurden in beiden Lagern als Verbündete behandelt und umworben. An ihrem unwiderstehlichen Charme lag das nicht, sondern die Ursache war, daß jeder der rivalisierenden Blöcke den besseren deutschen Teilstaat vorzeigen wollte.

Den Brüdern und Schwestern in der Zone ging es gut, und uns ging es noch besser. Vorbei. Deutschland ist also wieder ein normaler Staat. Und bei normalen Staaten ist das so, daß man sie nach verlorenen Kriegen nicht aufpäppelt, sondern sie den angerichteten Schaden bezahlen läßt. Es kommt nun, schätze ich, die Zeit, wo alte Rechnungen präsentiert werden.

Ein Beispiel?

Auf amerikanischen Druck hin hat nach den Schweizer Banken nun auch die italienische Generali gezahlt. Es wäre eine kluge Strategie, auf Nebenschauplätzen die Muskeln zu zeigen und Präzedenzfälle zu schaffen, bevor man den Hauptvorstoß unternimmt - oder auch unterläßt, nicht freilich, ohne für die Unterlassung Gegenleistungen zu verlangen.

Früher ging das nicht, weil im Vorzeigestaat der USA Nazis oder Nazifirmen undenkbar waren, mit ihnen hatte doch die Reeducation aufgeräumt. Hätte man sich vor den Kommunisten blamieren sollen? Und es riskieren, daß man seine Schützlinge der Konkurrenz in die Arme trieb, wenn man sie allzusehr brüskierte? Die Folge davon war, daß davongekomme Nazi-Opfer zu Lebzeiten meist nichts von den Geldern sahen, die jetzt fließen sollen.

Der Ton hat sich merklich verändert, seit die Landsleute keine Wahl mehr haben. Die Nazivergangenheit ist nicht mehr tabu, sie läßt sich als politisches Druckmittel verwenden, wie die Kampagne der Scientology gezeigt hat. Die Sieger fangen an, sich zu erinnern, wer den Krieg verloren hat, und sie könnten das den Verlierer spüren lassen.

Nehmen wir mal an, Rußland würde wirklich pleite machen, und es käme der Punkt, wo man dem Land die Schulden erlassen muß, um es wieder hochzubringen. Wenn Deutschland als Hauptgläubiger dann Widerstand leistet, könnte die russische Regierung vorschlagen, daß man die ausstehenden Summen als verspätete Reparationszahlungen verbuchen soll.

Man wird es mit Interesse verfolgen, ob die darauf spezialisieren Gruppen hier immer noch so wild darauf sind, die Vergangenheit aufzuarbeiten, wenn sie merken, daß aufarbeiten nicht Feierstunden veranstalten und Denkmäler einweihen, sondern abzahlen heißt.

Strategie klingt nach Verschwörung. Wo und wann sollen die Pläne geschmiedet worden sein?

»Es fing mit einer Verkettung von Umständen an, aber wann tut es das nicht«, lesen wir bei Rex Stout. Und um das Nächstliegende zu tun, nämlich den Verlierer kräftig zahlen zu lassen, bedarf es keiner aufwendigen Konspiration.

70 Milliarden hier. 30 Milliarden dort, was ist das schon im Vergleich zu den jährlichen Transferleistungen an den deutschen Osten?

Um Geld allein geht es natürlich nicht, sondern es steht vor allem die Hackordnung zur Debatte. Sie ist ein Gruppenphänomen und taucht dort auf, wo es statt unabhängiger Einzelner das gibt, was man eine Gemeinschaft nennt. Wenn man das weiß, versteht man das Wort von der »internationalen Gemeinschaft« besser. Es besagt, daß es keine autonomen Subjekte mehr gibt, also unabhängige, souveräne Staaten in konventionellen Sinn.

Vielmehr sind die Staaten nun alle Mitglieder einer großen Bande. Die »Völkerfamilie« ist Wirklichkeit geworden. Es herrscht die globale Horde. Ihr Anführer ist die USA, ihr Terrain ist die Welt. Der amerikanische Präsident kann seine Marschflugkörper schicken, wohin er mag, das nennt man Globalisierung. Lächerlich, sich dagegen aufs Völkerrecht zu berufen, wo doch gewissermaßen alles in der Familie bleibt. Wenn der Vater dem Sohn eine klebt, ist das kein Fall fürs Gericht.

Stacheln Sie damit nicht zum Antiamerikanismus auf? Den hatten doch gerade Sie stets scharf kritisiert.

Es gibt ihn nicht mehr, wie die Reaktionen auf Clintons Monica-Missiles gezeigt haben. Da feuern die USA haufenweise Raketen ab, auf irgendwelche Hütten in Afghanistan und eine sudanesische Arzneimittelfabrik, mit der Begründung, dort säßen die Übeltäter, die für die Ermordung von zehn oder elf US-Amerikanern verantwortlich sind und die Ermordung weiterer Amerikaner planen. Keiner protestiert mit dem Argument, gemäß dieser Logik wären zuallererst die USA selbst in Schutt und Asche zu legen, wo unter jugendlichen Slumbewohnern Mord die häufigste Todesursache ist. Statt dessen sagen Kohl und Scharping wie aus einem Mund: prima. Die Grünen schicken ein No-name vor, das den Reportern erklärt, man hätte besser die UN hinzuziehen sollen. Ich schätze, die Landsleute haben instinktiv gemerkt, daß sie nun in der weltweiten Hackordnung auf einer Stufe stehen, wo man Gehorsam und Beflissenheit zeigen muß.

Dem widersprechen Rühes Feldwebelallüren: Jetzt müsse die Nato aber endlich mal, nämlich in Albanien.

Ich fürchte, wir hatten das nicht ganz verstanden. Wir hatten nicht bemerkt, daß es das Pfeifen im Walde war, was dieser Rühe von sich gab.

Schauen Sie, 1990 entstanden zwei Probleme. Problem Nr. 1: Woher einen Auftrag für die Nato nehmen, wo es doch nun den Ostblock nicht mehr gibt? Problem Nr. 2: Woher die zusätzlichen Truppen nehmen, die man braucht, um die ganze Welt zu beherrschen statt der halben? Eine Truppe ohne Auftrag also und ein Auftrag ohne Truppe. Nach Adam Riese kommt dabei heraus, daß die Nato nunmehr die Prätorianergarde der Vereinigten Staaten bilden müßte, und so war es auch.

Ausschlaggebend für den Rang eines Staates in der Hackordnung ist es dann, wieviel Feuerkraft er dem Häuptling zur Verfügung stellen kann. Rühe hat sich zwar redlich bemüht. Aber als Kriegsverlierer ist man in einer schlechten Ausgangsposition, wenn man plötzlich Offensivverbände liefern soll. Die hatte die Bundeswehr ja nicht haben dürfen, sie war auf Territorialverteidigung eingestellt: Panzer en masse, um den Feind in der norddeutschen Tiefebene abzufangen. Rühe tat also, was er konnte, aber die 56.000 Mann Krisenreaktionskräfte, die bis zum Jahr 2000 einsatzbereit sein sollen, haben den Amis nur ein müdes Grinsen entlockt: zu wenig, falsche Ausrüstung, falsche Konzeption. Eingreiftruppen, die mangels Transportkapazität nur in Europa intervenieren können, genügen dem Global player nicht. »Low tech - low risk«, heißt die Rubrik, in welche die Bundeswehr bei den Amis eingestuft wird. Für Sanitätsdienst und Latrinenputzen gerade gut genug. Rühes Kraftmeierei dürfte ein Versuch gewesen sein, gegen das Papiertiger-Image propagandistisch anzukämpfen. Es war natürlich wieder der falsche Weg. Mit jedem Mal, wo die Deutschen brüllen und sich dann zeigt, daß sie nicht beißen können, wächst bei Verbündeten und Protegierten nur der Zweifel. Von Pristina bis Bagdad, von Zagreb bis Teheran hat es nun jeder gemerkt: Wer sich auf den Looser verläßt, ist verlassen. Das Dumme bei diesen Loosern ist nur, daß Verzweiflungstaten sich nie ausschließen lassen.

Zählt nur noch militärische Stärke?

Sie tut es dann, wenn der amerikanische Präsident überall, ob in seinem Büro mit der Angestellten oder mit Marschflugkörpern in Khartum, tun und lassen kann, was er mag, mit Zustimmung einer Bevölkerung, deren Selbstbewußtsein dem einer neuen Herrenrasse zu ähneln beginnt. Ich meine diese Rhetorik, die immer nach dem Schema »wer *amerikanische* Bürger verletzt oder tötet, oder wer *amerikanisches* Eigentum beschädigt«, etc. läuft. Moralische Überlegenheit wird es kaum sein, worauf die politische Dominanz der USA sich gründet. Es sind Apparate wie diese

Marschflugkörper, die ferngesteuert durch eine ganze Satelliten-Armada Ziele an jedem Punkt der Welt zerstören können und gegen die offenbar bislang kein Kraut gewachsen ist. Und wenn es die militärische Überlegenheit ist, durch die eine Macht zur Weltmacht wird, dann entscheidet die militärische Leistungsfähigkeit eines Staates über den Rang, den er nach der Weltmacht einnimmt.

Armes Deutschland?

Kohl jedenfalls muß es so verspüren, sonst hätte er nicht Schäuble zu seinem Nachfolger deklariert. Es wäre doch sinnig, wenn der erste Kanzler, der ausschließlich im wiedervereinigten Deutschland regiert, ein Mann im Rollstuhl ist, den man für einen Kriegsversehrten halten könnte.

Konkret 10/98, S. 28

Peter Wiener

□ Schlachtfest aller Serben□

Der Massenmord der kroatischen Faschisten an der serbischen Bevölkerung während des Zweiten Weltkriegs wurde von der katholischen Kirche nicht nur gebilligt. Sie hat ihn befohlen. Der oberste Kanzelhetzer, Zagrebs Erzbischof Stepinac, soll nun seliggesprochen werden

Das Dritte Reich begann seinen Krieg gegen Jugoslawien, der mit der Zerschlagung dieses Landes endete, am Palmsonntag des Jahres 1941. Vier Tage später, am 10. April, während die jugoslawische Armee verzweifelt gegen die Invasionstruppen kämpfte, strahlte Radio Zagreb eine Proklamation aus: »Gottes Vorsehung und der Wille unseres großen Verbündeten sowie der Jahrhundertelange Kampf des kroatischen Volkes und die große Opferbereitschaft unseres Führers Ante Pavelic und der Ustascha-Bewegung in der Heimat und im Ausland haben es gefügt, daß heute, vor der Auferstehung des Gottessohnes, auch unser unabhängiger Staat Kroatien auferstehen. Gott mit den Kroaten! Für das Vaterland bereit!« (zit. n. Hory/ Broszat).

Kaum war Pavelic aus seinem italienischen Exil eingetroffen, machte ihm der Erzbischof von Zagreb, Alojzije Stepinac, seine Aufwartung und gab zu Ehren der mit dem Poglavnik (Führer) zurückgekehrten Ustascha-Männer in seinem Bischofspalast ein Essen. Im offiziellen Tagebuch des Kirchenfürsten heißt es über die Unterredung mit dem in Frankreich in Abwesenheit wegen Mordes verurteilten Ante Pavelic: »Der Erzbischof erteilte ihm für seine Arbeit den Segen. Als dann der Erzbischof geendet hatte, antwortete der Poglavnik, er wünsche der katholischen Kirche in allem zu helfen. Er sagte auch, er werde die Sekte der Altkatholiken, die nichts anderes als eine Gesellschaft für die Ehescheidung sei, ausrotten. Außerdem fügte er hinzu, er werde gegen die serbisch-othodoxe Kirche nicht tolerant sein, weil sie für ihn nicht eine Kirche darstelle, sondern eine politische Organisation« (zit. n. Falconi).

Der von Erzbischof Stepinac freudig begrüßte »Unabhängige Staat Kroatien« nahm etwa zwei Fünftel des ehemaligen jugoslawischen Territoriums ein und entsprach damit der großkroatischen Zielsetzung der Ustascha. Doch nur rund die Hälfte der sechs Millionen Einwohner waren katholische Kroaten. Mehr als zwei Millionen waren Pravoslaven, d. h. orthodoxe Serben bzw. Bosniaken, über eine halbe Million waren Muslime, und der Rest verteilte sich auf andere Minderheiten, darunter 40.000 Juden. Schon am 30. April wurden drei Gesetze erlassen, die die rechtliche Grundlage der folgenden völkischen Ausrottungspolitik bildeten: »Über die Staatsbürgerschaft«, »Über die Rassenzugehörigkeit« und »Über den Schutz des arischen Blutes und die Ehre des kroatischen Volkes«.

Im September/Oktober 1941 begann die Zusammenfassung der Juden in Lagern und Zwangsarbeitskommandos, was vielfach auch schon ihre Liquidierung durch die Ustascha-Wachmannschaften zur Folge hatte. Im Frühjahr 1943 wurde der größte Teil der in den Lagern befindlichen Juden im deutschen Okkupationsgebiet Kroatiens nach Auschwitz deportiert. Kurz danach war Erzbischof Stepinac in Rom, wo er auf die Judenverfolgung angesprochen wurde. Wie er darauf reagierte, berichtete Fürst Erwin Lobkowicz, der Ustascha-Mann beim Heiligen Stuhl, in einem erfreuten Brief nach Zagreb: »Die vatikanischen Kreise freuten sich über die Ankunft des Erzbischofs, und der Erzbischof selbst war mit der Aufnahme zufrieden. ... Er hat im Vatikan von unseren Gesetzen gegen das Verbrechen der Abtreibung gesprochen, was dort sehr gut aufgenommen worden ist. Damit hat der Erzbischof auch die gegen die Juden angewandten Methoden gerechtfertigt und begründet, weil diese bei uns die größten Verteidiger der Abtreibung seien und solche verbrecherischen Handlungen am häufigsten ausführten« (zit. n. Falconi).

Aber die Vernichtung der Juden wurde in Kroatien zahlenmäßig weit in den Schatten gestellt durch die Verfolgung, welche die serbische bzw. orthodoxe Bevölkerung zu erdulden hatte. Der Balkan war immer schon ein bevorzugtes Missionsgebiet Roms gewesen. Die Machtergreifung der Ustascha gab den katholischen Eiferern neuen Auftrieb. »Christus und die Ustaschi, Christus und die Kroaten«, so schrieb die katholische Zeitung »Nedelja« am 6. Juni 1941, »marschieren zusammen durch die Geschichte.« Das Programm seiner Regierung umriß im Juli 1941 der Minister für Erziehung und Kultur, Mile Budak, mit wenigen Worten: »Grundlage für die Bewegung der Ustaschen ist die Religion. Für Minderheiten wie Serben, Juden und Zigeuner haben wir drei Millionen Kugeln. Wir werden einen Teil der Serben umbringen. Den anderen werden wir abtransportieren, und den Rest werden wir zwingen, die römisch-katholische Religion anzunehmen. So wird das neue Kroatien alle Serben in seiner Mitte los werden, um innerhalb von zehn Jahren zu hundert Prozent katholisch zu werden« (zit. n. Dedijer). Daß der Klerus für dieses Vorgehen Verständnis haben würde, stand für Budak fest: »Man sollte sich daran erinnern, daß die katholische Kirche, die weder eine terroristische Organisation ist noch von Schwachsinnigen angeführt wird, sechs Kreuzzüge für die Befreiung des Grabes Christi geführt hat. Und es ging sogar so weit, daß auch Kinder Kreuzzüge unternahmen. Wenn dies im 11. und 12. Jahrhundert so war, sind wir sicher, daß die Kirche auch den Ustascha-Kampf versteht« (zit. n. Dedijer).

Wie der geführt wurde, wußte man selbstverständlich auch im Auswärtigen Amt in Berlin durch seine Informanten: »Das Vorhandensein der Serben in Kroatien wird als ein Problem betrachtet, das ausschließlich in die Kompetenzen der Ustascha-Polizei und der Standgerichte fällt. ... In Zagreb haben die Zivilbehörden einen Befehl erlassen, nach welchem

die Serben auf die gleiche Stufe mit den Juden gestellt werden: Es ist den Serben verboten, die Trambahn zu benutzen, sie dürfen nur in den auch für Juden bestimmten Stadtteilen wohnen« (zit. n. Hory/Broszat). Das vorrangige Ziel des kroatischen »Führers« war die Vernichtung der serbisch-orthodoxen Kirche zum Wohle der katholischen: »Dort, wo die Orthodoxen eine Minderheit waren, (wurden) ihre Kirchen für katholische Zwecke umgewandelt, laut Anordnung der bischöflichen Ordinariate. Wo dagegen die Pravoslaven überwogen, hat man ihre Kirchen meist total zerstört. Nicht weniger als 299 serbisch-orthodoxe Gotteshäuser fielen derart dem katholischen Kreuzzug zum Opfer, wurden ausgeraubt, vernichtet. Viele Kirchen hat man zu Warenhäusern gemacht, Schlachthäusern, öffentlichen Toiletten, Ställen. Den ganzen Besitz der serbisch-orthodoxen Kirche kassierte die katholische« (Deschner). Mindestens dreihundert Priester und fünf Bischöfe wurden ermordet. »Msgr. Dositej, orthodoxer Ordinarius in Zagreb, (wurde) solchen Foltern unterworfen, daß er wahnsinnig wurde, Msgr. Petar Simonic aus Sarajewo, achtzig Jahre alt, wurde erwürgt; und Msgr. Platov aus Banja Luka, einundachtzig Jahre alt, wurde an den Füßen wie ein Pferd beschlagen und gezwungen so in der Öffentlichkeit zu gehen, bis er ohnmächtig zusammenbrach. ... Während sein orthodoxer Kollege von Sarajewo ... ermordet wurde, schrieb der katholische Erzbischof der gleichen Stadt, Msgr. Ivan Saric, ... Oden zu Ehren seines Poglavnik. ... Und er versicherte obendrein, es sei >töricht und der Jünger Christi unwürdig zu denken, der Kampf gegen das Böse könne auf vornehme Art und in Handschuhen geführt werden«((Falconi). Eine Vorstellung, die der Ustascha ohnehin fern lag.

Im Mai 1941 wurden in Glina etwa 500 Serben ermordet und kurze Zeit später 56 Viehhändler. Was danach geschah, faßte der - was Massaker betraf, Übertreibungen ziemlich unverdächtige - Sicherheitsdienst der SS in einem Bericht zusammen: »Infolge dieser Greueltaten flüchteten fast alle Bauern der umliegenden Dörfer in den Wald und hielten sich dort versteckt. Die Ustascha erließ daraufhin einen Aufruf an diese Bauern und sprach ihnen volle Freiheit zu, falls sie bereit sind, sich römisch-katholisch taufen zu lassen. Die Bauern waren hiermit zum großen Teil einverstanden ... (und) marschierten geschlossen nach Glina ... Es waren zur Taufe etwa 250 Personen erschienen, die in der Kirche von sechs Ustascha-Angehörigen empfangen wurden. Nach dem Eintritt der Bauern wurde die Kirche geschlossen. Die Bauern mußten sich sodann mit dem Gesicht zum Erdboden legen, worauf die sechs Ustascha-Angehörigen mit bereitgehaltenen spießartigen Stöcken auf die liegenden Bauern einstachen. Durch weitere erscheinende Ustascha-Angehörige wurden die Bauern nacheinander ermordet« (zit. n. Hory/Broszat).

Die Ustascha hielt sich noch nicht einmal an ihr eigenes Versprechen, daß Serben, die sich zum Katholizismus bekennen, unbehelligt bleiben würden. Das aber erboste den Klerus. Monsignore Ludwig Misic, der Bischof von Mostar, klagte in einem Brief. »Die Konversion der Orthodoxen zum Katholizismus ist vollkommen fehlgeschlagen. Hätte der Herr den hierfür Zuständigen mehr Verständnis und Verstand gegeben, die Konversion zum Katholizismus mit größerem Takt zu betreiben, so hätte sich bei dieser günstigen Gelegenheit die Zahl der Katholiken um mindestens 500-600 Tausend vermehrt, und wir wären auf diese Art in Bosnien und der Herzegowina von gegenwärtig 700.000 auf 1.300.000 gekommen« (zit. n. Falconi). Aber selbst die Tatsache, daß die serbischen Schafe nicht die Herde der Kirche vergrößerten, sondern »in Massen in die Ewigkeit« (Misic) befördert wurden, konnte das Episkopat nicht zu einer öffentlichen Kritik am »Führer« veranlassen. Die im November 1941 unter dem Vorsitz von Alojzije Stepinac tagende Bischofskonferenz schrieb ihm einen Brief, in dem verständnisvoll von »Fehlern« die Rede ist: »Wir wollen sie nicht als Folge des Systems betrachtet wissen, sondern als Ergebnisse von unverantwortlichen Elementen, die sich ihrer großen Verantwortung und der Konsequenzen nicht bewußt waren. ... Wir danken Gott dem Allmächtigen, daß durch Euer Werk, Poglavnik, die Lage sich zu ordnen beginnt« (zit. n. Falconi).

Die Kritik am Terror gegen die Serben und an den gewaltsamen Massenbekehrungen der Orthodoxen erreichte auch den Heiligen Stuhl. Erzbischof Stepinac verteidigte die Massaker indirekt, indem er in einem Sonderbericht an den Papst die »Verbrechen« des zerschlagenen jugoslawischen Staates auflistete: »Mit der finanziellen Unterstützung des Staates organisierte die orthodoxe Kirche ihre Propaganda für den Obertritt der Katholiken zur Orthodoxie innerhalb und außerhalb der Grenzen. ... Gewisse Fachleute sind der Ansicht, daß die katholische Kirche auf diese Weise sowie durch die Praxis der Mischehen ca. 200.000 Gläubige verloren hat. ... Die Orthodoxen begingen weiteres Unrecht, indem sie das Staatsbudget Jugoslawiens zum Nachteil der Katholiken verwendeten: zum Bau von orthodoxen Kirchen in rein katholischen Gegenden, zur Unterdrückung und zum Verbot der Marien-Kongregation und der Vereinigten Katholischen Aktion, zur Unterstützung und Organisation der altkatholischen Häresie« (zit. n. Deschner).

Propaganda und Mischehen sind unbestreitbar von anderer Qualität als Massenmord. Aber die katholische Kirche hatte jedes Argument nötig, denn sie war nach Ansicht selbst deutscher Beobachter eine zu exzessiver Gewalt treibende Kraft. Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD meldete am 17. Februar 1942 dem Reichsführer SS: »Die von den Kroaten niedergemetzelten und mit den sadistischsten Methoden zu Tode gequälten Pravoslaven müssen schätzungsweise auf 300.000 Menschen beziffert werden. ... Zu bemerken ist hierbei, daß letztlich die katholische Kirche durch ihre Bekehrungsmaßnahmen und ihren Bekehrungszwang die Ustascha-Greuel forciert hat, indem sie auch bei der Durchführung ihrer Bekehrungsmaßnahmen sich der Ustascha bedient hat« (zit. n. Hory/Broszat). In seinem Bistumsblatt hatte Erzbischof Saric von Sarajevo geschrieben, wie der Katholizismus zu verkünden sei: »mit Hilfe von Kanonen, Maschinengewehren, Panzern und Bomben« (zit. n. Deschner). Ihrem Bischof gegenüber gehorsam, wie katholische

Priester es nun mal sind, haben viele von ihnen dieses Konzept in die Praxis umgesetzt. Der Pfarrer von Udbina, Mate Mogus, erklärte: »Bis jetzt haben wir für den katholischen Glauben mit dem Gebetbuch und dem Kreuz gearbeitet. Jetzt ist die Zeit gekommen, mit Gewehr und Revolver zu arbeiten« (zit. n. Dedijer). Aber immer auch mit Worten, wie eine Zeugenaussage über die Aktivitäten des Pfarrers Don Martin Gudelj in Opuzen deutlich macht: »Er forderte von der Kanzel herunter zum Beitritt in die Ustascha-Bewegung auf. In der Kirche forderte er auch dazu auf, unter der Pappel Gruben auszuheben, damit dort die Serben begraben werden könnten. Dies geschah auch, und als die erste Gruppe ermordet worden war, versammelte Don Martin in Opuzen Leute, die weitere Gruben schaufeln sollten, weil am nächsten Tag noch mehr Serben dazu kämen. So ließ Don Martin 450 Serben umbringen. Als die Ustascha-Schlächter mit ihren Bluttaten fertig waren, lud sie Don Martin zum Essen ein und bewirtete sie mit allerlei Getränken, die er den Leuten gestohlen hatte« (zit. n. Dedijer).

Im Bezirk Livno zwang man die Serben nicht, zum Katholizismus zu konvertieren, weil man sie alle - rund 5.600 - lieber ermordete. Über die Rolle, die Frater Srecko Peric dabei spielte, berichtete nach dem Krieg eine Zeugin: »Am Sonntag vor dem Massaker befahl er den in der Kirche von Gorica versammelten Kroaten vom Altar aus, mit dem Massaker gegen die Serben zu beginnen, wobei er folgendes sagte: >Kroatische Brüder, geht und schlachtet alle Serben ab. Zuerst tötet meine Schwester, die mit einem Serben verheiratet ist, und dann der Reihe nach alle Serben. Wenn ihr damit fertig seid, kommt zu mir in die Kirche, damit ich euch die Beichte abnehmen kann und eure Sünden vergeben werden<« (zit. n. Dedijer). Peric gehörte dem Orden der Franziskaner an, über dessen Aktivitäten der Präsident der italienischen geographischen Gesellschaft bereits im September 1941 in einer Zeitschrift schrieb: »Jener erste Franziskaner von Assisi nannte die kleinen Vögel seine Brüder und Schwestern, während diese seine Schüler und geistigen Nachkommen, die im (Unabhängigen Staat Kroatien) leben, unschuldige Menschen töten, ... sie begraben sie lebendig, sie werfen die Toten in die Flüsse, ins Meer oder in die Abgründe« (zit. n. Falconi).

Priester und Ordensgeistliche waren also nicht nur geistige Anstifter der Massaker, sondern auch an ihrer Ausführung beteiligt - selbst in Konzentrationslagern. Das berüchtigste dieser Lager war Jasenovac, »das jugoslawische Auschwitz«. Der Massenmord war hier nicht industriell organisiert. In Jasenovac wurden die Opfer aufgehängt, in die Luft gesprengt, erschossen, bei lebendigem Leib verbrannt ' erwürgt, zertreten, erstochen, geköpft und erschlagen. Als Mordwerkzeuge dienten neben Schußwaffen Messer, Beile, Hacken, Hämmer, Stangen und Peitschen. Der Franziskaner Miroslav Filipovic war 1942, bevor er das KZ Stara Gradiska befehligte, für vier Monate Lagerkommandant von Jasenovac. In diesem Zeitraum wurden 40.000 Menschen liquidiert: »Im Hochsommer des Jahres 1941 wurden die Bauern von Kozara ins Lager Jasenovac transportiert. Ein etwa 14 Jahre altes serbisches Kind versuchte zu flüchten, wurde jedoch gefangen und zum Priester Miroslav Filipovic gebracht, der es, ohne es überhaupt anzuhören, mit einem Hammerschlag auf den Kopf tötete. ... Ein andermal wurden zwölf Zigeuner ins Lager gebracht, die in die Abteilung 3C eingewiesen wurden. Auf dem Weg erwarteten sie Frater Miroslav Filipovic und der Ingenieur Picili. Sie befahlen den Zigeunern, sich auf die Erde zu legen, und töteten sie der Reihe nach, indem sie ihnen mit dem Holzhammer auf den Kopf schlugen« (Dedijer). Bekannt sind die Namen von sechs anderen Geistlichen, die den Franziskaner Filipovic unterstützt haben, sowie der des Seelsorgers der Ustascha-Brigade von Jasenovac. Pater Filipovic war bereits vor seinem Einsatz im Vernichtungslager wegen der Teilnahme an einem Ustascha-Massaker, das ihm sogar eine Anklage vor einem deutschen Kriegsgericht eingebracht hatte, von seinem Priesteramt suspendiert worden. Doch daß er und die anderen KZ-Geistlichen exkommuniziert worden wären, ist nicht bekannt. Die Gesamtzahl der in Jasenovac ermordeten Juden und Serben wird - nach vorsichtigen Schätzungen - auf 200.000 beziffert. Darunter befanden sich auch über 7.500 Kinder. Doch wie hatte der Geistliche Dionis Juricev gesagt: »Es ist keine Sünde mehr, ein siebenjähriges Kind zu töten, wenn es gegen die Gesetzgebung des Ustaschen verstößt« (zit. n. Deschner).

Die Massenmorde ließen sich nicht geheimhalten. Vor allem die konservative jugoslawische Exilregierung in London sorgte erfolgreich für Publizität im Westen, und eines ihrer Mitglieder griff im Februar 1942 in einer von der BBC ausgestrahlten Rede das Oberhaupt der katholischen Kirche in Kroatien direkt an: »In der Umgebung von Stepinac, dem Erzbischof von Zagreb, werden die größten Greueltaten verübt ... und wir hören nicht, daß die Stimme des Erzbischof Empörung dagegen predigt. Wir lesen aber, daß er an den Paraden der Nazis und Faschisten teilnimmt« (zit. n. Falconi). Während Stepinac schwieg, handelten andere, beispielsweise die italienischen Faschisten. General Mario Roatta, Kommandant der 11. Armee, befahl seinen Truppen, zum Schutz der Serben und Juden einzugreifen. Die Zahl der von der italienischen Armee geretteten Menschen wird auf etwa 600.000 geschätzt. Die Italiener begingen aber noch eine weitere Brüskierung ihres katholischen Verbündeten: Sie zeigten sich in der Frage des religiösen Bekenntnisses liberal. Da aber handelte Erzbischof Stepinac. An den italienischen Botschafter in Zagreb schrieb er: »Die Schuld und Verantwortung vor Gott und der Geschichte wird das katholische Italien haben, wenn dieser katholische Teil Kroatiens das künftig nicht mehr sein wird« (zit. n. Falconi).

1943 verschlechterte sich die militärische Situation der Achsenmächte zunehmend, und damit verringerte sich auch die Überlebenschance ihres Satelliten Kroatien. Der Vatikan hatte zwar - wie es seiner Tradition entsprach - diesen Staat noch nicht völkerrechtlich anerkannt, doch war Pius XII. »ein mehr als wohlwollender Freund Ustascha-Kroatiens« (Falconi).

Deshalb bat ihn Stepinac in einem Memorandum, alles zu tun, um diesen Staat zu retten, und hatte dafür auch ein gutes Argument: »Im Falle seines Untergangs oder seiner Verkleinerung - Tausende der besten kroatischen Gläubigen und Priester würden gern und mit Freuden ihr Leben opfern, um diese entsetzliche Möglichkeit zu verhindern -würden nicht nur diese etwa 240.000 vom serbischen orthodoxen Glauben Konvertierten vernichtet werden, sondern auch die gesamte katholische Bevölkerung solcher Gebiete mit all ihren Kirchen und Klöstern« (zit. n. Falconi). Doch weil der Papst nicht helfen konnte, wandte sich der Erzbischof schließlich direkt an den Himmel. Im Juli 1944 begab er sich auf eine Wallfahrt nach Marija Bistrica: »Unsere Bitte an die Mutter Gottes von Bistrica lautet: Hilf uns! Heute, da die Welt zerbricht und eine Flut von ze -setzenden Ansichten die Seelen überschwemmt, hilf dem kroatischen Volk, seiner katholischen Vergangenheit treu zu bleiben. Schon seit zwei Jahrzehnten wurde immer wieder versucht, der Welt die kommunistische Weltanschauung aufzudrängen. Das kroatische Volk hat sie bis jetzt abgelehnt. Hilf, daß es sie auch in Zukunft abwehrt« (zit. n. Dedijer).

Aber auch das war vergebens. Am 8. Mai 1945 zog die jugoslawische Volksbefreiungsarmee in Zagreb ein. Wenige Wochen später, am 2. Juni, sprach Pius XII., der große Schweiger, wenn es um faschistische Verbrechen ging, zum ersten Mal seit 1941 den Namen »Kroatien« in der Öffentlichkeit aus: »Leider mußten wir in mehr als einem Gebiet Tötungen von Priestern beklagen, Deportationen von Zivilpersonen, Morde an Bürgern ohne Prozeß oder aus privater Rache: Und nicht weniger traurig sind die Nachrichten, die uns aus Slowenien und Kroatien erreicht haben« (zit. n. Falconi).

Nach vorsichtigen Schätzungen wurden im »Unabhängigen Staat Kroatien« mehr als eine halbe Million Menschen ermordet. Erzbischof Alojzije Stepinac wurde 1946 vor Gericht gestellt. »Mein Gewissen ist vollkommen rein«, sagte er in seiner Verteidigungsrede und klagte die neue Staatsmacht an: »Kein Priester und kein Bischof ist in diesen Zeiten seines Lebens sicher, weder bei Tag noch bei Nacht. Bischof Srebrnic wurde auf Susak von Jugendlichen angegriffen, die von gewissen Leuten aufgehetzt worden waren; sie hielten ihn drei Stunden lang in einem Zimmer fest und belästigten ihn. Sie unternahmen noch weitere Angriffe, und eure Polizei hat nur zugesehen. Mir selbst ist das gleiche in Zapresic widerfahren. Bischof Lach wurde auf einer Firmungsreise eine ganze Nacht lang in Koprivnica festgehalten, und es wurde ihm nicht erlaubt, die Firmung vorzunehmen« (zit. n. Dedijer). Der Erzbischof wurde zu 16 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, aber bereits nach fünf Jahren - wenn auch unter strengen Auflagen - aus dem Gefängnis entlassen. 1953 verlieh ihm Pius XII. für »seine großen Verdienste« den Kardinalsrang. Und vor vier Jahren, bei seinem ersten Besuch in Kroatien, hat Papst Johannes Paul 11. Alojzije Stepinac als »hervorragende und verehrungswürdige Gestalt, als Bollwerk der Kirche Kroatiens« bezeichnet. Im Oktober diesen Jahres, während eines Besuchs des Papstes in Kroatien, soll Stepinac seliggesprochen werden.

Literatur:

Die Rolle der katholischen Kirche im faschistischen Kroatien ist mehrfach Gegenstand wissenschaftlicher Analysen gewesen und gut dokumentiert. Zwei grundlegende Werke aber sind seit Jahren nicht mehr erhältlich:

Ladislaus Hory und Martin Broszat: *Der kroatische Ustascha-Staat 1941-1945.* Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Nr. 8, Stuttgart 1964

Carlo Falconi: *Das Schweigen des Papstes - Eine Dokumentation.* München 1966

Im Buchhandel erhältlich sind:

Vladimir Dedijer: *Jasenovac – das jugoslawische Auschwitz und der Vatikan.* Freiburg 1993 (4. erweiterte Auflage)

Karlheinz Deschner: *Die Politik der Päpste im 20. Jahrhundert* (erweiterte Neuausgabe von *Ein Jahrhundert Heilsgeschichte I u. II),* Reinbek 1991

Peter Wiener ist Historiker und lebt in Marburg

Konkret 10/98, S. 32

Mark B. Tauger

Schwarze Quellen

Die Hungerkatastrophe Anfang der 30er Jahre in der Ukraine ist eines der Paradebeispiele des »Schwarzbuch des Kommunismus« für roten Terror. Wie beurteilt die seriöse Geschichtsforschung den Fall?

Das *Schwarzbuch des Kommunismus* urteilt, die sowjetische Hungersnot von 1932/33 sei eines der größten Verbrechen des Kommunismus gewesen. In einem umstrittenen Vergleich bezieht sich Schwarzbuch-Herausgeber Stéphane Courtois auf diese Hungersnot, indem er den Hungertod eines ukrainischen Kulakenkindes mit dem eines jüdischen Kindes im Warschauer Ghetto gleichsetzt (der eine »wiegt genau so schwer« wie der andere). Er behauptet, daß kommunistische Regime systematisch den »Hunger als Waffe« einsetzten und Lebensmittel nach politischen Kriterien rationierten und verteilten. Sowohl Courtois als auch Nicolas Werth - der Autor des Kapitels, das sich insbesondere mit der Hungersnot befaßt - werten sie als Ergebnis einer bewußten Politik des sowjetischen Regimes.

Die Interpretation dieser Hungersnot im *Schwarzbuch enthält* jedoch Irrtümer, Mißverständnisse und Unterlassungen, die signifikant genug sind, um diese Darstellung zu schwächen, wenn nicht zu entkräften. Dieser Beitrag analysiert und kritisiert die im *Schwarzbuch* enthaltene Interpretation der Hungersnot und schlägt Parameter für eine genauere und vollständige Herangehensweise vor.

Zunächst ist festzuhalten, daß die Autoren des *Schwarzbuchs* sich über eine grundsätzliche Definition der Hungersnot nicht einig sind. In der Einführung spricht Courtois von der »ukrainischen Hungersnot«. Er behauptet sogar, sechs Millionen »Ukrainer« seien darin umgekommen. In seinem Kapitel über die Hungersnot stellt Werth jedoch fest, daß die Hungersnot sich auf viele Landesteile außerhalb der Ukraine, darunter sogar die Region Moskau und die Stadt Iwanowo, auswirkte und daß die Sterblichkeit infolge der Lebensmittelknappheit auch andere Volksgruppen als die Ukrainer betraf. Die meisten ernstzunehmenden Untersuchungen widersprechen der Ansicht, daß es sich ausschließlich um eine »ukrainische« Hungersnot gehandelt hat. 1

Werth führt die Hungersnot von 1932/33 zunächst auf die Ausbeutung der Bauern zurück und beschreibt sie schließlich als eine Form der Bestrafung der Bauern für ihren Widerstand gegen vorherige Maßnahmen der sowjetischen Agrarpolitik. Er erkennt dabei nicht, daß diese beiden Interpretationen sich deutlich unterscheiden, geschweige denn, daß er den Versuch unternimmt, sie miteinander zu vereinbaren.

Werth behauptet zunächst, daß die Hungersnot von 1932/33 sich dadurch von früheren russischen Hungersnöten unterschied, daß sie das Ergebnis der durch die Kollektivierung bedingten, »militär-feudalistischen« Ausbeutung der Bauern war. Er zitiert dabei den bekannten Ausdruck des sowjetischen Führers Nikolai Bucharin, den Werth hier allerdings mißversteht. Was Bucharin meinte, war, daß der Stalinismus eine Rückkehr zur harten zaristischen Haltung gegenüber den Bauern bedeutete. Er wollte wohl die damalige Hungersnot mit den Hungersnöten der Zarenzeit 2 vergleichen.

Mit der Bezeichnung »militär-feudalistische« Ausbeutung der Bauernschaft meint Werth, daß das Regime die Abgabequoten für Getreide zu hoch angesetzt habe und sich weigerte, sie zu ändern. 3 Hierbei unterstellt Werth eine gewisse, indirekte Absicht. Das Regime habe zwar nicht ausdrücklich eine Hungersnot auslösen wollen, aber Ernteabgabequoten erhoben, die so hoch waren, daß sie zur Hungersnot führten. Werth gibt keinen Grund an, weshalb das Regime diese Quoten so unnachgiebig hätte beibehalten wollen. Der Ausdruck »militär-feudalistische Ausbeutung« unterstellt wirtschaftliche oder Sicherheitsaspekte, aber darauf geht Werth nicht weiter ein.

Werth untermauert seine Behauptung, die Steuererhebungsquoten seien exzessiv gewesen, nicht mit Informationen über die tatsächliche Lebensmittelproduktion, sondern bezieht sich auf ungenau zitierte Prozentsätze über die Ernteabgaben. Er behauptet z. B., daß der Steuerplan 1932 um 32 Prozent über dem von 1931 gelegen habe. Seine Quelle erwähnt jedoch (im selben Satz), daß der Versorgungskommissar A. I. Mikojan Anfang 1932 die zunächst auf 29 Millionen Tonnen angesetzte Abgabequote noch im gleichen Frühjahr auf 18 Millionen Tonnen senkte. 4 Werth unterschlägt damit die Information, die seinem Argument widerspricht.

Die Unterlagen zeigen, daß die sowjetischen Behörden Anfang 1932 zwar hohe Quoten erwogen, daß aber die erste amtlich veröffentlichte Erhebungsquote - enthalten im Erlaß vom 6. Mai 1932, in dem auch der private Getreidehandel wieder legalisiert wurde - um fast 20 Prozent niedriger lag als die des Vojahres. 5 Im Laufe der folgenden Eintreibungskampagne strich das Regime die Quoten in den Regionen weiter zusammen, die die größten Schwierigkeiten hatten, sie zu erfüllen, darunter der nördliche Kaukasus und die Ukraine. 6 Werth erwähnt diese Maßnahmen nicht, obwohl einige seiner Quellen das tun. Insbesondere behauptet er, daß Molotow die Bitten örtlicher Behörden um eine Quotenreduzierung abgelehnt habe. Laut den verfügbaren Archivalien und auch Werths Quellen zufolge hat Molotow jedoch solche Senkungen bewilligt. 7

Somit stützen Werths Quellen sein Argument, die Hungersnot der Jahre 1932/33 sei ein Ergebnis »militär-feudalistischer Ausbeutung« durch hohe Steuererhebungsquoten gewesen, nicht. 8 Eine weitergehende Durchsicht der Unterlagen stellt auch Werths implizites Argument, das Regime habe durch Anhebung der Steuerquoten eine Hungersnot bewußt herbeiführen wollen, ebenfalls in Frage. Indem sie ganz im Gegenteil die Quoten senkten, versuchten die sowjetischen Führer offenbar, einen Kompromiß zwischen den Bedürfnissen der Dorfbewohner und dem Bedarf in den Städten, in der Armee usw. zu finden. Auf diesen Aspekt der Situation geht Werth nicht ein. Ebensowenig untersucht er den Ernte-Ertrag des Jahres 1932 - eine solche Untersuchung aber ist unverzichtbar für eine Beurteilung des Charakters der Hungersnot. 9

Werth kommt zu seiner zweiten zentralen These - daß das Regime die Hungersnot bewußt herbeiführte, um die Bauern für ihren Widerstand zu bestrafen -, indem er die Zwangsmaßnahmen diskutiert, zu denen die Sowjetführung im Sommer und Herbst 1932 griff, um landwirtschaftliche Produzenten zu zwingen, die Quoten zu erfüllen. Er beschreibt ein »regelrechtes Kriegsklima« auf dem Lande und zitiert den Bericht eines italienischen Diplomaten, der die Steuereintreibungskampagne als Versuch der Regierung wertete, über den »Feind« einen »Sieg« zu erringen. Werth spitzt diese Erwägung zu, indem er behauptet, daß es für den Sieg über den »Feind« nur eine Lösung gegeben habe: ihn auszuhungern. Er interpretiert Stalins berühmten Brief an Scholochow vom Mai 1933 so, daß Stalin die Hungersnot als berechtigte Bestrafung der Bauern für ihre »Sabotage« erachtete.

Gegen Ende des Kapitels stellt Werth die Hungersnot dann als letzte Phase im Konflikt zwischen dem Regime und den Bauern dar, der 1918-1922 begonnen habe. Er bezeichnet sie als »zweiten Akt des Krieges gegen die Bauern«, der mit der Kollektivierung der Landwirtschaft seinen Ausgang genommen habe. Er betont, daß die Regionen, die den stärksten Widerstand gegen die harten Agrarmaßnahmen (die Steuererhebungen von 1918-1921 und die Kollektivierung von 1929/1930) geleistet hatten, auch diejenigen waren, die von der Hungersnot von 1932/33 am härtesten betroffen waren. Insbesondere vertritt er den Standpunkt, daß 85 Prozent der 14.000 Aufstände und Bauernrevolten gegen die Kollektivierung in den durch die Hungersnot von 1932/33 »bestraften« Gebieten stattgefunden hätten. Damit führt er die Hungersnot ausdrücklich auf eine bewußte Entscheidung der sowjetischen Führung zurück, Rache für den früheren wie aktuellen bäuerlichen Widerstand zu nehmen. Diese Annahme erklärt jedoch weder den zeitlichen Ablauf der Hungersnot noch ihre Auswirkungen auf die Bevölkerung außerhalb der Dörfer.

Wenn die sowjetischen Führer die Bauern für ihren Widerstand gegen Steuererhebungen und Kollektivierung bestrafen wollten, warum warteten sie damit bis zur zweiten Jahreshälfte 1932? Die einzigen Entwicklungen in den Jahren 1931 und 1932, die nach Werths Schilderung zu einer Entscheidung geführt haben könnten, gegen die Bauern »hart durchzugreifen«, sind die Schwierigkeiten bei der Erfüllung der Erhebungsquoten des Jahres 1932 gewesen. Doch, wie oben erwähnt und entgegen der Behauptung Werths, fixierte das Regime die Quoten für 1932 auf einem Niveau, das unter dem für 1931 lag und senkte sie selbst auf dem Höhepunkt der Beschaffungskrise weiter. Diese Maßnahmen lassen eher auf eine Politik des Kompromisses denn auf eine Politik der Bestrafung schließen. Werth erklärt auch nicht, wieso das Regime 1932 trotz einer rigideren Kampagne weniger Getreide eintrieb als im Vorjahr, und ebensowenig, wieso die niedrigeren Ernteabgabequoten in den Dörfern im Vergleich zum Vorjahr zu einer weitaus größeren Hungersnot führten. Diese Tatsachen weisen eher darauf hin, daß das gesamte Land vor Problemen mit der Lebensmittelbelieferung stand. Eine Möglichkeit, die Werth nicht einmal erwägt.

Im übrigen: Wenn die sowjetischen Führer es darauf abgesehen hatten, die Bauern zu bestrafen, warum ließen sie zu, daß sogar in Moskau Arbeiter und ihre Familien zu Hunderttausenden verhungerten und daß Tausende von Rotarmisten keine Nahrungsmittel bekamen? Werth unterschätzt das Ausmaß der Hungersnot. Er betont zwar, daß sie Regionen traf, in denen Aufstände gegen die Kollektivierung stattgefunden hatten, aber Bauern hatten in der ganzen UdSSR rebelliert, von Weißrußland bis Sibirien. 10

Andere Quellen beweisen, daß die Hungersnot auch Stadtbewohner traf, ja sogar Arbeiter in Betrieben, die Vorrang genossen und denen größere Lebensmittelrationen zustanden, von der Roten Armee ganz zu schweigen.« Das war auch Stalins Argument in seinem Brief an Scholochow: Gewisse Bauern, die die Arbeit angeblich verweigerten, seien bereit gewesen, »die Arbeiter und die Rote Armee ohne Brot zu lassen«. Die Unterlagen weisen darauf hin, daß die Hungersnot selbst diejenigen erreichte, für die das Regime Lebensmittel beschaffte, und lassen auf grundsätzliche Probleme mit der Lebensmittelproduktion schließen.

Werths Behauptung, daß das Regime die Hungersnot bewußt herbeiführt habe, um die Bauern zu bestrafen, beruht auch hier auf einer Fehlinterpretation des Quellenmaterials (einschließlich Stalins Brief), während er andere Aspekte der Situation, die sein Argument nicht stützen, unberücksichtigt läßt - insbesondere die Bedürfnisse gesellschaftlicher Gruppen außerhalb der Dörfer. Auch die direkten Strafaktionen, die das Regime in der Krise unternahm, lassen Zweifel an dieser Interpretation aufkommen. Ende 1932 und Anfang 1933 wurden viele Bauern aus dem Kuban-Gebiet, denen Stalin und andere Vertreter des Regimes Sabotage vorwarfen, deportiert und Bauern aus Provinzen mit einem relativen Bevölkerungsüberschuß sowie schlechten Böden in die evakuierten Dörfer des Kubans geschickt. Laut dem Parteisekretär jenes Gebiets, B. P. Scheboldajew, »machten wir ausdrücklich publik, daß mutwillige Saboteure, Handlanger der Kulaken

und diejenigen, die nicht aussäen wollten, in den Norden ins Exil geschickt werden würden«. Deshalb, fuhr er fort, »täten wir besser, den reichen Boden des Kubans an Kolchosebauern einer anderen Region zu übergeben, deren Land arm und unfruchtbar ist.« Scheboldajews Aussage läßt darauf schließen, daß die sowjetischen Führer zwischen Bestrafung und Hungersnot sehr wohl zu unterscheiden wußten - und daß sie die Hungersnot nicht als »Waffe«, sondern als eine Krise ansahen, die zum Teil auf »Sabotage« oder Widerstand der Bauern zurückzuführen war und die sie durch konkrete Strafmaßnahmen wenigstens mildem zu können hofften. 12

Innerhalb der beschränkten Möglichkeiten dieses Beitrages lassen sich nur einige der wichtigsten Fragen ansprechen, mit denen sich beschäftigen muß, wer zu einem genaueren Verständnis der sowjetischen Hungersnot von 1932/33 gelangen will. Erstens: Wer die Ursachen einer Hungersnot erforschen will, muß sich mit der Frage der Produktion und Verfügbarkeit von Lebensmitteln im betroffenen Gebiet oder Land beschäftigen. Selbst Amartya Sen, der behauptet, daß einige der neueren Hungersnöte ohne vorausgegangene Lebensmittelknappheit zustande gekommen seien, recherchiert in jedem Fall auch Daten zur Lebensmittelproduktion. 13 Wenn in einer bestimmten Hungersnot eine echte Lebensmittelknappheit vorherrschte, kann man sie im Prinzip nur schwer als »bewußt herbeigeführt« bezeichnen. Eine ausreichend schwerwiegende Knappheit kann eine Hungersnot unausweichlich machen. Einige Veröffentlichungen, die vor dem *Schwarzbuch* erschienen sind, darunter meine eigene, auf bis dato geheimgehaltenen Archivdaten beruhende Studie 14, lieferten Anhaltspunkte, die vermuten lassen, daß die Ernte 1932 weitaus geringer ausfiel, als amtlich zugegeben wurde. Dies muß als primäre Ursache der Hungersnot gelten. 15 Werth aber berücksichtigt diese Quellen nicht und zeigt keinerlei Kenntnis von der Existenz dieser Literatur. Ein geringer Ernte-Ertrag - um den von Courtois bemühten Vergleich heranzuziehen -, würde bedeuten, daß die Krise, vor der die sowjetischen Bauern standen, weniger der Situation der Bewohner des von den Nazis belagerten Warschauer Ghettos, sondern eher derjenigen der Bauern im westlichen Niger-Gebiet ähnelte, die von der französischen Kolonialverwaltung dazu gezwungen wurden, trotz schlechter Ernten Steuern zu zahlen. Auch hier führten relativ zu hohe Abgaben, wie in der Sowjetunion 1931/32, zu einer großen Hungersnot. 16

Zweitens muß eine ernsthafte Diskussion über die Hungersnot alle Gruppen, die mit der Lebensmittelversorgung zu tun hatten, berücksichtigen. Courtois und Werth deuten die Hungersnot und auch andere Beziehungen zwischen dem Regime und den Bauern isoliert - so, als ob keine weiteren Bevölkerungsgruppen damit zu tun gehabt hätten bzw davon betroffen gewesen wären. Werth behauptet beispielsweise, daß es dem Staat nur um die Einnahmen gegangen s *, während die Bauern ums Überleben kämpften. Das ist unvollständig und irreführend. Dem Regime ging es genauso ums überleben. Die Lebensmittelbeschaffung bildete die Grundlage für das Überleben der Stadtbewohner und anderer Gruppen. Die Entwicklung der Bezugsschein-Wirtschaft belegt dieses Verhältnis. Eingeführt wurde sie, um mit der Lebensmittelknappheit zurechtzukommen, die mit der Getreidekrise 1928/29 einherging. Bis 1932/33 hatte sie mehr als 40 Millionen Menschen erfaßt. Abgeschafft wurde sie, als die Ernten 1933 und 1934 sie überflüssig machten. 17 Indem Courtois diese Lebensmittelrationierung als Mittel der Kontrolle und Bestrafung beschreibt, unterstellt er den sowjetischen Beamten weitaus mehr Macht, als sie in Wirklichkeit besaßen. Denn er berücksichtigt den Gesamtzustand der Lebensmittelversorgung nicht.

Durch meine Kritik am *Schwarzbuch* möchte ich die Tragödie der sowjetischen Hungersnot von 1932/33 keineswegs bestreiten. Genausowenig möchte ich die Verantwortung des Regimes für den Tod unschuldiger Menschen in Zweifel ziehen. Während der Hungersnot hat das Regime in der Tat Lebensmittel ausgeführt. Diese Ausfuhren wurden zwar drastisch reduziert und schließlich eingestellt, gleichwohl aber hat das Regime nicht genug unternommen. Es stand zwar vor einer militärischen Bedrohung nach der japanischen Eroberung der Mandschurei, dennoch hätte es möglich sein sollen, mehr zu tun, um die Auswirkungen der Hungersnot zu lindem, ohne die Sicherheit des Staatswesens zu gefährden. 18

Aber Verantwortung und Absicht sind zweierlei. Die Hungersnot von 1932/33 war ein überaus kompliziertes Ereignis mit umweltbedingten und menschlichen Ursachen und Auswirkungen, die weit über die »Hungersnotzone« hinausgingen, auf die Courtois und Werth ihre Diskussion konzentrieren. Die Maßnahmen des sowjetischen Regimes waren zwar hart, scheinen jedoch eher daran orientiert gewesen zu sein, eine unbeabsichtigte wirtschaftliche Krise und Lebensmittelknappheit zu bewältigen, als eine derartige Krise bewußt herbeizuführen, um eine bestimmte Gruppe zu bestrafen. Aus diesen und anderen Gründen sind mehrere Wissenschaftler der Meinung, daß diese Hungersnot keinesfalls in die gleiche Kategorie von »Verbrechen gegen die Menschheit« gehört wie der Holocaust. 19 Diese Krise der Sowjetunion hatte weitaus mehr mit den Krisen gemeinsam, vor denen seit dem Zweiten Weltkrieg Entwicklungsländer standen, die versuchten, den unflexiblen Forderungen anderer Staaten und internationaler Organisationen zu entsprechen, indem sie die industrielle Entwicklung dadurch forcierten, daß sie ihrer eigenen Bevölkerung Opfer auferlegten.

Anmerkungen:

1 Zu neueren Forschungsergebnissen über das Ausmaß der Hungersnot siehe die Rezension von Robert Conquests *Harvest of Sorrow* von R. W Davies, in: »Detente« 9/10 (1987), S. 44-45; S. V Kul'chyts'kyy, »Do otsiny stanvishcha v sil's'komu

hospodarstvi USSR«, in: »Ukrainskyi istorichnyi zhumal«, 1988, Nr. 3; Mark B. Tauger, »The 1932 Harvest and the Famine of 1933o, in: »Slavic Review 50« Nr. 1, S. 85-86.

2 Zu Bucharins Gebrauch dieses Ausdrucks auf dem ZK-Plenum im Februar 1929 vgl. z. B. R. V. Daniels, *The Conscience of the Revolution,* New York 1969, S. 364.

3 Bis 1932 versorgte die Regierung das Land auf verschiedenerlei Art und Weise mit Lebensmitteln, z. B. über Verträge mit Produzenten, über Tauschhandel und über nichtmarktbezogene Maßnahmen, die Zwang beinhalteten und in der Regel als »Beschaffungen« (zagotovki) bezeichnet wurden. Das Regime plante diese Steuererhebungen auf der Grundlage von Annahmen über die mutmaßliche landwirtschaftliche Produktion sowie den Bedarf an Getreide und anderen Lebensmitteln für die Städte und Dörfer, die Streitkräfte, den Export und die Notreserven.

4 »Mikojan hat bestimmt keine Probleme vorausgesehen, als er Ende 1931 für die nächste Kampagne das fabelhafte Ziel von 29,5 Mio. Tonnen festsetzte. Später, als zu Beginn der Kampagne 1932 die Situation auf dem Lande immer alarmierender wurde, sollte er sein Ziel für Getreide auf 18 Mio. Tonnen senken und sein Ziel für Fleischprodukte halbieren« (Moshe Lewin, »Taking Grain«, in: *The Making of the Soviet System,* New York 1985, S. 153). Das trifft nicht ganz zu. Die Entscheidung wurde noch früher gefällt: im Mai 1932, bevor die Erhebungskampagne begann (siehe unten).

5 Das Gesetz wurde in der sowjetischen Presse veröffentlicht und von Sowjetbürgern wie ausländischen Beobachtern als großes Zugeständnis, ja sogar als Neuauflage des NEP gesehen. Siehe Mark Tauger, »The 1932 Harvest and the Famine of 1932-1933«, in: »Slavic Review«, Frühjahr 1991, S. 71/72. Die Getreidequoten für Kolchosen und nicht-kollektivierte Bauern betrugen 1931 22,4 Mio. Tonnen und 1932 18,1 Mio. Tonnen.

6 Siehe z. B. die Entscheidung der Osobie papki Politbüro vom 17.8.1932, »den Vorschlag des Genossen Stalin anzunehmen, den Getreideplan für die Ukraine als Ausnahme für die besonders notleidenden Gebiete der Ukraine um 40 Mio. Pud (640.000 Tonnen) zu reduzieren«, und den darauffolgenden Erlaß vom 29.8.1932, der die von den ukrainischen Behörden vorgenommene Differenzierung dieser Reduzierung nach Regionen genehmigte (RTsKhIDNI 17.162.13, Sitzungen vom 25.8. und 1.9.1932). Vergleichbare Reduzierungen der Planziele kamen im Herbst 1932 für die Ukraine, den nördlichen Kaukasus und andere Gebiete hinzu.

7 Die in die Ukraine entsandte Molotow-Kommission von Oktober/November 1932, die von den Autoren diskutiert wird, beschloß bedeutende Reduzierungen der Quoten für Kolchosen, Sowehosen und nicht-kollektivierte Bauern. Diese Pläne wurden nach Gebieten unterteilt und die Ergebnisse sofort an lokale Behörden telegrafisch übermittelt (RTsKhIDNI fond 17 opis 26 delo 54, 11. S. 279-281, Protokolle des Politbüros der ukrainischen KP). Werths Quellen diskutiert N. A. Ivnitskii, Kollektivizatsiaia i raskulachivanie, Moskau 1994 im Kapitel 3.3: die Senkungen der Steuererhebungsquoten.

8 Damit verbunden ist die Behauptung der Autoren, daß das Regime 1933 trotz der Hungersnot 1,8 Mio. Tonnen Getreide ausführte. In Wirklichkeit wurde nur eine geringe Teilmenge von ca. 300.000 Tonnen vor der Ernte 1933 exportiert. Der Rest wurde ausgeführt, als die Hungersnot zum größten Teil vorbei war, vgl. Tauger, »The 1932 Harvest«, S. 88.

9 Die Bedeutung des Ernteumfangs für die russischen Hungersnöte im allgemeinen wird bei Arcadius Kahan, »Natural Calamities and their Effect on the Food Supply in Russiao, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 16 (1968), S. 353-377, besprochen. Für die Ernte 1932/33 siehe Tauger, »The 1932 Harvest«.

10 Die regionale Verteilung dieser Aufstände wird aus den Archiven bei Lynn Viola, *Peasant Rebels Under Stalin,* New York 1996, S. 140 zitiert.

11 Zu den nicht ausreichenden Lieferungen für Industriearbeiter siehe Osokina, *Ierarkhiia potrebleniia,* Kap. 1, S. 15-43. Das sowjetische Militär stand in dauerndem Konflikt mit dem Versorgungskommissariat. Es ging um Lebensmittel und andere Vorräte, von denen es schließlich nur einen Bruchteil des Bedarfs erhielt. Siehe RGVA (Russisches Militärisches Staatsarchiv) fond 47 opis 9 delo 216.

12 E. N. Oskolkov, *Golod 1932/1933, Rostow na Donu 1991, S.* 54-56, diskutiert die Verbannung und Umsiedlung dieser Kuban-Dörfer. Aus ähnlichen Gründen wurden einige Dörfer in der Ukraine und in anderen Gebieten ebenfalls umgesiedelt. Das Zitat stammt aus B. P. Scheboldajew, *Stati i rechi 1932-1933, Rostow na Donu 1934,* S.67.

13 Amartya Sen, *Poverty and Famines,* Oxford 1981.

14 Tauger, »The 1932 Harvest«.

15 Siehe S. G. Wheatcroft, R. W Davies, J. M. Cooper, »Soviet Industrialization Reconsidered: Some Preliminary Conclusions about Economic Development between 1926 and 1941 «, in: »Economic History Reviewo (2nd ser.), 39, 2 (1986), S. 282-3; Tauger, »The 1932 Harvesto; Davies, Wheatcroft und Mark Harrison (Hg.), *The Economic Transformation of the Soviet Union 1913-1945,* Cambridge 1994, Kap. 2, S. 6.

16 Zur Hungersnot 1931 im Obervolta-Gebiet vgl. Finn Fuglestad, »La grande famine de 1931 dans l'Ouest Nigérien«, in: »Revue française d'Histoire d'Outremer«, t. LXI (1974), Nr. 222, S. 18-33. Die Sterblichkeit in dieser Hungersnot lag

relativ sehr viel höher als in der Sowjetunion, obwohl das betroffene Gebiet und die betroffene Bevölkerung viel kleiner waren. Dieser Unterschied resultierte zum Teil aus der französischen Steuerpolitik, die viel rigider als die sowjetische Beschaffungspolitik war.

17 R. W Davies, *Crisis and Progress in the Soviet Economy 1931-1933,* London, 1996, S. 530.

18 Zur Kriegsgefahr nach der japanischen Eroberung der Mandschurei vgl. G. A. Lensen, *The Damned Inheritance: The Soviet Union and the Manchurian Crises* 1924-1935, Tallahassee, Florida 1974, Kap. 12.

19 Zum Vergleich zwischen der Hungersnot und dern Holocaust siehe Alan S. Rosenbaum (Hrsg.), *Is the Holocaust Unique?,* Boulder, Colorado 1996, insbesondere Steven T. Katz, »The Uniqueness of the Holocaust: The Historical Dimension«, S. 19-39, und Barbara Green, »Stalinist Terror and the Question of Genocide: The Great Famine«, S. 137-162.

Der Beitrag entstammt dem von Jens Mecklenburg und Wolfgang Wippermann herausgegebenen Buch *Kritik des »Schwarzbuchs des Kommunismus«,* das soeben im Konkret Literatur Verlag erschienen ist.

Mark B. Tauger ist Assistenzprofessor am Department of History der West Virginia University

Konkret 10/98, S. 34

Otto Köhler

Schwamm drüber

Das Ministerium für Wahrheit schreitet voran: Eine DDR-Forschung zur Geschichte der NSDAP scheint es nie gegeben zu haben, und die innige Verbindung von Nazis und Großindustrie wird noch Kräften ignoriert

Sie sind weg, verschwunden, getilgt, die DDR-Historiker, die nach dem Anschluß ihre Lehrstühle verloren. *Fifty Years of Writing the History of the Second World War* heißt eine von dem niederländischen Historiker Dick van Galen Last zusammengestellte Bibliographie, die vom »Comité International d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale« herausgegeben wurde. Das DDR-Komitee für die Geschichte des Zweiten Weltkriegs war bis 1990 Mitglied des Comité International, DDR-Historiker hatten mitgewirkt, Wolfgang Schumann und Olaf Groehler saßen in seiner Leitung. Beide sind inzwischen verstorben. Ihr Lebenswerk ist aus der Forschung zum Zweiten Weltkrieg nicht wegzudenken. Aber es ist weggewischt, ausradiert, auf dem Müll gelandet, wie 1990 die Bücher der DDR-Verlage auf den Abfallberg bei Leipzig geschafft wurden, damit Platz werde in den ostdeutschen Buchhandlungen für die Produkte des einstigen Gestapo-Agenten Heinz Konsalik.

1. 146 Titel auf 97 Seiten umfaßt die Bibliographie des Comité International -doch kein einziges Werk eines DDR-Historikers ist verzeichnet. Bibliograph van Galen Last ist Bibliothekar am Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie in Amsterdam und bestimmt auch die Ankaufspolitik des Instituts. Er soll in einer bisher nicht öffentlichen Stellungnahme erklärt haben, daß alle Titel aus der DDR vor 1989 sowieso durch den Kalten Krieg geprägt, entsprechend deformiert und darum für die Aufnahme in eine wissenschaftliche Bibliographie nicht geeignet seien.

Er allein kann so dumm und borniert kaum sein; ob er westdeutsche Hintermänner hat, ist unklar. Andererseits haben neben den betroffenen Ost-Historikern auch westdeutsche Mitglieder des Komitees protestiert. Einen »wissenschaftlichen Skandal« nennt Manfred Messerschmidt, der pensionierte Leiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg, die »Vernachlässigung der Leistungen der Historikerkollegen aus der DDR«, aber auch Eberhard Jäckel teilt aus Stuttgart einem ostdeutschen Kollegen seine »unguten Gefühle« über »das Schicksal« mit, das »Ihnen und Ihren Kollegen zuteil« geworden sei.

Eines der unterschlagenen Bücher ist die *Geschichte der NSDAP* von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker, die 1981 im Ostberliner Verlag der Wissenschaften und zugleich im Kölner Pahl-Rugenstein Verlag erschien. Damals zeigte sich der Kölner Zeitgeschichtler Andreas Hillgruber, später im Historikerstreit an der Seite Ernst Noltes, verärgert: Diese »durchaus geschickt arrangierte, knappe Parteigeschichte«, stoße in eine Lücke, die »bisher von bundesdeutschen Historikern wohl aus Skrupeln gegenüber einer solch gerafften Zusammenfassung angesichts der höchst komplizierten Materie stehen gelassen wurde«.

Es gibt zwar zahlreiche lokale und regionale Studien über die Entwicklung der NSDAP, aber Gesamtdarstellungen sind selten. Vorhanden sind zeitlich eingeschränkte Monographien der Frühgeschichte der NSDAP, wie etwa der 1923 endende *Sturm auf die Republik* vom umtriebigen Werner Maser, der gerade erst als Weißwäscher von Heinrich George und früher schon mal als Entdecker eines Hitler-Sohnes hervorgetreten ist. Jochen von Langs 1989 erschienenes Buch *Die Partei,* das tatsächlich den Gesamtzeitraum von 1920 bis 1945 umfaßt, entzieht sich der wissenschaftlichen Diskussion, da der Autor auf Quellenangaben verzichtet hat. Nur im Ausland gab es seit 1973 eine zweibändige *History of the Nazi-Party* des US-Historikers Dietrich Orlow. Und 1983 veröffentlichte der in Kanada lehrende deutsche Historiker Michael H. Kater in England eine NSDAP-Geschichte unter dem Titel *The Nazi Party.* Beide Publikationen wurden nie ins Deutsche übersetzt.

Die von Hillgruber beklagte Lücke war also noch immer vorhanden, als sich jetzt der PapyRossa Verlag entschloß, die vergriffene NSDAP-Geschichte von Pätzold und Weißbecker neu aufzulegen - unverändert war das allerdings nicht möglich. Tatsächlich gab es 1981 einen im Wissenschaftsbetrieb der DDR immer mal wieder durchdringenden Parteiverlautbarungsstil, der die Lektüre schwer erträglich machte -vergleichbar dem ganz anders gepolten Geraune, mit dem Weltklasse-Historiker des Westens, wie Lothar Gall, die Geschichtsschreibung der Deutschen Bank noch immer betreiben. Es waren inzwischen aber auch, wie Pätzold/Weißbecker im Vorwort betonen, »neuere Forschungen, unsere eigenen eingeschlossen, zu berücksichtigen«. Ein weitgehend neues Buch ist entstanden.

Keine Frage: In der DDR gab es frühzeitig umfangreiche und wichtige Forschungen über das Verhältnis von Industrie, Kapital und NSDAP. Die aus der NS-Zeit übernommenen Werks- und Bankenarchive waren verständlicherweise im Osten der Forschung viel früher zugänglich als im Westen, wo selbst heute noch vieles verschlossen bleibt. Aber gelegentlich vertraute man weniger den Fakten als einer vorgefaßten Theorie: der einer Verschwörung zwischen Hitler und dem Kapital.

Mittlerweile sind Pätzold und Weißbecker davon abgerückt. Sie stellen ausdrücklich fest, daß die Wirklichkeit des »Dritten Reiches« »zu keinem Zeitpunkt uneingeschränkt den Wünschen aller Kapitaleigner und Wirtschaftsführern entsprochen

habe. »Unüberbrückbare Gegensätze« zwischen Wirtschaftsführern und NSDAP, von denen westliche Geschichtsprofessoren nicht nur in den Zeiten des Kalten Krieges träumten, vermögen die Autoren allerdings noch immer nicht aufzufinden. Es gab, wie sie betonen, zwar »massenhaft Zeugnisse«, die von »Einwänden, Kritik, Unzufriedenheit und auch von Konflikten zwischen >Politik und Wirtschaft(zeugen. Doch das waren Querelen mit einzelnen Parteiorganisationen und mit Parteiführern der unteren und mittleren Ebene, die eine Übereinstimmung im Ganzen nicht ernsthaft in Frage stellen konnten.«

So belegt das Kapitel »Aufstieg zur wählerstärksten Partei des Kapitals« über die Zeit nach 1930 eigentlich erst heute ausreichend die mit dieser Formulierung behauptete These. Und zwar überraschenderweise vor allem unter Bezugnahme auf neuere Resultate westlicher Forschung, wobei sich die Autoren nicht scheuen, auch auf die Entdeckungen des unternehmerfreundlichen Historikers Henry A. Tarner zurückzugreifen oder - ganz vorurteilsfrei - auf ältere Untersuchungen Heinrich August Winklers, der ja immerhin bald nach der Wende im Sturmlauf Pätzolds Lehrstuhl an der Humboldt-Universität erobert hatte und von dort als Säuberungskommissar selbst noch gegen hinter der Universität befindliche Straßenschilder tätig wurde.

Die Autoren befinden sich auf dem aktuellen Stand der Forschung. Doch um das herauszufinden, muß man sich schon die Mühe machen, den 50 Seiten umfassenden Anmerkungsapparat durchzuarbeiten. Ein Gesamtverzeichnis der benutzten Literatur und der aufgesuchten Archive fehlt leider - das Buch, sagt der Verlag, wäre sonst zu teuer geworden.

Pätzold/Weißbeckers *Geschichte der NSDAP* endet mit dem Verbot der Partei durch die Alliierten im Mai 1945. Ein Forschungsdesiderat bleibt, was aus ihren Mitgliedern danach geworden ist - immerhin besetzten dank des in das Grundgesetz eingefügten Artikels 131 auf dem Gebiet der Bundesrepublik mehr Ex-Mitglieder der nunmehr verbotenen NSDAP Ämter und Behörden, als es in der Zeit ihrer Herrschaft dort gegeben hatte. »Wir haben die eifrigsten Wächter zu sein über das Schönste und das Beste, was uns der Nationalsozialismus gegeben hat, die Geschlossenheit unserer Volksgemeinschaft«, zitieren die Autoren den Hitler-Nachfolger Karl Dönitz mit einer Anweisung, die er eine Woche nach der bedingungslosen Kapitulation Großdeutschlands zwecks »Ausrichtung des Offizierskorps« ausgegeben hatte.

Restlos weg aus der DDR und angekommen in der Bundesrepublik Deutschland aber sind die Autoren nicht: Sie relativieren im letzten Kapitel mit keinem Satz ihr Happy-End. Für sie endet die Geschichte der NSDAP tatsächlich mit dem »strikte(n) Verbot dieser Partei und aller ihrer Organisationen« durch die Alliierten. Das mag gelten für den verordneten Antifaschismus des Landes, aus dem sie gekommen sind. Doch in der Bundesrepublik ist damit kein Staat zu machen. Roman Herzog, engster Schüler und Lieblingsassistent des verstorbenen führenden NS-Rechtswahrers, CSU-Ministers und DVU-Rechtsberaters Theodor Maunz, hat in dem zusammen mit seinem Lehrer herausgegebenen maßgeblichen Grundgesetz-Kommentar festgelegt, daß solche alliierten Bestimmungen für uns längst nicht mehr gelten. Es sei »obsolet«, erklärte der nunmehrige Bundespräsident in seinem Kommentar zum Artikel 103 GG, daß die zur »Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus« erlassenen Rechtsvorschriften nicht abgeschafft werden dürften. Herzog hantiert da mit einem Trick. Weil das Grundgesetz »allen totalitären Welt- und Staatsauffassungen ablehnend-kämpferisch« gegenüberstehe, gebe es in ihm keinen Platz für eine »Sondervorschrift nach rechts«. Kommunisten also dürfen sich auf ein NSDAP-Verbot allenfalls dann berufen, wenn sie sich selbst verboten wähnen.

Von einem endgültigen NSDAP-Verbot konnten Pätzold und Weißbecker 1981 in der Erstauflage ihres Buches noch ausgehen, damals waren sie Bürger der DDR. Heute sind sie angeschlossene Bürger der Bundesrepublik Deutschland. Sie sehen doch drüben am besten, was los ist. Und danach sollten sie sich gefälligst auch richten.

Er sagte es: »Die Macht ..., die die großen historischen Lawinen religiöser und politischer Art ins Rollen brachte, war seit urewig nur die Zauberkraft des gesprochenen Wortes. Die breite Masse eines Volkes vor allem unterliegt immer nur der Gewalt der Rede. Alle großen Bewegungen aber sind Volksbewegungen, sind Vulkanausbrüche menschlicher Leidenschaften und seelischer Empfindungen, aufgerührt entweder durch die grausame Göttin der Not oder durch die Brandfackel des unter die Masse geschleuderten Wortes ... «

Die Brandfackel seines Wortes unter die Masse schleudern, Lawinen ins Rollen bringen - so definierte Adolf Hitler seine Aufgabe, als er nach dem mißglückten Putsch vom 9. November 1923 die Festung Landsberg zu einem mehrmonatigen Arbeitsurlaub für die Niederschrift von *Mein* Kampf nutzen konnte. Die Fackeln scheinen abgebrannt, die Lawinen abgetragen. Doch die breite Masse dieses Volkes hat es tatsächlich gegeben, die sich von Hitlers Rede verzaubern ließ, durch die ein Ruck ging, wenn er sprach.

Wer Hitler-Reden heute nachliest, kann das nur verstehen, wenn er sich klar macht, daß dieser Mann geheime Wünsche und Sehnsüchte dieser Masse aussprach, daß er auch Ausdruck eines Volkswillens war.

Insofern ist es nützlich, daß uns Hitlers Reden in einer wissenschaftlichen Edition des Instituts für Zeitgeschichte zur Verfügung gestellt werden. Dankenswerterweise hat der Wissenschaftsverlag K. G. Saur in München die schwierige

Aufgabe übernommen, diese Edition zu verlegen -eine Spekulation auf Käuferschichten aus den Reihen alter und neuer Nazis scheidet hier aus. Problematisch bleibt nur, wie das Institut für Zeitgeschichte seine editorische Aufgabe erledigt hat.

Da fällt auf, daß es Hitler war, der 59 Jahre vor den Leipziger Helden, 1930, Studenten mit dem Slogan bediente: Wir *sind ein Volk.* Da fällt aber auch auf, daß im Verzeichnis der Quellen und der Literatur die umfangreiche Forschung der DDR-Historiker fast überhaupt nicht auftaucht, obwohl - oder weil? - sie sich besonders intensiv mit dem Verhältnis Hitlers zur Industrie - und umgekehrt - beschäftigt haben. US-Historikern mit dem gleichen Forschungsansatz geht es übrigens ähnlich.

Dabei verlieren sich die Anmerkungen und Erläuterungen des Instituts zu den Hitler-Reden im für eine wissenschaftliche Edition nun wirklich Überflüssigen. Den Grundbestand der Bibel etwa rechnet das Institut für Zeitgeschichte nicht zur Allgemeinbildung. Wenn Hitler sagt: »Für ein Linsengericht einer einmaligen Anleihe verkauft man alle Begriffe von Anstand und Ehrgefühl ... «, dann unterrichtet uns das Institut - korrekt -: »Anspielung auf 1. Mose 25, 29-34. Esau verkauft sein Erstgeburtsrecht an Jakob.« Da gäbe es jedoch manches Dokument, das eher Erläuterung verdient, beispielsweise der abgedruckte Hitler-»Erlaß Nr. l«, SA-Anordnung vom 3. Februar 193 1: »Der Obersten SA-Führung liegen eine Reihe von Meldungen und Anzeigen vor, die sich gegen SA-Führer und -Männer richten und vor allem Angriffe wegen des Privatlebens dieser Persönlichkeiten enthalten. ... Ich weise diese Zumutung grundsätzlich und in aller Schärfe zurück.«

Verständlich, denn an eben diesem 3. Februar 1931 zog Hitler aus dem bescheidenen Hotel Sanssouci in das prächtige Grandhotel Kaiserhof , von dem aus er zwei Jahre über die Straße ging und - irgendwie - in der Reichskanzlei ankam. Der ahnungslose Goebbels hatte ebenfalls am 3. Februar 1931 in sein Tagebuch geschrieben: »Stärkeren Sozialismus in die Fraktion impfen. Wird heute angefangen.« Hitler aber bekam an diesem Tag im Kaiserhof die Zusage von zwei führenden Herren der Allianz-Versicherung, fünf Millionen Mark für die Bewaffnung der SA im Falle eines Bürgerkriegs zur Verfügung zu stellen. Das alles ist in den Anmerkungen zu diesem Tag nicht vermerkt, obwohl umfangreiche Aufzeichnungen darüber im Institut für Zeitgeschichte vorhanden sind. Sie stammen von Otto Wagener, der 1931 und 1932 Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP war. Hier aber wird das Verhalten des Instituts für Zeitgeschichte seltsam. Die 34 Hefte mit den Aufzeichnungen Wageners sind unter dem Titel *Hitler aus nächster Nähe* mit Hilfe des Instituts 1978 in Auswahl als Buch erschienen. Doch diese wichtige, ja für die Anmerkungen der Hitler-Edition eigentlich unentbehrliche Quelle wird von den Herausgebern nur sehr sparsam genutzt - und gerade dort nicht, wo sie äußerst aufschlußreich ist - beim Verhältnis Hitlers zur Industrie.

Historische Legenden dagegen werden in den Instituts-Anmerkungen ganz ungeniert weitergestrickt. In seiner Münchner Rede vom 6. März 1929 (»Ein neues Deutschland tut not«) äußerte sich Hitler über die Rolle der Freikorps in ihrem Kampf gegen die neue deutsche Republik: »Nochmals erlebten wir das, als im Jahr 1919 die Republik zu wanken begann und leider damals Hunderttausende junger deutscher Idealisten, statt kalt zuzusehen, ihr Blut neu opferten, um die Republik zu retten, und damit bewiesen, daß sie die einzigen waren, die wirklich lebendige Kraft verkörperten.« Das Institut für Zeitgeschichte spinnt in seiner Fußnote diese Sicht Hitlers fort, indem es behauptet: »Bezieht sich auf den Einsatz von Reichswehr und Freikorps zur Niederschlagung der inneren Unruhen. ... Die Freikorps wurden nach dem Ende des Ersten Weltkriegs aus Formationen der alten Armee sowie aus Freiwilligen gebildet ... Sie wurden gegen die kommunistischen Aufstände im Reich sowie im Baltikum und in Oberschlesien eingesetzt. Nach der inneren und äußeren Stabilisierung der Weimarer Republik wurden sie in die Reichswehr überführt oder aufgelöst.«

Stabilisierung der Republik? Einsatz gegen innere Unruhen? Es waren die Freikorps, die 1920 den Kapp-Flutsch auslösten, die Brigade Ehrhardt marschierte gegen die gewählte Regierung in Berlin, so wie zuvor schon die Todesbrigaden der Freikorps im Osten gemordet und geplündert hatten.

Das große Industriellentreffen mit Hitler zwecks Verabredung der Spendenvergabe und dessen ungeheuer aufschlußreiche Rede bei dieser Gelegenheit können aus einem Sachzwang in dieser Edition nicht vorkommen. Sie endet nämlich mit dem 30. Januar 1933, dem Tag der Machtübergabe. Der Spendentreff fand jedoch erst am 20. Februar statt. Aber wie das Institut für Zeitgeschichte den Industriellenvertreter dieses Treffens bei früherer Gelegenheit im Anmerkungsapparat auftreten läßt, ist nicht einleuchtend. Gustav Krupp von Bohlen und Halbach wird uns vorgestellt als Großindustrieller, 1909 bis 1943 Aufsichtsratsvorsitzender des Krupp-Unternehmens, 1910 bis 1933 Mitglied des Preußischen Herrenhauses bzw. des Preußischen Staatsrates, 1931 bis 1934 Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Gestorben 1950. Und da war nichts, was ihn mit Hitler verband?

War er am Ende ein Mann des heimlichen Widerstands? Dort, wo er erstmals genannt ist, in der Hitler-Rede »Die deutsche Not und unser Weg« aus dem Jahr 1928, wird er vom Führer negativ erwähnt, ein Mann, der bei den Banken betteln gehen muß. War es, wenn man schon allerlei neutrale Wirtschaftsfunktionen dieses Mannes aufzählt, wirklich nicht erwähnenswert, daß dieser Krupp gleich 1933, eine Woche vor dem Reichstagsbrand, als Gast des Reichstagspräsidenten Hermann Göring das große Spendentreffen der deutschen Industrie mit dem neuen Führer und Reichskanzler anführte?

Daß der ihn im Mai zum Vorsitzenden der Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft ernannte? Daß Krupp sich im Gegenzug ungeheure Profite holte durch seine von der SS bewachten 50 Arbeitslager in und um Essen? Daß dort und in Krupps Munitionsfabrik in Auschwitz an die 80.000 Zwangsarbeiter unter elenden Bedingungen umkamen oder umgebracht wurden?

Nein, das alles interessiert das Institut für Zeitgeschichte nicht, statt dessen zählt es auch noch die gesellschaftsfähigen Funktionen Gustav Krupps auf, seinen Eintritt in den diplomatischen Dienst, seine Tätigkeit als Legationsrat in Washington, Peking und beim Vatikan von 1899 bis 1906. Zeitgeschichte nach Münchner Art ist das, taktvolle Diskretion, wo immer es not tut.

Trotz dieser notwendigen Einwände: Die Edition der Reden, Schriften, Anordnungen Hitlers vom Februar 1925 bis zum Januar 1933 ist für wissenschaftliche Zwecke höchst nützlich, die Anmerkungen des Instituts können bei Kennern der Literatur nicht viel Schaden anrichten.

Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker: *Geschichte der NSDAP - 1920 bis 1945.* PapyRossa Verlag, Köln *1998, 580* Seiten, *68* Mark

Adolf Hitler: *Reden, Schriften, Anordnungen -Februar 1925 bis Januar 1933.* Band I-VI in zwölf Teilbänden. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. K. G. Saur Verlag, München *1992 ff.,* je *128* Mark

Konkret 10/98, S. 38

gruppe demontage

Alptraum Euskadi

Die baskische ETA orientierte sich in den 60er Jahren an den siegreichen Bewegungen in Algerien und auf Kuba. Heute kennt sie nur noch Basken

Am 15. Juli 1998 schloß die spanische Regierung mit Polizeigewalt die beiden wichtigsten Medien der linksnationalistischen Bewegung im Baskenland - die Zeitung »Egin«, ihre Druckerei und den gleichnamigen Radiosender. Elf Gesellschafter der Firma wurden wegen angeblicher ETA-Mitgliedschaft verhaftet. Dennoch produziert die »Egin«-Belegschaft weiterhin täglich eine Notausgabe, die »Euskadi Información«.

Die Proteste gegen die Schließung waren vielfältig. Auch die konservative PNV, die Baskisch-Nationalistische Partei, protestierte in Madrid dagegen, daß die spanische Regierung möglicherweise mit einem Verbot der linksnationalistischen Partei Herri Batasuna noch vor den Regionalwahlen am 25. Oktober den baskischen Nationalismus insgesamt diskriminieren wolle. Die praktische Solidarität der PNV war eher gering. So durfte die »Egin«-Belegschaft die Druckerei der PNV-Tageszeitung »Deia« nicht für die Produktion ihrer Notausgaben benutzen. Vielmehr übte die PNV weiterhin Druck auf Herri Batasuna aus, sich vom bewaffneten Kampf der ETA zu distanzieren und lockte mit einer möglichen parlamentarischen Zusammenarbeit nationalistischer Parteien unter ihrer Führung.

Herri Batasuna (»Volkseinheit«) erhielt bei den Regionalwahlen 1994 im Baskenland 12,2 Prozent der Stimmen. Als einzige Partei hat sie sich bislang nie von Anschlägen der ETA distanziert. Neben Herri Batasuna umfaßt das linksnationale legale Spektrum im Baskenland (MLNV - Movimiento de Liberación Nacional Vasco/»Baskische Bewegung der nationalen Befreiung«) eine Vielzahl von Organisationen wie etwa die Gewerkschaft LAB oder die Frauenkoordination Egizan. Bis Mitte Juli 1998 hatte die MLNV mit der »Egin« eine eigene Tageszeitung. Die MLNV bezieht sich auf die Guerilla ETA (Euskadi ta Askatasuna/ »Baskenland und Freiheit«).

Den Kämpfern der ETA gegenüber steht der spanische Staat mit seinem paramilitärischen Polizeiapparat, dem militärischen Geheimdienst CESID und dem Sondergerichtshof Am 1. Dezember 1997 verurteilte das Gericht 23 Mitglieder des Vorstandes von Herri Batasuna wegen Kollaboration mit der ETA zu je sieben Jahren Haft. Herri Batasuna hatte 1996 ein Video als Wahlwerbespot beim Fernsehen eingereicht, welches ihr von der ETA zugespielt worden war. Vermummte stellten darin im Namen der ETA ihr Verhandlungsangebot vor, die »Demokratische Alternative«. Als Gegenleistung für einen Waffenstillstand forderten sie die Freilassung der 600 politischen Gefangenen aus ETA und MLNV, den Abzug der spanischen Armee und Polizei und eine dann folgende Volksabstimmung über die Unabhängigkeit des gesamten als Baskenland beanspruchten Territoriums sowie ein nationales Selbstbestimmungsrecht.

Diese vier Punkte sind langjährige zentrale Forderungen der ETA und bereits im »Sieben-Punkte-Programm« von 1978 enthalten. In der »Demokratischen Alternative« von 1996 fehlen die drei Forderungen des »Sieben-Punkte-Programms«, die über nationalistische Kategorien hinausgehen: die »allgemeinen Verbesserungen für die Arbeiter«, die »fortschrittliche demokratische Staatsverfassung« und die »vollen demokratischen Rechte«.

Der zunehmenden Nationalisierung der Politik der ETA steht eine gesellschaftliche Entwicklung gegenüber, in der sich ein erheblicher Teil der auf dem beanspruchten Territorium lebenden Bevölkerung dagegen verwahrt, zur »baskischen Nation« gerechnet zu werden. Während zwischen 1979 und 1991 die Parteien der verschiedenen baskischen Nationalismen zusammen noch über 50 Prozent der Stimmen erhielten, erreichten sie seitdem keine rechnerische Mehrheit mehr. Insbesondere die in den 50er bis 70er Jahren aus Südspanien zugewanderten Arbeitsmigranten sehen für sich heute keinen Platz mehr in der baskischen Autonomiebewegung. Seitdem sich auch der linksnationalistische Teil der Bewegung von seiner früheren sozialistischen Rhetorik abgewandt hat und nur noch »Freiheit für das baskische Volk« will, gibt es zu den völkischen Phrasen des traditionellen Nationalismus keine Alternative mehr.

Seit 1996 regiert in Madrid die PP, die konservative Volkspartei. Ihr Vorsitzender Fraga Iribane, der schon unter Franco als Minister diente, war 1990 von Aznar abgelöst worden. Dessen Regierung ist parlamentarisch auf die Tolerierung durch die rechten baskischen Nationalisten angewiesen. Gegenüber der ETA setzt die PP auf verstärkte Konfrontation, Isolierung und Zerschlagung. Die Forderung der ETA nach Friedensverhandlungen wird nicht erfüllt. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, hat die ETA sechs Kommunalpolitiker der PP erschossen, zuletzt im Mai 1998. Sie führt mittlerweile einen Krieg gegen die untere Funktionärsebene des spanischen Staates. An höhere Chargen, die wirklich Verantwortung in Staatsapparat, Militär oder Wirtschaft tragen, kommt die ETA nur noch selten heran. Der fortgesetzte bewaffnete Kampf ist, anders als zu Zeiten des Franco-Regimes, von sozialen Kämpfen losgelöst und mißt seinen Erfolg allein nach Häufigkeit und Stärke der Anschläge.

Die Militarisierung politischer Konflikte zeigt sich auch in einer Zunahme spontaner militanter Aktionen von Jugendlichen aus der MLNV. Statt mit Argumenten gehen sie auf politische Gegner immer häufiger mit Molotow-Cocktails und Steinen los. So brannten im August 1998 etwa 100 Vermummte ein vierstöckiges Wohnhaus in Getxo nieder, um die Wohnung

eines PP-Kommunalpolitikers zu beschädigen. Im Gegenzug wurden 239 jugendliche Straßenkämpfer allein im ersten Halbjahr 1997 festgenommen. Im Juli 1997 kam es nach der Hinrichtung des PP-Kommunalpolitikers Miguel Angel Blanco durch die ETA zu regelrechten Treibjagden auf Anhänger von Herri Batasuna. Parteilokale wurden belagert und angezündet; Bars, in denen Anhänger von Herri Batasuna verkehren, wurden mit Steinen beworfen und Straßenfeste angegriffen, weil deren Besucher nicht aus »Trauer« aufs Feiern verzichteten. An den Ausschreitungen waren spanische Faschisten genauso beteiligt wie Angehörige der spanischen Polizei in Zivil. So feierte das offizielle Spanien die Rückeroberung der Straßen durch sogenannte Demokraten. Auf der Gedenkveranstaltung der Regierung für Miguel Angel Blanco in der Stierkampfarena von Madrid traten viele Stars auf, deren Biographie eng mit der Franco-Diktatur verknüpft sind.

In »Egin« stilisierten sich Anhänger der MLNV daraufhin zu Opfern eines antibaskischen Rassismus und setzten ihre Unterdrückung mit der Verfolgung im Nazideutschland gleich. »Das erste, was uns einfiel, war, ein Transparent zu malen mit dem Text: >Wir sind auch Juden<. Wir haben wenig Sympathie für die aktuelle Politik des zionistischen Staates, aber das Markieren von Häusern erinnerte uns an etwas«, schrieben Mitglieder der Ökologiegruppe Eki, deren Büro bei den Ausschreitungen als Herri-Batasuna-Treffpunkt beschmiert worden war. Der antisemitische Reflex ist der konsequente Endpunkt eines militanten Nationalismus, der Konflikte nur noch zwischen ethnisierten Gruppen wahrnehmen kann und soziale Kategorien in den Hintergrund drängt.

Der baskische Nationalismus im heutigen Spanien ist geprägt durch die Franco-Diktatur von 1937 bis 1975. Der von Franco eingesetzte Bürgermeister von Bilbao, Areilza, erklärte nach der Eroberung im Spanienkrieg 1937: »Bilbao ist mit Blut reingewaschen ... Dieser schreckliche, teuflische Alptraum namens Euskadi, welcher das Ergebnis war von Sozialismus und Schwachsinn, ist für immer besiegt.« In den Städten und auf dem Land wurde die spanisch-nationalistische Kultur mit aller Macht durchgesetzt und alles vermeintlich Unspanische diskriminiert. Nicht nur Baskisch als Sprache, das Euskera, war bis Mitte der 60er Jahre streng verboten, sondern die gesamte als baskisch verdächtigte Kultur. Auf dem Land wurde mit Geldstrafen belegt, wer weiterhin baskische Grußformeln benutzte oder baskische Tracht trug.

Die systematische Ausgrenzung baskischsprachiger Menschen verstärkte den Prozeß der Selbstethnisierung. Der ETA-nahe Publizist Ortots deutete den Prozeß der Ausgrenzung 1979 gänzlich ins Positive um: »Francos Diktatur hat dem Nationalbewußtsein Kraft gegeben. Der Preis dafür war hoch gewesen. Tote, Gefangene, Folter, Exil, Zerstörung der Kultur.« In den 40er Jahren zogen viele baskischsprachige Landbewohner in die Städte. Ein junger Baske, der 1970 vom Land nach Bilbao kam, beschrieb, was er dort erlebte: »Sie (die städtischen Nationalisten) sagten uns, wir sollten baskische Tänze lernen und unsere Ferien in caserios (typischen Bauernhöfen; g. d.) verbringen, weil Franco die baskische Kultur zerstören würde und das baskische Volk das zurückerkämpfen müsse. Sie fragten mich nie nach baskischer Kultur. Sie erzählten sie mir! Sie waren Basken auf spanisch, und ich war Baske auf euskera. Und ich fühlte immer, daß mein Leben von keinem Interesse für sie war.«

1959 wurde die ETA gegründet. Sie ging aus der Jugendorganisation der PNV (Partido Nacionalista Vasco) hervor, der ältesten und etabliertesten baskisch-nationalistischen Partei, die, seit 1980 eine Teilautonomie für das Baskenland durchgesetzt wurde, die baskische Regionalregierung stellt und der spanischen Zentralregierung seitdem viele Zuständigkeiten abgerungen hat. Die PNV regiert klerusfreundlich und konservativ-nationalistisch. Der Gründer der PNV und Erfinder der baskischen Nation, Sabino Arana y Goiri, hatte sich hundert Jahre zuvor ausführlich darüber ausgelassen, daß baskisches Blut im Gegensatz zum südspanischen »frei von arabischem und Judenblut sei«.

Die ETA gründete sich in Ablehnung dieses Blut-und-Boden-Rassismus der PNV und setzte ein kulturalistisches Konzept dagegen, in dem die Nation über die baskische Sprache definiert wurde. Dennoch blieb die ETA in ihrem ersten Programm von 1962 rassistischen Denkmustern insoweit verhaftet, daß sie im ethnopluralistischen Sinn von »Rassen« sprach in ihrer »Absage an den Rassismus und damit an das Prinzip der rassischen Überlegenheit eines Volkes oder einer Rasse über die andere«.

Anfangs ging es den jungen Kulturkämpfern der ETA vor allem um die »Rückbesinnung« auf die in ihrer Vorstellung egalitäre vorspanische baskische Gesellschaft. Damit richteten sie sich gegen die verstärkte soziale Polarisierung in den Kleinstädten infolge der Industrialisierung der 50er Jahre. Am Ziel der traditionellen PNV, einen eigenen Nationalstaat zu gründen, hielt jedoch auch die ETA fest. Sie forderte einen moderneren Nationalismus, eine »föderalistische europäische Integration, sofern diese über die Nationalitätenebene verläuft«. Auch dem im Programm geforderten Ausgleich zwischen »Arbeit und Kapital als integrierende Teile eines Unternehmens, an dessen Mitverwaltung und an dessen Gewinnen beide teilhaben«, liegt der Gedanke einer harmonischen Nation zugrunde. Dieser Gedanke wurde soweit zugespitzt, daß die ETA eine Garantierung der Menschenrechte forderte, »solange diese nicht ausgenutzt werden gegen die Souveränität Euskadis oder zur Errichtung eines diktatorischen Regimes (sei das faschistisch oder kommunistisch».

Vorbilder der ETA waren die algerische FLN, die kubanische Revolution und der Vietcong, allerdings weniger deren Programme als ihre Militanz: »Das entscheidende im Vietnamkrieg sind nicht die Kommunisten und die buddhistischen

Bonzen. Das entscheidende Moment ist die Konfrontation Nation-Nation, womit die wirkliche Unterdrückung ans Licht gelangt«, erklärte die ETA 1965.

Die Öffnung der ETA zum Marxismus blieb auf die Übernahme von Versatzstücken beschränkt. Innerhalb der ETA gab es in den 60er Jahren im Zusammenhang mit der Entwicklung des Konzeptes vom »baskischen Arbeitervolk« weitreichende Auseinandersetzungen, in deren Folge 1966 eine Fraktion, die ETA-Berri, ausgeschlossen wurde. Sie »kritisierten die Mehrheitsfraktion wegen ihres nationalistischen Charakters ... Eine der Schlüsselfragen in der Polemik war die Stellung der Immigranten. ETA-Berri betrachtete sie als konstituierenden Teil des baskischen Volkes«, wie Peio Aierbe, Mitglied dieser heute die Organisation Zutik bildenden Linksabspaltung von ETA, 1990 rückblickend schrieb.

Im Zuge der illegalen Generalstreiks ab 1968 veränderte sich in der ETA die Vorstellung darüber, wer zum baskischen Volk gehören soll. Die Streiks wurden von den Comisiones Obreras organisiert, den in den 60er Jahren von kommunistischen Organisationen aufgebauten Arbeiterkommissionen. Diese illegale Basisgewerkschaft war die wichtigste Organisation des Widerstands gegen Franco und solidarisierte sich mit der ETA gegen die Repression des spanischen Staates. Dadurch setzte sich innerhalb der ETA allmählich die Vorstellung durch, wer gegen den spanischen Staat kämpfe, gehöre zur baskischen Gemeinschaft. Fortan zählten auch die Arbeitsmigranten aus Südspanien, die einen Großteil der Aktivisten in den Comisiones stellten, zum baskischen Volk. Die ETA bekam eine fast sozialistische Ausrichtung und erhielt auch über das Baskenland hinaus breiten Zuspruch. Sie blieb aber weiterhin in Fraktionen gespalten. So beschimpfte beispielsweise die kulturalistische Fraktion die Sozialisten als »Scheiß-Spanierfreunde«, weil diese im Namen der ETA eine Geldspende an die Familie eines von der Polizei ermordeten Bauarbeiters nach Andalusien geschickt hatten.

Als der ETA 1973 ihre spektakulärste Aktion gelang, war am nächsten Tag nicht nur im Baskenland der Sekt ausverkauft. Sie sprengte Francos Ministerpräsidenten Carrero Blanco in die Luft. Diese Schwächung der Führungsspitze ging einher mit Tausenden von Streiks, die sich nicht mehr verbieten ließen. Auch für die Bourgeoisie hatten die Diktatur und ihr autoritärer fordistischer Staatsdirigismus ihre historische Funktion verloren. Als Franco Ende 1975 starb, war die Diktatur am Ende.

Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie war nahtlos. Die ETA sah sich weiter derselben Polizei und demselben Militärapparat gegenüber und verstärkte ihre militanten Aktivitäten. 1980 wurde die baskische Regionalautonomie institutionalisiert, baskischsprachige Schulen und Fernsehsender aufgebaut. Fördermittel der PNV-Regionalregierung gingen in neue High-Tech-Branchen. Dem Boom für die neuen Mittelschichten standen unsichere Beschäftigungsverhältnisse für die Arbeiterklasse gegenüber.

1997 wurde in Bilbao auf dem Gelände der früheren Werft »Euskalduna« ein Guggenheim-Museum eröffnet. Das Museum für 270 Millionen Mark hat die Form eines überdimensionalen Schiffes. 1986 wurde, maßgeblich von radikalen, nichtnationalistischen Betriebslinken, mit einer Besetzung militant gegen die Schließung der Werft protestiert. Heute richtet sich die Kritik des linksnationalen Spektrums an dem Museum dagegen, daß dort zuwenig baskische Kunst ausgestellt werde und zuviel Kandinsky, Chagall und Miró.

Wirtschaftlich war das Baskenland zu Zeiten des Fordismus mit seiner traditionellen Schwerindustrie, besonders seit dem Boom der Montageindustrie in den 50er und 60er Jahren, eine Wohlstandsregion. Mit dem Ende der fordistischen Massenproduktion kam die bis heute anhaltende Strukturkrise. Die Staatsbetriebe aus der Franco-Zeit sind infolge der Öffnung zum europäischen Markt nach dem Beitritt zur EU 1986 längst pleite oder privatisiert. Die Autowerke von SEAT gehören heute VW. Die EU, die der Agrarindustrie und der industriellen Großfischerei Vorteile bietet, bringt den im gebirgigen Baskenland lebenden Kleinbauern und den Besatzungen der kleinen Fischkutter in den Küstenorten nur Nachteile. Die offizielle Arbeitslosenquote 1998 liegt in Gesamt-Spanien bei 18,9 Prozent, bei VW Pamplona haben 98 Prozent der Beschäftigten einen befristeten Arbeitsvertrag. Die abgesicherten Lohnarbeitsverhältnisse der Kernarbeiter nehmen ab.

Den Verlust an sozialen Handlungsmöglichkeiten, den diese Entwicklung herbeigeführt hat, versuchen die militanten wie die traditionellen Nationalisten durch nationalistische Deutungen der kapitalistischen Umstrukturierung zu kompensieren. So schrieb die Gewerkschaft LAB Ende 1997 in ihrem Grundsatztext »Die Selbstbestimmung der Völker als Alternative zu der vom Neoliberalismus aufgezwungenen Globalisierung«: »Die gegenwärtige Realität Euskal Herrias (baskisches Volk/Land, g. d.) unterliegt den Entscheidungen des spanischen und des französischen Staates. Dies veranlaßt uns, dem Problem der Territorialität einen vorrangigen und dringlichen Charakter zu geben.«

Deregulierung und Privatisierung wird als Angriff des spanischen Staates auf die baskische Nation verstanden, ETA, LAB und Herri Batasuna sehen sich im antikolonialen Kampf für die nationale Unabhängigkeit. Kolonialismus wird dabei völlig losgelöst von der Kapitalstruktur betrachtet. Obwohl den reichsten Familien des Baskenlandes ein Großteil der zentralspanischen Banken und Konzerne gehört, das Pro-Kopf-Einkommen im Baskenland das zweithöchste der spanischen Regionen ist und im Vergleich zu ärmeren Regionen Spaniens ein sehr stark ausgeprägter Klassengegensatz herrscht, spielen soziale Kämpfe in der MLNV selbst für die Gewerkschaft LAB nur eine untergeordnete Rolle.

Ansatzpunkt der LAB sind die »elementaren Rechte der Völker und Arbeiter«, ihr Ziel ist ein »baskischer sozio-ökonomischer Raum«, »eine aus den Völkern erwachsende Entwicklung als Alternative zu einer nach außen orientierten Wirtschaft«. Zwar kritisiert Herri Batasuna die EU als Verbund zur Durchsetzung von Kapitalinteressen und unterstützt soziale Proteste. Allerdings ordnet sie dabei ihre Politik prinzipiell dem Ziel der Unabhängigkeit unter.

Um dem drohenden Verbot vorzubeugen, hat Herri Batasuna zu den Regionalwahlen am 25. Oktober die offene Liste Euskal Herritarrok (»Baskische Bürger«) initiiert, auf der bekannte Sportler, der Vorsitzende der LAB, Funktionäre der traditionell-nationalistischen Gewerkschaft ELA und auch Mitglieder von Zutik kandidieren, die den bewaffneten Kampf der ETA als Ablenkung und Blockade sozialer Kämpfe kritisieren. Zugleich verhandelt Herri Batasuna mit der konservativen PNV über einen »nationalen Vertrag«. Diese Strategie dürfte ein Verbot von Herri Batasuna erheblich erschweren. Ein weiteres Abrücken der linksnationalistischen Bewegung von linken Positionen zugunsten eines nationalistisch-baskischen Bündnisses wird sie nicht aufhalten.

Literatur zum Thema:

Peio Aierbe: *Bewaffneter Kampf in Europa.* Mit einem Exkurs zum Baskenland. Berlin 1991;

Walter L. Bernecker und Klaus Dirscherl (Hrsg.): *Spanien heute, Politik - Wirtschaft - Kultur.* Frankfurt a. M. 1998;

Josef Lang: *Das baskische Labyrinth. Unterdrückung und Widerstand in Euskadi.* Köln 1988;

Kerstin Römhildt: *Nationalismus und ethnische Identität im »spanischen« Baskenland.* Münster 1994.

Im nächsten Heft: Chiapas - Soziale Befreiung jenseits von Staat und Nation?

Die gruppe demontage hat gerade das Buch »Postfordistische Guerrilla. Vom Mythos nationaler Befreiung« im Unrast-Verlag veröffentlicht

—

Konkret 10/98, S. 41

Horst Pankow

In diesem Sinne – Hohnveredelung

Eine der grotesken Figuren in Joseph Hellers satirischem Roman Catch-22 heißt Milos Minderbinder Der gewiefte US-Offtzier ist während des alliierten Vormarsches in Italien 1944 Mitglied eines Syndikats aus Amerikanern, Deutschen und Italienern, das Waren und Dienstleistungen über die Fronten verschiebt und eine aktive Preispolitik betreibt. Minderbinder setzt die Amerikaner auf ein deutsches Ziel an, um sie dann von der ebenfalls durch sein Unternehmen belieferten Flak abschießen zu lassen. Schließlich läßt er von seinen Kameraden den eigenen Standort bombardieren, damit der Preis des von deutschen Kompagnons kontrollierten Baumaterials nicht in den Keller sinkt.

Vielleicht ist Winfried Nachtwei ein Minderbinder unserer Tage. Das grüne Mitglied des Verteidigungsausschusses machte Ende August mit einer skandalösen Nachricht von sich reden: Die Bundeswehr lasse Kampfanzüge beim Serben nähen. Insgesamt 700. 000 Stück sollen in den letzten zwei Jahren von der Firma Yumco aus der südserbischen Stadt Vranje geliefert worden sein. Nachtweis Konfidenten, deren Mitarbeit die Enthüllung des »unglaublichen politischen Skandals« ermöglichte, kommen aus den Reihen des Gesamtverbands der deutschen Textilveredelungsindustrie mit Sitz in Eschborn. Das muß irgendwo im geistigen Kosovo des deutschen Mittelstandes liegen, wovon die Ansicht des Verbands-Geschäftsführers, der deutsch-serbische Kampfanzugsdeal verstoße gegen »bestehende Embargobestimmungen«, beredtes Zeugnis ablegt. (Es handelt sich um Bestimmungen, die mit dem Ende des Bosnien-Krieges ihre Gültigkeit verloren)

Immerhin wurden 1997 laut »FAZ« Textilien im Wert von 225 Millionen Mark aus »Restjugoslawien« nach Deutschland eingeführt. »Passive Lohnveredelung« heißt die betriebswirtschaftliche Bezeichnung für Geschäfte, bei denen Vorprodukte in Billiglohnländer geliefert werden und als veredelte Fertigprodukte wieder zurückkommen. Aus der passiven könnte bald eine aktive Lohnveredelung werden: Wenn nämlich Nachtweis Wunsch nach NATO-Militärschlägen in Erfüllung ginge und dabei die Yumco-Fabrik in Vranje bombardiert würde. Dann würden die erfreulich bescheidenen Lohnansprüche serbischer Uniformnäherinnen noch ein wenig edler Und auch vor den von Nachtwei favorisierten UCK-Kämpfern machte die Veredelung nicht halt. Zwar werden sie schon heute von der Bundeswehr eingekleidet, doch bislang nur mit Second-Hand-Klamotten.

--

Konkret 10/98, S. 41

Michael Schilling

In diesem Sinne - Abs - das war ihr letztes Wort

Der Mann hatte seine Verdienste. Er war Ritter des Ordens zum Heiligen Grabe, trug das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband, das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik, war Ehrendoktor der Universitäten Göttingen und Mannheim, Ehrenbürger der Stadt Frankfurt am Main.

Der Mann hatte seinen Verdienst. Er war Vorstandsmitglied, Vorstandssprecher, Mitglied, Vorsitzender und Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Bank, Aufsichtsrat von Daimler-Benz, Hoesch, Holzmann und ein paar Dutzend anderen. Der Mann hatte auch weniger bekannte Seiten. Kaum einer wußte, wie gut er Orgel, Klavier und Cembalo zu spielen verstand. Noch weniger wollten wissen, wovon er sich bei Bach und Beethoven erholte: Von seiner aufreibenden Tätigkeit als Aufsichtsrat der IG Farben beispielsweise, die 1941 ihre IG Auschwitz gegründet und bei der SS deren Häftlinge bestellt hatte - zum Zwecke ihrer Vernichtung durch Arbeit; oder von den Mühen der Arisierung jüdischen Eigentums, für die er seit der »Reichskristallnacht« im Vorstand der Deutschen Bank verantwortlich war. Der Mann, sagte sein Kollege Kurt von Schröder 1945, »erwies sich für die Partei und die Regierung als sehr wertvoll, indem er seine Bank benutzte, um die Regierung bei Geschäften in okkupierten Ländern und im sonstigen Ausland zu unterstützen«.

Vor vier Jahren ist der Mann gestorben. Am Grab von Hermann Josef Abs sanken Regierung, Opposition und Spitzen der Gesellschaft sich schluchzend in die Arme. Den »Aufsichtsrat von Auschwitz« hatte KONKRET den Mann schon Jahre zuvor genannt. Abs hatte von einer Klage abgesehen, die Journalisten von Berichten, die Forscher von Forschungen. Bis zum 1. August 1998. An diesem Tag entdeckte das »Hamburger Abendblatt« einen »Schatten auf Banker Abs - Wußte er vom Nazigold?«, die »Süddeutsche« meldete gar »Das Ende einer Unschuldslegende - Die Deutsche Bank kannte vermutlich die Herkunft des Raubgoldes in ihren Safes«. Eine von der Bank selber berufene Historikerkommission habe entdeckt, daß »Hermann Josef Abs die Schlüsselfigur bei den Geschäften der Deutschen Bank während des Dritten Reiches« (»SZ«) gewesen sei.

Abs ist tot, die Bank zahlt die Verunglimpfung des Andenkens des Verstorbenen. Da werden sogar Historiker und Journalisten einmal mutig.

Konkret 10/98, S. 41

Oliver Tolmein

In diesem Sinne - Kleins Legenden

Ein ehemaliger Linksradikaler und gegenwärtiger Spitzenpolitiker der Grünen, Daniel Cohn-Bendit, verkündet öffentlich stolz, wie oft, eng und vertrauensvoll er mit dem deutschen Geheimdienst zusammengearbeitet habe, um einen ehemaligen RZ-Kämpfer der Staatsgewalt in die Hände zu treiben, und resümiert: »Ich bin Verfassungsschutz«. Sein Parteifreund, der ehemalige RAF-Verteidiger Rupert von Plottnitz, nimmt in trauter Zweisamkeit mit CDU-Innenminister Kanther Staatsanwälte in Schutz, die einen seit zwanzig Jahren ausgestiegenen Militanten, kurz bevor er sich stellen will, mit viel Getöse festnehmen lassen. Die Law-and-order-Partei SPD will eine »aktuelle Stunde« im Bundestag ansetzen, weil sie es ungehörig findet, daß kurz vor der Bundestagswahl ein gesuchter Straftäter festgenommen wird (sie hätte den »Fahndungserfolg« wohl lieber nach der Wahl aufs eigene Konto verbucht). Und französische Rechtsaußen-Intellektuelle wie André Glucksmann erklären dem verhafteten ehemaligen Mitglied der RZ ihre Solidarität.

Die Umstände lassen die Festnahme von Hans-Joachim Klein als Farce erscheinen, die der Tragödie des bewaffneten Kampfes in der BRD folgt. Das paßt zu Kleins Geschichte: Schon seine Aussteiger-Geschichte Rückkehr in die Menschlichkeit, die 1979 von Rowohlt veröffentlicht wurde, glänzte nicht nur durch grundlegende Analysen wie: »Die Guerilla ist für mich der reine Wahn«, sondern auch durch die Widmung dieses »Appells eines ausgestiegenen Terroristen« an »Abspeckchen«. Ähnlich phantasievoll und alternativ, aber mit viel Sinn für den Effekt waren auch die Äußerungen, mit denen Klein aus der Illegalität heraus die weiteren Ereignisse in der deutschen Linken verfolgte. Kein Wunder daß Klein schon 1978 auch mit der »Legende«, in Stammheim seien RAF-Mitglieder ermordet worden, aufräumen wollte. Der »Libération« erzählte er: »Ich wußte, daß sie seit 1975 Waffen im Knast hatten. Schon zur Zeit des Prozesses in Stammheim wußte ich, daß sie eine Handgranate ins Gericht werfen wollten. Sie hatten einen Weg gefunden, um sie hereinzubekommen ... « - und wohl auch einen, um sie wieder rauszuschmuggeln, denn eine Handgranate fanden nicht einmal die sonst überaus findigen Polizeibeamten, welche die Stammheimer »Todesfälle« aufklärten. Kleins Geschichten, soviel ist vorauszusehen, werden uns und vor allem die interessierte veröffentlichte Meinung, die schon anläßlich der Festnahme Kleins die Legende, er sei das ewige Opfer erst der Guerilla, dann der Einsamkeit und jetzt des wahlkämpfenden Bundesinnenministers, so lustvoll inszeniert hat, in den nächsten Monaten noch beschäftigen. Daß das irgendeiner Wahrheitsfindung dient, scheint allerdings ganz ausgeschlossen.

Konkret 10/98, S. 42

Christian Y. Schmidt

Kunst & Gewerbe

Sternstunden der Menschheit

Wer nicht an die Sterne glauben will, der muß sie eben sehen. So zum Beispiel auch Lady Di, Dodi nebst Chauffeur Didi o. s. ä. Das entnehmen wirjedenfalls der eigentlichen Hauptstadtzeitung »BZ«, in der Dianas persönliche Astrologin Debbie Frank von einem letzten Telefongespräch berichtet, drei Wochen vor dem Tod der späteren »Ex-Schwiegertochter der Queen« (H. Tomayer) mit ihr selbst geführt. »Sie war so verliebt. Sie sprach nur über Dodi, wollte sein Horoskop wissen. Er war Widder, es kündigten sich gewaltige Veränderungen an - für den 31. August.« Wie recht die Spökenkiekerin damit hatte, sollte sich zeigen, als sich an eben diesem Datum... aber das wissen inzwischen sogar die KONKRET-Leser, denen ansonsten die aufregenden Geschicke des europäischen Hochadels eher am Arsche vorbeigehen. Doch auch sie sollten einsehen: Es gibt einfach mehr Dinge zwischen Himmel und Brückenpfeiler, als der gemeine Materialist wahrhaben will.

Neulich im Politycki-Büro

Huch, was ist denn das für einer? Er heißt Matthias Politycki, und er ist alt genug, um in der »Taz« zu schreiben, nämlich exakt achtundsiebzig: *»Das alte bundesrepublikanische Demokratiemodell hat ausgedient«, so hört man ~ allerorten munkeln; um dessen Kerngedanken gegen den bevorstehenden Spartakusaufstand der Arbeitslosen, Autonomen und rechten Glatzen zu schützen - und welcher 78er wollte das nicht! -, dafür müßten dringend die nichtdemokratischen Elemente unserer Demokratie gestärkt werden. Ganz recht, Institutionen, die nicht durch Volkes Wille legitimiert sind - so munkelt ~ -, sondern durch den Willen einer kompetenten Minderheit. Ein riskantes Gedankenspiel, sicher,- und derjenige, der es mißverstehen will, tut gut daran, sofort die politisch korrekt einjustierte Phrasendreschmaschine anzuwerfen.* Och, nööö, da denn doch nicht für.

PDS-Lyrik (I)

Sie ist nicht zynisch, sondern dreiundzwanzisch, heißt Myami, kommt aus Celle, studiert Kulturwissenschaft und hat den Wahlkampfsong der PDS getextet, weil auch sie einmal ins Fernsehen kommen will - und sei es nur im Wahlkampfspot der Partei des duften Sozialismus. Die PDS dagegen verfolgt mit diesem »Rap« ein weitergehendes strategisches Ziel. Einmal mehr will sie die SPD auf ihrem höchsteigenen Terrain schlagen, wenn nicht gar übertreffen: auf dem der Dummheit nämlich. Mit »Das ist immer noch mein Land« könnte es klappen:

Ich geh 'jeden Tag durch meine Straßen meiner Stadt /und ich seh, daß alles nur mit Geld zu tun hat. /Arm bleibt arm, reich wird reicher, / immer weiter, immer weiter auf der Karriereleiter ... / Wer Arbeit hat, hat Glück gehabt. Wer keine hat, bleibt schön am Rand. / Unsichtbar / Unbekannt. Wer zuerst kommt mahlt zuerst / und wer zuletzt kommt zahlt zuerst. // Momentchen mal, da war doch noch was! /Ach ja, ach so, bevor ich ~ vergesse: 1 Das ist immer noch mein Land, /hier hält keiner die Fresse! #Irgendwie ist es ja ganz schön dumm. l Irgendwie ist es ja andersherum: /Die sind der Rand und wir sind die Mitte / hier ist meine Bitte, ich muß euch gesteh 'n: /arbeiten würd' ich schon gern mal gehn, / und ich glaub, es gibt noch ein paar mehr. /für die das 'ne geile Erfahrung wär'./ Oh Scheiße, ich schweife ab. /Also ganz kurz, was ich zu sagen hab': /Wer zuerst kommt zahlt zuerst / Wer zuletzt kommt mahlt zuerst. Momentchen mal, da war doch noch was! /Ach ja, ach so, bevor ich's vergesse: / Das ist immer noch mein Land, /hier hält keiner die Fresse!

Eben letzteres ist ja wenigstens eines der Übel, mit denen man sich täglich in diesem Land herumzuschlagen hat.

Adolf Rathenow

Eigentlich sollte hier nicht von ihm die Rede sein, noch nicht einmal uneigentlich, aber was soll man machen: Um das Pumuckel unter den Zonendissidenten, den schreibenden Hochtemperaturreaktor Lutz »Schach von« Rathenow kommt man einfach nicht herum, es sei denn, man schaut im Kabel den ganzen Tag nur das türkische Programm. Nachdem der Mann in der Vergangenheit bereits diverse Preise verliehen bekam, hat er jetzt sogar einen regelrecht gewonnen: den ersten Preis in einem Essay-Wettbewerb der Berliner Literaturzeitschrift »Salbader« nämlich. Thema des Wettbewerbs: »Ist Guildo Horn der neue Hitler?« Ihre Entscheidung begründet die Redaktion wie folgt: *Rathenow antwortete mit einer Umkehrung der Preisfrage und versuchte in seinem Aufsatz die These »Hitler ist Guildo Horn« zu belegen. Damit verfehlte Rathenow zwar - ebenso wie 50 andere Konkurrenten - die nach Ansicht der Jury »einzig richtige Antwort auf die Preisfrage«, nämlich: »Nein«. Dennoch bekommt der populäre Dissident den ersten Preis zugesprochen, denn, so die Entscheidung der »Salbader«-Macher. Rathenow »ist einfach der berühmteste von denen, die was geschickt haben, und muß deshalb auch gewinnen. « In* der neuen Ausgabe der nicht nur aus diesem Grunde durchweg empfehlenswerten

Zeitschrift allerdings ist Rathenows Siegeressay nicht zu finden, und zwar, wie die Redaktion auf Nachfrage erklärt, »um den Mann vor sich selbst zu schützen«. Wenn es doch nur mehr von solch zartfühlenden Blattmachern gäbe.

PDS-Lyrik (II)

Wer aber von Lutz Rathenow schon redet, darf zum Dichter Hansgeorg Stengel nicht schweigen. Während ersterer unter der Knute der Diktatur schmachtete, machte Stengel sich einen perfiden Spaß daraus, die versklavten Bürger der DDR im »Eulenspiegel« und in vierzig (!) Büchern mit seinen Versen zu terrorisieren. Heute scheint er die legitime Nachfolge des leider allzu früh verstorbenen Schreckgespenstes der SPD, Klaus Staeck, antreten zu wollen, wobei dieses allerdings - scheinbar quicklebendig - noch letztens in der Berliner Zentrale der Schröder-Partei gesichtet worden sein soll. Stengel jedenfalls dichtet, wie Staeck einst klebte (»Arbeiter! Die SPD will euch eure Villen im Tessin wegnehmen«), nämlich so:

Sozialschwacher Bürger! /Bleibe stets friedlich, / Sozialneid ist häßlich / und unappetitlich. / Du solltest, statt stracks/ zum Sozialamt zu laufen, /zunächst mal deinen Rolls Royce verkaufen. // Oder aber auch so: *Es schockt ein Alarm /die westliche Welt: Die PDS will den Reichen ans Geld!/ In Wahrheit bemühn sich die Superreichen, /die Peanuts der PDS einzustreichen.*

Abgesehen davon, daß an dem zweiten Gedicht so wenig wahr ist (wo hätte man je in der westlichen Welt diesen Alarmruf vernommen, was wollen die »Superreichen« schon von der PDS einstreichen?) wie das erste irgendwie originell, kandidiert Hansgeorg Stengel zur Bundestagswahl als »Spitzenartist der flotten Zunge« (0-Ton PDS) in Thüringen für die »Partei der dichtenden Sozialisten«, in deren Wahlkampfzeitung noch mehr Stengel-Blüten nachzulesen sind.

Cuba Si !

Das Buch hätte die Klasse von Klaus Kinskis *Ich brauche Liebe* oder der wohl besten deutschsprachigen Nachkriegsautobiographie *Ein Leben für den Wienerwald - Vom Kellner zum Millionär und zurück* von Friedrich Jahn haben können - schließlich wird auch in *Ich* , der Biographie des Film-Beaus Helmut Berger (Ullstein) mit prominenten Namen nur so um sich geschmissen. Doch leider hat »Viscontis Witwe« (Berger über Berger) sein Buch zu großen Teilen nicht selbst geschrieben. So mangelt es ihm vor allem an echter egomanischer Besessenheit, die die Lektüre der beiden genannten Trashbiographie-Klassiker so vergnüglich macht. Immerhin erweist sich Berger als eminenter und höchst eigenständiger politischer Kopf: *Fidel Castro kommt mir oft in den Sinn. Aus einem einzigen Grund: Weil man nichts von ihm weiß. Er ist der letzte Kommunist, irgendwas muß er haben. Ich würde ihn wahnsinnig gerne treffen. Gina Lollobrigida erzählte mir, er sei eine Sexy bitch (sinnliche Hexe), gehe ohne Komplexe an die Frauen ran. Auch sie versuchte er während eines Interviews in Havanna zu verführen. Nach seinem Übergriff packte Gina Nazionale sofort ihre Koffer, um nach Miami zu flüchten. Es ist bekannt, daß die Kubaner Sexmaniacs sind. Richtige Böcke, gut gebaut. Ich würde mich freuen, mit Fidel auf einer Privatinsel mit einer Kamera ohne Film ein heißes Ding zu drehen.*

Wieso eigentlich »ohne Film«? Man bedenke nur, welchen Zulauf diverse Cuba-Solidaritätsveranstaltungen endlich hätten, zeigte man dort »das heiße Ding« zwischen dem »maximo lider« und Helmut Berger im Rahmenprogramm. Vielleicht kümmert sich die »Partei der Sinnlichkeit« (PDS) mal um die Sache?

Der Spaß an der Partei

Woher kommt es eigentlich, daß einem »Spaßparteien« wie Schlingensiefs »Chance 2000« oder aber auch die »Anarchistische Pogo Partei Deutschlands« (APPD) auf die Dauer mächtig auf die Nerven gehen? Eben daran: an der Dauer! Durch die ständige Wiederholung eines ursprünglich ganz lustigen Konzeptes, die auch der Aufbau einer als Parodie auf die klassischen Parteien gedachten Partei zwangsläufig mit sich bringt, verflüchtigt sich schnell der Spaß an ihm. Es ist so wie mit einem Witz, der wieder und wieder erzählt wird. Das ändert allerdings nichts daran, daß es hin und wieder doch einmal komisch werden kann. So zum Beispiel im Falle der APPD, die im August von Barbara Eligmann und Ilona Christen mit einer Klage bedroht wurde, weil die beiden Fernsehmoderatorinnen auf der APPD-Homepage als Ehrenmitglieder der Partei erschienen. »Was ist das für ein Land«, empörte sich daraufhin der Kanzlerkandidat der Partei, Karl Nagel. »Wenn wir sie lieben, Menschen, die so viel für die Brutalisierung und Verblödung dieses Landes getan haben, dann sollen wir dafür bluten.« Nein, das ist wirklich nicht gerecht. Aber lustig.

Break the rules

Zwei Regeln sollte man als irgendwie Schreibender doch dringend beherzigen: Erstens: Sich nicht zu Dingen zu äußern, von denen man nichts oder nicht allzuviel versteht. Zweitens: Wenigstens in der Öffentlichkeit zu künstlerischen oder publizistischen Aktivitäten der Leute zu schweigen, mit denen man etwas besser bekannt ist. Andernfalls ist die Gefahr nicht gering, daß sich Persönliches und Privates ins Urteil mischen, das doch kalt und unbestechlich sein soll. Hin und

wieder aber ist es kein Fehler, auf die beiden Regeln zu pfeifen. Zum Beispiel dann, wenn erstens eine Platte so hervorragend ist wie »Nachts in schwarzer Seilbahn nach Waldpotsdam« der Gruppe (?) »nuuk«, die aus Max Goldt und Stephan Winkler besteht, wenn man es zweitens kurz macht und wenn man drittens seinem Text mindestens fünf Sätze vorausschickt, in denen recht allgemein und oberlehrerhaft von zwei Regeln dahergeschwafelt wird, denen man alsbald drei weitere hinterhersendet. Also: Die Platte »Nachts in schwarzer Seilbahn nach Waldpotsdam« von »nuuk« (Traumton Records / Indigo) ist sehr gut, die Musik von Stephan Winkler sehr schön, noch schöner ist die wirklich außergewöhnliche Gesangsstimme von Max Goldt und seine melancholischen, nur bisweilen komisch gebrochenen Texte sind es auch. Damit genug. Denn Loben und Preisen ist langweilig und gräßlich. Und ganz besonders schlimm, wenn man etwas wirklich mag, einem dafür aber die Worte resp. passenden Kategorien fehlen.

Konkret 10/98, S. 45

Otto Köhler

»Besonders grotesk«

Vor 22 Jahren wurde Rainer Werner Fassbinders Stück Der Müll, die Stadt und der Tod gedruckt, in dem der »reiche Jude« auftritt als rücksichtsloser Häusermakler und Grundstücksspekulant. Vor 22 Jahren warf der damalige Mitherausgeber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, Joachim Fest, diesem Stück »Linksfaschismus« und »linken Antisemitismus« vor.

Am Kriegseröffnungstag, am 1. September 1998, erschien in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« ein Leitartikel mit dem Titel »Die Unternehmen, die Schuld und das Geld«. Über diesen Text läßt sich eines mit Gewißheit sagen: Um »Linksfaschismus« und »linken Antisemitismus« handelt es sich dabei nicht. Wir befinden uns vielmehr im Herrschaftsbereich des Originals. Der Verfasser des Leitartikels ist der literarisch nicht ungebildete, für Wirtschaft zuständige Herausgeber Jürgen Jeske. Er schreibt: »Selten erschien der Versuch der Ummünzung moralischer Schuld so feilschend wie heute.«

Spätestens seit Julius Streicher wissen wir, daß zum Tätigkeitswort »feilschen« der zuständige Täter »der Jude« ist, auch das Ummünzen, die Verwandlung von gutem in schlechtes Geld, ist eine typisch jüdische Tätigkeit: Im Brandenburgischen hat man 1573 den »Münzjuden« Lippold erst gefoltert, dann gerädert und schließlich gevierteit, obwohl oder weil ihm keine Unredlichkeit nachzuweisen war. Jud ist Jud, und so wurden danach auch alle märkischen Juden auf »ewige Zeiten« des Landes verwiesen -ein zeitgenössischer Kupferstich zeigt die Ausweisung, die Vierteilung und die begeistert zusehenden Massen.

Heute sind die Deutschen sich bewußt, daß sie ihre hohe moralische Verantwortung nicht durch die Rückzahlung des den Juden geraubten Geldes entweihen dürfen. Oder, um es mit Jeske zu sagen: Die »Aufarbeitung deutscher Vergangenheit ... kann Anlaß für humanitäre Gesten sein, aber nicht für jedes Zugeständnis«. Und so erscheint ihm auch die jüngste Klage ehemaliger Zwangsarbeiter gegen den Chemiekonzern Degussa auf Herausgabe des gesamten Firmenvermögens »besonders grotesk«. Die Klage ist also - so definiert der *Große Duden - »durch* eine sehr starke Übersteigerung od. Verzerrung bestimmte Ordnungen, Normvorstellungen umkehrend u. absonderlich, phantastisch wirkend«. Und das in besonderem Maße.

Warum? Nun, daß Degussa »Schmuck und Zahngold von jüdischen Opfern umgeschmolzen« hat und beteiligt war »an einer Giftgasproduktion« - er meint Zyklon B -, sei, schreibt Jeske, schon »entsetzlich genug« gewesen. Und beruft sich mit Wonne auf eine Erklärung, die Israels Regierung »stellvertretend für das gesamte jüdische Volk« abgegeben habe: »Ein derart entsetzliches Verbrechen kann nicht durch materielle Reparationen, ganz gleich welcher Art, gesühnt werden« - na also, der Jude sagt es ja selbst. Geld macht nicht glücklich.

Hier bei uns hat man nämlich wenig Sinn für Groteskes. Hier hat sich - weiß Jeske - etwa gegen eine Entschädigung von Zwangsarbeitern die »Rechtsauffassung« durchgesetzt, daß »die Betriebe im Auftrag der Gefangenenverwaltung« handelten. Die Betriebe wurden nämlich von den Nazischergen gezwungen, Sklavenarbeiter einzustellen. So war das. Seit der Chefarisierer der Deutschen Bank Hermann Josef Abs im Auftrag Adenauers die »Wiedergutmachungs«-Verhandlungen mit Israel führte, ist man sich einig. Am 5. April 1952 erklärte Adenauer im Kabinett, Zahlen könne man sich sparen, die Juden betrögen uns ja doch. Damals erwogen Abs und Adenauer zunächst, Israel als angemessene Wiedergutmachung für den Holocaust zehn Millionen Mark für ein Krankenhaus zu stiften. Als Israel eine Milliarde Dollar forderte, gab es am 20. Mai im Kabinett - so Staatssekretär Otto Lenz - »eine erregte Debatte über die Berechtigung der jüdischen Forderungen«. Die allgemeine Empörung über die Juden legte sich später intern ein wenig, als man sich klar machte, daß die Wiedergutmachung in Form von Sachlieferungen zum Konjunkturmotor für die deutsche Industrie werden würde.

»Die Wiedergutmachung«, findet heute die »Frankfurter Allgemeine«, ist eine »große Geste der Umkehr gewesen«. Und fährt fort: »Die Wiedergutmachung ist abgeschlossen. Die Kasse werde nicht wieder geöffnet, hat der Bundeskanzler zu Recht gesagt. «

Die Kasse? Ach ja, wir erinnern uns: »Immer wenn irgendwo in deutschen Kassen Geld klimpert, sind es die Juden, die sich schnell zu Wort melden.« Das sagte der CSU-Bundestagsabgeordnete Hermann Fellner* 1986, als die überlebenden Arbeitssklaven von Flick beim lukrativen Verkauf des Konzerns an die Deutsche Bank endlich eine Entschädigung wollten. Mit diesem Meister des antisemitischen Worts saß damals im Bundestag der FDP-Abgeordnete Wolfgang Rumpf zusammen, später Minister von Rheinland-Pfalz. Ihm hat Jürgen Jeske mit seinem Leitartikel - nachzulesen im Leserbriefteil - »aus der Seele gesprochen«, mutmaßlich jener Seele, die in den Himmel springt, wenn das geraubte Geld im Kasten klingt. Für den FDP-Mann sind die jüdischen Entschädigungsforderungen »schlimmer als der mittelalterliche

Ablaßhandel«. Darum droht er: »Die offenkundige Geldgier der Kläger läßt alte verkommene Klischees wiederaufleben. Und ich würde mich nicht wundern, wenn dies wieder zu einem radikalen Pendelschlag ins Gegenteil beitrüge.«

Zwei Tage nach Erscheinen ihres Leitartikels druckte die »Frankfurter Allgemeine« den Brief ihres Lesers Gerhard Walz aus Neusäß, der beweist, daß das gute alte Klischee vom stinkenden Juden, der uns aussaugt, noch virulent ist. Walz: »Es riecht nicht gut, wenn mit dem Druckmittel >Moral< derartige Summen erpreßt werden.« Ein neues Auschwitz will Leser Walz mutmaßlich nicht, aber der Jude sei gewarnt: »So schafft man wissentlich neuen Nährboden für Antisemitismus. Sage einst keiner, er habe es nicht gewußt.«

In Fassbinders Stück *Der Müll, die Stadt und der Tod* heißt es: »Er saugt uns aus, der Jud. Trinkt unser Blut und setzt uns ins Unrecht, weil er Jud ist und wir die Schuld tragen ... Sie haben vergessen, ihn zu vergasen.« So spricht hier einer, der vom Autor als unbelehrbarer Nazi gekennzeichnet ist. In der unproblematischen »Frankfurter Allgemeine« führt heute der Mitherausgeber zur Freude seiner sich im Leserbrief artikulierenden Leser selbst das antisemitische Wort.

Ein Akt der Gerechtigkeit? Vier Tage nach Erscheinen ihres Leitartikels »Die Unternehmen, die Schuld und das Geld« konnte die »Frankfurter Allgemeine« melden, daß Fassbinders Stück vom reichen Juden im Frühjahr 1999 am Maxim Gorki Theater in Berlin uraufgeführt werden soll.

---

* Fellner profitierte von seinem Sachverstand: Die Bundesregierung ernannte ihn 1990 zum Mitglied einer »Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR beim Bundesministerium des Innern«, die rechtzeitig vor der Bundestagswahl einen umfangreichen Abschlußbericht der Vermögensverschiebungen durch die PDS zu beweisen bemüht war, während die ganz besonderen Umstände, unter denen das Zentralorgan der Ost-CDU »Neue Zeit« aus dem Blockflötenvermögen der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Deutschland« zugeführt wurde, keine Erwähnung fanden: Ein lukrativer Beutezug für Jeskes Blatt. Die »Neue Zeit« wurde alsbald eingestellt, der Immobilienbesitz des abgemurksten Konkurrenzorgans aber läßt in der »FAZ«-Kasse allerlei Geld klimpern.

Konkret 10/98, S. 46

Joachim Rohloff

Heuchler in braun

Er ist einen Umweg gegangen und hat doch heim ins Reich zu seinen »Skinheadbuben« gefunden. In diesem Jahr dankt ihm sein Volk mit dem Friedenspreis des deutschen Buchhandels: Martin Walser

Wie das, was ich hier zu sagen versuche, durch selektives Zitieren wieder zu einem rechtsextremen Horrortext gemacht wird, das ahne ich nicht einmal.

Martin Walser, 1994

Als er in der »Frankfurter Allgemeinen« für die Literatur zuständig war, spottete sein Nachfolger Schirrmacher, habe »Herr Ranicki« ehemalige Kommunisten bevorzugt - unter der Voraussetzung, daß sie bereuten: »Wenn sie Reue zeigten, wurden sie gedruckt.« Nein, Blödsinn, ganz falsch, erwiderte Reich-Ranicki. Er habe im Gegenteil »sehr viele Autoren, die früher Kommunisten waren - DKP-Mitglieder, SED-Mitglieder -, gedruckt, nicht weil sie Reue zeigten, sondern weil sie gute Autoren waren, weil sie unsere Zeitung schmückten«.

Daß die »FAZ« sich nicht mit praktizierenden Kommunisten schmücken mochte, leuchtet wohl jedem ein. Und Reich-Ranicki, an Problemen der ästhetischen Theorie ohnehin nicht interessiert, beantwortete die Frage, warum denn Kommunismus und literarische Qualität einander ausschließen, immer ganz praktisch und im Einzelfall. Zu den harmlosen Fällen zählte, kaum daß er ausgestanden war, der Kommunismus Martin Walsers. Ein paar Freunde, so versteht sich Walser heute, seien halt in der DKP gewesen, und er habe deren Veranstaltungen besucht. Und da er »von Kindheit an religiös ein bißchen affizierbar« sei, habe er das »höchste marxistische Glockenläuten«, wie es etwa aus dem »Prinzip Hoffnung« erscholl, »auch nicht ohne wirkliche Beteiligung angehört und aufgenommen«. Angesichts der Wirklichkeit in den sozialistischen Ländern aber ließ er bald alle Hoffnung fahren, und es war ihm, »gelinde gesagt, unangenehm zu sehen, wie es den Deutschen dort ging«.

Im biographischen Rückblick urteilt auch Reich-Ranicki eher gnädig über Walsers schnelle Nummer mit der DKP: »Diese kleine Partei, halb zog sie ihn, halb sank er hin, doch war es keineswegs um ihn geschehn. Aus dem Flirt wurde ein Verhältnis, aber nicht eine Ehe: er ist der kleinen Partei nie beigetreten. Schon die Liaison galt als anstößig genug. In ganz Deutschland sprach man darüber, selten nachsichtig, meist mit gerunzelter Stirn und mit drohend erhobenem Zeigefinger.« Und mit Erfolg. Nach halbwegs versprechenden Anfängen, mußte Walser sich 1976 von Reich-Ranicki sagen lassen, habe er nichts mehr zustande gebracht. »Fatal«, »kümmerlich«, »töricht« seien seine Bücher, und insbesondere das letzte, *Jenseits der Liebe,* sei »ein belangloser, ein schlechter, ein miserabler Roman. Es lohnt sich nicht, auch nur eine einzige Seite dieses Buches zu lesen.« Nur noch langweilig wirke die klassenkämpferische Attitüde, aber nun ja, man kenne das: »Wenn es mit dem Dichten nicht weitergehen will, ist hierzulande die Barrikade des Klassenkampfes ein attraktiver und meist auch gemütlicher Aufenthaltsort.«

Walser verstand, trennte sich von seinen kommunistischen Freunden und schrieb prompt ein Meisterwerk: »Martin Walsers Novelle *Ein fliehendes Pferd* halte ich für sein reifstes, sein schönstes, sein bestes Buch. Diese Geschichte zweier Ehepaare ... ist ein Glanzstück deutscher Prosa dieser Jahre, in dem sich Martin Walser als Meister der Beobachtung und der Psychologie, als Virtuose der Sprache beweist.« Fortan schmückte die FAZ sich gerne mit ihm, und bald vernahm Walser das Glockenläuten der Nation.

In frühen Jahren wollte Walser von Deutschland nichts wissen. Sein Großvater sei anno 70 zu den bayerischen Fahnen gerufen worden, und sein Vater hätte ohne den Ersten Weltkrieg wohl nie erfahren, daß er ein Deutscher war. Vorm nächsten Krieg sollte *die Biologie endlich liefern, was Geschichte und Tradition, auch bei frechster Fälschung, nicht liefern konnten, nämlich den deutschen Menschen.* * Wegen der grausamen Folgen dieses Versuchs wollte Walser *am liebsten ein für allemal darauf verzichten, ein Deutscher zu sein.* Denn *um uns als Nation aufzuführen, bedurften wir offensichtlich immer irgendeines Talmis zur Blendung aller noch vorhandenen politischen Talente,* konstatierte er 1963, *heute gibt es Deutschland nicht mehr*

Walser galt als Provinzler vom Bodensee. Der kostbare Umstand, meinte er noch 1984, daß seine Muttersprache sich zum Hochdeutschen verhalte *wie der Baum zum Brett,* schütze ihn vorm Nationalismus. Aber die Provinz ist überall, in Wasserburg wie in Berlin-Neukölln. Wo also sollte man die Nation antreffen, wenn nicht in der Provinz? Als Walser 1977, nach seinem Abschied vom Kommunismus und ausgerechnet in LITERATUR KONKRET, zum ersten Mal sein Verlangen nach einer Heimat kundtat, die größer sein sollte als der Bodenseekreis, vermochte er es nicht mit des Dichters Kostbarstem, der Sprache, zu begründen. Vielmehr sprach ein Mann sich aus, der einfach nicht anders konnte: *Ich spüre ein elementares Bedürfnis, nach Sachsen und Thüringen reisen zu dürfen unter ganz anderen Umständen als denen, die*

jetzt herrschen. Sachsen und Thüringen sind für mich weit zurück und tief hinunter hallende Namen, die ich nicht unter »Verlust« buchen kann. Nietzsche ist kein Ausländer Leipzig ist vielleicht momentan nicht unser. aber Leipzig ist mein.

Interessierte Kreise hätten schon damals einwerfen können, Kant sei auch kein Ausländer, doch Königsberg hallte vorerst in Walser nicht. 1980 reiste er, erstmals unter anderen Umständen, tief nach Frankreich hinunter und fand dort einen Gedanken, der inzwischen aus keinem deutschen Haushalt mehr wegzudenken ist: *Je mehr das Fremde etwas Französisches war. etwas Nationales also, um so beeindruckender war es. Wir haben in Frankreich gelernt - und sind dankbar für die Lektion: Etwas Nationales ist schön.*

Dann schimpfte Walser auf gewisse Kollegen: *Es ist noch keine 20 Jahre her. da glaubte eine Sorte Intellektueller » Wald« sei etwas Reaktionäres, »Gesangverein« auch.* Als Walser das schrieb, war »Wald« längst links, heute wissen wir, daß die ganze *Sitzgeographie* nichts taugt. 1984 erreichte Walsers Elementarbedürfnis nach Thüringen eine neue Qualität: *Das Selbstbestimmungsrecht, das von allen Menschenrechten jetzt überall _für das höchste gehalten wird - die Deutschen sollen es nicht haben.* Aus gutem Grund, das wußte er wohl; trotzdem schmiedete er seine Argumente noch aus dem dümmsten Vergleich: *Wenn die Deutschen Polen wären, dann müßte man sie seriös betrauern, dann wäre das ja eine polnische Teilung.* Wer auf den sänftigenden Wohlstand zumindest der Westdeutschen baute oder auf einen Verfassungspatriotismus gar, kannte seine Landsleute schlecht: *Wir täuschen die Welt. Wir tun so, als sei die deutsche Seele mit dem Psychopharmakon Marktwirtschaft abzufinden ... Die deutsche Seele, ob sie schwarz oder rot heuchelt, ist unglücklich.*

Ein Böswilliger könnte daraus schließen, der deutschen Seele sei das Selbstbestimmungsrecht eben deshalb entzogen worden, weil sie glücklich erst wird, wenn sie braun heuchelt, allerdings heuchelt sie dann ja nicht mehr. Als der fünfzigste Jahrestag des Kriegsendes begangen werden mußte und die Frage ventiliert wurde, ob Sieger und Besiegte ihn gemeinsam begehen konnten, machte Walser einen sarkastischen Vorschlag. *Die ideale Lösung: Die deutsche Bevölkerung, Ost und West, verreist am 8. Mai an die Strände und überläßt das Land den Siegern _für ihre Feiern.* Und er nahm das Jubiläum zum Anlaß für eine historische Lektion:

Mich hat Geschichte, als ich sie studierte, auch nicht interessiert. Ich wachte erst auf als ich sah, wie deutsche Geschichte täglich für Politik der Sack-und-Asche-Phrase geopfert wurde. Jetzt fühlt es sich an wie eine andauernd versäumte Pflicht, daß ich, alles andere als ein Historiker. nicht sage, wie mir diese Geschichte vorkommt. Kurz so: Unter den europäischen Konkurrenznationen startet Deutschland als letzte, wird erste, wird aber von einem Kaiser und einer Kaste regiert, die, ohne Bismarck, nicht mehr fähig sind, den deutschen Anspruch friedlich zu vermitteln. Kaiser und Kaste betreiben den Militarismus als Politik wie ihre europäischen Vettern auch; die notwendige Folge davon, der Krieg. Der ist also keine rein deutsche Veranstaltung, Versailles ist dann kein Friedensvertrag. Hitler ist ganz und gar eine Ausgeburt von Versailles. Die Behandlung Deutschlands durch die Siegermächte von 1918 bis 33 produziert in den Deutschen die Stimmung der in die Ecke getriebenen Ratte ...

Der deutsche Rassismus hätte sich ohne die Minderwertigkeit, zu der die Sieger Deutschland verurteilten, nicht zum Wahn gesteigert. So getreten, richtet man sich über jedes Maß auf Der zweite Krieg ist, im Gegensatz zum ersten, eine rein deutsche Veranstaltung. Wenn aber Hitlerdeutschland nicht durch Germanenkult, sondern durch Versaillesdiktat entstand, dann ist der zweite Krieg eine Folge des ersten. Aber der Sieger reagierte wieder nicht viel vernünftiger. als der zu Züchtigende war: Deutschland wird geteilt. Und das soll jetzt gefeiert werden.

Nur ein winziger Einwand: Was hatten die Juden mit alldem zu schaffen? Walser gab schon 1979 einen dezenten Hinweis, als er von den zwanziger Jahren schrieb: *Arbeiter und Kleinbürger hatten einen aussichtslosen Kampf gegen immer neue Einfälle eines nun doch wirklich international auftretenden Kapitalismus.* 1986 verfiel er auf die absonderliche Idee, seit Jalta und Potsdam stifte Auschwitz die deutsche Nation. *Wie soll jemand in seinem Kopf mit Auschwitz umgehen, wenn er nicht die gesamte Nation weiterhin in sich existent fühlt?* Deutsche Schuld impliziert Deutschland, in der Tat; aus ihr aber Walsers Recht auf Thüringen abzuleiten, das nennt man wohl eine gelungene dialektische Volte.

Im folgenden Jahr fühlte Walser, was sich lange angekündigt hatte: Stuttgart-Leipzig. Es habe sich in ihm *so ein Stuttgart-Leipzig-Gefühl entwickelt.* Und sein Leipzig tat ihm weh. *Vielleicht könnte man das einen Phantom-Schmerz nennen. Es tun einem die Glieder weh, die man gar nicht mehr hat.* Zwar zählte keine Stadt der DDR jemals zu Walsers Gliedern, doch seine Romanfigur Wolf sprach aus, was die Westdeutschen litten: *Alle leuchteten vor Gelungenheit, aber keiner schien zufrieden zu sein. Sie wissen nicht, was ihnen fehlt. Und keiner würde, fragte man ihn, sagen, ihm fehle seine Leipziger Hälfte, sein Dresdener Teil, seine mecklenburgische Erstreckung, seine thüringische Tiefe.* Wolf hätte es laut hinausschreien sollen, *aber er traute sich nicht. Aber er wunderte sich, warum es keiner ausrief: Wir sind Halbierte. Und er am meisten.*

Am allermeisten halbiert war natürlich der Autor dieses literarischen Kleinods selbst. Auf die Frage, ob seine Wiedervereinigung diesseits von Oder und Neiße stattfinden werde oder in den Grenzen von 1937, antwortete Walser damals: *Ja, da muß ich mich meinem Wolf Ziegler von* Dorle und Wolf *anschließen. Der sagt, er weiß das nicht, er will's*

bedauern dürfen, daß er das nicht mehr hat. Ich glaube, mit diesem Verlust müssen wir leben und sterben, damit müssen wir uns abfinden. Aber wir sollten traurig sein dürfen drüber

Ob allerdings der *Schlesierschmerz* und die ostpreußische Erstreckung sich mit diesem defätistischen Bescheid auf ewig abfinden? Walser jedenfalls wäre der letzte, der einem Stuttgart-Breslau-Gefühl den Anspruch auf Geschichtsmacht verübeln könnte. *Wenn die Geschichte gutgegangen wäre,* redete Walser 1988 in den Münchner Kammerspielen, *würde ich heute abend in Leipzig* ins *Theater gehen und morgen wäre ich in Dresden.* Weil aber dazumal die Geschichte noch nicht gutgegangen war, geriet Walser *in einen Geschichtswirbel, der mich dreht und hinunterschlingt,* wann immer ihm Königsberg einfiel.

Die Rede wurde mit einer Einladung zur CSU ins Wildbad Kreuth beantwortet. Ein Jahr später erhielt Walser den Großen Literaturpreis der Bayerischen Akademie der Schönen Künste und dreißigtausend Mark. Endlich geschah *das schönste Politische, was ich in meinem Leben erfahren habe.* Seitdem freut Walser sich. *Ich kann mich immer noch jeden Tag darüber freuen, daß das gelungen ist. Ich bin neulich mit meiner Tochter Eisenbahn gefahren, und da gibt es so Zugbegleiter und der Zug fuhr weiter von Konstanz bis nach Berlin, und ich habe gesagt, schau mal, der Zug hält später hier in Erfurt, in Weimar, in Apolda - da habe ich gefragt, weißt Du, wo Apolda liegt? Und Luckenwalde? Schau, und dann kommt er nach Berlin. Und das hat mir gut getan, daß man von Konstanz über Apolda nach Berlin fahren kann.* Und schau, manchmal kommt er nach Leipzig, der Walser-Martin, und *wenn ich nach Leipzig komme, bin ich einfach froh.*

Das häßliche Politische an der deutschen Einigung stimmt Walsern eher unfroh, doch er hat Verständnis. *Wir erleben zur Zeit, wie 15- bis 25jährige ihre Erfahrungen verarbeiten.* Die *Erfahrung* war der deutschen Nachkriegsliteratur teuer, man fragt sich deshalb, welcherart Erfahrungen sich dadurch verarbeiten lassen, daß man Asylbewerberheime anzündet. Die *unvorhersehbaren Zusammenbrüche der ostdeutschen Wirtschaften,* antwortet Walser, hätten *eine Krise erzeugt, die die 15- bis 25jährigen härter trifft als alle anderen. Nicht die deutsche Einigung ist die Produzentin dieser Krise, sondern doch wohl der Totalbankrott des Staatssozialismus. Ohne die ins Wohlstandsgebiet hereinschwappende Not gäbe es keine Radikalisierung, die sich in diesen grauenvollen Brandstiftungen austobt.*

Zweitens glaubt Walser, *die Entwicklung rechtsextremer Gruppierungen sei eine Antwort auf die Vernachlässigung des Nationalen durch uns alle.* Denn unsere *Skinheadbuben* seien halt *Kinder, die in einer Gesellschaft aufwuchsen, in der alles Nationale ausgeklammert oder rückhaltlos kritisch behandelt wurde ... Da ist eine ganze Gruppe Jugendlicher ins Asoziale geraten, nur weil ihr Diskurs (der nach rechts tendierende) überhaupt nicht zugelassen wurde.* Nun aber hat die fünfzigjährige deutsche *Selbstunterdrückung* ein Ende, und es stellt sich heraus: die Nation überlebte. *Im Samisdat.*

Drittens kommt Walser ganz unvermittelt, aber im selben Zusammenhang auf die Ausländer: *Vor mehr als zehn Jahren habe ich einen wahrhaften Spitzenmanager der deutschen Wirtschaft gefragt, warum man so stürmisch vorgegangen sei bei der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte ... Wir alle haben von diesen bei uns Einquartierten profitiert. Wir haben nicht protestiert, solange wir davon profitierten. Jetzt, in der Krise, weisen die schlimmsten Vorfälle auf die Ursachen zurück, die wir jahrelang goutierten.* Man weiß zwar nicht, wogegen wir hätten protestieren sollen - ob gegen die Ausländer oder gegen ihre Anwerbung oder gegen das stürmische Vorgehen bei ihrer Anwerbung -, Jetzt jedenfalls, und das ist ungerecht, *machen wir Rechtsradikale aus Jugendlichen, die ihren Protest so kraß wie möglich kostümieren.*

Walser wurde ob solcher Deutungsversuche angegriffen, nicht zuletzt von Reich-Ranicki, der ihn sich so denn doch nicht vorgestellt hatte. Und weil er an der Öffentlichkeit verzweifelte, beschloß Walser, keine Interviews mehr zu geben. Fortan gab er nur noch letzte Interviews. Anläßlich seines siebzigsten Geburtstags ließ er sich wiederum fragen, auch nach der damals umstrittenen Wehrmachtsausstellung. *Ich habe die Ausstellung nicht gesehen. »Verbrechen in der deutschen Wehrmacht«, also, daß man den ganzen Verein so generell kriminalisiert, ich weiß nicht ... »Die Wehrmacht«: das geht mir total gegen den Strich. Es gibt einen Satz, den ich damals zum Historikerstreit gehört habe, der mir auch nicht einleuchtet. Da wurde die Wehrmacht angegriffen, weil durch ihren Einsatz der Betrieb von Auschwitz weiterhin möglich geworden sei. Verstehen Sie, diesen Zusammenhang herzustellen. Die Soldaten, die sich haben erschießen lassen, die haben doch gar nicht gewußt, daß es Auschwitz gibt, die haben doch nicht das Gefühl gehabt, daß sie Auschwitz verteidigen sollen.* Gewiß nicht, eher hatten sie das Stuttgart-Moskau-Gefühl. *Deshalb darf man nicht nachträglich sagen: Die haben Auschwitz ermöglicht!*

Seitdem er sich zum Deutschtum bekennt, fühlt Walser sich mißverstanden. *Wenn ein inländischer Verächter aus S. mich »Revanchist« nennt und der feine feuilletonanierende Herr in H. sagt »Nazi«, dann gehe ich in die Knie.* Er traut seinem *Geschichtsgefühl* mehr als allen Meinungen. Eine Meinung tauge nur dazu, eine Gegenmeinung zu provozieren. Wenn er geschwiegen hätte, so sinniert er, wären seine Gegner vielleicht angeln gegangen oder ins Kino; da er nicht an sich halten konnte, formulierten sie ihren Widerspruch. Wer aber, als Walser seiner Sehnsucht zum ersten Mal den Namen Deutschland gab, vermutet hätte, diesem Gefühl müsse sich früher oder später die Meinung zugesellen, daß die Wehrmacht an Auschwitz unschuldig war, der hätte ihn wohl von allem Anfang an durchschaut.

Walser weiß, wem er die deutsche Einheit verdankt: *Keiner hat 1989 einen besseren Vorschlag gemacht als Helmut Kohl. Keiner! Um das notorische Gewieher das eine solche Ansicht auslöst, noch ein bißchen zu verstärken, gestehe ich, daß sich, nach meinem Verständnis, Kohl als lernfähiger erwiesen hat als alle seine Kritiker. Er hat, obwohl er in die Schule des kalten Krieges ging, sehr schnell mit Gorbatschow von Pullover zu Pullover gesprochen.*

Ein anderes Projekt des Kanzlers jedoch, das Holocaust-Mahnmal, lehnt Walser ab: *Nehmen Sie alle Städte der Welt und prüfen, ob es irgendwo ein Denkmal gibt für Schande. Ich kenne kein einziges. Es gibt für so etwas Entsetzliches wie den Holocaust keine öffentlichen Denkmäler. und es sollte sie auch nicht geben.* Daß Walser sich um den Frieden verdient gemacht hätte, läßt sich eigentlich nicht sagen. Trotzdem bekommt er in diesem Jahr den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Das Feuilleton lobte die Wahl und vermutete zugleich, das Feuilleton werde entsetzt sein. *Mein Gott, für wie dumm halten einen diese KONKRET-FAZ-Burschen denn!* seufzte Walser einst. In diesen Tagen wird er's erfahren. Denn Schirrmacher spricht die Laudatio.

---

* Die kursiv gesetzten Passagen sind Zitate von Martin Walser

Konkret 10/98, S. 50

Gerhard Scheit

Fassbinders ewiger Jude

Es war wirklich nur eine Frage der Zeit, bis ein Theater der ehemaligen DDR Rainer Werner Fassbinders Stück über den »reichen Juden«: »Der Müll, die Stadt und der Tod« auf den Spielplan setzen würde

Zehn Jahre nach dem Fall der Mauer soll es soweit sein: Das Berliner Gorki-Theater kennt keine Tabus mehr. Damit beginnen sich auch die Kontroversen von 1976 (anläßlich der Suhrkamp-Publikation, die eingestampft wurde) und 1984 bis 86 (bei dem Versuch, das Stück in Frankfurt uraufzuführen) zu wiederholen.* Die Vertreter der Jüdischen Gemeinde Berlin und des Zentralrats der Juden in Deutschland protestieren (Ignatz Bubis nannte Fassbinder sogar einen »faschistoiden Linken«), in den Medien wird mit einigen Vorbehalten meist für eine Aufführung votiert. Die Befürworter meinen, *Der Müll, die Stadt und der Tod* thematisiere den Antisemitismus und sei kein antisemitisches Stück. Und außerdem, heißt es, sei es ohnedies als gedruckter Text bereits öffentlich zugänglich und im Ausland längst aufgeführt.

Mit seinem Stück wollte Fassbinder die Vorgänge im deutschen Finanzzentrum Frankfurt gestalten - konkret handelt es sich um die Umwandlung eines Wohngebiets, des Westends, zum Bankenviertel: »Die Stadt läßt die vermeintlich notwendige Dreckarbeit von einem, und das ist besonders infam, tabuisierten Juden tun, und die Juden sind seit 1945 in Deutschland tabuisiert, was am Ende zurückschlagen muß, denn Tabus, darüber sind sich doch wohl alle einig, führen dazu, daß das Tabuisierte, Dunkle, Geheimnisvolle Angst macht und endlich Gegner findet.« Der Autor äußert sich hier, als hätte er ein Stück im Stile Brechts geschrieben. Das Problem jedoch ist, daß er das Dunkle, Geheimnisvolle, Angstmachende, das vom Tabuisierten ausgehen mag, selber als ein dramatisches Wirkungsmittel verwendet, und gerade darin das Judentum seinerseits instrumentalisiert.

»Dieser Jude«, sagt Fassbinder über seine Figur, »ist reich, ist Häusermakler, trägt dazu bei, die Städte zuungunsten der Menschen zu verändern; er führt aber letztlich doch nur Dinge aus, die von anderen zwar konzipiert wurden, aber deren Verwirklichung man konsequent einem überläßt, der durch Tabuisierung unangreifbar scheint.« Dieser Jude aber verwirklicht nicht nur, wofür andere letztlich verantwortlich sind, er verkörpert es vor allen Dingen. Es geht also bei dieser »Enttabuisierung« nicht darum, daß ein jüdischer Kapitalist ebenso wie ein nicht-jüdischer auf der Bühne dargestellt werden soll. Dieser Realismus, der dem Stück zugute gehalten wird, ist nur Schein, denn an der Rolle selbst zeigt sich, daß die Figur des Juden - und sie allein -mit dem Kapital identisch gemacht wird: Es *muß mir egal sein, ob Kinder weinen, ob Alte, Gebrechliche leiden. Es muß mir egal sein, Und das Wutgeheul mancher, das überhör ich ganz einfach. Was soll ich auch sonst ... Soll meine Seele geradestehen für die Beschlüsse anderer, die ich nur ausführe mit dem Profit, den ich brauche, um mir das leisten zu können, was ich brauche. Was brauch ich? Brauche, brauche - seltsam, wenn man ein Wort ganz oft sagt, verliert es den Sinn, den es ohnehin nur zufällig hat. Die Stadt braucht den skrupellosen Geschäftsmann, der ihr ermöglicht sich zu verändern. Sie hat ihn gefälligst zu schützen.***

Diese Personifizierung des Kapitals in Gestalt des Juden folgt einer jahrhundertealten Tradition - aber schier unglaublich ist die Konsequenz, mit der dies bei Fassbinder geschieht. Die Inkarnation ist vollendet, wenn die Figur nicht mehr anzugeben weiß, wofür sie den Profit eigentlich braucht. Sie verliert buchstäblich jeden Sinn an den einen einzigen Zweck, den das Kapital kennt - den Profit, die Akkumulation. Dabei versperrt Fassbinder der Figur die Möglichkeit, sich im Dialog zu verallgemeinern - die Eigenschaften, die ihr zugeschrieben werden, auch in den anderen sichtbar zu machen (wie es in Shakespeares *Merchant of Venice* oder Marlowes *Jew of Malta,* mit denen Fassbinders Stück immer wieder verglichen wird, wenigstens zum Teil geschieht). Der »reiche Jude« monologisiert beständig - und gerade dies macht ihn so dunkel, so unheimlich - zumal sein Rückzug aus dem Dialog selbst noch >ökonomisch(begründet wird: *Ich hab die Dialoge satt, die voll von Lügen sind und nichts als Zeit in Anspruch nehmen, die jeder für sich selber besser brauchen kann.*

Früh schon wurde in Deutschland mit der Figur dieses »reichen Juden«, dem die Stadtverwaltung die »Dreckarbeit« überläßt, die Deregulierung beschworen, Dies erklärt vielleicht die Aktualität des Stücks, von der man im Gorki-Theater schwärmt. Doch noch in anderer Hinsicht ist Fassbinders Werk zukunftsweisend. Die Nazi-Vergangenheit wird nicht mehr verdrängt, im Gegenteil: Sie wird zum ständigen Reverenzpunkt einer neugewonnenen Mythisierung des Judentums. Das Wissen über den Massenmord an den Juden gibt dem Antisemitismus neuen Auftrieb - und verleiht der Identifikation von Judentum und Kapital ungeahnte Kohäsionskraft: Fassbinders »reicher Jude« hat seine Eltern (vermutlich) in den Gaskammern verloren - und gerade dies wird als Voraussetzung dafür hingestellt, daß er ungestört seinem Profit in Deutschland nachjagen kann.

Bereits in Gerhard Zwerenz' Roman *Die Erde ist unbewohnbar wie der Mond (1973),* dem Fassbinder Figuren und Handlung entnommen hat, heißt es über den »reichen Juden«, der hier noch einen Namen trägt: »Abraham tauchte die moralischen Kategorien in das vergossene Blut seiner Ahnen, aus dem sie als Kategorien der Nützlichkeit, der Strategie und Taktik wieder hervorkamen.« Die Mechanismen der »Schuldumkehr« (Adorno) werden eben nicht nur von der Täter-,

Mitläufer- und Zuschauergeneration gehandhabt. In der Phase der beginnenden Krise der siebziger und achtziger Jahre spielen sich deren linke Söhne und Töchter nun das alte Verfahren als tabulose antikapitalistische Haltung vor.

Bringt Fassbinder indes die Antisemiten zum Sprechen, entsteht für Momente so etwas wie Selbstreflexion: *Er saugt uns aus, der Jud. Trinkt unser Blut und setzt uns ins Unrecht, weil er Jud ist und wir die Schuld tragen. ... Und Schuld hat der Jud, weil er uns schuldig macht, denn er ist da. Wär er geblieben, wo er herkam, oder hätten sie ihn vergast, ich könnte heute besser schlafen. Sie haben vergessen, ihn zu vergasen. Das ist kein Witz, so denkt es in mir* Was da denkt, wird einen Augenblick später ans Licht gebracht: *Und einer lacht sich ins Fäustchen und hat dich schon aufgekauft, noch ehe du ans Verkaufen dachtest. Und hat die Banken auf seiner Seite und die Mächtigen dieser Stadt. Und einesteils gibst du auf um dich auf der anderen Seite um so mehr an den Besitz zu klammern, der dir Angst macht.* Es ist diese Angst, die sich die Personifikation des »reichen Juden« erschafft, um mit dem »Besitz« und seinem System nicht brechen zu müssen. Doch solche Reflexion findet keinen Eingang in die Darstellung des »reichen Juden«: Hier denkt es in Fassbinder selber, ohne daß er sich dessen bewußt wird. (So ist auch nur eine einzige Art der Aufführung akzeptabel - sie müßte den »reichen Juden« als Projektion von Fassbinder selbst kenntlich machen.) Und dieses Denken folgt der Logik der christlichen Passion.

Wie der »reiche Jude« alle Unmenschlichkeit verkörpert, so die Prostituierte Roma B. alle Menschlichkeit der Stadt. Sie übernimmt also in diesem neueren Frankfurter Passionsspiel die Rolle Jesu: *Ich will verschenken, mich zum Opfer machen, der Stadt zuliebe ... Ich danke ab, Gott. Ziehe Leine. Ich werde einen finden, der mich glücklich macht.* Der weibliche Jesus findet ihn natürlich im »reichen Juden«, der nicht zögert, seine Krawatte zu nehmen und Roma B. zu erwürgen. Es ist ein Mord ohne Motiv - also ein Opfer, aber ein Opfer in christlichem Sinn - also zu Lasten des Judentums, das man zur Durchführung des Opfers instrumentalisiert:

DER REICHE JUDE Ich habe gespürt, daß Sie mich brauchen. Ich bin da.

ROMA B. Ich habe versagt.

...

ROMA B. Wir brauchen die Lieder. die von Liebe singen.

DER REICHE JUDE Sie sind verzweifelt. Aber Ihre Verzweiflung ist nichts wert. Man handelt nicht mit dieser Sorte von Verzweiflung

ROMA B. Ich hatte nicht vor. Geschäfte zu machen.

DER REICHE JUDE Wenn Sie mich verletzen wollen, das gelingt Ihnen nicht.

ROMA B. Das wissen Sie selbst am besten.

...

ROMA B. Vielleicht sind es abermals Sie, den ich brauche.

DER REICHE JUDE Sie haben sich bereits Gedanken gemacht?

ROMA B. Ja. Ich will sterben.

DER REICHE JUDE Das ist die beste Lösung. Da sind wir uns einig.

...

ROMA B. Wollen Sie es für mich tun? Sie könnten sogar Befriedigung dabei empfinden. Und dann - es hält ja nicht weiter auf

Statt des »reichen Juden« wird der unschuldige Mann und Zuhälter der Ermordeten als Täter verhaftet. Bei Fassbinder kann Shylock ohne Schwierigkeiten das Stück Fleisch, das er möchte, aus dem lebenden Körper der Stadt schneiden - die Obrigkeit selbst unterstützt ihn dabei, wie einstmals die Römer die Juden, als es darum ging, Jesus zu kreuzigen. Die Komödie vom *Kaufmann von Venedig* regrediert zum Passionsspiel: mit tödlichem Ausgang und Menschenopfer und jüdischem Täter. Nur daß anstelle der abendländischen Christenheit die deutsche Stadt steht, für die das Opfer der Liebe gebracht wird.

Fassbinder war von dieser Passionsspiel-Struktur offenbar besessen - aber erst im Film fand er für sie die zeitgemäße Form des Gesamtkunstwerks. (Seine Filme stießen zwar in Frankreich und den USA auf Kritik, im Unterschied zum Theaterstück jedoch kaum in Deutschland und Österreich.)

In »Lili Marleen« (1980) übernimmt Willie, die hier mit ihrem berühmten Lied die deutschen Soldaten nicht nur begeistert, sondern zugleich verkörpert, die Rolle des leidenden, verratenen und verlassenen Menschenwesens: Während der Mann aus der reichen jüdischen Familie Mendelssohn, den sie heiraten will, im Schweizer Exil eine Jüdin geheiratet und Karriere als Dirigent gemacht hat, muß Willie mit der Kapitulation Deutschlands ihren eigenen Abstieg erleben. Saul Friedländer

hat auf die »mythische Aufhebung der Zeit« und die religiöse Konstruktion des Guten und des Bösen in dieser Üppig ausgestatteten Passions-Revue aufmerksam gemacht. Hier gleichen sich »die jüdischen Kapitalisten, verkörpert durch den Patriarchen in Zürich, und die Nazis, Adolf Hitler, symbolisiert durch gleißendes Licht. Damit tobt die wahre Schlacht nicht mehr zwischen den Nazis und ihren Feinden, sondern zwischen den Mächten des Bösen (jüdischer Kapitalismus und Nazismus) auf der einen Seite und dem >guten< Volk auf der anderen (Willie und ihr kleines Lied, ... die Millionen anonymer Soldaten) - also denen, die sterben müssen.«

Im Film »Die Sehnsucht der Veronika Voss« (1982), mit dem Fassbinder unmittelbar an »Lili Marleen« anknüpft, ist das Ende der blonden Titelfigur, eines ehemaligen Ufa-Stars, regelrecht als Kreuzigung in Szene gesetzt: In ihr langes und qualvolles Sterben - die Ärztin Dr. Katz (natürlich schwarzhaarig) hat sie mit Drogen vollgepumpt und mit Gifttabletten in ihrem Zimmer eingesperrt - werden ihre Träume eingeblendet, darin fragt sie: »Und das Kreuz? Glauben Sie, daß ich das Kreuz selbst tragen werde?« Der Film erfüllt ihr auch diesen Wunsch und läßt bei ihrem Tod am Ostersonntag den dunklen Schatten des Fensterkreuzes in den hellen Raum fallen und per Radio die Osterglocken und den Segen des Papstes einspielen.

In »In einem Jahr mit dreizehn Monden« (1978) unterzieht sich Erwin einer Geschlechts-Operation, um als Frau die Liebe von Anton Saitz - Bordell-Besitzer, Immobilien-Spekulant und Überlebender des Konzentrationslagers - zu erlangen. Doch dieses >Opfer des Fleisches< wird nicht angenommen; der Jude erscheint als ein Mann, der Frauen genießt, ohne selbst der Liebe zu verfallen. Während der Transsexuelle seine Leidensgeschichte erzählt und sich selbst als »Opfertier« bezeichnet, zeigt die Kamera in einer unerhört ausgedehnten Sequenz das massenhafte Schlachten von Rindern auf einem modernen Schlachthof War sich Fassbinder bewußt, daß er damit eine Passage aus dem Nazi-Propagandafilm »Der ewige Jude« sequenzierte - jene unendlich lange Szene, in der Juden gezeigt werden, die Rinder »schächten«? In beiden Fällen ist es der Höhepunkt des Films - im Propaganda-Streifen folgt danach das Versprechen, »die Judenfrage zu lösen«.

---

* Siehe hierzu die hervorragende Studie von Janusz Bodek: *Die Fassbinder-Kontroversen. Entstehung und Wirkung eines literarischen Textes.* Verlag Peter Lang Frankfurt a. M./Bern u. a. 1991

** Alle kursiven Passagen stammen aus Fassbinders Theaterstück *Der Müll, die Stadt und der Tod*

Konkret 10/98, S. 52

Tjark Kunstreich

Germania 2000

Berlin wird immer deutscher. Während die Öffentlichkeit um Alibi-Projekte wie das Holocaust-Mahnmal oder das jüdische Museum streitet, säubert Innensenator Schönbohm die Stadt von »undeutschen Elementen«

»Niemand weiß, wie deutsch Berlin wirklich ist«, überschrieb der nationalliberale »Tagesspiegel« einen Artikel, in dem das kleinbürgerliche Lesepublikum aus dem Westteil der Stadt über die komplizierten ausländerrechtlichen Bestimmungen aufgeklärt wurde, die vielen Menschen aus anderen Ländern das Leben schwer, wenn nicht unmöglich machen sollen. Anlaß sind die Äußerungen des Berliner Innensenators Schönbohm, der von »den Ausländern« eine höhere »Integrationsbereitschaft« verlangt und sich darüber beklagt hatte, daß es in Berlin »Quartiere« gebe -»Ghettos« hatte er nicht sagen wollen -, »wo man sich nicht mehr in Deutschland befindet«.

Trotz der Hochkonjunktur nationaler Repräsentation und der abermaligen Zunahme rassistischer Überfälle, trotz der NPD-Offensive im Ostteil der Stadt und des Anstiegs antisemitischer Straftaten, trotz der Vertreibung der Obdachlosen von öffentlichen Plätzen und der steigenden Zahl von Abschiebungen: Die neue deutsche Hauptstadt ist immer noch zu wenig deutsch. Also »stellt sich die Frage, wann denn eine erfolgreiche Integration á la Schönbohm erfolgreich abgeschlossen wäre? Vielleicht wenn alle den gleichen grauen Drillich tragen, da eine uniformiert auftretende Gesellschaft einem ehemaligen General womöglich am Besten zusagt«, schrieb Andreas Nachama, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Berlin, im »Tagesspiegel«. Daß Schönbohms Statements keineswegs allgemein verurteilt wurden, sagt über den neuen Geist der Hauptstadt mehr aus als Schönbohm selbst, der nur seine Funktion als Mann fürs Grobe erfüllt und nicht verhehlen kann, daß ihm das Spaß macht. Tatsächlich offenbart die Reaktion auf Schönbohm, in welchen Punkten man sich im Berliner Abgeordnetenhaus schon längst einig ist: daß nämlich Berlin eine Weltstadt sei, daß die deutsche die »Leitkultur« (Gustav Seibt in der »Berliner Zeitung«) zu sein habe und daß es zahlreiche Migranten gebe, die sich der Integration verweigern. Nur die Methoden des »Generals«, wie er ehrfürchtig auch von Autonomen genannt wird, die sich nicht zu schade waren, mit ihm für den »Spiegel« ein Gespräch zu führen, stoßen da und dort auf - allerdings eher ästhetischen denn politischen - Widerspruch.

Über die Notwendigkeit der nationalen Repräsentation besteht ein schauerlicher Konsens der Demokraten: Vor allem möchte man nicht, daß die Bonner alles entscheiden. Und deswegen blockiert der Senat zur Zeit zum Beispiel das geplante »Denkmal für die ermordeten Juden Europas«, das in unmittelbarer Nähe zum Brandenburger Tor gebaut werden soll. Es ist der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen selbst, der nicht möchte, daß Berlin zur »Reuehauptstadt« wird. Die jahrelange Debatte ist Ende August mit der Übereinkunft zwischen Senat und Bundesregierung zu Ende gegangen, das Mahnmal vorläufig nicht zu bauen.

Dabei sah es noch wenige Wochen vorher so aus, als würde nun gebaut, denn außer Diepgen waren angeblich alle dafür, und Richard Serra und Peter Eisenman, die Schöpfer des favorisierten Entwurfs, hatten sich auf weitgehende Veränderungen ihres Entwurfs eingelassen. Das »erste poststrukturalistische Mahnmal« (Eisenman) sah ursprünglich 4.000 unterschiedlich tief in den Boden gerammte Betonstehlen vor, eine architektonische Anspielung auf alte jüdische Friedhöfe. Statt der ursprünglich geplanten Grabplatte von Christine Jackob-Marks nun Grabsteine - ein Denkmal, das das Verbrechen unsichtbar macht, indem nur an die Opfer und zudem nur an bestimmte Opfer gedacht wird. Der Entwurf zeichnet sich in erster Linie durch seinen Mangel an Explizität aus. Das wurde jedoch inzwischen geändert. Nach einem »konstruktiven Gespräch« (Bundeskanzleramtsminister Bohl) mit Kohl stieg Richard Serra aus, was angeblich aber mit den geforderten Änderungen nichts zu tun hatte. Peter Eisenman stellte dann den überarbeiteten Entwurf alleine vor: Statt 4.000 sollen es nur noch 2.700 Stehlen sein; der Besucher soll nun nicht mehr vor einem undurchdringlichen Betonwald stehen, denn das Denkmal soll so abgesenkt werden, daß der Besucher es überblicken kann. Außerdem soll drum her um ein Wäldchen angelegt werden, um die abweisende und anonymisierende Ikonographie der Betonstehlen zu konterkarieren -und damit auch die ohnehin begrenzte künstlerische Qualität dieses Entwurfs. Darüber hinaus hat Eisenman sich auf die für den Kanzler obligatorische »Kranzabwurfstelle« (Eike Geisel) eingelassen. Der Friedhof für die ermordeten Juden scheint perfekt; eine andere Deutung wird nicht mehr zugelassen.

Letztlich wird die Frage, ob das Mahnmal noch gebaut wird oder nicht, politisch entschieden. Die Abwägung ist kein »zivilgesellschaftlicher Diskurs« um erinnerungsethische und ikonographische Fragen und Bedenken, sondern eine Kosten-Nutzen-Rechnung, bei der das gewünschte Ergebnis rauskommt. Eine Entscheidung für den Bau hätte SPD und CDU rechte Stimmen gekostet, auf die sie dringend angewiesen sind. In den Parteien der Berliner Großen Koalition war das Mahnmal ohnehin umstritten. Daß eine positive Entscheidung auch das Image des Standortes Deutschland hätte aufpolieren können, das nach der erfolgreichen faschistischen Mobilisierung der letzten Monate zum ersten Mal seit dem Pogrom von Rostock 1992 Risse bekommen hat, spielte bei der Entscheidung keine Rolle mehr. Die zunehmende Ignoranz gegenüber der internationalen Öffentlichkeit ist, neben allem anderen, das besorgniserregendste Ergebnis der Debatte um das Mahnmal.

Das Mahnmal selbst und sein Inhalt sind dabei zweitrangig, es geht um die nationale Botschaft, die von der neuen Hauptstadt ausgehen soll: Berlin soll besenrein übergeben werden. Vorsorglich werden beispielsweise die Mittel für das Gedenken an die »Opfer des Stalinismus« an der Mauer und in diversen Stasi-Knästen aufgestockt. Die Neue Wache, die »zentrale Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland«, wird per Restauration auf den Stand der Jahrhundertwende gebracht. Das Jüdische Museum jedoch, welches im mittlerweile fertiggestellten Gebäude von Daniel Libeskind untergebracht werden soll, das von oben einem auseinandergebrochenen Davidstern gleicht, hat erst nach langen Auseinandersetzungen mit dem Berliner Senat seine Selbständigkeit durchsetzen können.

Als Amon Barzel 1994 zum Direktor des Museums berufen wird, traut man ihm, dem ehemaligen Direktor des Jüdischen Museums in Wien, zu, im Libeskindgebäude ein Museum einzurichten, von Anfang an gilt er als schwierig, da er auf einer weitgehenden Autonomie der Einrichtung besteht. Der Konflikt um diese Eigenständigkeit ist selbstverständlich politischen Ursprungs. 1993 hatte Diepgen die Realisierung des Libeskind-Entwurfs zu stoppen versucht, erst der Protest von mehr als 1.000 jüdischen Persönlichkeiten sicherte die Fortsetzung des Projektes. Allerdings versucht der Senat nun, die weitgehende Autonomie des Jüdischen Museums, das eine Abteilung des Stadtmuseums Berlin werden soll, einzuschränken. Eine enge Anbindung an das Stadtmuseum bedeutet eine regionale Eingrenzung der Darstellung jüdischer Geschichte; Barzel hingegen, und mit ihm Libeskind und andere, lehnen eine solche Beschränkung in der Stadt, von der aus die Vernichtung der europäischen Juden geplant wurde, strikt ab - sie ließe sich zudem im Libeskind-Bau auch gar nicht verwirklichen. Sollte er sich nicht durchsetzen, befürchtet Amon Barzel, »wird das Jüdische Museum im Untergeschoß des Berlin Museums als ethnische Abteilung verschwinden«.

1995 feiert das Jüdische Museum Richtfest. Eberhard Diepgen stoppt derweil den Ausbau der Gedenkstätte »Topographie des Terrors« auf dem Gelände, auf dem ehemals Gestapo und Reichssicherheitshauptamt residierten. Aber noch kann sich der Senat mit seiner Politik, die Gedenkstätten zu schleifen, nicht durchsetzen: Nach zahlreichen Protesten muß er auch hier wieder zurückstecken. Auf der Gedenkveranstaltung zum 58. Jahrestag des Novemberpogroms von 1938 rechnet der Regierende Bürgermeister der Jüdischen Gemeinde vor, was der Senat alles »für die Juden« getan habe: Die »Topographie« werde nun doch gebaut, ebenso das Holocaust-Denkmal, und auch das Jüdische Museum werde eingerichtet. Amon Barzel ist empört. Er schreibt Diepgen einen Brief. »Wenn Sie es nicht für sich selbst tun, dann tun Sie es nicht. Die Juden brauchen kein Mahnmal.« Eine Personaldebatte beginnt, die - wie schon die vorangegangenen Ereignisse - deutlich antisemitische Züge trägt.

Im Sommer 1997 wird Barzel gekündigt. Just an dem Tag, an dem Andreas Nachama, ein wichtiger Unterstützer, wenn auch nicht der Person, so doch der Konzeption Barzels, zum Vorsitzenden der Berliner Jüdischen Gemeinde gewählt wird. Nachama kommentiert die Vorgänge mit einem Satz, der wenige Monate später zur zusätzlichen fristlosen Kündigung Barzels führt: Er, Nachama, fühle sich gezwungen, »dies mit den schlimmsten Vorgängen in den dreißiger Jahren zu vergleichen, als jüdische Museumsdirektoren ihrer Ämter enthoben wurden«. Für einen Moment sieht es so aus, als mache der Senat nun einen Rückzieher, aber als Barzel immer noch keine Ruhe gibt und Nachamas Statement auf einer Tagung im nordirischen Derry zitiert, folgt am 27. September die fristlose Kündigung.

Es stellt sich rasch heraus, daß Barzel zwar juristisch gegen die Kündigung vorgehen könnte, daß er politisch aber isoliert ist. Mit W Michael Blumenthal, US-Finanzminister der Carter-Administration, scheint ein Kompromißkandidat gefunden. Blumenthal will ebenfalls die weitgehende Selbständigkeit des Jüdischen Museums sichern. Daß er dieses Ziel schließlich erreicht, hat er aber nicht nur seinem diplomatischen Geschick zu verdanken. Der Senat hat offensichtlich schlicht das Interesse an der Sache verloren. Als der Wettbewerb für ein Jüdisches Museum ausgeschrieben worden war, hatte noch Rotgrün regiert. Die erste große Gedenkoffensive anläßlich des 50. Jahrestages des NS-Novemberpogroms war gerade vorbei. In Westberlin und der BRD war der 9. November 1988 der Auftakt für einen Gedenkmarathon der 50-Jahr-Gedenktage, der bis zum 8. Mai 1995 anhalten sollte. Hier wurden all die Rituale geübt, auf die sich heute gern beruft, wer zeigen möchte, daß die Deutschen sich geläutert hätten. 1988 gab es auch die DDR noch. Dort gedachte man in einem Volkskammer-Staatsakt des Pogroms und seiner Opfer. Das durch Jenningers verquaste Rede im Bundestag verspielte und von der DDR, die nie so antifaschistisch auftrat wie im Jahr 1988, mühelos besetzte Terrain mußte zurückerobert werden. Der 1989 ausgeschriebene Wettbewerb für das Jüdische Museum war also eine Spätfolge des Kalten Krieges, der immer auch eine Auseinandersetzung der beiden deutschen Staaten um die Legitimation des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus war.

Selbstverständlich geht es mittlerweile vor allem ums Geld: Der Berliner Senat will nur zahlen, wenn auch die Bundesregierung zahlt, und die will umgekehrt nur, wenn auch der Senat finanzielle Zusagen macht. Außerdem stellt man sich die Frage, wozu man noch ein Holocaust-Mahnmal brauche, wenn man schon ein Jüdisches Museum hat. In einer Reportage des SFB wurde denn auch schon einmal vorgerechnet, daß Berlin das an Quadratmetern größte Jüdische Museum erhalten wird. Neben dem Stolz auf diesen neuen Superlativ zeugt dieser Hinweis von dem Wunsch, es mit dem Erreichten gut sein zu lassen.

Was anderenfalls passieren könnte, deuten die Reaktionen auf Nachamas Kritik an Schönbohm an. »Ich hätte mir gewünscht, wenn nicht nur die Parteien protestiert hätten, sondern es einen Aufschrei durch die Gesellschaft gegeben hätte«, hatte Nachama geschrieben - den Aufschrei gab es dann auch, aber er zielte nicht etwa auf Schönbohms »den bräunlich angedunsteten Muff von Stammtischen« enthaltende »Auslassungen«, mit denen er sich »in traurig guter Gesellschaft mit Vertretern einer Blut-und-Boden-Ideologie« befinde, wie Nachama meinte. Der Protest richtete sich gegen Nachama selbst, denn so genau hatte man es gar nicht wissen wollen, und schon gar nicht von einem Juden: Derlei »steht auch einem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde nicht zu. So kann man nicht miteinander umgehen« (Hervorhebung T. K.), beschwerte sich Schönbohm und brachte damit zum Ausdruck, was viele sich (noch) nicht zu sagen trauen.

Allen voran distanzierte sich der evangelische Bischof von Berlin-Brandenburg, Wolfgang Huber, von Nachama, weil der es gewagt hatte, die christlichen Kirchen von seiner Kritik nicht auszunehmen. Aber auch die Kirchen sahen sich kurze Zeit später gezwungen, gegen die Senatspolitik zu protestieren. Allerdings kam dieser Protest nun zu spät, nämlich erst, nachdem in einer Nacht-und-Nebel-Aktion vom 9. auf den 10. Juli zunächst mehr als 100 Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien festgenommen und 74 von ihnen abgeschoben worden waren - eine Maßnahme, mit der sich Schönbohm für die Solidarität der deutschen Christen gegen die jüdische Anmaßung herzlich bedankte.

Daß sich die Berliner, die deutsch fühlen und denken, nicht nur im Westteil der Stadt als ethnische Minderheit aufführen, die sich von den übrigen »Ethnien« terrorisiert fühlt und deswegen das Recht für sich in Anspruch nimmt, zurückzuschlagen, ist lediglich ein weiterer Hinweis darauf, wie »deutsch Berlin wirklich ist«: Die aus verschiedenen Variationen der Speerschen Reichskanzlei bestehende Architektur, mit der die Stadtmitte zugeklotzt wird und in der einzig der Libeskind-Bau tatsächlich ein »Fremdkörper« ist; die »Säuberung« jener Teile der Hauptstadt, die tatsächlich das Gepräge einer deutschen Stadt verloren haben, weil dort der deutsche Mob (noch) nicht das Sagen hat; das Holocaust-Mahnmal, mit dem man sich die Millionen Toten vom Hals zu schaffen gedenkt; die deutsche Leitkultur, in der sich die Feuilletons der Hauptstadtzeitungen üben; nicht zuletzt Schönbohm selbst, der in der öffentlich-rechtlichen SFB-Abendschau regelmäßig seine Politik selbst kommentieren darf - »Germania 2000« ist auf dem besten Wege, von einer polemischen Zuspitzung Nachamas zur scheußlichen Realität zu werden.

Die Hauptstadtfarce ist - ob die Berliner Republik schließlich die der nationalen Repräsentation entsprechende Weltmachtstellung gewinnt oder nicht - gefährlich für alle von A wie Ausländer bis Z wie Zigeuner. W Michael Blumenthal drückte die Stimmung so aus: »Bei jedem Deutschlandbesuch komme ich als Amerikaner und reise als Jude wieder ab.« Irgendeine Form von Widerstand ist nicht in Sicht: Als sich wenige Tage nach der Abschiebung der Flüchtlinge Vertreterinnen und Vertreter antifaschistischer Gruppen trafen, um über das Plakat zum jährlichen »Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung«, der seit 1945 von ehemaligen Nazi-Verfolgten in Berlin begangen wird, zu beraten, konnte man sich nicht auf den Entwurf verständigen, auf der eine Comicfigur einen Stammtisch abräumt, der den rassistischen Konsens versinnbildlichen soll. Grund des Streits war, daß unter den Urhebern rassistischer Parolen und ihren Vollstreckern auch die SPD auftauchte, die die Abschiebeaktion gutgeheißen hatte und deren Abgeordneter Hans-Georg Lorenz es gewesen war, der die »Integrationsunwilligkeit junger Ausländer« bereits vor Schönbohm zum Thema gemacht hatte (Lorenz lobte sich dafür in der Abgeordnetenhaus-Debatte um Schönbohms Äußerungen selbst). Man befürchtete, die Leute, die man ansprechen wolle, vor den Kopf zu stoßen; die humanistische Botschaft könne verloren gehen; man wolle schließlich keinen Wahlkampf machen usw.

Dabei ist von der SPD tatsächlich bloß Schlimmeres zu erwarten. Mit Schröder als Bundeskanzler wird es nämlich auch einen Staatsminister für Kultur geben, den Holtzbrinck-Angestellten Michael Naumann, dem es mit nur wenigen Worten gelang, die Berliner CDU zu toppen. Naumann hatte als Rowohlt-Verlagsleiter Anfang der neunziger Jahre das Buch *Should the Baby live?* der Behinderternmord-Propagandisten Singer und Kuhse in Deutschland herausbringen wollen und war damit noch gescheitert - mittlerweile kaum mehr vorstellbar. Nach einigen Jahren in New York hofft er nun auf einen Job in der Heimat und hat auch Vorschläge für Berlin. Naumann sprach sich gegen das Holocaust-Mahnmal, aber dafür aus, das Stadtschloß wiederaufzubauen. An den Holocaust werde in den Gedenkstätten der ehemaligen Konzentrationslager besser erinnert als mit einem Denkmal. Das Stadtschloß hingegen, dessen Ruinen Anfang der fünfziger Jahre gesprengt worden waren, soll als staatliches Gäste- und Kulturhaus der Berliner Republik dienen.

Der Wiederaufbau des Stadtschlosses würde nicht nur endgültig die Spuren der DDR aus dem Stadtbild tilgen - der Palast der Republik müßte abgerissen werden - und so unmittelbar an die Zeit vor 1945 anknüpfen; auch die Berliner freuen sich über eine solche Geste, die der romantisch-melancholischen Grundstimmung in der Hauptstadt eher entspricht als beispielsweise die Architektur Libeskinds. Das Stadtschloß wäre sowohl etwas für sentimentale Wilmersdorfer Witwen, deren Zustimmung zur Vereinigung von Berlin und Brandenburg die CDU seinerzeit mit dem Slogan »Für ein christliches Preußen« zu erheischen suchte, als auch für die postmodernen Historisten mit Hang zum Monumentalen.

Mit der Absage ans Holocaust-Mahnmal bedient der sich als Weltbürger gerierende Naumann sowohl die schwarzbraune Schlußstrich-Fraktion als auch viele ehemalige KZ-Häftlinge, die befürchten, die hohen Kosten des Holocaust-Mahnmals könnten weitere Kürzungen bei den Gedenkstätten zur Folge haben. Anzunehmen ist jedoch, daß es gerade der

heruntergekommene Zustand vieler Gedenkstätten ist, den Naumann so anziehend findet. Als Beispiel für ihre Wirkung nannte er nämlich ausgerechnet die »Totenfelder« von Bergen-Belsen, aus denen die Gedenkstätte neben dem Dokumentationszentrum besteht. Ein Friedhof, der ebensowenig wie das Holocaust-Mahnmal Tat und Täter benennt.

Deutsches Geschichtsbewußtsein drückt sich heutzutage in grasüberwachsenen Massengräbern und wiedererrichteten Schlössern aus. Darin und in der festen Absicht, daraus auch die - von Schönbohm vorexerzierten - politischen Konsequenzen zu ziehen, verwirklicht sich die nun endlich vollzogene deutsche Einheit. Die allseitige Aufrüstung Berlins zum nationalen Symbol erfordert die Überwindung der letzten Hemmnisse, die den Deutschen nach Auschwitz auferlegt waren. Und diese Überwindung setzt Kräfte frei, die sich betätigen wollen.

Konkret 10/98, S. 55

Marit Hofmann

Buch & Deckel

Karen Salmansohn: Erfolgreich ohne Penis. Strategien und Geheimnisse für Karrierefrauen. Signum Verlag, Wien 1998, 288 Seiten, 48 Mark
Harriet Rubin: Machiavelli für Frauen. Strategie und Taktik im Kampf der Geschlechter. Krüger Verlag, Frankfurt/Main 1998, 208 Seiten, 34 Mark

»Frauen-Power« ist nicht mehr nur die Kampfparole einiger versprengter Feministinnen, sondern längst auch dort Wirklichkeit, wo man's am wenigsten vermutet: Die Inline Unternehmensberatung lädt zum »Frauen-Power-Kongreß '98« , inkl. Modenschau »mit einem der sechs Top-Models (weltweit)«. Nach Referaten von Hera Lind und Nina Ruge spricht Gabriele Krone-Schmalz zum Thema: »>Wir können es schaffen < - Anstiftung zum Neuanfang in Deutschland«; Dipl. Modedesignerin Kerstin Höller stellt die Frage: »Was ist die richtige Business-Bekleidung?«, und der einzige unverzichtbare Mann im deutschen Frauenbund, Jürgen »Sprenge Deine Grenzen!« Höller, zeigt seine Performance aus Löffelverbiegen und Feuer-Lauf, die ihn zu Deutschlands führendem Motivationstrainer und zum mentalen Betreuer von IBM, Telekom, Siemens, Nixdorf, Bonnfinanz, Deutscher Sportbund u. v. a. machte. Männer, die an diesem Tag verhindert sind, aber mehr über den aktuellen Stand der Frauen-Emanzipation erfahren wollen, seien zwei Buchveröffentlichungen ans Herz gelegt.

Die erste stammt von Frau Salmansohn, welche in der Werbebranche tätig war. Als sie ihrem Buch den unheilverkündenden Titel Erfolgreich *ohne Penis* verpaßte, wußte sie, was sie tat: »Der Gebrauch des Wortes Penis ist bzw. war ein höchst strategischer, manipulativer Versuch, Ihre Aufmerksamkeit zu bekommen. Mit anderen Worten: Ich war in der Werbebranche tätig.« Mit anderen Worten: Frau S. weiß, wie der Hase läuft. »Sie weiß: Der Markt der 90er ist ein einziger Konkurrenzkampf Bücher müssen daher etwas Besonderes bieten, um aus den Regalen herauszustechen. Dasselbe gilt für Frauen.« Tatsächlich dürfte Frau Salmansohn aus den Regalen herausstechen, wenn man sie mit einem Buch verwechselt und irrtümlich hineingestellt hätte - aber etwas Besonderes bietet sie nicht. Allenfalls etwas besonders Blödes. In ihrer Einführung in »die schwierige Kunst, mit hohen Absätzen die Karriereleiter hinaufzuklettern«, gibt Frau S. praktische Tips, um der Geschlechtsgenossin beizubringen, in der männerdominierten Welt des Erfolgs »ihren *Mann* zu stehen, zu beherrschen« - »Produktneupositionierung« nennt S. diese Arbeit an der eigenen Persönlichkeit - sie war in der Werbebranche tätig. »Klar haben Frauen manchmal aufgrund alter Vorurteile die schlechteren Karten, ein Großteil der >Ungerechtigkeiten(aber wurzeln (!) in falschem Marketing.« So etwas würde Frau S., die in der Werbebranche tätig war, nie passieren: Sichtlich bemüht, sich innerhalb der Männerdomäne des Erfolgs als selbstbewußt, schlagfertig, respektlos, ja, feministisch zu vermarkten, erreicht sie doch nur das Gegenteil und darf sich dabei dem Wohlwollen aller männlichen Führungskräfte, die um ihre naturgegebene Autorität fürchten, sicher sein. Wenn sie Frauen auffordert, »ihre weibliche Seite im Kampf um den beruflichen Aufstieg ganz gezielt einzusetzen«, dann löst die nähere Erläuterung dieser »weiblichen Seite« bei der Leserin ein (hormonell bedingtes?) Schwindelgefühl aus: »Da sich Männer besser auf die Erledigung einer Aufgabe konzentrieren können, sind sie einer geringeren Versuchung ausgesetzt, sich von privaten Themen ablenken zu lassen. Instinktiv halten sie Besprechungen und Telefonate kurz. Wir Frauen jedoch neigen dazu, am Telefon mit viel Elan Blabla von uns zu geben, und weichen plötzlich meilenweit vom Thema ab, was uns nicht wirklich hilft, unser geschäftliches Ziel zu erreichen.«

Dafür, daß ihre »Theorie« nicht stimmen kann, spricht, daß sich Frau S. mit weltweit ca. 60.000 verkauften Exemplaren der amerikanischen Originalausgabe womöglich bereits ihrem geschäftlichen Ziel nähert und also auch künftig ihre »Geheimnisse« nicht für sich behalten wird. Immerhin hat sie die Managementliteratur (*Tao für Manager e*tc.) eifrig studiert. Doch wenn sie ihre Erkenntnisse nun mit Zitaten der Mystiker aufbereitet, dann liest sich eine Warnung vor zuviel weiblicher Impulsivität so: »Wenn sich die gefühlsbedingten Ladungen gelegt haben, ist das, als ob man Kabelfernsehen in einer Situation bekommt, in der man früher auf die Hausantenne angewiesen war: Dadurch wird nicht nur das Bild schärfer, es erhöht sich auch die Programmauswahl. Das meinte William Blake, als er schrieb: >Würden die Türen zur Wahrnehmung gereinigt, würde dem Menschen alles so erscheinen, wie es ist: unendlich.< Wir Frauen müssen daran arbeiten, unser emotionales Kabelfernsehen 24 Stunden am Tag eingeschaltet zu haben.«

Um dem Rätsel des Erfolgs der neuen Frauenratgeber-Masche auf die Spur zu kommen, ist es nützlich, auch die gehobene Variante heranzuziehen: den *Macchiavelli für Frauen,* dessen Beliebtheit schon angesichts seines festen Platzes auf der deutschen Sachbuch-Bestsellerliste nicht unterschätzt werden darf. Nicht nur an Oberbürgermeisterin Petra Roth, die das Buch »allen unbescheidenen Frauen und all denjenigen, die wissen, daß sie mehr können, als ihnen nachgesagt wird«, empfiehlt, fallen wahnhafte Züge von Selbstüberschätzung auf, auch die Entertainerin Lisa Fitz hält die Konfusion, die dieses Buch bei ihr ausgelöst hat, offenbar für einen Zustand ungeahnter geistiger Klarheit: »Das Buch hebt, gibt System, ein geistiges Zuhause und macht klar im Kopf.« Was aber veranlaßt die Kirchen-Karrierefrau Maria Jepsen zur ihrer öffentlich erklärten Wertschätzung dieses Werks, geht es darin doch, wie die Autorin in ihrem einleitenden »Brief von der

Machiavella, zu der ich geworden bin, an die Leserin, die Fürstin eines gepeinigten, krisengeschüttelten Reiches« nicht verschweigen kann, »um Krieg,... um die Kriege der Intimität, in denen der Feind so nahe ist, daß er Sie verletzen, Sie betrügen und bekämpfen kann, sei er nun Ehemann, Chef, Kunde, Elternteil oder Kind.« Ehekrieg, Haß auf den Vorgesetzten, der Kunde als Gegner - für all das bringen wir ja Verständnis auf, aber das Kind als Feind? Frau Bischöfin!

Die Erleuchtung überfiel die »Machiavella«, die sich damals noch Harriet Rubin nannte, in jener denkwürdigen Nacht, »als ich in der Palace Bar in San Francisco saß. Es war zwei Uhr nachts. Der Mann am Klavier war längst gegangen, aber meine Freundinnen Nora und Judith und ich gingen nirgendwohin, obwohl Nora am Ende war, und Judith versuchte, nicht daran zu denken, wo ihr Liebhaber in dieser Nacht landen würde... Da saßen wir nun, drei gestandene Frauen, von denen jede ein Millionen-Dollar-Geschäft aushandeln kann, aber nicht ihr eigenes Gehalt. ... In dieser Nacht entschloß ich mich in die Fußstapfen Machiavellis zu treten.« Rubins Rausch haben nun die Leserinnen auszubaden, die vom »Krieg als dem Weg zur Macht« am Beispiel von tapferen sumerischen Prinzessinnen aus 100 1 Nacht ebenso Kenntnis erhalten wie vom Werdegang der Margaret Thatcher. Aus dem Munde der Fürstin bekommen auch ehemals Frauenbewegte endlich die Bestätigung für ihren längst praktizierten Opportunismus: Eine Übernahme von Gepflogenheiten ihrer Kollegen unter Einsatz »weiblicher Reize« ist nicht nur erlaubt, sondern ausdrücklich erwünscht.

Von soviel »postmodernem Feminismus » sind nicht nur die Frauenzeitschriften begeistert. Auch die Männer vom »Spiegel« freuen sich über ein so »spannendes, witziges und lehrreiches Buch« mit »Kampfanleitungen« wie dieser: »Konzentrieren Sie sich auf den Klang und die Formen der Sprache, nicht so sehr auf die Botschaft an sich«. Und wie kleidet sich die kämpferische Frau? »Weiß impliziert Stärke«, aber auch der Schnitt ist wichtig, denn: die »Brüste entsenden eine kraftvolle Botschaft der Weiblichkeit.« Und langsam, beim Weiterlesen, versteht die Leserin sie immer besser, die Roth, die Fitz, die Jepsen. Ja, dieses Buch verändert, jetzt spürt sie es auch, da ist diese nie dagewesene Klarheit im Kopf..

Konkret 10/98, S. 56

Martin Büsser

»In the Air«

Phil Collins ist der erste Mensch, dem es gelang, mit der Erzeugung völliger Interesselosigkeit Milliardär zu werden

Es gibt doch noch etwas Beständiges in unserer Zeit: Phil. Man muß nur das Radio einschalten, um sich dessen zu vergewissern. Phil Collins ist der Schutzengel der westlichen Welt, seine Stimme legt sich sanft, manchmal auch laut, beinahe vorwurfsvoll über Autobahnen, Badezimmer, Küchen, Restaurants und Supermärkte. Es scheint, als sei er schon immer dagewesen und würde auf immer bleiben. Er hat die Siebziger überlebt, die Achtziger durchlebt und die Neunziger zu seinem Jahrzehnt gemacht. Phil Collins, nicht Madonna, ist das letzte Mysterium des Pop.

In den Siebzigern sind es unsere großen Brüder gewesen, die ihn hörten, stellenweise sogar noch mit dem Ruch des Verbotenen oder zumindest Spinnerten versehen, wenn sie und ihre Freunde sich bei Kerzenlicht und Tee ins Zimmer zurückzogen und dererlei »Konzeptalben« unterm genauesten Studium der Texte in Alchemisten-Manier gehört haben, natürlich ohne daß dabei Haschisch im Spiel gewesen wäre, das nämlich war naturgemäß den großen Brüdern vorbehalten, die sich zu den Doors und Frank Zappa ins jeweils andere Zimmer zurückgezogen hatten. Doors- und Zappa-Brüder lebten seinerzeit übrigens artgemäß im Keller, Genesis-Brüder auf einer Etage mit dem Schlafzimmer der Eltern. Wenn sich ein großer Bruder aus der Genesis-Fraktion allerdings mit einem Mädchen in sein Zimmer zurückzog, war nie etwas von Phil zu hören, eher von Barclay James Harvest oder Cat Stevens.

Erst mit dem Phil der Achtziger wurde es möglich, ihn und ein Mädchen zugleich im Zimmer zu haben. Diese Erfahrung machten allerdings andere Brüder, nun unsere jüngeren Brüder, versteht sich. Sie gingen mit Samsonite-Koffer zur Schule, gaben Nachhilfe in Mathe und Informatik, hatten keine anklagenden »Why?«-Plakate mehr in ihren Zimmern hängen, sondern die Weltkarte in großem Maßstab über dem Schreibtisch.

Die erste Phil-Generation schrieb lange handschriftliche Briefe und Gedichte, versiegelte die Umschläge mit Bienenwachs; die zweite Phil-Generation dagegen schrieb keine Briefe mehr, sondern Programme, gehörte zur ersten Garde, die den Computer im Jugendzimmer einführte. Und heute? - Heute gibt es überall Computer und überall Phil. So sehr man die Samsonite-Generation belächeln mag, war sie doch trotz Aussterbens dieses Koffers in seiner Funktion als Schulranzen eine Gruppe, die damals gegen unsere versprengte Fraktion von Punk- und New-Wave-Ideologen zwei Produkte zu etablieren verstand, ohne die das ausklingende zwanzigste Jahrhundert gar nicht mehr hätte bewältigt werden können.

Ebenso wie PC, Apple und Windows 95 aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken sind, ganz gleich, ob wir uns als Punks, Waver, Raver bzw. Ex-Punks, als Dekonstruktivisten, Rhizomatiker oder BWL-Studenten bezeichnen, ist Phil Collins dermaßen selbstverständlich zum Teil des Alltags geworden, daß sich heute weder jemand zu ihm bekennen muß noch gegen ihn sprechen, geschweige denn seine Platten kaufen. »Face Value« ist das letzte Phil-Produkt gewesen, das ich noch ab und an in irgendwelchen Wohnzimmern gesehen habe, bereits dies schon eine Verlegenheitsplatte, die alle Ertappten als ein Geschenk ausgegeben haben, ohne sich jedoch daran erinnern zu können, wer sie ihnen geschenkt hatte.

Es blieb den Achtzigern vorbehalten, sich über Phil Collins aufzuregen (ja aufzuregen, denn sich über ihn lustig zu machen geht nicht - er gibt keine Angriffsfläche ab, auf die mit Humor reagiert werden kann), seinerzeit geschickt inszeniert vom amerikanischen Autoren Bret Easton Ellis, der seinen *American Psycho* als großen Phil-Collins-Fan ausweist und somit einen bitterbösen Zusammenhang zwischen Sexismus, Serienmord und dem maßgeschneidert anständigen, beinahe politisch korrekten Phil Collins herstellt. Der freilich so maßgeschneidert gesichtslos ist wie »Psycho« Patrick Bateman selbst.

Was nämlich wissen wir schon über Phil Collins? Was sagen seine Lieder? Was wissen wir von der Position, die dieser Mann gegenüber der Welt einnimmt.? Nichts, nichts, nichts.

Der Dromologe Paul Virilio könnte anhand von Phil Collins eine wunderschöne Parabel auf das Verschwinden schreiben, auf die völlige Abwesenheit dessen, was doch ständig anwesend ist. Jean Baudrillard hätte Stoff genug, um ein weiteres Merve-Bändchen über leere Zeichen, Implosion und den Nebel der Indifferenz zu schreiben. Daß solche Bücher nicht geschrieben werden, weder von diesen beiden Autoren noch von anderen, ist allerdings nicht Versäumnis, sondern sicheres Anzeichen dafür, daß es über Phil Collins nichts zu schreiben gibt.

Phil Collins ist als Phil Collins länger around als Helmut Kohl als Bundeskanzler Helmut Kohl und Wojtyla als Papst Johannes Paul 11., doch im Gegensatz zu den letztgenannten, die ebenfalls Meister der Dauer sind, was gewisse Zeitungsschreiber auf den Begriff des »Aussitzens« brachte, hat Phil Collins es im Laufe seiner Dauer geschafft, sämtliche Kontroversen hinter sich zu lassen und zur reinen Neutralität eines Daseienden zu atomisieren. Er ist der erste Mensch, dem es gelang, allein über die Erzeugung völliger Interesselosigkeit zum Milliardär zu werden. Dies ist, mit Verlaub gesagt und ohne jeglichen satirischen Unterton, ein Phänomen, das bislang nur im Pop hat entstehen können, dessen Distributionsgesetze anders verlaufen als im herkömmlichen Kulturgeschäft - oder, etwas vorsichtiger formuliert: Phil hat

gezeigt, daß sie dort anders verlaufen können. Eine neue Platte von Phil fördert gleich mehrere Hits zutage, ohne daß die Platte selbst gekauft werden müßte, ohne daß ein Club seine Nummern spielt, sondern ganz einfach nur, weil sich alle poporientierten Radiosender der westlichen Welt darauf geeinigt haben, seine Nummern unentwegt und auf Jahre zu spielen, weil er - ja, warum überhaupt?

Weil er ein Star ist? Nein, das trifft es nicht ganz. Eher, weil er zur Instanz wurde, die sich nicht wegdenken läßt. Eine gewaltige Instanz in dem Maße, daß niemand mehr weiß, wozu man ihn noch braucht oder ob man ihn denn jemals gebraucht hat, wohl aber, daß ohne ihn etwas fehlen würde. Er ist das eigentlich Namenlose, das unbenennbare Bindeglied zwischen dem Rest, ein kybernetisches Mirakel: Insgeheim vermutet man hinter ihm die tragende Funktion, die das System Pop am Leben erhält, kann sich aber nicht vorstellen, wie diese Funktion zustande kommt, traut sich auch nicht, ihre Existenz zu überprüfen. Dies ginge nämlich nur durch ein vergleichsweise einfaches, aber vielleicht folgenreiches Experiment: Phil Collins einfach nicht mehr spielen.

Auch in der bildenden Kunst gibt es Stars und Instanzen, von van Gogh bis Warhol (Stars), von Rubens bis Rodin (Instanzen), doch so sehr die Stars unter ihnen zu Stars gemacht wurden bzw. sich selbst als Star inszeniert haben, geben sie doch noch eine Fläche ab, anhand derer eine Überprüfung von Bedeutung, Stil, Idee u. a. möglich ist. (In noch höherem Maße gilt dasselbe für die Instanzen.) Interessant in diesem Zusammenhang, daß gerade Warhols Versuch der völligen Selbstauflösung erst von Phil Collins verwirklicht wurde: Warhols künstlerisches Kalkül der amorphen Oberfläche gab ihm ja gerade Kontur, war ästhetisches Programm, von dem Madonna noch heute profitiert - Phil Collins dagegen ist das Amorphe schlechthin, ohne Kalkül, ohne Stil, ohne Kontur und ohne jegliche Idee.

Im Literaturbetrieb gibt es Flops, die eingestampft werden müssen, und Hypes, die sich durchdrücken lassen, weil das jeweilige Buch irgendwie gut (was hier heißen muß: gut lesbar) bzw. einfach nur nach Beststeller-Gesetzen geschrieben ist. Man könnte auch Rosamunde Pilcher als eine Art Vakuum beschreiben, wären nicht sämtliche ihrer Seiten stereotypes Bestseller-Programm, damit also alles andere als eine Arbeit im luftleeren Raum.

Phil ist ja nicht einmal dies: Er ist kein Bestseller im herkömmlichen Sinne, kein auf Erfolg hin kombiniertes Konstrukt, kein Mainstream wie Opus und DJ Bobo. Phil Collins läßt sich auch nicht - seinen Kolleginnen und Kollegen Tina Turner, Dire Straits, Eric Clapton und Joe Cocker gleich - als »adult orientated Rock« bezeichnen (läßt sich überhaupt ausmachen, ob Phil-Collins-Musik Rock oder Pop ist?), denn zu allen an ihr hervortretenden Eigenschaftslosigkeiten gehört auch das Phänomen, daß sie kein Alter besitzt, weder eindeutig modern noch eindeutig ältlich klingt. Beim Einsatz modernster Technik, gegen die sämtliche Drum'n'Bass-Veröffentlichungen von einem paläontologischen Umgang mit dem Soundsystem zeugen, gelingt es Phil, ein eigenartiges Klangbild der historischen wie biographischen Zeitlosigkeit zu erzeugen.

Greil Marcus zitiert in *Lipstick Trac*es den Psychologen Bruno Bettelheim, um an diesem Zitat das Prinzip der Seventies festzumachen: »Überleben ist alles, ganz egal, wie, warum, wofür.« Nach der 60er Revolte und ihrem Niedergang zwischen Liberalismus und Energiekrise, blieb den Zeitgenossen nur noch, am Bestehenden festzuhalten, es zu umklammern und zu verteidigen. Trotz oder wegen all dieser Bollwerke an Behäbigkeit sollte es in der zweiten Hälfte der Siebziger zu Punk kommen. »No future« hatte den plumpen Willen nach bloßem Überleben angegriffen: Eine Gesellschaft, die gesellschaftliches Sein nur noch danach ausrichtete, auch weiterhin die eigene Wohnung, den Fernseher, den Urlaub (»Holidays in the Sun«) und die beiden Autos unterhalten zu können - darin waren sich sogar Johnny Rotten, The Clash, Siouxie, Crass, Poly Stirene und McLaren einig -, ist eine Gesellschaft, die besser verschwinden würde. Verschwunden ist nicht, wie wir heute wissen, diese Gesellschaft, sondern Punk. (Nein, bitte jetzt keine Green Day-, Terrorgruppen- und Hosen-Einwände!) Geblieben ist Phil Collins.

Punk hatte keine sehr große Macht auf die Gesellschaft, nur eine kleine Macht auf das System Rockmusik. Nach Punk konnten sich so einige Giganten der Rockmusik erst einmal nicht mehr blicken lassen: E.L.O., Supertramp, die Bee Gees und Konsorten waren zu Zwergen geschrumpft, im Laufe der Achtziger bekam man ihre Platten auf Flohmärkten beim Kauf einer anderen dazugeschenkt.

All dies sollte zumindest anhalten bis in die Neunziger. Mitte der Neunziger nämlich - aber das ist beinahe schon ein Kapitel, das nichts mehr mit Phil zu tun hat -waren die Geschmacksverhältnisse plötzlich dermaßen umgekehrt, daß quasi die »Punks der Neunziger« - strukturell gesehen - auf Partys in Schlaghosen zu E.L.0. und den Bee Gees abhotteten und jene, die sich in den Neunzigern noch immer ernsthaft als Punks bezeichneten, als primitive Fossile betrachtet wurden.

Wo aber blieb Phil Collins in all den Wirren? Welchen Platz nahm er ein im Gerangel zwischen Punk und Disco? - Gar keinen, genau darin liegt ja das Phänomenale. Es dürfte ziemlich klar sein, daß die Punks der Siebziger Phil Collins nicht besonders gemocht haben, aber sie haben ihn auch nicht glühend genug gehaßt, um Manifeste und Boykotte gegen ihn auszuschreiben: Phil blieb unberührt von allen Umstürzen, gab sein »In the Air tonight« live sogar zu Beginn der Achtziger im Duett mit Sting zum besten, mit jenem Sting, der dank einer Band namens Police unter den gemäßigten Wavern und Elternhaus-Punks seinerzeit noch so viel Ansehen genoß, daß »In the Air tonight« auch mal ungestraft im Jugendzentrum

zwischen den Stiff Little Fingers und Siouxie laufen konnte. Kein Witz. Ich komme aus dieser Zeit. Ich war Elternhaus-Punk.

Die beiden Stücke »In the Air tonight« und »Mama« bilden den Dreh- und Angelpunkt in Phils Karriere, sind das Scharnierstück zwischen dem Genesis-Phil der Siebziger und dem Phil-Collins-Phil der Mittachtziger bis Neunziger. Als reduzierte, monotone Plärnummern mit penetrantem Dauerrefrain sind es die einzigen Songs von Phil Collins, die man überhaupt behalten und nachträglich identifizieren kann (»I can't dance« lief dann ja wieder unter Genesis-Button) - und sie sind so inszeniert, daß sie geschickt zwischen Siebziger-Pathos und Wave-Kälte lavieren, glitschig chamäleonhaft, so daß es Phil Collins geschafft hat, zum richtigen Zeitpunkt seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen: Während Yes und deren »Owner of a Lonely Heart« oder Whitesnake mit »I'm standing in the Rain« bei der Subkultur gnadenlos unter die Guillotine fielen, übersah man Phil, tat ihn als harmlosen, altväterlichen Typen ab und hat so übersehen, daß ausgerechnet er Unsterblichkeit erlangen sollte. Zu jenem Zeitpunkt, als man ihn hätte packen können - Subkultur hatte damals nämlich noch echte Henkersgewalt, -, wußte Phil sich aalglatt aus den Siebzigern zu stehlen und wurde zu der Figur, die alles überlebt: Er hat Hüsker Dil überlebt, die Smiths und Kurt Cobain, er wird Easy Listening überleben, House, Drum'n'Bass, Oasis und den ganzen Rest.

»Überleben, ganz egal, wie, warum und wofür.« Aus heutiger Sicht, muß man Greil Marcus korrigieren, ist dieses Motto stärker noch als in den Siebzigern die Devise der Neunziger gewesen - ihr ästhetisches Pendant, ihr musikalischer Erfüller: Phil Collins. Die Neunziger sind das Überwinder-Jahrzehnt: Man hatte den Kommunismus überwunden, den Punkrock überwunden - Rockmusik überhaupt -, die Utopie überwunden, die Postmoderne überwunden, den Spaß, die Tat, den Körper, das Geschlecht, die Klage, die Politik und mit ihr den Protest, den schlechten Geschmack, Geschmack überhaupt, den Sex und den Adorno überwunden - ganz Schlaue wollten uns sogar einreden, daß der Kapitalismus längst überwunden sei. All diese Überwindungen zielten auf die nackte Überlebens-Strategie: Es ist egal, wie, warum und wofür man den jeweiligen Tag herumbringt, wichtig nur, daß man ihn herumbringt. Ein Streit zwischen links oder rechts und ein Streit zwischen gutem und schlechtem Geschmack ist dermaßen zum Anachronismus der Achtziger verkommen, daß man ihm sich nur noch spätabends nach dem fünften Bier hingeben mag, dann aber um so leidenschaftlicher, weshalb eigentlich alle, die sich noch nicht völlig aufgegeben haben, längst zu Alkoholikern geworden sind, um wenigstens nach dem fünften Bier den Phil Collins abzulegen, zu dem wir alle unterschiedslos geworden sind.

In den Siebzigern waren es unsere großen Brüder, die Phil Collins hörten, in den Achtzigern waren es unsere kleinen Brüder. Heute sind wir alle Phil Collins, weshalb auch keiner mehr ihn hören muß.

Das Mysterium der Religion: ihr Verschwinden im Weltganzen. Gott hört auf, Gott zu sein, wenn alles Gott geworden ist. Dies ist das Geheimnis von »In the Air tonight«: Gleichmäßig verteilt auf alle Moleküle, über Schallwellen gleichmäßig als feingesponnenes Netz um den Globus gewoben, bedarf keiner mehr Phil Collins, redet keiner mehr über Phil Collins, predigt keiner mehr Phil Collins (es gibt tatsächlich keinen Moderator, der Phil Collins noch als das »große Ding« ankündigt), denn Phil Collins ist zum All geworden, schlägt in unseren Herzen, läßt die Sterne leuchten und das Gras wachsen.

Dem Nichts namens Phil Collins kann also in der Tat nur noch über die Sprache der Metaphysik nachgegangen werden.

Der Text stammt aus dem soeben erschienen Buch: *Antipop. Essays und Reportagen zur Popkultur in den Neunzigern.* Verlag Jens Neumann, Mainz *1998, 196* Seiten, *22,80* Mark

---

Martin Büsser ist freier Autor und lebt in Mainz

Konkret 10/98, S. 58

Georg Seeßlen

Buchheims Sammlung

Revolte, Exzeß und schöne Barbarei oder. Wie deutsch ist der Expressionismus?

Eines dieser »Ereignisse«, die der zeitgenössische Museumsbetrieb so 3 braucht, ist sie ganz gewiß, die Ausstellung der Sammlung Buchheim im Münchner Haus der Kunst, das einmal »Haus der deutschen Kunst« hieß, und an dem kein freundlicher Efeubewuchs an der Seite die faschistische Vergangenheit bedecken kann. So ungefähr siebenhundert Exponate einer Kunstrichtung sind da zu besichtigen, die man, ungeachtet ausgesprochen divergierender ästhetischer und politischer Impulse, mit dem Etikett »Expressionismus« versehen konnte und die ihr Sammler, eben Lothar Günther Buchheim, nur deswegen in dieser beeindruckenden Anzahl anhäufen konnte, weil sie dem Betrieb für eine geraume Zeit so unzeitgemäß erschien, daß man Bilder, Drucke, Bücher und Skulpturen in den fünfziger Jahren für'n Appel und 'n Ei bekommen konnte. Ein Ereignis, das es förmlich darauf abgesehen zu haben scheint, durch seine schiere Quantität die Füße, die Augen und die ästhetische Phantasie zu überfordern. Gerade die kleineren, die in ihrer Entwicklung vom einen zum anderen bedeutenden Werke, die seriellen Graphiken und Bildfolgen, sind überdies so gehängt, daß ein genaueres Hinsehen nicht möglich ist. So »erklärt« uns diese Ausstellung schon in ihrer Anlage, was Expressionismus zu sein hat: Er ist bunt und laut, heftig und rücksichtslos. Gerade das, was wir brauchen eben, weil wir zuviel Fernsehen gucken, und draußen rauscht ja auch der Lärm eines Straßenverkehrs, der sich partout nicht beruhigen lassen will.

Und noch etwas: Der Expressionismus ist deutsch. Die »deutscheste der Künste«, wie Michael Skasa in der »Süddeutschen Zeitung« schreibt, um in wohliger Pop-Euphemie anzufügen: »Wo Gefühl und Härte in eins schossen, Zorn und Wollust, Dekadenz und Urkraft - alles ein großes Aufbegehren. Kein Wunder, daß die Nazis solche Kunst nicht dulden mochten.« Wie deutsch ist sie? Die deutscheste aller Künste im deutschesten aller Kunsthäuser, von den deutschesten aller Deutschen verfemt, gesammelt und gerettet vom deutschesten aller Kunstsammler?

In Wahrheit erklärt diese Ausstellung mitnichten, was denn Expressionismus überhaupt sein könnte; sie verbirgt hinter ihrer Fülle nur die Theorie- und Bewußtlosigkeit, mit der wir mit jener ästhetischen Verwandlung umgehen, die, so ungefähr, zwischen dem Beginn des Jahrhunderts bis in die zwanziger Jahre vonstatten ging, begrenzt vielleicht von den Sezessionisten, den Abgespalteten vom organisierten Akademismus, am Anfang und sich entwickelnd in die unterschiedlichsten Richtungen von Moderne oder Regression am Ende. Das Expressionistische hatte seine hohe Zeit in Deutschland in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, in der Malerei ebenso wie in der Literatur und im Film, hier galt es als Signal der Befreiung. Und die deutschen Künstler entwickelten es viel weniger als eine neue ästhetische Methode, sie warfen sich vielmehr hinein, als eben gerade das Deutschsein zum großen Problem geworden war. Um es mit Lotte Eisner zu sagen: »Das Elend, die ständige Sorge um ein ungewisses Morgen haben dazu beigetragen, daß die deutschen Künstler dem Expressionismus mit Leib und Seele verfallen; denn dieser Stil, der schon seit 1910 bestrebt war, alle bisher gültigen Kunstprinzipien hinwegzufegen, konnte ihnen dank der Vehemenz seiner kategorisch gestellten Forderungen wenigstens die Möglichkeit einer intellektuellen Revolte bieten.«

Es war die Mäzenaten-Klasse der Kunst selber, das Bürgertum, das in diesem Krieg seine Herrschaft verloren hatte; in seinen Mythen, seinen Harmonie-Empfindungen, seinen Idealen zu arbeiten, hatte nun endgültig seinen Sinn verloren. Die akademische und symbolische Malweise mußte zum Kitsch werden, weil ihr keine gesellschaftliche und kulturelle Praxis mehr gegenüberstand. Auch die »atomische Verstückelung« des Impressionismus, von der Kasimir Edschmid sprach und die in nichts anderem bestand als im zarten und empfindsamen Verbergen der bürgerlichen Ästhetik, die sich unter der Hand doch retten wollte, wenngleich als verstückelte, als Empfindung anstelle der Behauptung, als Erlebnis anstelle der Architektur, konnte diese Krise nicht begleiten.

So mußte es zu einer Revolte des künstlerischen Materials selber kommen, von Farbe, Form und Komposition. Die bürgerliche Welt war ästhetisch weder zu retten noch aufzuheben, eine neue war nicht in Sicht.

Die Kunst im Stadium des Expressionismus mußte, anders als der Impressionismus, den Augenblick nicht mehr bewahren, sie mußte selbst Augenblicklichkeit werden, den Betrachter nicht einladen, sondern ihn anspringen, ihn skandalisieren und in Aufruhr versetzen. Nicht, was der Mensch haben kann, oder was er sein will, konnte das Thema sein, sondern das, was er im Augenblick ist: ein selber in Aufruhr versetztes und skandalisiertes Wesen, das die Grenze zwischen Innenwelt und Außenwelt beständig zu überschreiten gezwungen ist. Der nackte Mensch drückt Begehren und Ekel zugleich aus, der Verletzte Schmerz und Gleichgültigkeit zugleich, die Natur Wildheit und Disharmonie. Alle Übergänge verlieren das Fließende, alle Farben die Zwischentöne. In alledem konnte man auf »expressionistische« Weise ebenso gegen die gesellschaftliche Wirklichkeit protestieren, sie, wie Otto Dix, zur Kenntlichkeit deformieren, wie man sich auf eine schwere und kräftige Weise der Wirklichkeit von Natur und Körper versichern konnte, wie meinethalben in Max Beckmanns Gemälden oder Kirchners Akten, die eben dies versprechen, daß in all diesem Rohen und Heftigen, in der barbarischen Gegenwärtigkeit, das Schöne doch als Natur wieder zu sich kommt. So steckt auch in der Biographie und

Werkgeschichte vieler Maler (und der wenigen Malerinnen), die dem Expressionismus »verfielen«, die Dialektik zwischen dem Alptraum der Stadt und der Einsamkeit in natürlichen Refugien, zwischen der Oberfülle, die nur durch das Explosive der Formen und Farben bewältigt werden konnte, und der Einfachheit der Natur, der durch die überwältigende Farbe die innere Kraft zurückgegeben wird, zwischen Atemlosigkeit und Stillstand.

Die Maßlosigkeit des Expressionismus, die uns mit einem Mal wieder so zeitgemäß erscheinen mag, drückt bei alledem die Auflösung des Pakts zwischen Kunst und Gesellschaft, zwischen Ästhetik und Geschichte aus. Kinder erscheinen wie Greise, Architekturen wie windschiefe Zufälle, und vor allem: Die expressionistisch gesehenen Menschen sind Ansammlungen von Figuren, oft mit erstorbenem Blick oder, umgekehrt, verständnislos geweiteten Augen, die offensichtlich nichts miteinander zu tun haben wollen und können. Sie blicken voneinander weg, arrangieren sich zu Gruppen, in denen unmöglich Kommunikation stattfinden kann, und sie scheinen eben jenen Moment nicht zu akzeptieren, in dem sie dargestellt werden. Die Modelle der expressionistischen Malerei wissen nicht, warum sie dort stehen, liegen oder sitzen, wo sie stehen, sitzen oder liegen, und eben dann, wenn sie es ahnen, werden sie mißbraucht, verwundet oder gestürzt. Selbst das »Besoffene Liebespaar« von Dix scheint nur aus Hilflosigkeit ins Bild getorkelt, und der kleine Moment des Gewahrwerdens führt nur dazu, daß die Frau kotzt. Es gibt gleichsam kein Einverständnis des Dargestellten mit der Darstellung; jedes Bild ist ein Akt der Gewalt, auch wenn es Zärtlichkeit maskiert, wie es in Erich Heckels wundersamen Bild vom »schlafenden Pechstein« zum Ausdruck kommt, oder in Schmidt-Rotluffs Akten, die immer gerade (vergeblich) versuchen, sich für ihr Angeblicktwerden, ihr Bild-Werden zu arrangieren. Was könnte Emil Noldes »Prophet« anderes sehen als seinen eigenen Tod, und was verbindet in seiner Radierung »Staatsmann und Bürger« den einen mit den anderen als grenzenlose Verachtung? Die Verweigerung des Abgebildeten gegenüber der Abbildung wird bei Max Kaus (für mich die Entdeckung dieser Ausstellung) zum eigentlichen Thema; bei ihm freilich geht dieses Verhältnis wieder in eine Distanz des Künstlers selber über.

Expressionismus, das meint wohl nicht nur jenen Ausdruck des Bildes aus sich selbst heraus, mit der es der Welt etwas von der Gewalt zurückgibt, die es empfindet, eine Flucht in die ästhetische Barbarei vor der Barbarei der Gesellschaft. Während sich das Bild geradezu hemmungslos zu seiner Subjektivität bekennt, zur Subjektivität des Malers wie zu der des Augenblicks, so spricht es gleichzeitig dem abgebildeten Menschen die Autonomie ab. Wie zerstörte Puppen auf einer zerfetzten Bühne wirken sie oft. Individualität kommt nur als Farce, als Dämonie, als Destruktion von Und so genau der expressionistische Blick die Schrecken des Krieges wiedergeben kann, das Wesen der Verkrüppelung, Gier und Schmerz, so wenig kann er den konkreten Menschen zeigen. Der Mensch ist ein kaputtes Zeichen, und die Natur drückt nichts aus als ihren Widerwillen dagegen, von Menschen bewohnt zu werden.

Eine barbarische Reaktion auf eine barbarische Welt. Ist dies die deutscheste aller Künste? Natürlich nicht, denn durch diese Bilder führen tausenderlei anderer Spuren, die große ästhetische Revolte war selber nur einen Augenblick bei sich, gefeiert im übrigen auch in eben diesem Augenblick nicht nur von unverdächtigen Wortproduzenten. Vielleicht war der Expressionismus ja wirklich so etwas wie eine Art Urknall jener Moderne, in der das Bild sich schließlich radikal vom Abgebildeten entfernen mußte. In dieser Revolte konnte über die Humanität des ästhetischen Prozesses kaum nachgedacht werden. Wahrhaft furchtbar wurde der Expressionismus erst, als er Konvention wurde.

Auch aus dem Expressionismus konnte Kitsch werden, nichts eignete sich so sehr zur Kunstpostkarte; Max Pechsteins »Krankes Mädchen« als Poster in den Jugendzimmern der fünfziger Jahre, die Wiederkehr von Otto Muellers »Zigeunermädchen« als Vorbild für Kaufhauskunst. Und mit wieviel Verachtung, Unverständnis und Zorn die Faschisten die expressionistische Malerei auch behandelt haben, so spukt doch auch genügend »Expressionistisches« in der Nazi-Kunst. Die Ausstellung der Expressionisten aus der Sammlung Buchheim im Münchner Haus der Kunst spricht mit einem falschen Stolz von sich, lädt zu Zweifel und Spiegelung kaum ein. Da eben ist sie sehr deutsch.

Die Expressionismusausstellung im Haus der Kunst in München läuft bis zum 18. 10.

Expressionisten. Sammlung Buchheim. Buchheim Verlag, Feldafingen 1998, 59 Mark

Konkret 10/98, S. 60

Werner Fleischer

Sturz ins Bild

Eine Ausstellung mit Landschaftsbildern Max Beckmanns in Hamburg öffnet den Blick auf eines der komplexesten Werke der Kunst des 20. Jahrhunderts

1919 stellt der 35jährige Künstler Max Beckmann das Gemälde »Die Z Synagoge« fertig - im gleichen Jahr, in dem er auch mit seinem kritischen Graphik-Zyklus »Die Hölle« auf die Ermordung Rosa Luxemburgs reagiert. Das Gemälde zeigt die ehemalige jüdische Synagoge am Börneplatz im damaligen jüdischen Viertel von Frankfurt: Nach durchzechter Fastnacht schwanken drei Gestalten (darunter Beckmann selbst) durch eine beunruhigende, menschenleere Stadtlandschaft. Die Gebäude scheinen zu schwanken, da die Perspektiven verstellt und gegeneinander verschoben sind; eine Katze sitzt statuenhaft am unteren Bildrand; die Fenster der Synagoge sind erleuchtet, gegenüber an einer Litfaßsäule hängen Plakate der Zeit, der Nachthimmel ist fahl wie der Mond. Eine Drohung liegt in diesem Bild, eine Drohung, die schließlich 1930 in Beckmanns »Winterlandschaft« konkretere Gestalt annimmt. Dort fällt der Blick aus einem Fenster, dessen Läden sowohl nach innen wie nach außen geöffnet scheinen (wurden sie zerschlagen?), auf kahle, verschneite Bäume, die in einem nun völlig menschenleeren Innenhof stehen und deren Aste sich zu einem Hakenkreuz formieren. Die Bäume besetzen den Raum; die Fensterrahmen wirken wie von Farbe getränkt. An diesem Ort scheint kein Weiterleben mehr möglich.

1932 malt Beckmann die »Große Gewitterlandschaft«. Erneut greift er die Emblematik der Nationalsozialisten auf Er verschränkt sie hier mit Symbolen des Schlafes und des Todes, die er der Bildtradition der Romantik entnimmt und aktualisiert. Das Werk gehört zu einer Reihe von Arbeiten, die sich mit der Verarbeitung von Naturstoffen beschäftigen. Eine Gestalt, ein Holzfäller vielleicht, liegt gesichtslos, schlafend oder erschlagen, unter einem kahlen, gewaltigen Baum, dessen Äste abermals ein Hakenkreuz bilden. Eine baumhohe Leiter ragt steil und verlassen in den schwarzen Wipfel eines anderen Baumes. Auch hier variiert Beckmann Bildtraditionen, deren universeller Anspruch unter dem Eindruck der aktuellen Bedrohung neu gedeutet wird.

Die drei Beispiele zeigen, daß Beckmann sowohl die politische Wirklichkeit als auch ihre gesellschaftlichen Voraussetzungen und Folgen nie aus dem Blick verlor und auch den Betrachter seiner Bilder damit konfrontieren wollte, obwohl er den plakativ »politisch« arbeitenden Künstler immer vehement abgelehnt, ja für abwegig gehalten hat.

Ein besonders eindrucksvolles Zeugnis dieser widersprüchlich anmutenden Haltung Beckmanns bietet zur Zeit die Ausstellung »Landschaft als Fremde« in der Galerie der Gegenwart der Hamburger Kunsthalle. Diese gelungene und von einem exzellenten Katalog begleitete Präsentation stellt mit der Landschaftsmalerei einen bisher wenig beachteten Komplex des Beckmannschen Werks vor, der alle wesentlichen Aspekte seiner künstlerischen Arbeit deutlich macht.

In mehr als einem Drittel seiner Arbeiten führt uns Beckmann, der bereits als Sechzehnjähriger auf die Kunstschule in Weimar ging und als Zwanzigjähriger im wilhelminischen Deutschland unter anderem mit Ausstellungen der Berliner Secession erfolgreich war, seine Vorstellung von Natur, Stadt, Landschaft und den Menschen, die dort leben (müssen), vor - mit einer zeitgenössisch geprägten, nach seiner Überzeugung aber ausschließlich im Subjektiven gründenden Weltsicht.

In ihrem Beitrag zum Katalog weist die Kuratorin der Ausstellung, Ortrud Westheider, darauf hin, wie die verschiedenen Lebensstationen des Künstlers mit seinem Blick auf Landschaft verschränkt sind. Da ist zum einen der Dandy und Bohemien, der schöpferische Einzelgänger, der sich gerne in Cafés und Bars aufhält oder durch die Straßen der prosperierenden Großstädte flaniert; der nie im Freilicht malt, sondern die Natur nur mit Abstand aus dem Auto oder Zug wahrnimmt. Beckmann lebte in dieser Zeit in Berlin und Frankfurt und reiste immer wieder vor allem nach Italien und an die Nordsee, wo er die zunehmend »demokratisierte Landschaft« des Tourismus beobachtete, in welcher das Draußen zum Hintergrund wird für den »imaginierten Raum« von Freiheit und Spiel erholungsuchender Großstadtbewohner.

Da ist zum anderen der Exilant Beckmann. Haß auf den Weltbürger und Individualisten, den international anerkannten Künstler, der nie Mitglied einer politischen Organisation war und »Ismen« auch in der Kunst grundsätzlich ablehnte, führte zunächst zum Berufsverbot als Hochschullehrer und Kunstprofessor und schließlich zur Beschlagnahmung von mehr als fünfhundert Werken und zum Ausstellungsverbot durch die Nationalsozialisten. Beckmann und sein Werk galten als »undeutsch«, seine Sicht auf die Welt paßten nicht zum Bildprogramm einer völkisch ausgerichteten deutschen Kunst. So wurde der damalige Direktor der Städelschule in Frankfurt unter anderem 1933 mit der Beschwerde entlassen, daß »öffentliche Gelder für solche Judenknechte, wie es Beckmann war, trotz der unsagbaren Not aus dem Volk herausgepreßt wurden«. Am Tag der Eröffnung der Ausstellung »Entartete Kunst« in München am 19. Juli 1937, in der mindestens zwanzig Werke von ihm gezeigt wurden, verließen Max und Mathilde »Quappi« Beckmann Deutschland und flüchteten nach Amsterdam. Acht Jahre später ließen sie sich in den USA nieder - nach Deutschland wollten sie auch nach 1945 nicht zurückkehren. In diesen Jahren entstehen viele Landschaftsbilder aus der Erinnerung, in denen sich die Probleme der Emigration ausdrücken.

Wie die Ausstellung aber deutlich macht, meint »Landschaft als Fremde« nicht allein den Leidensdruck der Emigration. »Fremde« ist vielmehr eine künstlerische Haltung, die Beckmann zur Realität einnahm und die sich durch sein gesamtes Werk zieht.

Beckmann war ein scharfsinniger und nüchterner Beobachter der Ereignisse seiner Zeit. Bereits unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg hatte der als Sanitätssoldat vom Krieg und seinen Folgen entsetzte Beckmann graphische Folgen gestaltet (»Die Hölle«, »Jahrmarkt«, »Berliner Reise«), die in ihrer kritischen Schärfe und genauen Beobachtung zu den bis heute gültigsten Darstellungen der ersten Jahre der Weimarer Republik zählen. In gleicher Weise prägnant sind Beckmanns Städtebilder, die Bar-, Café, und Ballhauslandschaften, in denen die schroffen Gegensätze, Disharmonien und Grotesken bürgerlicher Großstadtmilieus arretiert sind in einem bildnerischen Rhythmus, der eben diese Disharmonien als Prinzip des Lebens feiert und ihrer Auflösung skeptisch entgegensieht.

»Ich denke in Bildern«, betonte Beckmann und meinte damit, daß für ihn der künstlerische Ausdruck und Erkenntnisprozeß, der sich im Malen vollzieht, an die sichtbaren Erscheinungen der Realität gebunden ist. Sie wird über die Malerei in eine neue, zweite »Realität« überführt. Mit seinem Abstraktionsverfahren, dreidimensionale Objekte so auf die Leinwand zu bringen, daß eine Imagination des Raumes jenseits der Illusion möglich wird, schuf er eine neue Wirklichkeit, eine neue Art der Wahrnehmung der Realität. Dabei spielt die Farbe Schwarz eine besondere Rolle. Sie ermöglichte es Beckmann, Bild und Gegenbild in eins zu setzen, mit ihr konnte er die Bildfläche strukturieren, zerteilen, verbinden und in Spannung versetzen, Details betonen, Zentren relativieren und - gleichsam Fäden spinnend - Widerstrebendes zusammenbringen.

»Fremde« bedeutete also für Beckmann nicht Ortlosigkeit, sondern eine scharfsinnige Distanz des Sehens, die es ihm erst ermöglichte, seine »Konstruktion einer >neuen Realität<« (Uwe M. Schneede) durchzusetzen. Die tradierte Landschaftsmalerei konnte Beckmann auf diese Weise neu und subjektiv verändert weiterführen.

Daß es sich bei alldem »nur« um Kunst handelt, wird von Beckmann nie geleugnet, im Gegenteil erscheinen Bedrohung, Vergänglichkeit, Einsamkeit, Erotik, Herrschaft, Tod in seinen Bildern immer als Gegenstände der Kunst und ihrer spezifischen Erkenntnismöglichkeiten. Häufig gehen in die Darstellungen dieser Themen Mythen ein, in denen Imagination und Traum mit sozialer Wirklichkeit und kunsthistorischer sowie künstlerischer Konvention kollidieren. Von einer mythischen Aufladung der Natur in Beckmanns Gemälden sollte man allerdings nicht sprechen, denn er konfrontiert die vermeintliche Allgemeingültigkeit und Universalität der Mythen mit einem Bildaufbau, der die Subjektivität betont, weil der Ort des Künstlers stets explizit gekennzeichnet ist. Und so wie Beckmann immer wieder Schauspieler, Gaukler, Clowns und Artisten in seinen Bildern vorführt, fällt auch immer wieder der Blick durch Fenster, Gardinen, Fahnen, Balkone, Türen, Läden, Bullaugen, Gitter, Bäume und zeigt den Blick des Künstlers als Blick eines Betrachters, der mit der Bezeichnung seines physischen Standpunkts auch den seines Urteils angibt.

Beckmann hat sich und sein Werk nie über Kategorien wie Volk, Nation und Vaterland definiert, vielmehr war ihm die unentwegte Befragung des »Selbst«, des Individuums und des sich im Einzelnen vollziehenden »Welt-Theaters« entscheidend: »Die größte Gefahr, die uns allen Menschen droht, ist der Collectivismus. Überall wird versucht, das Glück oder die Lebensmöglichkeiten der Menschen auf das Niveau eines Termitenstaates herabzuschrauben«, erklärte er in der Rede »Ober meine Malerei« 1938 in London. In seinem über 850 Ölgemälde, Hunderte von Graphiken, Zeichnungen und Skizzen umfassenden Werk zeugen vor allem die (Selbst-)Bildnisse von dieser Stereotypen grundsätzlich nicht zugänglichen Haltung.

Das so komplexe wie rätselhafte und facettenreiche Werk Max Beckmanns ist ohne Zweifel eines der bemerkenswertesten Zeugnisse von Zeitgenossenschaft in der Kunst des 20. Jahrhunderts. Der erklärte Anti-Avantgardist hat es vermocht, Traditionslinien der Moderne neu zu ermitteln und die Entwicklungsgeschichte der Moderne selbst beispielhaft ins Bild zu setzen. Individualität und Weltgesellschaft, sozial-ökonomische Wirklichkeit und die Phantasmen imaginierter Realität, Mythen im Spiegel der Zeitzeugenschaft, Geschlechterkategorien und Machtdispositionen, all dies fügte er in einer vielschichtigen Bildsprache in- und gegeneinander.

1950 stirbt Beckmann im Alter von 66 Jahren in New York. Eines seiner letzten Gemälde heißt »Abstürzender«. Auf ihm ist eine Figur zu sehen, die durch Himmel und Luftschiffe zwischen Häuserzeilen kopfüber hinabstürzt - wohin sie fällt, ist nicht sichtbar. Die Figur zeigt dem Betrachter den Rücken, schwarz ragt ein schwarzes Rund (Mühlenrad?) in die linke Bildhälfte. In dieser Umkehrung der »Auferstehung«, die das Blau des Himmels fragwürdig macht, inszenierte Beckmann den »Sturz ins Leben« als »Sturz ins Bild«.

Die Ausstellung »Max Beckmann. Landschaft als Fremde« wird in der Hamburger Kunsthalle noch bis zum 8.11.98 gezeigt, anschließend vom 29.11.98 bis zum 14.2.99 in der Kunsthalle Bielefeld, vom 12.3.99 bis zum 6.6.99 im Kunstforum Wien. Der Katalog (192 Seiten, zahlreiche, auch farbige Abbildungen) kostet 38 Mark und ist im Verlag Gerd Hatje erschienen

Literaturempfehlung

Max Beckmann

Carla Schulz-Hoffmann (Hg): *Max Beckmann. Retrospektive.* Prestel Verlag, München 1984, 481 Seiten, 563 Abbildungen (davon 165 farbig), 118 Mark. Aus Anlaß der großen internationalen Ausstellung zum 100. Geburtstag Beckmanns entstanden, bietet der Band einen repräsentativen, in diesem Umfang nicht wieder erreichten Überblick über Beckmanns Schaffen: Gemälde, Zeichnungen, Aquarelle, Radierungen, Lithographien und Holzschnitte. Ein Dutzend Aufsätze zu Werk und Biographie und die ausführlichen Erläuterungen, die jeder der meist großformatigen Abbildungen beigefügt wurden, machen das Buch auch für Laien zu einem so wohlinformierten wie umsichtigen Führer durch Beckmanns Bildwelten.

Karin von Maur (Hg): *Max Beckmann. Meisterwerke 1907-1950.* Verlag Gerd Hatje, Stuttgart 1994, 240 Seiten, 295 Abbildungen (davon 68 farbig), zur Zeit als Sonderausgabe für 39,80 Mark erhältlich. Auch dieser 10 Jahre nach der *Retrospektive* erschienene Band zeigt eine Auswahl der bedeutendsten Arbeiten Beckmanns. Sie ist schmaler, da auf die Gemälde (und 2 Skulpturen) konzentriert, empfiehlt sich aber durch die hervorragende Qualität der z.T. doppelblattgroßen Abbildungen und die diesen beigefügten detailreichen Erläuterungen. Erwähnenswert auch die reich illustrierte Beckmann-Biographie, die den Band beschließt.

Anette Kruszinski (Hg): *Max Beckmann. Die Nacht.* Verlag Gerd Hatje, Ostfildern 1997, 176 Seiten, 121 Abbildungen (davon 52 farbig), 78 Mark. Im Zentrum des Buches steht mit dem Gemälde »Die Nacht« (1918/19) eines der wichtigsten Bilder des Künstlers: die Darstellung eines offenbar in schierer Menschenquälerei sich erschöpfenden nächtlichen Überfalls einer Gruppe von Gewalttätern auf eine Familie. Anette Kruszinski öffnet, ausgehend von dieser Reaktion Beckmanns auf die gesellschaftlichen Verhältnisse im deutschen Krieg und Nachkrieg, den Blick auf sein künstlerisches Programm, das hier erstmals zu einem gültigen Ausdruck fand, und folgt den ikonographischen Spuren, die aus der »Nacht« in Beckmanns Gesamtwerk führen.

Jo-Anne Birnie Danzker / Amélie Ziersch (Hg.): *Max Beckmann. Welt-Theater. Das graphische Werk 1901 bis 1946.* Verlag Gerd Hatje, Stuttgart 1993, 231 Seiten, 219 Abbildungen (davon 31 farbig), 78 Mark. Umfassende Dokumentation des druckgraphischen Werks Beckmanns. Von knapp 400 Arbeiten zeigen Danzker/Ziersch 190: Einzelblätter zu den Themen Krieg, Großstadtleben, Porträt und Selbstbildnis sowie die Buchillustrationen und alle Mappenwerke -den lithographischen Zyklus »Die Hölle« eingeschlossen, in dem sich auch »Die Nacht« wiederfindet. *Welt-Theater* enthält darüber hinaus die wichtigsten programmatischen Texte Beckmanns. Wer allerdings mit einem Bändchen im Taschenbuchformat und der Beschränkung auf die drei graphischen Folgen »Die Hölle« (1919), »Jahrmarkt« (192 1) und »Berliner Reise« (1922) zufrieden ist, der greife zu Rudolf Pillep (Hg.): *Max Beckmann. Drei graphische Folgen.* Insel Verlag, Leipzig 1989, 108 Seiten, 32 Abbildungen. Das Büchelchen ist zur Zeit für 5 Mark bei Zweitausendeins zu haben.

Uwe M. Schneede, Carla Schulz-Hoffmann (Hg.): *Max Beckmann. Selbstbildnisse.* Verlag Gerd Hatje, Stuttgart 1993, 128 Seiten, 80 Abbildungen (davon 30 in Farbe). Chronologisch geordnet und in großformatigen Abbildungen zeigt dieser Band 27 Selbstbildnisse Beckmanns und analysiert die Bedeutung, die diese für sein Gesamtwerk haben. Zweitausendeins verkauft ihn zur Zeit für 19 Mark.

Sprengel Museum Hannover (Hg.): *Circus Beckmann.* Verlag Schlütersche, Hannover 1998, 131 Seiten, 64 Abbildungen (davon 41 in Farbe), 39 Mark. Katalog einer Ausstellung des Sprengel Museums in Hannover, die vor wenigen Wochen zu Ende ging. Er zeigt mit den wichtigsten Werken aus dem umfangreichen Beckmann-Bestand des Museums - angereichert durch Zugaben aus diversen Sammlungen - einen instruktiven Querschnitt durch Beckmanns Werk. Angelegt »wie eine Nummernrevue« (Ulrich Krempel) führt er durch die zentralen Themen der Beckmannschen Arbeiten: Selbstbildnisse, Krieg, »Die Nacht«, Religion, Porträts, Geschlechterkampf, Welttheater, Großstadt, Landschaft, Stilleben. Wer über die entsprechenden Möglichkeiten, d. h. über einen gut gerüsteten PC (Windows 95, 486er/100 MHz, 16 MB RAM [32 MB empfohlen], 2 MB Graphikkarte, Soundkarte 16 Bit oder über einen Power Mac mit 16 MB RAM, 32.000 Farben, 800x600 Pixel und CD-ROM-Laufwerk) verfügt, kann sich eine erheblich erweiterte Version dieser Ausstellung auch auf dem Bildschirm ansehen: *Max Beckmann 1884-1950. Aus der Sammlung Sprengel Museum Hannover.* CD-ROM, Verlag Schlütersche (M-Art-Edition), Hannover 1998,69 Mark (Katalog und CD-ROM zusammen kosten 89 Mark). Die übersichtlich aufgebaute und klug gestaltete CD-ROM enthält ca. 130 Werke mit Interpretationen, animierte Einführungen in jene zehn bereits genannten Themen des Beckmannschen Schaffens, einen Videofilm über das Leben des Künstlers, ca. 600 historische Bilddokumente zur Zeit-, Kunst- und Kulturgeschichte und ein ikonographisches Lexikon zu Max Beckmann.

Stephan Reimertz: *Max Beckmann.* Rowohlt Taschenbuch Verlag (rowohlts monographien 558), Reinbek bei Hamburg, November 1995, 160 Seiten, zahlr. Abbildungen, 12,90 Mark. Ein fürchterliches Buch! Der ehemalige PR-Mann Reimertz hat sich nach Kräften bemüht, der Beckmannschen Werkbiographie auch die offensichtlichsten Gesellschaftsbezüge noch auszutreiben und aus dem scharfen Beobachter und Zeit-Diapostiker Beckmann einen im Allgemein-Übermenschlichen sich verlierenden Faselhans und kosmischen Einfaltspinsel zu machen. Auch seine sonstigen Auskünfte sind nicht erheblich: »Wie die meisten genialen Menschen ... hat Beckmann sich in der Reife zu einer Frau hingezogen gefühlt, die seine Tochter hätte sein können.« Das ist nicht mal mehr komisch.

Bleibt anzumerken, daß das wichtigste (werk)biographische Zeugnis Beckmanns, die bei Piper erschienenen *Tagebücher 1940-1950,* vergriffen sind und der Verlag - warum auch immer - eine Neuauflage nicht in Aussicht stellt.

Konkret 10/98, S. 63

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Chefschlüpferschnupperer Kenneth gegen Dauerständer Bill. Boris, der trunkne Bär, gegen das »Hunger!« rufende russische Volk. Gerhard, der in seiner Kindheit winters barfuß zur Zwergschule lief, gegen Helmut, den, mit siebzehn, das Abiturium küßte. Trittin gegen Transrapid. Villariba gegen Villabajo. »Bild« gegen Berti. Ussama Ibn Ladin gegen Amerika. Schumi gegen Villnöff. Allein gegen Mafia. Alete gegen Hipp. RTL gegen ARD. Etcetera gegen PePe. So wie die Natur worldwide keine Leere kennt, so kennt der Mensch gegen seinesgleichen kein Pardon. Und dies sowohl von je her, wie daß ein appeasement auf dieser Walstatt never abzusehen ist. Werden nun die großen Schlachten von den im Orbit verankerten Satelliten bis in die Besenkammern der Erde übertragen, so finden zahlreiche Kämpfe geringeren Kalibers unter Ausschluß einer breitern Öffentlichkeit statt. Sie in lockrer Folge an diesem Orte zu fokussieren dünkt mich Christen- wie Chronistenpflicht. Heute: Der Kampf zwischen Britta, der begnadeten Gebrauchsrhetorikerin von HOT (Home Order Television), und Martina, der Proloschmuckverbraucherin aus Wien, der ein Tansanit, ein in Tansania abgebauter Stein zwoter Klasse, angedreht werden soll. Bitte erweisen Sie diesem fight respect, und entgegenfiebern Sie dem Hochzeitstag Martinas am einundzwanzigsten Elften mit mir mit:

Liebe Zuschauer, ein Ring mit zwei Tansaniten wartet auf sie. Ich höre grad, wir haben eine Anruferin, Martina aus Wien, hallo

Hallo Britta, ich möchte dir nur sagen, daß deine Ringe wunderschön sind und so zart

Ach, dankeschön, das freut mich, meine Güte, das geht runter wie Öl, chchhaha, welcher hat ihnen denn am besten g«allen?

Die Nummer fünfhundertflünf äh fünfzich, fünthundertsiebzich, und dann hast du noch den andern Zacken ghabt, der war auch so wunderschön, und der, wost jetzt gezeigt hast, auch

Genau genau, also sie meinen den mit dem Achatring, äh, mit dem Achatstein, und --um anderen jetzt dieser Ring, liebe Martina, ich muß sagen, wirklich, das ist ein traumhaftes Schmuckstück, den ich gerade gezeigt hab, mit den acht Diamanten, ich denke, hier müssen sie zuschlagen, oder (gieksgiekshaha)

Naa, ich muß mich noch entscheiden, einen von den drei Ringen, was ich da kaufen möchte

Ja, die Entscheidung ist immer (künstlich seufz) schwierig, nicht wahr

Ja am liebsten würd ich ja alle kaufen

(Giekskicherkicher) Haha, da müßten sie wahrscheinlich bei ihnen zuhause irgendwann anbaun (gieksgieks), damit sie alle ihre Schmuckstücke unterbringen

Jaja, das ist leider das

(Gieksgiekshaha) Ja, das stimmt, Martina, aber ich freu mich wahnsinnig, daß sie aus Wien anrufen, wir haben seiten genug Anruferinnnen oder Anrufer aus Österreich

Das freut mich sehr, daß ich, äh, daß so wenig aus Österreich anrufen, vielleicht ist es noch nicht so weit herausgekommen, daß so ein wunderschöner Schmuck derbei is

Also sie sind schon eine treue Zuschauerin, also bleiben sie mir treu und ich hoffe, sie können sich nachher noch entscheiden, denn ich habe wirklich noch ganz außergewöhnliche Stücke jetzt in den folgenden paar Minuten

Ja, ich werde mich entscheiden für einen von den drei Ringen, aber wir wissen leider noch nicht welchen

Jaa, den Achatring, möchten sie nochmal sehen, Martina?

(Kindergequengel im Hintergrund) Ja, wenn sie so lieb sind

Ja, den hab ich hier an meinem Finger, warten sie, soo, jetzt können sie nochmal entscheiden, ich höre, sie haben eine kleine Tochter, kann das sein?

Ja, ich habe eine kleine Tochter mit zehn Jahren

Aaahja, wunderbar, schaun sie ma, hier hab ich beide Ringe mal für sie, zum einen mit den Achaten, zum andern mit den Diamanten, ja, jetzt müßten sie .jetzt endlich entscheiden, hmmh

Das ist sehr schwer

Chjahaha, was sagt denn die Tochter, liebe Martina?

Die Tochter sagt, alle gleich, chahahaha

Chahahahahah, ja, Kinder sind manchmal schon maßlos, die müssen das Geld noch nicht verdienen dafür ja, also, Martina, welche Art von Garderobe bevorzugen sie denn, eher die schlichte oder eher die klassisch äh sportliche oder die elegante Eher die schlichte *Eher die schlichte, mhm, jetzt wird '~; schwierig, denn --um einen können sie natürlich dann vor allen Dingen mit Farbe aufpeppen, da ist der Achatring natürlich wunderschön, aaaber zum anderen ist natürlich dieser Ring hier mit den Diamanten natürlich, mhhhm, ein Blickfang, ein absoluter Blickfang, tja, wenn ich entscheiden sollte, ojemine, mhm, ich glaub, ich würd auch beide nehmen (hihihigieks)*

Das ist schwer, auf jeden Fall, hab ich gesagt, ich möchte mir gerne Ringe reservieren lassen, weil ich ja am letzten vom Mann zum Hochzeitstag vom 19. einen Ring haben möchte, vielleicht krieg ich auch beide

Aah, das ist eine gute Taktik, schaut ihr Mann denn gerade zu?

Nein, aber wir haben einen Videorecorder *Sehr gut!*

Der nimmt das Ganze auf

Das ist sehr wichtig, alles aufnehmen, und dann zu ihrem Hochzeitstag zeigen sie ihrem Mann alle Bänder, und dann sagen sie: ach, den find ich ganz schön und den auch, mal schaun, welche sie alle bekommen

Ja, auf jeden Fall freu ich mich schon, und ich schaue wahnsinnig gern zu, weil die Ringe sind halt wirklich wunderschön

Aaah, da dank ich ihnen ganz herzlich, und ich denke an sie an ihrem Hochzeitstag, wann isser denn?

Im November, am einundzwanzigsten Elften

Am einundzwanzigsten Elften? Ich wird‘s mir gleich aufschreiben, ich denk an sie und trink ein Glas Champagner auf sie

Dankeschön, das freut mich sehr, und ich wünsch ihnen weiterhin guten Erfolg

Dankeschön, danke, grüßen sie ihren Mann und ihre Tochter

Wiederhören

Tschau, Martina

Ja, die Entscheidung, die ist immer schwierig, also ich muß mich auch immer zurückhalten, sonst würd ich nämlich alle unsere Schmuckstücke kaufen, und das geht natürlich wie gesagt nicht, chahaha, dann müßte auch ich anbauen... .

Konkret 10/98, S. 64

Kay Sokolowsky

Gerettete Welt

Spielbergs D-Day-Epos »Der Soldat James Ryan« wird in den USA als »bester Antikriegsfilm aller Zeiten« gefeiert. Diesem Urteil wird auch Alfred Dregger nicht widersprechen können

1985 beschloß Steven Spielberg, sich einen Namen auch als »seriöser« Regisseur zu machen, und drehte »Die Farbe Lila«. Keiner der »ernsthaften« Filme, die er seither anfertigte, hat sich von den Prämissen lösen können, der jenes Stück unterworfen war: Die Geschichte muß einen pädagogischen Wert haben, und ihre Helden durchlaufen eine moralische Schule. Daher die geringe psychologische Tiefe der Figuren und zugleich ihr hoher Identifikationsreiz. Freundliche Kritiker haben die Neigung des Regisseurs zu Typisierung und Didaktik gelegentlich mit der Kunst von Charles Dickens resp. Chaplin verglichen, unfreundliche sprechen von Edelkitsch. Die stupende Kraft, die Spielbergs »einfache« Bilder entfalten, verdankt sich natürlich nicht zuletzt der trivialen Konstruktion der Charaktere: In der Welt, die seine Filme entwerfen, kennen wir uns bereits nach wenigen Minuten aus, ja es kommt uns bald so vor, als hätten wir sie immer schon gekannt. (Übrigens hat Spielberg, dieser geborene Eklektiker, noch nie »einfache« Bilder inszeniert; sogar »Amistad«, sein bislang schwächster und ärgerlichster Spielfilm, kann wie ein Katalog aller Meuterei-, Sklaven- und Gerichtsfilme der letzten sechzig Jahre gelesen und goutiert werden.)

Als sein neuestes Stück Ende Juli in den USA uraufgeführt wurde, reagierte die Kritik mit nachgerade hysterischem Enthusiasmus. Allein der erste Akt von »Saving Private Ryan« (unter dem Titel »Der Soldat James Ryan« ab 8. Oktober in den deutschen Kinos), in dem die blutige Erstürmung von Omaha Beach am »D-Day«, dem 6. Juni 1944, gezeigt wird, sei, wie »USA Today« befand, »brillant genug, um jedes frühere Meisterwerk zu übertreffen«. Richard Schickel schrieb in »Time«, der Film transzendiere »die Konventionen seines Genres«; Roger Ebert, der meistgelesene Kinofeuilletonist der Staaten, huldigte einem »gewaltigen Erlebnis«. Das Publikum zeigte sich gleichfalls begeistert: Binnen ‚sechs Wochen spielte »Ryan« knapp 160 Millionen Dollar ein. Die Bewunderung für den ersten Akt, »die möglicherweise großartigste Kriegssequenz aller Zeiten« (Schickel), ist gerechtfertigt.

Das große Abschlachten am Strand der Normandie, zwanzig endlose, ohrenbetäubende Minuten, in denen Spielberg und sein vorzüglicher Kameramann Janusz Kaminski eine Art Live-Reportage von der Invasion inszenieren, die so niemals die Militärzensur passiert hätte, läßt in der Tat alles, was das Kino jemals an Kriegsbildern hervorbrachte, wie Kintopp aussehen. Spielberg, der immer wieder versucht hat, den Tod und das Sterben glaubhaft auf der Leinwand darzustellen, und daran immer wieder gescheitert ist, dessen blutige Szenen stets etwas Blutarmes, Cartoonhaftes hatten, scheint mittlerweile, als über Fünfzigjähriger, mit den Leiden des Fleisches eine vertrautere Beziehung zu pflegen. Daß der gewaltsame Tod mehr ist als die Klischees, die er aus anderen Filmen kannte und die er virtuos zu kopieren, nie jedoch zu überbieten verstand, haben ihn wohl auch die Interviews gelehrt, welche die Teams seiner »Shoah Foundation« mit inzwischen fünfzigtausend Überlebenden geführt haben.

Er habe »Ryan« produziert, erzählt Spielberg freimütig, weil er sich heute geniere für die Stücke, die ihn einst berühmt machten und die ihm jetzt vorkämen wie »Filme aus einer anderen Welt«. Er empfinde, als Vater mehrerer Kinder und zumal nach der Realisierung des Werks, das »mein Leben veränderte«, »Schindlers Liste«, inzwischen seine »hohe Verantwortung« als Regisseur. Diese Reumut, an der nichts geheuchelt ist, verwandelte das *Event movie* »Lost World« in eine gallige, ziemlich publikumsfeindliche Selbstparodie, und sie machte »Amistad« zu dem bierernsten, unleidlich pathetischen Schinken, als der es allenthalben verhöhnt wurde. Einst hatte Spielberg moralische Prinzipien und formte nach ihrer Maßgabe seine Kunstwelten. Heute hat der Regisseur eine Moral und will sie verbreiten. Deshalb hält er nach dem furiosen ersten Akt von »Ryan«, diesen »authentischsten« Bildern, die ihm jemals gelangen, leider nicht inne, sondern erzählt eine Geschichte, die der unerträglich brutalen Sequenz eine Rechtfertigung verleihen soll. Das namenlose Kanonenfutter, dessen Schmerz und Entsetzen er unvergeßlich, nämlich ohne ostentatives Mitleid »dokumentiert«, bekommt Gesichter, und eines davon gehört Tom Hanks.

Die beste Wahl, die Spielberg treffen konnte, zweifellos. Und die schlechteste. Hanks, längst legitimer Erbe James Stewarts als »braver amerikanischer Jedermann«, mag sich noch so sehr (und sogar beeindruckend) abmühen, seinen Captain Miller als vom Krieg deformierten Charakter darzustellen, dessen Hände zittern und der sich vor dem Blick seiner Frau fürchtet, wenn er, der routinierte Killer, mal von der Front heimkehren wird - wir wissen es besser: Der Kerl ist viel zu integer und wacker, um das bißchen Trauma nicht bei Gelegenheit in den Griff zu kriegen. Hanks spielt, wie in »Apollo 13«, den großen Bruder, den wir uns alle in Zeiten der Krise ersehnen - und nimmt der Story, die »Ryan« nun ausrollt, jegliche Chance, auch nur ein einziges Mal den zynischen Ton anzuschlagen, den sie nötig hätte. Spielberg, der Prophet der Kleinfamilie, hat sich eine Filmrolle lang vergessen und entschuldigt sich dafür während der folgenden zwei Stunden. Der Krieg als Maschine zur Herstellung von Geschwisterlichkeit und Loyalität... Das hat man in Sam Fullers »The Big Red One«, dem Spielbergs Bilder einiges verdanken, anders gesehen, und vielleicht dient »Ryan« vor allem jenem Zweck, den

alle Filme Spielbergs verfolgen: Den Schrecken, den Kinobilder einmal beim Publikum evozierten, erst zu rekonstruieren, dann zu domestizieren und schließlich zu bannen.

Die Fabel folgt lose einer Anekdote aus dem amerikanischen Bürgerkrieg: Mutter Ryan hat vier Söhne; drei davon sind gefallen, der letzte steckt hinter den feindlichen Linien fest; Captain Miller und sein Häuflein sollen ihn heimholen. Das ethische Problem, das »Ryan« aufwirft, heißt: Darf man Menschenleben opfern, um eines zu bewahren? Ja, antwortet Spielberg - und wiederholt die Lehre von »Schindlers Liste«: Daß die ganze Menschheit gerettet sei, wäre es nur ein einziger Mensch. Überhaupt gibt sein neuer Film sich unverhohlen als Pendant und Fortsetzung zu »Schindler« zu erkennen: Endet dieser auf einem Friedhof der Gerechten, so beginnt »Ryan« darauf.

Die allererste Einstellung des Films freilich zeigt das Sternenbanner, fahl und flau im Winde wehend. Die Ambivalenz dieses Bildes dürfte, mitsamt der Familienideologie Steven Spielbergs, mehr Mißverständnisse zeugen als selbst »Schindlers Liste«. Amerikanische Jugendliche wurden jüngst, nach der Verschandelung eines Kriegerdenkmals, verdonnert, sich »Ryan« anzusehen, kamen heraus und fanden den Film schlicht cool. Und Spielberg, der ein bedeutender Filmemacher, aber ein fürchterlich unpolitischer Kopf ist, ließ sich am 10. September ohne Widerstände von Roman Herzog das Bundesverdienstkreuz ankleben. »Die Jungs in der Schlacht kämpfen einfach ums Überleben«, schrieb der Regisseur in einem Essay für »Newsweek«, »kämpfen darum, die Kameraden neben sich zu retten.« Das, nur das zeigt sein Film, und darum wird er auch Alfred Dregger, Volker Rühe und Joschka Fischer gefallen. Vom Zweiten Weltkrieg wissen wir nach »Ryan« so viel oder so wenig wie vorher - hier liegt der fatalste Mangel des Stücks. Man kann nur hoffen, daß Spielbergs Nachwuchs bald alt genug ist, um ihn darüber zu belehren, was auf Kinder noch peinlicher wirkt als ein verantwortungsloser Vater - einer, der predigt und es dabei allen recht machen will.

Konkret 10/98, S. 65

Marit Hofmann

Film & Theater

Fear and Loathing in Las Vegas

Regie: Terry Gilliam. Mit Johnny Depp, Benicio Del Toro. USA 1998 (Tobis Filmkunst); 128 Minuten; seit 24.9. im Kino

Auf so einen Fall war die Prüfstelle für Jugendgefährdung nicht vorbereitet: Tatenlos muß sie zusehen, wie Ex-Monty Python Terry Gilliam sein Publikum mutwillig unter Drogen setzt, und das auch noch seinen Spaß daran hat. Gilliams Verfilmung von Hunter S. Thompsons gleichnamigen Kultbuch aus dem »anstößigen Jahr unseres Herrn, 197 1 « kommt, obschon die wahnwitzige Bildkomposition anders als die schriftliche Vorlage kaum unter Drogeneinfluß entstanden sein kann, einem langanhaltenden Lachkick gleich.

Dabei ist es der reinste Horrortrip, den der Journalist Duke (berauschend ingeniös: Depp) und sein Anwalt Dr. Gonzo (überwältigend voluminös: Del Tore) auf ihrer Suche nach dem amerikanischen Traum durchleben. Eigentlich soll Duke nur über ein Motorradrennen in der Wüste berichten ' doch dank der großzügigen Spesen ist auch noch eine solide psychedelische Grundausrüstung (von Acid bis zu ungestrecktem Äther) drin. Staubwolken und Motorengeräusche sprechen zwar dafür, daß die tapferen Helden tatsächlich den vorgegebenen Zielort erreichen, doch einige Delirien später finden sie sich in einer demolierten Hotelsuite in Las Vegas wieder, im Fernsehen tobt der Vietnamkrieg, und als Duke mit der Ausrede flüchten will, zurück zum Rennen zu müssen, behauptet der Hotelchef, daß dies schon seit Tagen vorbei sei. Nicht nur das Hotelpersonal scheint der Mission feindlich gesonnen: Auch beim Pressetermin, bei dem 50 Millionen Zähne grinsen und reden, oder in einer schlammüberfluteten Bar mit schlürfenden Riesenechsen tun alle so, als wäre alles in bester Ordnung. Den einzigen Halt bietet die Schreibmaschine, mit deren Hilfe der selbstlose Journalist den apathischen Zeitgenossen da draußen etwas vom Alptraum dieser US»Vergnügungsmeile« vermitteln will - ganz im Sinne des von Thompson begründeten »Gonzo-Journalismus«, wonach die distanzlose Hingabe ans Forschungsobjekt (und seine satirische Überhöhung) der Wirklichkeit näher kommt als jeder Anspruch von Objektivität.

Feinde lauern offensichtlich auch in Cannes, wo man pikiert auf den »filmischen Einlauf für die 90er Jahre« (Gilliam: »Er spült das ganze System anständig durch.«) reagierte: Wo bleibt denn da das pflichtgemäße Lamento über die Tragik des Junkieelends, wenn Drogen hier die Funktion haben, den Schrecken der (abstinenten) bürgerlichen Welt zu offenbaren? - Der Regisseur möchte sich »schon jetzt für all das entschuldigen, was wir angerichtet haben«.

Herbstgeschichte

Regie: Eric Rohmer Mit Marie Rivière, Béatrice Romand. Frankreich 1998 (Prokino); 110 Minuten; ab 1. 10. im Kino

Die Welt der Kinogänger ist gespalten in Rohmer-Anhänger und Rohmer-Verächter. Treffen sie aufeinander, ergibt sich folgende Situation: Der Anhänger redet vergeblich auf den überlegen lächelnden Verächter ein, um diesem seinen fundamentalen Irrtum klarzumachen. Die Kritikerin macht da nicht länger mit und übergibt, anläßlich Rohmers virtuoser Vollendung seines Jahreszeitenzyklus mit der »Herbstgeschichte«, hiermit ihre definitiv letzte Erklärung an die Welt der Unverständigen.

Der Nouvelle-Vague-Meister denkt nach wie vor nicht daran, eine vom Medienbetrieb erzeugte Erwartungshaltung zu bedienen. Wer eine sinnliche Romanze an sich vorüberziehen lassen will, erlebt, obschon Rohmers Filme sich doch offenbar immer nur um das eine Thema, die Liebe, drehen, eine böse Überraschung. Wo das Kino sonst Illusionen erzeugt, werden sie hier bloßgelegt, entlarvt, zerstört. Die distanzierte Beobachterposition, in die der Zuschauer als Voyeur gezwungen wird, läßt zwar Sympathie für die Figuren, keinesfalls aber ungebrochene Identifikation zu - und nicht selten ist die kühle Analyse der Selbstinszenierungen und Lebenskonstruktionen von einer Brutalität, die den Zuschauer - im Gegensatz zum gänzlich folgenlosen Kino der Rohmer-Verächter - viel später noch im eigenen Alltag einholen kann.

Auch in der »Herbstgeschichte« wird - so ein gängiger Vorwurf - sentimentales Zeug geschwatzt, doch charakterisiert das nicht den Regisseur (»Wer zuviel redet, verliert sich selbst« lautet ein Motto aus Rohmers Sprichwörter-Zyklus), sondern die Figuren, die sich danach sehnen, die erlernte - und von Hollywoods Verblendungsmaschinerie reproduzierte - romatische Symbolik, aufs eigene Leben zu übertragen. Rohmer lenkt die Aufmerksamkeit auf verräterische Mimik und Posen der pausenlos Redenden, zeigt Gesten der Verlegenheit, die man sonst nie auf der Leinwand, aber tagtäglich in der Wirklichkeit sieht, und erreicht durch unvorbelastete (Laien-)Darsteller und den strengen Verzicht auf Musik eine Authentizität, die immer auch die Verlogenheit von Film-Bildern offenbart.

In seinem neuen (und hoffentlich nicht letzten) Film, der Motive der »Frühlingserzählung« von 1986 variiert, wendet sich der fast 80jährige von seinem bevorzugten Thema, der Entlarvung vom Mythos der unschuldigen ersten Liebe, ab und

einer älteren Generation zu, die zwar subtilere Formen der Selbstdarstellung kennt, aber sich letztendlich (zumal die Intellektuellen) nicht durch größere Reife auszeichnet: Zwei Frauen wollen ihre abgeschieden lebende Freundin, eine verwitwete Winzerin, scheinbar uneigennützig verkuppeln und entwickeln dabei eine diabolische Lust am Macht-Spiel der Geschlechter. Eine Spur von Hoffnung liegt immerhin, so deutet der Ausgang der Geschichte an, in der Möglichkeit die künstlichen Inszenierungen (seien es nun die eigenen, die der anderen oder die des Regisseurs) als solche zu erkennen.

Wenn die Rohmer-Verächter dieser Herausforderung den eskapistischen Kino-Genuß vorziehen, können seine Anhänger ihnen das kaum verdenken. Nur mögen sie entschuldigen, wenn wir ihr überlegenes Lächeln künftig mit einem noch überlegeneren beantworten.

Geheimsache

Regie: Jacques Rivette. Mit Sandrine Bonnaire, Jerzy Radziwilowicz, Laure Marsac. Frankreich 1998 (Advanced Film),- 170 Minuten; ab 22. 10. im Kino

Jacques Rivette, neben Rohmer der zweite »denkende Kopf« im ehemaligen Kreis der »Cahiers du Cinéma«-Kritiker, hat sich mit seinem Vorhaben »zu erreichen, daß das Kino nicht mehr gemütlich ist«, den Ruf eines unzugänglichen Elitefilmers eingehandelt. Da er die Zeitvorgaben der Verleihe diesmal nur um eine lächerliche Stunde überschreitet, ist »Geheimsache« eine gute Gelegenheit, sich von der atemberaubenden Sogwirkung seiner films fleuves zu überzeugen. Was als Psychokrimi beginnt, entwickelt sich zur Tragödie nach antikem Muster, wenn sich die junge Laborärztin Sylvie (Bonnaire als moderne Elektra) beim Versuch, den mysteriösen Tod ihres Vaters aufzuklären, in verhängnisvolle Irrtümer verstrickt, selbst zur Mörderin wird und die Schuld bis zur endgültigen Selbstzerstörung weiterträgt. In langen (niemals langatmigen) Einstellungen erreicht Rivette einen Zustand der Beklemmung, an dem selbst Bergman seine wahre Freude hätte.

Mit den bescheidenen Worten Rivettes (aus einer Lobeshymne auf Hitchcock) würde sich die Kritikerin abschließend gerne dafür entschuldigen, daß auf dieser Filmseite »der Superlativ mit solcher Schamlosigkeit regiert; aber vielleicht war dies das einzige Mittel, ... dem Genie gerecht zu werden ...«

Konkret 10/98, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Der Allgemeine StudentInnenausschuß der Universität Hamburg schreibt an den Landesverband der Deutschen Volks-Union:

Der Neue Allgemeine StudentInnenausschuß der Universität Hamburg führt am 21. September eine Diskussionsveranstaltung durch. Unser Ziel ist, den StudentInnen ein möglichst breites politisches Spektrum zu präsentieren ... Hierfür laden wir alle in Hamburg zugelassenen Parteien ein. Wir würden uns freuen, wenn ein/e Vertreter/in Ihrer Partei teilnehmen könnte. Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gern zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen

Nadine Stefani/ Oliver Camp

Wie aber redet ein StudentInnenausschuß Gerhard Freys Sturmabteilung an? Werte Nazis? Liebe RassistInnen? Heil Hitler? Alles falsch. Nadine und Oliver machen es so:

Hallo DVU!

Cool.

Das Schöne an den Literaturpreisen, die der Lutz Rathenow bekommt, ist stets, daß die Verleiher sich eine Dankesrede lang anhören müssen, was bzw. wen sie da angestellt haben:

Ich gestehe, eigentlich wollte ich mich im Westen nur noch wohl fühlen und den Kopf in den Vergangenheitssand stecken, doch der ist durchsichtig und wirkt gelegentlich als Vergrößerungsglas.

Eigentlich will er sein Sprachschiffchen ins trockene bringen, doch das ist naß und wirkt gelegentlich so, daß die seekranken Lesepassagiere ihren vollen Hörkanal über die Poesiereling göbeln. Ihm doch egal:

Natürlich ist die Verleihung eines Preises die edelste und kostspieligste Form der Leseförderung: dem Preisträger gegenüber.

Die Unesco hat ermittelt, daß in Deutschland elf Millionen Menschen (14 Prozent der Bevölkerung) nicht richtig lesen und schreiben können. ist da der Rathenow schon mit drin?

Auf die Frage, warum sie, die doch SPD wähle, einen Aufruf zur Wahl des Gregor Gysi unterschrieben habe, antwortete die Inge Meysel:

Wir machen immer noch den Unterschied zwischen dem Osten und dem Westen. Das finde ich schlimm.

Ich auch. Aber deshalb dürfen Sie doch die Unterschiede zwischen rechts und links, oben und unten, hinten und vom nicht ausgrenzen, gnä Frau.

Die Verantwortung für den »Kurz-Nachrichten-Dienst« der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und die darin enthaltene Erwägung,

wie ein staatlich verordnetes □ den-Gärtel-enger-Schnallen□ ins Leere laufen kann,

trägt ein »Dr. Uwe Mazura«. Das Pseudonym ist fast noch durchsichtiger als Vergangenheitssand, Lutz!

In dem Blatt, dem der Udo Röbel als Chefredakteur vorsteht, bieten täglich hundert Zuhälter die Körperöffnungen ihres weiblichen Personals an. Das macht mürbe. Unter dem Titel »Dreist und schamlos« stöhnt Röbel:

Zu der wochenlangen unappetitlichen Diskussion □ Wann ist eine sexuelle Beziehung eine sexuell Beziehung?□ kommt jetzt eine neue, fast noch widerwärtigere ... Der mächtigste Mann der Welt kann seinen Hosenschlitz nicht geschlossen halten. Raus aus der Sex-Affäre - rein in die nächste. Nur wenige Meter vom roten Atomknopf entfernt läßt er sich von einer Praktikantin ...

An der Stelle, wo der Präsident sich einen abröbeln läßt, macht Udo der Züchtige drei Punkte. Von hinten aber ruft einer seiner Zuhälter ihm zu: »Komm vorbei und mach mit mir, was du willst«. Und wenn es drei Punkte sind.

(Bei dieser Gelegenheit will die Frage beantwortet sein, was geschähe, wenn der »mächtigste Mann der Welt« auf den »roten Atomknopf« drückte? Nichts. Nicht einmal: kein Anschluß unter dieser Nummer. Oder hält jemand, der kein

Leitartikler ist, die amerikanische Bourgeoisie für blöd genug, ihr Überleben an die Launen ihres Laufburschen im Oval Office zu knüpfen und etwa noch daran, auf welche Ecke des Schreibtischs die Praktikantin ihren Hintern wuchtet?)

Völkerkunde in der dümmsten Zeitung der westlichen Welt:

Polizeipräsident Ernst Uhrlau zieht die Notbremse. Weil sich die Drogenszene auf die ganze City verteilt, setzt er auf flexiblere Einsätze, mehr Razzien und die Spezialtruppe OPE (bekämpft schon Albaner- und Türsteherbanden).

Die ethnischen Albaner kommen aus dem Kosovo. Wo kommen die anderen Banden her? Die »Hamburger Morgenpost« sollte Rühe, Voigt und Fischer nicht die Chance nehmen, auch beim Volk der ethnischen Türsteher die Menschenrechte mit deutschen Soldaten einzuführen.

Wer dichtet hier?

Aus der Tiefe des Raumes stieg Romys Stimme wieder auf: dunkel, erotisch, verzweifelt.

Eugenie Marlitt, geborene Konsalik? Richtig. Zu ihr, die sich auch Alice Schwarzer nennt, soll Romy Schneider im Jahre 1976 gesagt haben:

Wir sind die beiden meistbeschimpftesten Frauen Deutschlands.

Mehrbeschimpfterer noch als Wilhelmine Lübke. Und solange Alice mit dem Bundesverdienstkreuz abgespeist wird, der Friedenspreis des deutschen Buchhandels sowie der Büchner-, der Kleist- und der Goethe-Preis ihr aber verweigert werden, behält Romy recht.

Auch der Volker Rühe, so sehr er sich zieren mag, ist dem Superlativ nicht ganz abgeneigt:

Wenn wir die Wahl gewinnen, fände ich es toll, wenn ich die Bundeswehr nach Berlin führen könnte.

Und was, fragte der Befrager, wäre noch toller? Rühe:

Das wäre das Tollste.

Am tollstmeisten (das klingt, wie man gleich sehen wird, nicht zu Unrecht wie: Tolmeinsten) fände ich es, wenn die Bundeswehr alle ihre Kriege führen würde, wohin Rühe sie führen will: in Berlin.

Wo vormals der Besuch des Generalsekretärs der KPdSU Genossen Leonid Breschnew beim Ersten Sekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen Erich Honecker, gemeldet wurde, liest man heute:

Neues aus dem □ Total-Mulch-Garten□ - Betrachtet man die einzelnen Flächen, die immer dieselbe Größe haben, so schwankt die ermittelte Zahl der Regenwürmer von 112 bis 271, also um das 2,5fache, und bei den Kokons von 17 bis 117, um das 6,5fache. Ungeachtet dieser Unterschiede ist der Bestand an Regenwürmern im Total-Mulch-Garten enorm hoch. Auf unserem 600 Quadratmeter großen Nutzgarten leben 300.000 bis 400.000 Regenwürmer. Eine solche Menge ist nur schwer vorstellbar.

Offenbar ein wissenschaftlicher Sozialist, der, arbeitslos geworden, mit (lern bewährten Elan sich auf die nächstbeste Wissenschaft geworfen hat.

Paul C. Martin, der Stellvertreter Röbels bei der größten Zeitung der westlichen Weit, lobt den Kandidaten:

Auf die Frage, ob er in seiner Juso-Zeit Marxist gewesen sei, antwortete Kanzlerkandidat Gerhard Schröder in Washington wörtlich: □ Das ist richtig, aber ich habe meine Meinung seit damals geändert, daß der Staat die Wirtschaft kontrollieren muß.□ Und: □ Damals plante ich noch die Revolution. Die Erfahrung hat mich eines Besseren belehrt. Ich habe erkannt, daß mein Programm falsch war und nicht die Realität.□ Gewiß hätte der Kanzlerkandidat der SPD schon als junger Mann erkennen können, daß Marx Murks ist. So scharfsinnig aber waren viele andere auch nicht. Immerhin: Der Mann steht zu seinem Irrtum. Das hört man heute selten.

Ein Lob aus berufenem Munde. Als Martin in den siebziger Jahren auch einmal das falsche Programm hatte und auf die richtige Realität traf, nämlich auf einen Arbeitgeber, der ihn vor die Tür setzte, rief er - obwohl sein Kollege Claus Jacobi ihn mit den Worten »Mäßigen Sie sich, PCM, so mäßigen Sie sich doch!« zu beruhigen versuchte - immer wieder: »Ich habe die brutale Macht des Kapitals erlebt. Ich habe die brutale Macht des Kapitals erlebt.« Das hört man heute selten.